

STADTARCHIV
BRAUNSCHWEIG

Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

46

B e r i c h t
über die Verhandlungen der Stadtverordneten
zu B r a u n s c h w e i g
in deren Sitzung am 21. September 1922.

=====

Verhandlungsgegenstände:

1. Anschaffung von Schwimmgurten für den Trocken-Schwimmunterricht in den Schulen.
2. Zahlung von Tagegeldern an Ausschußmitglieder.
3. Nachverbilligung von Mitteln zur Errichtung einer Baracke nebst Liegehalle für tuberkulose Kinder.
4. Erhöhung der Vergütung für die Schulärzte.
5. Erhöhung der Vergütung für verschiedene Lehrkräfte.
6. Genehmigung der Satzung über die Besoldung der städtischen Beamten und Lehrkräfte.
7. Antrag und Anfrage G r ä f, betreffend die Bezahlung der beim Rate der Stadt beschäftigten Angestellten.
8. Erhöhung des Schulgeldes an verschiedenen städtischen Schulen.
9. Verkauf eines städtischen Grundstücks an der Wolfenbüttelerstraße an den Fabrikanten Winkelmann.

10. Zahlung des Stadtzuschusses an das Landes-Säuglingsheim.
11. Erhöhung der den Schulpflegerinnen und Säuglings-Fürsorgeschwestern bewilligten Mittel zur Gewährung von Einzelbeihilfen an Bedürftige.
12. Herrichtung einer Beleuchtungsanlage im Physiksaale der Städtischen Fortbildungsschule und Beschaffung einer Experimentiertafel.
13. Antrag R ö p c k e auf Einberufung einer Stadtverordneten-Sitzung zur Beratung von Maßnahmen gegen die für den Winter drohende Not.

=====

Am Ratstische die Herren: Oberbürgermeister R e t e m e y e r, Bürgermeister M e y e r, Stadtrat von F r a n k e n b e r g, Stadtrat S e h a p e r, Stadtrat V o g l e r, außerdem die Herren Stadträte B u r g o l d, P i n n o w, R a l f s.

Es fehlen die Stadtverordneten D i e r s, D r e w s, F a y, Frau G r a f, Dr. J a s p e r, M ä d g e, Dr. S c h u l t z e.

=====

Ver-

Vorsitzender F r e d e : Ich eröffne die Sitzung und teile der Versammlung zunächst einige Eingänge mit :

Der Vorstand des Vereins Braunschweigische Presse, gezeichnet Friedrich Albert Meyer, 1. Vorsitzender, ladet zu seiner am 23. September in der Burg Dankwarderode stattfindenden Hauptversammlung ein und bittet um gefällige Angabe der Zahl der Teilnehmer aus der Versammlung. Die Mitteilung über die Zahl der Teilnehmer wird deshalb gewünscht, weil sich der Verein mit der Platzierung der zu erwartenden Gäste einrichten will. Wir können vielleicht am Schlusse der Sitzung auf die Sache zurückkommen und wenn es die Versammlung wünscht, vielleicht einen kleinen Ausschuß zur Vertretung in die Versammlung schicken.

Vom Biochemischen Verein Braunschweig, gezeichnet Brunke, Uhlandstraße, ist eine Einladung an die

Ver-

Versammlung gerichtet, an dem am Dienstag, den 26. September stattfindenden Vortragsabend teilzunehmen. Die 5 beigegefügtten Karten lege ich zur eventuellen Benutzung hier auf den Tisch des Hauses.

[Der Ingenieur Hans Boracker hat sich an die Stadtverordnetenversammlung gewandt mit dem Ersuchen, einen Wachhund für die Bewohner des Hauses Bülteweg 66

Es wird in dem Schreiben mitgeteilt, daß ein diesbezügliches Gesuch an den Rat abschläglich beschieden sei. Ich überweise das Gesuch dem Rechtsausschuß zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit.

Weiter ist ein Zettel ohne Namensunterschrift an die Stadtverordnetenversammlung eingegangen; unserer Gepflogenheit gemäß können wir uns mit dieser anonymen Eingabe nicht beschäftigen.

Von unserem Kollegen M ä d g e ist unter dem 4. September folgende Erklärung abgegeben :

„An die Stadtverordnetenversammlung hier, zu Händen
des _____

des Stadtverordnetenvorstehers.

Aus triftigen persönlichen Gründen sehe ich mich veranlaßt, mein Mandat als Stadtverordneter niederzulegen und bitte höflichst um die dazu erforderliche Genehmigung."

Die Gründe sind der Versammlung bekannt. Ich glaube, wir können in diesem Falle auf eine Kommissionsberatung verzichten. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß die Genehmigung der Versammlung hiermit ausgesprochen ist.

Folgende Anträge und Anfragen aus der Versammlung sind eingegangen:

Eine Anfrage von Frau B ö h m:

„Möchte die Anfrage an den Rat der Stadt richten, ob es wahr ist, daß das Land auf dem Flugplatze am roten Kamp zum Schafehüten verpachtet ist."

Sodann zwei Anträge von Frau B ö h m:

„1/Möchte den Rat der Stadt ersuchen, für die Kinder der ~~m~~inderbemittelten Bevölkerung (bis zu

4 Jahren) Milch zu billigerem Preise zu verabfolgen.

2) Ferner möchte ich beantragen, daß eine andere Regelung des Zuckerverkaufs vorgenommen wird, daß die Kinder bis zu 4 Jahren mindestens 1/2 Pfund pro Woche erhalten und zur Kontrolle die Kinderkarte gilt."

Eine Anfrage von Fräulein W o l t e r s :

„Vor dem Kriege bestand in hiesiger Stadt eine Milchuntersuchungsstelle. Allwöchentlich wurde in den Zeitungen veröffentlicht, welcher Milchhändler die beste und welcher die schlechteste Milch in der verflossenen Woche geliefert hatte. Ist der Rat der Stadt in der Lage, darauf hinzuwirken, daß eine solche Stelle wieder eingerichtet ^{wird} ~~werde~~ ?"

Eine Anfrage des Herrn G a r t u n g :

„Welche Maßnahmen gedenkt der Rat der Stadt zu treffen, um den Kranken, Wöchnerinnen, alten Leuten und kleinen Kindern den Bezug von hellen Weißbrötchen auch nach dem 1. Oktober zu ermöglichen?"

Un-

Unabhängig davon eine Anfrage von ^{an} Frau G ö t z e, die sich mit dem gleichen Stoff beschäftigt:

„ Wie bekannt wird, sollen zum 1. Oktober die Vergünstigungen zum Bezuge von Weißbrot für Kranke und alte Leute aufhören. Was gedenkt der Rat zu tun, um die in dieser Maßregel für viele liegende große Härte zu mildern ? ”

Eine weitere Anfrage von Frau G ö t z e :

„ In einem großen Teil des Publikums herrscht noch immer Unruhe und Unzufriedenheit inbezug auf die Koksverteilung. Es besteht die Befürchtung, daß Personen, welche sich kürzlich ohne Marken mit 6 Zentner Koks eingedeckt haben, nun auch noch durch günstige Lage ihrer Nummern außerdem jetzt mit 3 Zentner versehen werden, während andere, die jene 6 Zentner nicht erhalten haben, sich über dies ~~Unzufriedenheit~~ ausgerechnet haben, daß ihre Nummern nicht vor Februar 1923 zum Zuge kommen. Hat der Rat Mittel und Wege, dieser Unannehmlichkeit

ab-

abzuhelfen ? "

Nach Schluß unserer Tagesordnung für die öffentliche Sitzung haben die Anfragenden und Antragsteller Gelegenheit, sich eingehend zu den von ihnen berührten Sachen zu äußern.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Anschaffung von Schwimmgurten für den
Trockenschwimmunterricht in den Schulen.

Stadt v. D i e t e r m a n n: Meine Damen und Herren ! Der Oberturnlehrer S o m b u r g wünscht für den Trockenschwimmunterricht in den Schulen die Anschaffung von 24 Schwimmgurten, und der Rat der Stadt beantragt, zu diesem Zweck die nötigen Gelder zu verwilligen. Die Sache hat schon einmal auf der Tagesordnung gestanden, ist aber zurückgesetzt, weil erst noch nachgefragt werden sollte, ob nicht billigere Schwimmgurte zu bekommen sind. Es ist dabei festgestellt, daß es sich bei den sogenannten Teichmüllerschen Schwimmgurten um ein Patent handelt, das also nicht in eigener Regie städtischerseits hergestellt werden kann. Die Gurte haben früher pro Stück 330 Mark gekostet und werden heute auf mindestens 1000 Mark zu stehen kommen. Bei diesem hohen Preise steht der Finanzausschuß auf dem Standpunkt, der Versammlung die Ablehnung dieser Anschaffung empfehlen zu sollen.

*Entsprechend dem Antrage des Finanzausschusses
wird die Ablehnung der Anschaffung beschlossen.*

2. Zahlung von Tagegeldern an Ausschuß-
Mitglieder .

Stadtv. S t e g m a n n: Meine Damen und Herren !
Es ist Ihnen wohl bekannt, daß kürzlich der Rat der Stadt an die Stadtverordneten ein Schreiben gerichtet hat, in dem er mitteilt, er habe sich dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom Juli angeschlossen, wonach die Tagegelder der unbesoldeten Ratsmitglieder und der Stadtverordneten auf je 30 Mark erhöht werden. Der Rat nimmt an, daß sich die Erhöhung der Tagegelder auch auf die Mitglieder der Deputationen und Ausschüsse beziehen soll und macht darauf aufmerksam, daß die Zahl der Ausschüsse seit dem Jahr 1919 um eine ganze Anzahl vermehrt sei und daß deswegen angefragt werden müsse, ob sich die Erhöhung auf sämtliche Ausschüsse erstrecken soll. Der Rat steht auf dem Standpunkt, daß es aus finanziellen Gründen nicht angängig sei, allen ehrenamtlich tätigen Einwohnern Tagegelder

zu

zu zahlen und daß es deshalb nötig sei, in eine Prüfung der Frage einzutreten, welche Ausschußmitglieder die erhöhten Tagegelder beziehen sollen.-- Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Frage befaßt, ist aber zu keinem Beschluß gekommen, sondern hat einen besonderen Ausschuß eingesetzt, der prüfen sollte, ob und welche Ausschüsse in Frage kämen, die von untergeordneter Bedeutung sind und seltener zusammenkommen, sodaß für sie die Zahlung von Tagegeldern unterbleiben könne. Der Unterausschuß ist in seiner Beratung zu dem Resultat gekommen, daß so gut wie keine Ausnahme gemacht werden kann. Es komme für die Tätigkeit in den einzelnen Ausschüssen in Betracht, daß deren Mitglieder ihre Arbeit versäumen müssen, den Weg hin und zurück machen müssen, 1 - 1 1/2 Stunden der Sitzung beiwohnen und so ebensogut wie Mitglieder anderer Ausschüsse in die Lage kommen, Opfer bringen zu müssen.

Der Finanzausschuß hat sich in seiner letzten

Sitzung

Sitzung dieser Stellungnahme angeschlossen und beantragt, daß sämtlichen Ausschüssen und Deputationen diese Tagegelder bewilligt werden. Zweifel herrschte nur darüber, ob nicht doch eine Ausnahme gemacht werden solle mit der Nummer 30 des uns übergebenen Verzeichnisses der Ausschüsse, dem Stiftungskassen-Kollegium, dem nur ein Herr (Herr Jahns) angehört, ferner mit dem Kassenprüfer für die Stadtkasse, (auch Herr Jahns) dem Mitgliede des Vorstandes der Drogisten-Akademie (Herrn Kahlert) und mit den Mitgliedern des Schulvorstandes der ^{Bürger-}~~katholischen~~ Schule (Herr Frede und meine Wenigkeit). Die anderen Ausschüsse sind solche, die von mehreren Personen besetzt sind, und wir glauben, daß sie für ihre Tätigkeit entschädigt werden müssen. Es könnte aber vielleicht in der Weise gespart werden, daß ein Teil der Ausschüsse in der Zahl der Mitglieder verringert wird. Es sind jetzt Ausschüsse mit 9 - 12 Personen vorhanden, die früher kleiner waren. Die Ver-
größerung

größerung dieser Ausschüsse ist damals vorgenommen, als die Einteilung der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in Fraktionen vor sich ging und jeder Fraktion ~~eine~~ ^{ihnen größtenteils entsprechende} Sitze in den Ausschüssen zugewiesen werden sollte. Jetzt ist es aus finanziellen Gründen angebracht, daß solche Deputationen und Ausschüsse verkleinert werden. Die einzelnen Fraktionen werden sich darüber verständigen können, wer auscheiden soll, ~~und dafür Mitglied eines anderen Ausschusses bleiben kann.~~ ^{in einem Ausschusse aus dem er aussteigt, oder in einer anderen Fraktion} Im allgemeinen steht der Finanzausschuß aber auf dem Standpunkt, daß Tagegelder gezahlt werden müssen und zwar an alle Ausschüsse, denn alle Mitglieder derselben müssen Opfer bringen. Es ist nicht mehr angängig, daß die Geschäfte der Stadt nur von gut situierten Bürgern wahrgenommen werden, sondern im Zeitalter des allgemeinen Wahlrechts ist es selbstverständlich, daß aus allen Klassen unsere Mitbürger daran teilnehmen und die dadurch herbeigeführte Versäumnis entschädigt wird,

noch

noch dazu in dieser schweren Zeit. Sie wissen, daß besonders die Mitglieder der Ausschüsse von der Linke durch Teilnahme an den Ausschusssitzungen Einbuße in ihrer Einnahme erleiden und daß es nur recht und billig ist, daß sie deswegen entschädigt werden.

Ich bitte Sie, namens des Finanzausschusses, sich unserem Antrage anzuschließen, daß den Mitgliedern sämtlicher Deputationen und Ausschüsse diese Tagegelder, die bisher nur an die Mitglieder der größeren Ausschüsse gezahlt worden sind, gewährt werden.

Der Antrag des Finanzausschusses wird angenommen.

3. Nachverwilligung von Mitteln zur Errichtung
einer Baracke nebst Liegehalle für tuberkulose
Kinder.

Stadt v. E f f n e r: Meine Damen und Herren! Die immer mehr steigende Teuerung bringt es mit sich, daß wir uns in dieser Versammlung öfter schon mit der Nachbewilligung größerer Mittel haben befassen müssen und so handelt es sich auch bei diesem Punkt der Tagesordnung um eine Nachbewilligung, und zwar für Errichtung einer Baracke nebst Liegehalle für tuberkulose Kinder auf dem Brunonia Grundstücke an der Pflegehausstraße. Der Voranschlag mit dem Betrage von 170 000 Mark ist im März 1920 aufgestellt, während die Ausführung in den Monaten Juli bis Oktober desselben Jahres stattfand. Die Ausgaben setzen sich in der Hauptsache aus folgenden Punkten zusammen: Einrichtung der Baracke mit den zugehörigen Nebenanlagen 194 880 Mark, Errichtung einer Liegehalle 10455,50 Mark Beschaffung von Einrichtungsgegenständen 59 787,60 Mark sodaß sie sich insgesamt auf

265 123,27 Mark

265 123,27 Mark belaufen und eine Mehrausgabe von 95 123,27 Mark entstanden ist. Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordnetenversammlung, diese Mehrausgabe nachverwilligen zu wollen.

Der Bauausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit dieser Angelegenheit befaßt und ist zu der Entschließung gekommen, da es sich um eine notwendige Sache handelt, Ihnen zu empfehlen, diese Mehrausgabe noch nach-zu-verwilligen. Ich möchte die Versammlung bitten, diesen Antrage des Bauausschusses zu folgen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Meine geehrten Herrschaften! Ich kann es wohl verstehen, wenn der Herr Vorredner namens des Bauausschusses einleitend bemerkte, wie diese Überschreitung des Voranschlages durch die nachherige Ausführung zustande gekommen ist. Ich bitte Sie, bei dieser Nachbewilligung freundlichst berücksichtigen zu wollen, welcher reiche Segen dem Gesundheitswesen der Stadt durch diesen Bau erwachsen ist. Jeder, der Gelegenheit genommen hat, sich zu überzeugen, wie im vorigen und diesem Sommer diese Liegehalle für die Gesundheit der Kinder nutzbringend hat verwendet werden können, wird seine helle Freude daran gehabt haben, wie die Kinder in Licht und Sonne sich haben entwickeln können. Das für die Erbauung der Liegehalle ausgegebene Geld ist jedenfalls nutzbringend verwandt.

Stadt v. S t e i n e r t: Meine Damen und Herren! Wenn die heute nachzuverwilligende Summe auch ziemlich hoch ist, so dürfen wir uns doch der Notwendigkeit nicht verschließen, der Ausgabe ohne weiteres zuzustimmen. Wir wissen, daß gerade die Lungen- und Tuberkuloseerkrankungen heute immermehr an Ausbreitung gewinnen, weil größere Volkskreise mehr und mehr unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen leiden müssen und die Unterernährung in weiten Volkskreisen immer mehr und mehr zunimmt. Wenn hier für die kranken Kinder in dieser Weise eine segensreiche Einrichtung geschaffen ist, so müssen wir die Notwendigkeit ohne weiteres anerkennen, aber wir dürfen es nicht bei dieser einen Maßnahme bewenden lassen, sondern müssen darin weitergehen. Ich habe an dieser Stelle schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Tuberkulose-Erkrankte unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen schwerer als andere zu leiden haben, weil sie auf eine gute Ernährung angewiesen sind, wenn sie ihren

ihren Gesundheitszustand bessern wollen. Ich habe ersucht, ~~wie~~^{ob} es nötig ist, für sie von seiten der Stadt verbilligte Lebensmittel zur Verfügung zu stellen, und habe darauf hingewiesen, daß ohne Aufenthalt auch Wäsche für sie zur Verfügung gestellt werden muß. Ich habe Fälle angeführt, wo es nicht möglich ist die Bettwäsche in ordnungsgemäßer Weise zu wechseln. Wenn man eine derartige Krankheit bekämpfen will, müssen wir vor allen Dingen für Reinlichkeit sorgen, und das können wir nur dadurch, daß wir den Familien die nicht in der Lage sind, die nötige Bettwäsche zu beschaffen, gegen ein billiges Entgelt Wäsche verschaffen. Es ist notwendig, daß man auch bei der Verteilung der Kartoffeln die Lungenkranken berücksichtigt, denn ein Familienvater, der erkrankt ist, ist nicht in der Lage, das zu verdienen, was heutzutage zum Lebensunterhalt verdient werden muß, und wenn bei einem solchen ein Heilverfahren genehm^{igt}~~igt~~ wird, so ist er auch nicht in der Lage, seine Familie so zu ernähren, wie es unter den heutigen

heutigen schwierigen Verhältnissen geschehen müßte. Wenn er dann das Heilverfahren durchgemacht hat, 13 Wochen in Stiege gewesen ist, so steht er vor einem Nichts. Die Familie ist in der schweren Zeit heruntergekommen, er ist gezwungen, wieder in den alten Betrieb hineinzugehen und seine Krankheit fängt von neuem an. Wir haben als Vertreter der Stadt dauernd Ursache, für die Tuberkuloseerkrankten mehr zu tun als bisher. Wir wissen, daß in der letzten Zeit ein Mordschrei der Zivilinvaliden durch die Presse gegangen ist. Diese haben am schwersten zu leiden, sind kaum in der Lage, das nackte Leben zu fristen und stehen vor der Alternative, zu dem verzweifeltsten Mittel zu greifen, um ihrem Leben ein Ende zu machen. Auch hier haben wir Ursache, als Stadt dafür zu sorgen, daß ihnen durch verbilligte Kartoffeln, Kohlen usw. zu Hilfe gekommen wird, ^{um} ~~und~~ diesen unverschuldet in Not geratenen, es möglich zu machen, daß sie halbwegs ihr Leben fristen können.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Was zunächst die Tuberkulose-Erkrankten betrifft, so sind wir im Wohlfahrtsamt seit längerer Zeit in Fühlung mit dem Leiter der Tuberkulosefürsorgestelle, Herrn Dr. Hollmann, getreten und sind bestrebt, den Fällen nachzugehen, die Herr Steinert mit Recht erwähnte. Ebenso haben wir gemeinsam mit dem Verbands der Zivilinvaliden, Ortsgruppe Braunschweig, uns bemüht, solchen Fällen gerecht zu werden, die eine besondere Hilfsmaßregel erforderlich machen. Herr Stadtrat Vogler und ich haben gemeinsam mit dem Vorstand des Verbandes der Zivilinvaliden einen Unterausschuß gebildet, dem gewisse Mittel aus der Sammlung in der Opferwoche zur Verfügung stehen. Durch Verteilung von Kartoffeln, Feuerungsmitteln und dergl., Austeilung von Legaten und Liebesgaben haben wir besonderen Notständen Rechnung getragen und werden das auch gern weiter tun.

Stadtv. L e h n e r t : Meine Damen und Herren ! Wenn wir den Ausführungen unseres Kollegen Steinert gefolgt sind, dann müssen wir in erster Linie fragen, wodurch es möglich wird, daß den Tuberkulosen geholfen werden kann, und da kommen wir wieder auf das alte Kapitel, das wir hier schon so häufig besprochen haben, auf die grenzenlose Wohnungsnot, die wir hier haben. Gerade an den Stellen, wo die Wohnungsnot am größten ist, hat sich die Tuberkulose eingenistet, besonders dort, wo ^{nicht jede} ~~die~~ Person~~en~~ aus der Familie ~~nicht jede~~ in einem Bett für sich schlafen kann, sondern der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, ~~an~~ mehrere~~n~~ in einem Bette schlafen. Wir sehen, daß manche dieser armen Leute die Milch nicht mehr bezahlen können, und wissen doch, daß den Tuberkulosen fort und fort von den Ärzten der Genuß guter Milch anempfohlen wird. Herr Steinert hat schon darauf hingewiesen, daß in vielen Familien nicht

nicht einmal die nötige Wäsche vorhanden ist, um die Blöße decken zu können. Wir wissen, daß es Familien gibt, wo Sonnabends das Hemd , das eben ausgezogen ist, gleich gewaschen und an einen warmen Ort gehängt wird, damit es trocknet, so daß es die Leute am anderen Morgen wieder anziehen können. Wenn man solchen armen Kranken den guten Rat gibt, sie müßten sich gut ernähren, damit sie Herr ihrer Krankheit werden, so ist es leicht, einen solchen Rat zu erteilen, aber es wäre zu wünschen, daß man dem Übel an die Wurzel ginge und tatsächliche Hilfe brächte. Es geht durch den Blätterwald die Meldung, daß demnächst das Brot 150 M kosten soll. Was bleibt da noch übrig, um dieser Seuche Herr zu werden ? Ich habe seinerzeit hier schon bekanntgegeben, daß der Obermedizinalrat Dr. Schulz in Sachsen bei der Gelegenheit der Eröffnung eines Genesungsheims gesagt hat, daß die erste Aufgabe der Städte und Regierungen die sein müßte, daß sie für gesunde

Woh=

Wohnungen sorgen, und wenn wir dann sehen, *f*
dann muß man glauben : Es ist Matthäi am letzten,
wir sind bankerott. Ratschläge können wir wohl
geben, aber helfen können wir nicht mehr. Wenn
Herr Stadtrat von Frankenberg sagte, daß er alles
mögliche tut, dann möchte ich mich dem Wunsche des
Herrn Steinert anschließen, daß diese Leute in
erster Linie mit Kohlen und Kartoffeln versorgt
werden, damit sie nicht frieren und hungern müs=
sen, sondern daß sie wissen : du hast noch soviel
Kohlen, daß du wenigstens bei deinem hungrigen
Magen nicht auch noch zu frieren brauchst.

f wie es bei uns damit steht,

Die angeforderten Mittel werden von der Versammlung nachbewilligt.

(Punkt 3)

Die Verhandlung über den Punkt: „Einführung einer Leihgebühr bei der Stadtbibliothek“ wird vertagt, weil noch einige Erhebungen stattfinden müssen.

4. Erhöhung der Vergütung für die Schulärzte.

Stadtv. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren ! Es ist Ihnen bekannt, daß wiederholt der Satz, den die Schulärzte für ihre Tätigkeit beziehen, aufgebessert worden ist. Die Vergütung beträgt seit dem 1. Januar d.J. 3 M und seit dem 1. April 4,50 M jährlich für jedes zu überwachende Schulkind. Infolge der Geldentwertung sind die Schulärzte an die V Stadtverwaltung mit dem Ersuchen herangetreten, ihnen rückwirkend für das erste Quartal dieses Jahres 5 M, für das zweite Quartal 6 M und vom 1. Juli d.J. ab 10 M für jedes zu überwachende Schulkind jährlich zu zahlen. Der Rat erkennt an, daß angesichts der heutigen Verhältnisse die Gebühr von 10 M nicht zu hoch ist, empfiehlt aber, die Bewilligung einer rückwirkenden Gebührenerhöhung abzulehnen. - Der Schulausschuß hat sich mit der Frage befaßt, schließt sich der Ansicht des Rates auf Ablehnung der rückwirkenden Vergütung an und empfiehlt Ihnen, die Erhöhung auf 10 M nur vom 1. Oktober an zu genehmigen.

*Für die am laufenden Vierteljahre an
eintreten zu lassen.*

Stadtv. L e h n e r t : Meine Damen und Herren ! Auch die Frage der Schulärzte ist ein Kapitel, das wir hier schon häufig besprochen haben. Als wir noch Herrn Rönneburg und den Schulinspektor Salomon unter uns als Kollegen hatten, wurde darauf hingewiesen, in welcher leichtfertigen Art und Weise von einem Teile der Schulärzte die Behandlung der Schulkinder vorgenommen wird. Wenn heute eine höhere Bezahlung verlangt wird, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß den Herren auch gesagt werden muß, daß sie ihre Tätigkeit so aufnehmen, wie es sein muß, daß sie namentlich an den Kindern etwas mehr tun und nicht nur durch die Klasse gehen wie ehemals ein Unteroffizier durch seine Sektion Soldaten ging. Als Arzt soll man Mitgefühl haben und seine Schutzbefohlenen nicht abstoßend behandeln. Es ist beschämend, daß die Ärzte heute mit diesen Forderungen kommen und nicht das nötige Gefühl für die Kinder haben, daß einige Kinder nicht gut bei

ihnen

ihnen angeschrieben sind, weil der Vater Dissident ist. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Glaubenssatz bei dieser Sache nichts zu tun hat, sondern daß es nur darauf ankommt, wo die Hilfe des Arztes nötig ist.

Stadtv. M a r t h : Meine Damen und Herren!
Wenn heute die Herren Ärzte für ihre Bemühungen mehr haben möchten, so läßt sich das wohl nachempfinden, aber man muß dann auch verlangen, daß diejenigen, die für ihre Tätigkeit mehr haben wollen, sie auch so ausführen, wie wir es von einem Schularzt verlangen können. Ich weiß nicht, ob es Wahrheit ist, aber es ist mir mitgeteilt, daß wohl einige der Ärzte die Kinder in den Schulen eingehend untersuchen, einige andere aber nur durch die Klasse gehen, den Lehrer fragen, ob etwas Besonderes zu bemerken ist, und dann ihres Weges gehen. So geht die Geschichte denn doch nicht! Wir müssen verlangen, daß die Schulärzte die Kinder auch untersuchen und feststellen, was heutzutage für sie notwendig ist. Unsere Schuljugend ist bis zur Hälfte ihrer Zahl krank, sie leidet an irgend etwas, mag es eine Krankheit sein, welche es sei. Durch die Unterernährung ist die größte

 Zahl

Zahl der Kinder zurückgekommen, und deshalb ist es notwendig, daß sie in gesundheitlicher Beziehung streng im Auge behalten wird und die ärztlichen Untersuchungen streng durchgeführt werden. Ich möchte bitten, daß die Schulärzte streng angewiesen werden, ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun, wie wir es verlangen. Wir haben schon in früheren Sitzungen darauf hingewiesen, daß besonders ~~unsere Kollegen~~ von links wünschen, daß die Schulärzte hauptamtlich anzustellen sind. Dann können wir von ihnen verlangen, daß sie ihr Amt gewissenhaft führen, und wenn sie ihre Schuldigkeit nicht tun, können wir sie zur Verantwortung ziehen. Ich möchte ersuchen, daß wir so rasch wie möglich dazu übergehen, mindestens 1 bis 2 Schulärzte im Hauptamt anzustellen, um eine Probe zu machen, ob damit der Gesundheitszustand in den Schulen sich bessert. Meine Freunde sind also für Bewilligung der angeforderten Mittel, aber unter der Bedingung, daß die Ärzte ihre Schuldigkeit tun



und

und daß möglichst bald mit der Anstellung von hauptamtlichen Schulärzten ein Versuch gemacht wird, daß dies letztere nicht auf die lange Bank geschoben wird, damit wir sehen, ob ein Unterschied ist zwischen den hauptamtlichen Schulärzten und solchen im Nebenamt.

A handwritten signature, possibly reading 'H. H.', is written in dark ink on the right side of the page.

Stadtrat S c h a p e r : Meine Damen und Herren ! Die Tätigkeit der Schulärzte ist grundsätzlich geregelt, und die dafür gültigen Grundsätze sind durch die Stadtverwaltung festgelegt. Die Schulärzte haben alle acht Tage eine Sprechstunde in der Schule abzuhalten, in denen ihnen die Kinder vorgeführt werden, die einer besonderen ärztlichen Überwachung bedürfen, ebenso auch die Kinder, die für die Versendung in Kolonien oder aufs Land vorgesehen sind. Im 1., 4. und letzten Schuljahre findet eine eingehende Untersuchung der Schulkinder statt. Durch die übrigen Klassen soll der Schularzt nur einmal durchgehen und fragen, ob besondere Fälle vorliegen, die er zu beurteilen hat und soll sich über die hygienischen Einrichtungen in der Schule und den Klassen informieren. Es können nicht alle Kinder in jedem Jahr vom Schularzt untersucht werden, und das ist auch nicht notwendig, denn wenn ein körperlicher Mangel bei einem Schulkinde sich

ein=

einstellt, liegt das Recht vor, das Kind in der nächsten Sprechstunde dem Schularzt vorzuführen. Ich kann es deshalb nicht als zutreffend zugeben, daß die Schulärzte ihre Pflicht nicht tun, sondern ich habe von allen Seiten gehört, daß sie ihre Pflicht voll erfüllen. Wenn aber irgendwelche Verfehlungen vorkommen sollten, möchte ich Sie dringend bitten, solche Fälle der Stadtverwaltung mitzuteilen. Wir werden dann die Sache untersuchen und mit allem Nachdruck für Abhilfe sorgen. Wir sind der Meinung, daß jeder das Recht hat, zu verlangen, ordentlich bezahlt zu werden, daß er dann aber auch die Arbeit ordnungsmäßig leisten muß, die von ihm verlangt wird. Im übrigen hat die Versammlung zugestimmt, daß wir einen Schularzt im Hauptamt anstellen. Wir haben seitens des Rats die Ausführung sofort in Angriff genommen, leider aber hat man in einem Blatte, das für unser Inserat in Frage kam, unsere Anzeige nicht aufnehmen wollen, und zwar aus dem Grunde, weil die ausgesetzte

Be=

Bezahlung nicht als genügend angesehen wurde, und dadurch sind wertvolle Wochen verloren gegangen. Ich kann aber mitteilen, daß in einer der nächsten Sitzungen den Stadtverordneten eine Vorlage unterbreitet werden wird, auf Grund derer zu entscheiden ist, welchen Herrn wir wählen wollen. Die Anstellung eines Schularztes im Hauptamt wird also nicht mehr lange auf sich warten lassen, und ich bin überzeugt, wenn die hauptamtliche Anstellung sich besser bewähren sollte als die nebenamtliche Beschäftigung von Schularzten, daß dann der Rat mit der weiteren Vorlage kommen wird, noch mehr Schularzte im Hauptamte anzustellen.

Stadtv. M a r t h : Es berührt eigentümlich, daß eine Zeitschrift, die eine ärztliche Zusammengehörigkeit herausgibt, eine Anzeige nicht aufnimmt, in der ein hauptamtlicher Schularzt gesucht wird. Wenn eine Gruppe von Arbeitern einen Streik ins Leben ruft, so wird von der Seite gleich geschrien : „Das dürfen sie nicht, wie können sie so etwas machen!“ Ist dies hier denn etwas anderes, wo diejenigen, die auf die Gesundheit der Bevölkerung hinwirken sollen, es hintertreiben, daß die Stadt einen hauptamtlichen Schularzt bekommt ? Was ist es weiter, als daß die Ärzte sich die Einnahme aus der nebenamtlichen schulärztlichen Tätigkeit nicht entgehen lassen wollen! Wenn wir erst einen hauptamtlichen Schularzt haben, dann müssen wir versuchen, einen zweiten und dritten zu erhalten auch gegen den Willen der hiesigen Ärzte.



Stadtv. L e h n e r t : Es ist eine Tatsache, daß die wirtschaftliche Vereinigung der Ärzte, der Leipziger Verband, seine Hochburg in Braunschweig hat. In keiner Stadt findet man unter den Ärzten so reaktionäre Herrschaften vertreten wie in Braunschweig. Es ist kennzeichnend für diese Herrschaften, daß sie in ihrer Fachpresse es ablehnen, ein Inserat aufzunehmen, daß aufgegeben werden soll, um seitens der Stadt einen hauptamtlich beschäftigten Schularzt zu erhalten. Es kennzeichnet so recht, wie diese Herrschaften nur auf dem Standpunkt des krassen Egoismus stehen, daß sie aus der Zitrone, Stadtvertretung genannt, herauszupressen suchen, was nur möglich ist und daß sie nicht dulden wollen, daß ein anderer in dies Amt hineinkommt, als sie es wünschen. Wir werden erleben, welchen Herrn man uns präsentieren wird, aber seien Sie versichert, wir werden die Herrschaften unter die Lupe nehmen. Wir wissen genau, wo Bartel den Most holt, und werden

die

die Angebote zu würdigen wissen. - Wir sind dafür, daß die 10 M als Vergütung gewährt werden, aber zahlbar erst vom 1. Oktober ab, und weiter zurück keinen Pfennig mehr als vorher bestimmt war.

Für den Antrag des Rates (10 M vom 1. Juli ab) melden sich 12 Stadtverordnete, für den Antrag, die Erhöhung erst vom 1. Oktober ab eintreten zu lassen, ebenfalls 12 Stadtverordnete. Der Vorsitzende gibt den Ausschlag zu Gunsten der Erhöhung vom 1. Juli ab.

(Punkt 4)

5. Erhöhung der Vergütung für verschiedene
Lehrkräfte.

Stadtv. S i e v e r s : Meine Damen und Herren !
Die fortschreitende Teuerung hat die Stadt veran-
laßt, die Vergütungssätze für verschiedene Lehr-
kräfte zu erhöhen. Die Vorlage darüber ist Ihnen
allen zugegangen, ich kann Ihnen also summarisch
berichten.

Fahrens - J
1) Für je eine Unterrichtsstunde der an der
Städtischen Fortbildungsschule nebenamtlich wirken=
den Lehrkräfte sollen für das laufende Vierteljahr
63 M festgesetzt werden, und außerdem ist ein
Schlüssel vorgesehen, nach dem für die Einzelstunde
80 % des Betrages als Vergütung gewährt wird, der
sich ergibt, wenn das Anfangsgehalt einschließlich
Ortszuschlag und Ausgleichszuschlag eines ledigen
Lehrers der Besoldungsgruppe VIII durch 1000 ge=
teilt wird, und diese Berechnung soll jedesmal am
Vierteljahrsersten ^{neu} erfolgen.

Die

Die durch diese Neuregelung der Stadt erwachsenden Mehrkosten belaufen sich auf jährlich 880 000 M.

2) Für die Lehrkräfte, die nebenamtlich an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule tätig sind, ist eine der eben vorgetragenen ^{entsprechende} ~~gleichen~~ Regelung vorgesehen. Die sich darnach ergebende Mehrbelastung der Stadt beträgt jährlich 475 000 M.

3) Die Studienreferendare erhielten bisher eine stundenweise Bezahlung von 9 M oder bei voller Beschäftigung die Dienstbezüge eines Anwärters im ersten Besoldungsdienstjahre. Gemäß dem Vorgehen des Staates ist eine Regelung getroffen, wonach die ~~auftragsweise~~ ^{beschäftigten} Studienreferendare Tagegelder erhalten, die insgesamt 80 % der Gesamtbezüge eines planmäßigen Beamten der Besoldungsgruppe X, 1. Stufe, betragen. Es wird dabei also eine Bezahlung nach Tagen eingeführt, ^{für jeden Tag} in dem die bezeichnete ^{jährliche} Gesamtvergütung durch 365 geteilt wird.

Der Rat hat dazu beantragt, daß die Berechnung bei

bei den Studienreferendaren, wenn diese wenigstens 18 Stunden wöchentlich erteilen, nach diesem Schlüssel vor sich gehen soll, daß aber die Entschädigung entsprechend herabgesetzt werden soll, wenn ~~d~~ sie weniger als 18 Stunden wöchentlich geben. Der Ausschuß schlägt vor, das dahin abzuändern, daß für die nicht vollbeschäftigten Studienreferendare für die Berechnung ~~eine~~ wöchentliche Stundenzahl von 24 zugrundegelegt wird.

4) Die Studienassessoren sollen, ebenso wie im Staat, bei nicht voller Beschäftigung unter Anlehnung an den Tarifvertrag vom 20. Januar 1921 besoldet werden. Die Vergütung für jede erteilte Unterrichtsstunde ist zu berechnen unter Zugrundelegung von wöchentlich 24 Unterrichtsstunden.

5) Für Hilfsunterricht ~~(in den städtischen~~ *von Nicht-Beamtenanwärtern*
höheren Schulen wurde früher eine Vergütung von 18 - 20 Mark für die Einzelstunde bezahlt. Entsprechend der staatlichen Neuregelung soll bei

tech=

technischem Unterricht in Zukunft eine Vergütung gewährt werden, die der Höhe der jeweiligen Bezüge der nebenamtlichen Lehrkräfte an der Fortbildungsschule entspricht, und bei wissenschaftlichen Unterrichtsstunden soll ein Zuschlag von einem Fünftel hinzugerechnet werden.

6) Der Hilfsunterricht an den übrigen von der Stadt unterhaltenen Schulen von Nicht-Anwärtern soll so bezahlt werden wie der nebenamtliche Unterricht an der Fortbildungsschule.

7) Denselben Satz finden wir für den Schwimmunterricht vorgeschlagen.

8) Seminaristisch oder technisch vorgebildete Hilfslehrkräfte, d.h. solche Lehrkräfte, die noch nicht fest angestellt sind und vorübergehend an den von der Stadt unterhaltenen Schulen beschäftigt werden, sollen die Bezüge der nebenamtlichen Lehrkräfte an der Fortbildungsschule, abzüglich eines Fünftels der jeweiligen Beträge, erhalten, weil sie

als

als noch in der Ausbildung begriffen angesehen werden und deshalb nicht voll entschädigt werden sollen. Dies gilt ~~aber nur~~ ^{alle} für die Schulen, die von der Stadt unterhalten werden, ^{aber} nicht für die Bürgerschulen. Die Hilfskräfte an diesen werden nach dem Lehrerbesoldungsgesetz des Staates bezahlt.

9) Für vorübergehend beschäftigte Hortnerinnen wird vom Rat eine Tagesvergütung von 150 M in Vorschlag gebracht.

Der Schulausschuß hat diese Anträge des Rats durchberaten und schlägt Annahme derselben vor.

Der V o r s i t z e n d e macht nochmals auf die vom Ausschuß beantragte Änderung zu Ziffer 3 aufmerksam. Gemäß dem Kommissionsantrage werden die Ratsvorschläge mit der vom Ausschuß beantragten Änderung angenommen.

25. 4. 5

6. Genehmigung der Satzung über die Besoldung
der städtischen Beamten und Lehrkräfte.

Stadtv. M u n t e : Meine Damen und Herren!
Nach langer Zeit des Wartens kommen wir endlich
dazu, in die endgültige Regelung der Beamtenbesol-
dung einzutreten. Sie alle haben das Schreiben des
Rates vom 5. Juli bekommen, in dem der Rat darauf
hinweist, daß jetzt, nachdem die staatlichen Be-
soldungsordnungen erlassen sind, auch wir folgen
müßten und damit das frühere, im Dezember 1920 er-
lassene vorläufige Statut aufgehoben werden kann.
Ebenso hat Ihnen allen der Rat den Satzungsentwurf
über die Besoldung der Beamten der Stadt Braun-
schweig mit verschiedenen Anlagen zugesandt, die
Sie wahrscheinlich aufmerksam geprüft haben. An-
lage 1 gibt die „Besoldungsordnung für die städti-
schen Beamten“, Anlage 2 „Gehalts~~Adiel~~ für die
Beamten“, Anlage 3 die Zahlen für den Ortszuschlag
und

und Anlage 4 eine „Nachweisung der Dienstbezüge der städtischen Beamtenanwärter“. Wir haben seit langer Zeit keine Vorlage zu beraten gehabt, die soviel Kopfzerbrechen verursacht hat wie diese, und das ist ganz erklärlich, da alle Beamten der Stadt grosses Interesse an der Festlegung ihrer Bezüge für eine längere Zeit haben und ihre Wünsche uns zugänglich gemacht hatten. Wir haben in der Sitzung vor vierzehn Tagen diese Sache zurückstellen müssen, weil der Finanzausschuß bis dahin nicht in der Lage gewesen war, dieses umfangreiche Material zu sichten und zu formen. Der Finanzausschuß hatte dann auch noch einen Unterausschuß von 15 Herren gebildet, zu dem auch ich zugezogen worden bin, und wir haben dann versucht — ich kann nur sagen: versucht —, etwas so Vollkommenes zu schaffen, wie es nach Lage der Dinge überhaupt möglich war. Wir haben zu unseren Sitzungen auch den Beamtenausschuß hinzugebeten, er hat ständig mit uns in Beratung

ge-

gestanden, ^{was} haben uns über alles Einschlägige erkundigt und es nach bestem Wissen und Können, in den meisten Fällen in Übereinstimmung mit dem Beamtenausschuß, gewürdigt und so die Vorschläge fertig gemacht, die Ihnen heute auf den Tisch gelegt worden sind. Daß nicht sämtliche Wünsche der Beamten sich restlos haben erfüllen lassen, sowohl bezüglich der Eingruppierung wie auch in der Amtsbezeichnung, das ist ein Mangel, wie er bei allen menschlichen Einrichtungen zu finden ist; etwas ganz Vollkommenes, mit dem ein jeder zufrieden ist, wird sich wohl nie schaffen lassen, manches wird immer nur ein frommer Wunsch bleiben. Die Vorschläge des Sonderausschusses sind dann im Finanzausschuß noch einmal zur Sprache gekommen, darnach sind sie vervielfältigt, und am Montag haben wir im Finanzausschuß den Beschluß zu fassen gesucht (ich weiß nicht genau, ob er wirklich gefaßt ist) Ihnen vorzuschlagen, diese ganze Angelegenheit -

wie

wie man so hübsch auf deutsch sagt - „en bloc anzunehmen. Es soll jedenfalls der Versuch gemacht werden, das hier zu erreichen. Ich weiß allerdings nicht, ob nicht trotzdem aus der Mitte des Hauses Anträge kommen werden, die diese Erledigung vereiteln, aber ich hoffe, daß etwaige Anträge nur in kleiner Zahl und von geringfügiger Natur kommen werden, sonst wird es schwierig sein, heute mit der Beratung so weit zu kommen, daß wir die neue Regelung dem Rat als ein formuliertes Ganzes übergeben können. Der weitere Verlauf der Sache ist so gedacht, daß der Rat zu den Abänderungen, die wir getroffen haben, Stellung nimmt und sich mit uns in einer der nächsten Sitzungen wieder in Verbindung setzt, wenn irgendwelche formellen Bedenken bestehen, die diese oder jene EntschlieÙung betreffen, wenn wir uns nicht klar genug ausgedrückt haben sollten. Ein derartiges Statut muß natürlich als etwas, was die Grundlage für Rechte darstellt, juristisch richtig

ab-

abgefaßt sein.

Der Rat spricht sich in seinem Schreiben zu der Vorlage über einige wichtige Punkte aus; ich habe zu diesen Punkten augenblicklich nichts weiter zu sagen und überlasse es Anfragen aus der geehrten Versammlung, mich ^{da} zu noch zu veranlassen.

In bezug auf die Satzung sind nur ganz geringfügige Änderungen vom Ausschuß beantragt worden, und zwar soll auf Seite 2 in § 2 in der zweiten Reihe das Relativwort „die“ in „das“ verwandelt werden, und auf der dritten Reihe hinzugesetzt werden: „ebenso die Beförderung in eine höhere Gruppe“. Ich glaube, das ist die einzige Änderung, die der Ausschuß vorschlägt. (Zuruf: Jawohl!).

V o r s i t z e n d e r : Es empfiehlt sich, hier eine Pause in den Ausführungen des Herrn Referenten eintreten zu lassen, um den Herrschaften Gelegenheit zu geben, sich über die eigentliche Satzung zu äußern. Wie der Herr Berichterstatter sagt, hat die Satzung selbst bis auf diese kleine Änderung uneingeschränkte Zustimmung in der Finanzkommission gefunden. Wünscht jemand dazu das Wort? — Das ist nicht der Fall.

Stadtv. M u n t e : Wir kommen nun zu der „Besoldungsordnung für die städtischen Beamten“. Darüber hat uns der Rat ein gedrucktes Formular (Anlage 1) zugehen lassen, aus der hervorgeht, welche Vorschläge er macht. Ich habe schon mitgeteilt, daß^{wir} bei Beratung der Besoldungsordnung in ständiger Fühlung mit der Beamtenvertretung geblieben sind, daß wir aber nicht alle die vorgebrachten Wünsche wegen der Einteilung in die Gruppen haben erfüllen können, zum Teil auch deshalb nicht, weil gesetzliche Bestimmungen im Wege stehen. Aber in sehr vielen Fällen haben wir eine Besserstellung der Beamtengruppen vornehmen können und sind der Überzeugung, daß wir damit das Rechte gefunden haben. Unsere neuen Vorschläge haben Sie in Vervielfältigung vor sich liegen, und ich bitte Sie, dieses Blatt zur Hand zu nehmen.

In Gruppe 1 haben wir nach diesen Vorschlägen überhaupt keine Beamten, und in Gruppe 2 sind, eben-

so wie in der Ratsvorlage nur die Pfortner aufgeführt. Es ist dabei aber zur Sprache gekommen, daß sich das augenblicklich nur auf einen einzigen Beamten auf dem Schlachthause bezieht, der Kriegsteilnehmer ist und eine Verletzung erlitten hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wenn Pfortner neu angestellt werden, sie auf Beschluß der städtischen Behörden neu eingereicht werden können.

V o r s i t z e n d e r : Ich stelle nicht jede Gruppe ausdrücklich zur Beratung, sondern nehme an, daß die Versammlung mit der von Herrn Referenten besprochenen Gruppe einverstanden ist, wenn keine Einwendungen aus der Versammlung laut werden.

e,

ng

e-

-

Stadt v. M u n t e : Gruppe 3 nennt: Hallenmeister im Städtischen Schlachthause, Aufseher, Hausmeister in den Schulen, Bademeister. (Ohne Meldungen zum Wort).

In Gruppe 4 sind untergebracht: Oberaufseher, Oberbademeister, Obermaschinisten, Hausmeister im Rathause, im Archiv und im Museum, Botenmeister (früher Stadtdiener), Gelderheber beim Städtischen Betriebsamte, Beleuchtungsaufseher, Futtermeister im Marstall, Oberwärter im Städtischen Krankenhause, Desinfektoren, Feuerwehrleute.

Bemerkung 1: „Die Feuerwehrleute der Gruppe 4 sind nach 5jähriger Dienstzeit in Gruppe 5 einzureihen, sofern nicht die städtischen Behörden nach Anhörung des Beamtenausschusses die Beförderung versagen.“

Es muß wohl heißen: Nach 5jähriger Dienstzeit in der Feuerwehr“, jedenfalls ist das unsere Meinung gewesen. Es könnte vorkommen, daß jemand einen ande-

ren

ren städtischen Dienst versteht und sich zur Feuerwehr meldet. Von dem muß dann, ehe er in die Gruppe 5 eingereiht wird, erst noch ein 5jähriger Dienst bei der Feuerwehr verlangt werden.

Bemerkung 2 : „Die Feuerwehrleute erhalten neben den Barbezügen nach näherer Bestimmung der städtischen Behörden Dienstkleidung und Schuhwerk geliefert (nicht ruhegehaltstfähig).“

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Meine geehrten Herrschaften! Es sind von einigen Seiten Zweifel darüber geäußert, was unter dieser „5-jährigen Dienstzeit“ zu verstehen sein soll. Es ist bekanntlich von den städtischen Behörden der Beschluß gefaßt, daß die Feuerwehrleute nach einjähriger Probedienstzeit zur Anstellung kommen sollen. Man kann zweifelhaft darüber sein, ob die Probedienstzeit in diese 5 Jahre mit hineingerechnet werden soll oder nicht.

Weiter weise ich darauf hin, daß durch diese Bestimmung, die Sie einfügen wollen und zu der der Rat noch keine Stellung hat nehmen können, vielleicht eine besondere Bestimmung in § 14 der Satzung, betreffend das Besoldungsdienstalter, nötig wird. Gesetzt, ein Feuerwehrmann wird am 1. August angestellt, dann gilt seine Anstellung als am 1. April erfolgt. Wie wird das nun aber bei dem Aufrücken in die höhere Gruppe? Soll ein


Zeit-

Zeitraum von 5 Jahren wirklichen Dienstes bei der Feuerwehr entscheidend sein, oder genügt es, wenn vom 1. April des Jahres, von dem an seine Anstellung als vorgenommen gilt, 5 Jahre verstrichen sind - Ob Sie heute in der Lage sind, diese nicht ganz einfache Frage aus dem Handgelenk zu erledigen, scheint mir zweifelhaft zu sein. Herr Munte erklärte vorhin, der Rat solle zu der heute zu beschließenden Fassung Stellung nehmen und die Sache an die Stadtverordneten zurückgelangen lassen. Nehmen Sie mir nicht übel: Wir haben unsererseits auch den Wunsch, diese Sache nun so bald wie möglich zum Abschluß zu bringen, und deshalb möchte ich eine solche Zurückverweisung gern vermieden sehen. Läßt es sich nicht so machen, daß in dem Falle, daß ~~es~~ hier und da formelle oder unbedeutende sachliche Änderungen nötig werden, der Rat sie mit dem Finanzausschuß vereinbart? Die Entscheidung darüber, ob eine sachliche Änderung vorliegt, würde

würde der Rat unbedenklich in die Hand des Finanz-
ausschusses legen, damit in keiner Weise Ihnen
etwas von Ihrem Recht genommen wird. Wir können
vielleicht am Schlusse der Beratung über diese An-
regung uns einigen.

Stadt v. M a r t h : Der Ausschuß ist der Auffassung gewesen, daß in diesem Falle nach einer 5 jährigen Beamtendienstzeit, wie sie sonst nach der Anstellung für die ~~Befolgung~~ Beförderung maßgebend ist, der Übergang in die höhere Gruppe stattfinden soll. Der Beamte ist also 5 Jahre lang in Gruppe 4 und soll dann übergereicht werden.

Wenn sich kleine Änderungen als unbedingt notwendig ergeben, was wohl möglich ist, da die ganze Besoldungsordnung etwas schnell hat beraten werden müssen, so können wir es dem Finanzausschuß überlassen, das mit dem Rat zu besprechen und festzusetzen. Größere Veränderungen werden ja kaum vorkommen. Der Finanzausschuß ist aus allen Parteien zusammengesetzt und kann deshalb meiner Meinung nach endgültig über diese Sache entscheiden.



V o r s i t z e n d e r : Ich nehme an, daß die Versammlung mit der Anregung des Herrn Oberbürgermeisters einverstanden ist. Wir können das nachher ja noch einmal beschließen, denn es ist anzunehmen, daß bei den anderen Paragraphen auch solche kleinen Unstimmigkeiten zum Vorschein kommen.

Es ist hiermit also festgestellt, daß das Probefienstjahr bei diesem Übergange in die höhere Gruppe nicht mit in Anrechnung kommt. Nicht wahr, Her Marth? (Zustimmung des Stadtverordneten Marth).

Stadt v. M u n t e : In der Gruppe 4 sind die Stadtdiener unter dem neuen Namen „Botenmeister“ aufgeführt. Es sind diese Beamten mit Gesuchen an uns herangetreten, in denen gebeten wurde, ihnen wie im Gerichtsdienst und in anderen Städten die Bezeichnung „¹Nachmeister“ zuzulegen. Es ist darüber in der Unterkommission wie auch in der Finanzkommission gesprochen worden, aber es hat sich für diesen Vorschlag keine Mehrheit gefunden, sondern wir sind alle der Meinung gewesen, daß die alte Bezeichnung „Stadtdiener“ oder „Ratsdiener“ so in Fleisch und Blut der Bevölkerung eingedrungen ist und daß es eine so achtungsvolle Bezeichnung ist, daß wir sie ruhig belassen könnten. Weil man aber befürchtete, daß die Aufnahme der „Ratsdiener“ in Gruppe 4 vom Reichsfinanzminister beanstandet wurde, so haben wir die Bezeichnung „Botenmeister“ genommen, der bei der Eisenbahn und anderen Behörden üblich ist, ^{vielfach} ~~der~~ diesen Beamten Sicherheit für die

die Aufnahme in Gruppe 4 gewährt und an sich auch ein schöner Ausdruck ist.

Gruppe 4 ohne weitere Besprechung.

Stadtv. M u n t e : In Gruppe 5 geht es mit den Fürsorgerinnen im Wohlfahrtsamte an, die als die letzten in der Gruppe 4 nach der Ratsvorlage aufgeführt sind. Die gegenwärtigen Inhaberinnen dieser Stellen hatten sich an uns mit der Bitte gewandt, man möchte sie mit Rücksicht auf ihre wirklich schwere Berufstätigkeit nach Gruppe 5 überführen. Wir haben uns in dieser Richtung belehren lassen und auch der Beamtenrat war der Meinung, daß sie nach Gruppe 5 gesetzt zu werden verdienen. Ich hoffe, daß sich die Inhaberinnen der Stellen darüber freuen werden; ihr Gesuch (Punkt 3 der Tagesordnung) würde damit seine Erledigung gefunden haben.

Die

Die Gruppe 5 führt weiter an : „Oberbotenmeister (diese Stelle ist neu zu schaffen), Oberaufseher beim Städtischen Betriebsamte, Oberdesinfektoren, Telegraphenmechaniker, Rohrmeister, Straßenmeister, Kanalmeister, Mühlenschreiber, Büroassistenten, Kassenassistenten, Oberfeuerwehrleute.“

Zu der letzten Anführung wird bemerkt: „Die Oberfeuerwehrleute sind nach 5 jähriger Dienstzeit als Oberfeuerwehrleute in Gruppe 6 einzureihen, sofern nicht die städtischen Behörden nach Anhören des Beamtenausschusses die Beförderung versagen.“

Es soll also nicht ohne weiteres jeder, der 5 Jahre in der Gruppe gedient hat, befördert werden, sondern die städtischen Behörden sollen diese Beförderung erst aussprechen. Das ist eine gewisse Garantie dafür, daß nur Leute befördert werden, die wirklich tüchtig in ihrem Amt sind.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Meine Herrschaften! Ich glaube, was der Herr Berichterstatter eben gesagt hat, stimmt nicht mit dem, was der Ausschuß beschlossen hat. Wenn es heißt: „Sie sollen befördert werden, sofern nicht die städtischen Behörden nach Anhören des Beamtenausschusses die Beförderung versagen“, dann bedarf es zur Beförderung nicht eines Beschlusses der städtischen Behörden. Die Sache liegt dann genau so, wie bei den Feuerwehrleuten. Jeder einzelne Oberfeuerwehrmann soll das Recht haben, um seine Beförderung in die 6. Gruppe zu bitten und dann muß die Beförderung erfolgen, es sei denn, daß die städtischen Behörden in besonderen Fällen die Beförderung versagen.

Stadt v. M u n t e : Es kann sein, daß es sich so verhält, wie der Herr Oberbürgermeister eben anführte. Es ist ein bißchen viel Material, was ich vorzutragen habe, und so mag es vorgekommen sein, daß mir diese Sache nicht genau im Gedächtnis geblieben ist. (Zuruf: Es ist so, wie der Herr Oberbürgermeister sagt.)

Stadtv. S a u e r b i e r : Ich möchte hierzu bemerken, daß die Finanzkommission ausdrücklich hervorgehoben hat, daß mehrere neue Stellen für Oberfeuerwehrleute geschaffen werden sollen.

Stadt v. M u n t e : Es wird in den Direktiven für Aufstellung des Stellenplanes erwähnt, daß diese neuen Stellen für Oberfeuerwehrleute geschaffen werden möchten.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Diese Bemerkung veranlaßt mich, darauf hinzuweisen, daß die Forderung einer Schaffung von neuen Stellen in diesem Falle unlogisch ist. Wenn die betreffenden Beamten den Anspruch stellen können, nach 5 Jahren befördert zu werden, es sei denn, daß aus persönlichen Gründen die städtischen Behörden die Beförderung versagen, so ist damit nicht gesagt, daß wir Stellen für Oberfeuerwehrleute neu schaffen müssen. Wir haben dann einfach zu befördern, mögen Stellen vorgesehen sein oder nicht. Wenn die Absicht der Versammlung anders sein sollte, so müßte die Fassung eine andere werden.

Stadtv. S a u e r b i e r : Der Unterausschuß hat sich dahin geeinigt, daß die Feuerwehrleute nach 5jährigem Dienste vom Zeitpunkt der Anstellung an in Gruppe 5 einzureihen sind; damit ist aber nicht gesagt, daß sie dann Oberfeuerwehrleute werden, aber es kann nach einiger Zeit ein Feuerwehrmann zum Oberfeuerwehrmann ernannt werden, und das liegt ganz in dem Ermessen des Rates der Stadt. Wenn aber ein Beamter Oberfeuerwehrmann geworden ist, so soll er nach 5jähriger Dienstzeit als Oberfeuerwehrmann in die Gruppe 6 eingereiht werden.

Stadtv. L e h n e r t : Ich sehe hier, daß die Vollziehungsbeamten den alten Titel Exekutor wieder haben sollen (Zuruf: ~~Umgekehrt!~~) Aha! Nun steht aber dahinter in Paranthese, daß sie neben ihrem Gehalt noch bis zu 15% Gebührenanteil haben sollen. (Zuruf: Das gilt nicht mehr !) Wenn der Herr Berichterstatter das nicht hervorhebt und ebenso von den anderen Mitgliedern des Ausschusses nichts darüber gesagt wird, dann nehme ich doch an, daß es stehen bleiben soll. (Vorsitzender: Sie sind in Gruppe 6 geraten).

V o r s i t z e n d e r : Ich glaube, es ist nun Klarheit über diese Stellenbeschaffung erreicht. Der Herr Oberbürgermeister hatte darüber Zweifel geäußert und gemeint, die Bemerkung müsse anders gefaßt werden, und Herr Sauerbier hat eine Aufklärung gegeben, durch die nach seiner Auffassung die Unklarheit behoben ist. Ich nehme an, daß der Rat diese Meinung teilt.

Stadtv. S a u e r b i e r : Ich möchte Herrn Lehnert darauf aufmerksam machen, daß er sich im Formular versehen hatte. Das richtige Formular, daß die Beschlüsse des Finanzausschusses enthält, ist das in Schreibmaschinenschrift vervielfältigte.

Stadtv. M u n t e : Jetzt hat Herr Lehnert das richtige Formular zur Hand genommen. Dort sind die Vollziehungsbeamten nicht in der Gruppe 5 aufgeführt, sie kommen erst in der folgenden.

In der 6. Gruppe sind zunächst die Vollziehungsbeamten aufgeführt „denen bis zu 10% Gebührenanteil durch den Rat der Stadt gewährt werden kann, der nicht ruhegehaltstfähig ist“. Diese Vollziehungsbeamten haben bisher Exekutoren geheißen und sind aus Gruppe 5 in Gruppe 6 gekommen. Früher hatten sie sogar 20% Gebührenanteil, jetzt sollen ihnen durch den Rat der Stadt bis zu 10% gewährt werden können. Das ist so gedacht, daß dem Vollziehungsbeamten bis zu 10% Gebührenanteil gewährt werden kann, wenn er nicht gerade große Beträge einzuziehen hat. Bekommt er aber die Gelegenheit, Millionen einzuziehen, dann kann der Rat sagen, er solle nur 1, 2, 3% der Gebühren erhalten. Man war sich darüber klar geworden, daß man den Anreiz zur Tätigkeit für die Vollziehungsbeamten durch die Gewährung der

Pro-

Prozente nicht ganz in Fortfall bringen sollte. Jeder Mensch verdient gern Geld, und wenn ein Exekutor 100 000 Mark einziehen soll und hat selbst gar nichts davon, so hat er nicht den Anreiz, recht schnell und gründlich seine Arbeit zu erledigen, wie es früher der Fall war. Der Rat hat es dabei vollständig in der Hand, ob er 10, 8, 5 oder 1/2% mit den Exekutoren vereinbaren will.

Weiter sind unter Gruppe 6 aufgeführt: Desinfektionsmeister, Telegraphenmechaniker, Werkmeister und Lagerhalter beim Städtischen Betriebsamt, Maschinenmeister, Mühlenmeister, Gasmeister, Heizungsmeister, Rieselmanier (Zugleich Rechnungsführer), Vermessungssekretäre, Bausekretäre (ohne abgeschlossene Fachschulbildung), Stadtsekretäre, Stadtkassensekretäre


Hierzu ist folgende Bemerkung auf der Seite gegenüber aufgeführt: „Die jetzt vorhandenen Vermessungssekretäre und Bausekretäre, soweit sie ihnen übertragene Vermessungsarbeiten nebst Zeichnungen selbständig

aus-

ausführen, sind in Gruppe 7 einzureihen."

Diese hier aufgeführten Bemerkungen des Finanzausschusses sollen für den Rat als Richtlinien bei Aufstellung des Stellenplanes dienen, den der Rat mit uns zusammen noch beraten und beschließen wird.

Stadtv. M a r t h : Meine Damen und Herren !
Zur Aufklärung möchte ich noch bemerken, daß dem Rat der Stadt die Möglichkeit gegeben werden soll, wenn er es für notwendig hält, den Vollziehungsbeamten bis zu 10% der Gebühren zu gewähren. Wir haben uns in Ausschuß allerdings auf den Standpunkt gestellt, daß jeder Beamte dem Posten, auf den er steht, seine ganze Kraft zu widmen hat, und um die Vollziehungsbeamten ordnungsmäßig zu besolden, sind sie nun in die 6. Gruppe versetzt worden, jedoch von Zuzessung eines regelmäßigen Gebührenanteils durch die Gehaltsordnung ist abgesehen worden. Wenn nun aber der Fall eintritt, daß der Rat es für notwendig hält, einen Gebührenanteil zu gewähren, um vielleicht einen Anreiz zur eifrigen Ausführung des Dienstes zu geben, so haben wir ihm die Möglichkeit dazu gegeben. Einen Anspruch auf die Gewährung eines Gebührenanteils hat aber kein Vollziehungsbeamter.



Stadto. L e h n e r t : Es erscheint mir eigenartig, daß man den Vollziehungsbeamten, die man aus Gruppe 5 in Gruppe 6 versetzt hat, um ihnen einen gewissen ~~an~~ Anreiz dafür zu geben, daß sie den Leuten ordentlich auf die Hühneraugen treten, noch diesen Gebührenanteil bewilligen will. Ich stehe auf dem Standpunkt, den schon Herr Kollege Marth eingenommen hat: daß diese Beamten, die man schon eine Gruppe höher gestellt hat, ohne weiteres verpflichtet sind, im Interesse der Stadt tätig zu sein und ohne weitere Vergütung die betreffenden Gelder einz^{zu}ziehen. Dafür sind sie Angestellte der Stadt und bekommen ihr Geld. Außerdem stehen die früheren Steuersätze mit den jetzigen in gar keinem Verhältnis, so daß ich nicht begreifen kann, wie man jetzt noch bis auf 10% Gebührenanteil hinaufgehen kann. Gewiß, der Betreffende muß angemessen entlohnt werden, aber Extravaganzen zu gewähren, das gibt es nicht, sonst kommt man am Ende gar dazu, daß die Beamten die einen neuen Titel bekommen haben und sich

sich neue Visitenkarten drucken lassen, bitten, ihnen dafür etwas auszuwerfen. Wenn die Vollziehungsbeamten jetzt in die 6. Gruppe hineingekommen sind, so möge man es dabei genügen lassen. Tun sie ihre Pflicht und Schuldigkeit nicht, dann können wir sie los werden, aber ihnen noch Extraeinnahmen zu gewähren, dafür bin ich nicht. Das käme mir gerade so vor, als wenn der Herr Oberbürgermeister oder ein Ratsdezernent mit irgend einem Kohlenhändler oder sonstigen Lieferanten einen günstigen Abschluß gemacht hätte und sagen würde: Ich möchte auch für mich in Anspruch nehmen, was den Exekutoren gewährt wird, ich möchte auch 10% von dem Gewinn haben. So etwas gibt es doch nicht, die Herren würden ein solches Ansinnen an uns gar nicht stellen. Darum stehe ich auf dem Standpunkt: Schluß damit und nicht mehr, als das Gehalt !

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Das klingt in der Theorie ganz schön, aber ich bitte zu bedenken, daß die Exekutoren einen Dienst versehen, bei dem eine Kontrolle inbezug auf gewissenhafte ^{Erfüllung} ~~Ausführung~~ der Pflicht, wie sie bei den meisten anderen Beamten möglich ist, nicht auszuführen ist, und deshalb hat eine ganze Zahl von Städten für die Vollziehungsbeamten diese Zugeständnisse gemacht, wenn ich auch zugebe, daß von einigen Städten die Bewilligung dieser Gebühren gestrichen ist. Wenn 10% Ihnen zu viel erscheinen und insbesondere die Zubilligung durch den Rat der Stadt von Ihnen beanstandet werden sollte, könnte man sagen, daß ein von den städtischen Behörden festzusetzender Gebührenanteil zugebilligt werden kann; dann liegt es an uns ~~allen~~, zu bestimmen, wie hoch wir gehen wollen. Das wäre um so wünschenswerter, weil jetzt keine Vorschrift vorhanden ist, ob nur einzelne Exekutoren diesen Betrag von bis zu 10% erhalten sollen oder ob die Gesamtheit der Exekutoren sich in


in den Anteil an den Gebühren teilen soll. Das ist von großer Bedeutung für den einzelnen Beamten. Wenn zum Beispiel einer von ihnen Glück hat und den Auftrag bekommt, 100 000 M einzuziehen, so würde er damit ein größeres Geschäft machen als sein Kollege, der nur geringe Beträge einzuziehen hat. Ich bitte zu erwägen, ob wir nicht festsetzen, daß die städtischen Behörden den Gebührenanteil bestimmen.

Stadtv. S a u e r b i e r : Ich möchte vorschla-
gen, daß die Beschlußfassung über diesen Gebührenanteil
der Vollziehungsbeamten der Finanzkommission in
Gemeinschaft mit dem Rat der Stadt vorbehalten wird.
Die Fassung, daß den genannten Beamten bis zu 10%
gewährt werden kann, schließt in sich, daß unter Um-
ständen auch nichts gewährt werden kann und so der
Wunsch des Herrn Lehnert erfüllt wird. Das würde in
Frage zu ziehen sein, wenn der Fall vorkommt, daß
die Vollziehungsbeamten größere Beträge einzuziehen
haben, aber in der jetzigen Zeit haben diese Herren
meist nur ganz geringe Beträge ^{her-} ~~ein~~zuziehen, und dann
müßte man ihnen einen kleinen Satz gewähren. Ich bin
aber der Meinung, daß diese Festsetzung im einzelnen
ganz und gar dem Rat der Stadt überlassen bleiben
kann, der je nach den vorliegenden Fällen das Richti-
ge treffen wird.

V o r s i t z e n d e r : Ich habe nicht gefunden, daß Herr Lehnert meinte, daß der Rat in unzulässiger Weise diese Festsetzung vornehmen könnte, sondern Herr Marth und Herr Lehnert haben sich gegen Gewährung jeder Nebenleistung geäußert. Nun haben aber die Herren keinen Antrag gestellt und so kann ich ~~alles~~ das Vorgebrachte nur als Anregungen betrachten.

Stadtv. L e h n e r t : Dann stelle ich den bestimmten Antrag, daß der Passus bei Gruppe 6: „denen bis zu 10% Gebührenanteil durch den Rat der Stadt gewährt werden kann und der nicht ruhegehaltstfähig ist“, gestrichen wird.

Stadtv. M a r t h : Es tut mir leid, daß ich dem Herrn Kollegen Lehnert in diesem Punkte nicht folgen kann. Ich kann mir denken, daß Fälle eintreten, wo es schwierig ist, das Geld einzubekommen und wo man einen gewissen Anreiz geben muß, den Betrag heranzuholen. Deshalb möchte ich es dem Rat überlassen sehen, einen gewissen Prozentsatz zu gewähren, so daß er eine Handhabe hat, etwas zu geben, wo es notwendig erscheint. Ich möchte also Herrn Lehnert bitten, diese Angelegenheit dem Rat zu überlassen; er kann versichert sein, daß der Rat nicht mehr zahlt, als notwendig ist. (Heiterkeit.) Nicht dafür würde ich sein, den städtischen Behörden ~~die~~ die Regelung zu übertragen. Wir haben schon manchmal gesagt, daß man die städtischen Behörden nicht mit jeder Kleinigkeit belästigen sollte. Ich bitte, es dabei zu belassen, daß der Rat der Stadt bis zu 10% gewähren kann.



Der Antrag L e h n e r t wird von der Versammlung abgelehnt.

Stadt. M u n t e : In Gruppe 7 geht es an mit den Brandmeistern, das sind dieselben, die in Gruppe 6 der Ratsvorlage als Feuerwehrfeldwebel aufgeführt sind. Es war nötig, nachdem die Oberfeuerwehrleute nach 5 jähriger Dienstzeit in Gruppe 6 eingestellt werden, die Feuerwehrfeldwebel in Gruppe 7 kommen zu lassen, und um eine andere Bezeichnung zu haben, haben wir den Namen Feldwebel in Brandmeister umgewandelt.

Es geht dann weiter: Stadtobersekretäre, Stadtkassenobersekretär, Leiterin des Wohlfahrtsamtes, Bauobersekretäre, Vermessungsobersekretäre, Betriebsobersekretäre, Marktallinspektor, Inspektor des städtischen Kranken- und Pflegehauses, Marktinspektor, Oberbauverwalter, Obervollziehungsbeamte.

Stadt. R e g e n b e r g : Ich möchte beantragen, die Bezeichnung Marstallinspektor, Marktinspektor zu streichen und einfach zu sagen: Inspektoren. Wenn die Zeiten noch weiter schlechter werden und wir eine Entlausungsanstalt betreiben, dann müßten wir vielleicht noch einen städtischen Entlausungsinspektor haben. Ich stelle den Antrag nicht nur deshalb, weil diese Bezeichnungen unschön sind, sondern aus anderen Gründen, will aber heute die Debatte nicht mit weiteren Ausführungen darüber belasten.

V o r s i t z e n d e r : Ich mache darauf aufmerksam, daß in Gruppe 8 auch Inspektoren aufgeführt sind, ^{und} ~~die~~ sich deswegen die Änderung, wie sie Herr Regener vorschlägt, ~~also~~ kaum empfiehlt.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Wenn in Gruppe 7 der Brandmeister aufgeführt wird, dann denkt man dabei zunächst an den bisherigen Brandmeister. Es muß aus der Sitzung hervorgehen, was die städtischen Behörden gewollt haben, und deshalb müßte man hier sagen: Brandmeister (bisher Feuerwehrfeldwebel).

Weiter teile ich auch das Bedenken, was eben der Herr Vorsitzende vorgebracht hat. Solange wir alle möglichen Inspektoren haben, müssen wir sie genauer bezeichnen, wenigstens müssen wir dabei setzen, was für eine Stellung der einzelne Inspektor bisher inne hatte. Ich glaube, es könnte bei der vom Ausschuß vorgeschlagenen Benennung bleiben.

Auf Anregung des Herrn Vorsitzenden ziehen Herr Stadtv. Regener seinen Antrag zurück.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung damit an, dass ~~hinder~~ „Brandmeister“ „Feuerwehrfeldwebel“ in Klammern eingefügt wird.

Stadt v. M u n t e : In Gruppe 8 werden aufgeführt: Stadtkassierer, Bauinspektoren, Betriebsinspektoren, Büroinspektoren, Landesbeamter.

(Ohne weitere Besprechung.)

Stadt v. M u n t e : Gruppe 9 zählt auf: Betriebs-Oberinspektoren, Stadtgarteninspektor. Bauoberinspektoren, Stadthauptkassierer, Rechnungsrat im Rechnungsbüro, Oberinspektoren - hier kommen also Oberinspektoren ohne weitere Bezeichnung - Brandinspektor. Dieser Letzte ist der bisherige Brandmeister, der aus Gruppe 8 hier in Gruppe 9 aufgenommen ist.

V o r s i t z e n d e r : Es dürfte sich empfehlen, hinter Branddirektor in Klammer zu setzen: „Bisher
Brandmeister.“

Stadt v. M u n t e : Richtig!

Stadtv. G r ä f : Meine Damen und Herren! Meine Freunde sind der Ansicht, daß ab Gruppe 10 eine gewisse Verschiebung erfolgen muß, und zwar daher, weil nach dem Kommissionsvorschlage die Stadträte in die Einzelgehälter eingereiht sind, meine Freunde aber ^{sind} die Ansicht haben, daß der Staat dieser Einreihung nicht zustimmen wird, da die Ministerialräte, Kreisdirektoren, Oberregierungsräte usw. in Gruppe 12 resp. 13 sind. Aus diesem Grunde würde die ganze Vorlage an den Rat der Stadt zur nochmaligen Beratung und Abänderung zurückgesandt werden. Um diesem vorzubeugen, muß ich jetzt schon auf die Einzelgehälter zu sprechen kommen und muß beantragen, die Stadträte auf Gruppe 12 zurückzuversetzen. Dann muß ein Teil der Beamten wieder in Gruppe 10 und ein anderer Teil wieder in Gruppe 9, sodaß z.B. der Stadtbürodirektor nach 9 kommen müßte, evtl. auch der Stadtkämmerer; die weiter dort aufgeführten könnten stehen bleiben. Die nach der


Kom-

Kommissionsvorlage in Gruppe 11 Aufgeführten hätten
dort zu verschwinden und/oder in Gruppe 10 einzureihen
und die Beamten aus Gruppe 12 wären in 11 einzugrup-
pieren. Das Ministerium hat seinen Ministerialrat
-Bürodirektor nach Gruppe 10 einrangierte und so
würde es keine Ungerechtigkeit bedeuten, wenn wir
in der angegebenen Weise verfahren würden. Haben
Sie schon einmal überlegt, wie hoch das Gehalt ist,
wenn wir die Stadträte in Gruppe 12 einreihen, ^{in der} ~~so~~
das Grundgehalt ~~in~~ der höchsten Stufe 60 000 M be-
trägt, und was es für die Stadt ausmacht, wenn man
ihnen Einzelgehälter gewährt, die in der Gruppe
1 im Grundgehalt 80 000 M betragen.[?] Das würde be-
deuten, daß jeder Stadtrat ^{min} als Einzelgehalt ^{ca} über
1/2 Million Mark im Jahre bekommen würde, oder mo-
natlich ^{ca} 40 000 M - nach Stunden will ich es gar
nicht ausrechnen. Pro Tag würde es 2 494 M bedeuten,
ohne Kinderzulage etwas weniger. Dieses Gehalt ist
meinen Fraktionsgenossen zu hoch, und wir stellen

deshalb

deshalb und um keine ^{zöger}Verlängerung der endgültigen
Regelung durch die Nicht-Genehmigung seitens der
Regierung herbeizuführen, den Antrag, die Vorlage
nochmals an den Ausschuß zurückzuverweisen, um die-
se Bedenken noch einmal zu erwägen.

Stadtv. M a r t h : Meine Damen und Herren! Wenn man ~~den~~ an den Entstehungsgang dieser ^{Vorlage} Frage zurückdenkt und erwägt, daß seit dem Jahre 1920 an dieser Vorlage gearbeitet ist, daß von mir im vorigen Winter der Antrag gestellt wurde, daß die Stadt eine Vorlage zur Regelung der Beamtengehälter aufstellen und nicht erst auf das Land warten solle, der wird mir zugeben, daß es nunmehr Zeit ist, daß diese Vorlage unter Dach und Fach kommt. Es geht nicht an, daß wir jahrelang die städtischen Beamten auf die Revision der Beamtenbesoldung warten lassen und nun ~~nicht~~ ^{noch} einmal diese Vorlage zurückverweisen. Ich mache darauf aufmerksam, daß jede Partei Gelegenheit gehabt hat, in den Ausschüssen ihre Bedenken geltend zu machen, daß aber von jener Seite keine Bedenken geäußert worden sind, und mache weiter darauf aufmerksam, daß das Reich genau so gruppiert hat, wie es von uns geschehen ist. Es geht nicht an, daß man nun die städtischen Beamten niedriger stellt als


 die

die Landes- und Reichsbeamten. Außerdem muß man hier ~~zu~~ ^{eine} das ^{an}erkennen: wer mit den städtischen Verhältnissen vertraut ist, der weiß, daß unsere Kommunalbeamten in den größeren Städten ~~mehr~~ ^{mehr als in den kleineren} Arbeit leisten müssen als die Landesbeamten in gleicher Stellung. Wenn man an dem einen Orte in unserem Lande die Beamten in gewisse Gruppen eingereiht hat, so sehe ich nicht ein, warum wir nicht ebenso gruppieren sollen, wie es dort geschehen ist, so daß nicht der eine Beamte zum andern sagen kann: ~~da~~ Du bist in der und der Gruppe, wir aber stehen eine Stufe höher. Allerdings muß ich zugestehen, daß die prozentualen Zuschläge bei den oberen Beamten als ungerecht angesehen werden ^{müssen}, aber die Staffelung ist gerecht eingeteilt, nur die prozentualen Zuschläge für alle Beamtengruppen in gleicher Höhe hätten nicht aufrecht erhalten sollen. Leider hat das Land es in dieser Beziehung genau so gemacht wie das Reich, und nun geht es nicht an, daß wir von Seiten der Stadt einen




Seiten-

^{=en}
Seitensprung macht und anders verfahren. Ich bin
überzeugt, daß in kurzer Zeit der Kopfzuschlag in
anderer Weise festgestellt werden wird, und deshalb
wäre es ein Fehler von uns, wenn wir unsere Beamten
in Bezug auf das Grundgehalt anders gruppiert hätten
wie Reich und Land. Unsere Beamten wären enorm ge-
schädigt, wenn bei der jetzigen Revision die Grund-
gehälter anders ausfielen, als es im Reich und im
Lande Braunschweig festgesetzt ist. Ich bitte, die
heutige Vorlage nicht zu gefährden, sie ist nach allen
Regeln der Kunst so aufgebaut, daß allen Beamten ge-
recht zu werden versucht wird. Ich glaube auch nicht,
daß ein anderes Resultat herauskommen wird, wenn der
Finanzausschuß noch einmal in Beratungen darüber
eintritt. Das einzige wäre, daß man die Einzelge-
hälter in Gehälter nach Gruppen 13 umwandelte, aber
das macht keinen Unterschied aus. Wer das Höchstge-
halt in Gruppe 13 hat, der hat damit dieselben Bezü-
ge wie nach dem Einzelgehalt, Gruppe 1. Uns hat bei

 diesen

diesem Vorschlage vorgesch¹⁰ebt, daß man nicht einen Stadtrat gegenüber dem anderen schlechter stellen soll, sondern sie alle gleich stellen soll. Wenn die Versammlung von dem Einzelgehalt zu dem Höchstgehalt der Gruppen 13 zurückgehen wollte, so könnte ich damit einverstanden sein, sonst aber bitte ich, diese Anregung zurückzuziehen, oder ich bitte die Mehrheit der Versammlung, die Anträge, wie sie im Ausschuß angenommen sind, auch hier anzunehmen.



Stadtv. G r ä f : Wir erkennen an, daß der Ausschuß gut gearbeitet hat, aber scharf zurückweisen muß ich es, ^{wenn} wie Herr Marth sagt, wir beabsichtigten mit unserem Antrage eine Verschleppung der Einführung der neuen Sätze. Herr Marth wird ^{und} meinen Worten entnommen haben, daß ich befürchte - weil es eine Tatsache ist, daß die Stadträte mit den Einzelgehältern zu hoch eingruppiert sind -, daß das Staatsministerium die Neuordnung an die städtischen Behörden wieder zurücksenden wird, und gerade das würde eine Verschleppung der ganzen Angelegenheit bedeuten. Wenn Sie nach meinem Antrag handeln, dann könnte am ~~Montag~~ Montag der Ausschuß zusammentreten und die von mir angeführten Bedenken hinfällig machen. Eben sagte Herr Marth, daß noch in Frage kommen könnte, daß die Stadträte gleichmäßig nach dem höchsten Gehalt der Gruppe 13 kommen würden. Bis jetzt waren die Stadträte - ich kann mich allerdings darin irren - in der Gruppe 12, Höchstgehalt, und das ist 60 000 M.

Grund-

Grundgehalt. Da kann doch nicht mit einem Male der Sprung nach Gruppe 13, Höchstgehalt, erfolgen. Es kann auch von den städtischen Behörden festgesetzt werden, daß die Stadträte allerdings nach Gruppe 13 kommen sollen, aber dort ^{die} in zweite, resp. dritte Stufe, aber nicht hinaufgehend bis auf die höchste Stufe von 80 000 M. Das letztere würde eine ungeheuerere Belastung der Stadt bedeuten. Bei 80 000 M Grundgehalt würde sich eine Ausgabe für die Stadträte von 2 494 580 M im Jahre ergeben, oder umgerechnet nach Monaten von ¹⁶⁷ 207 880,7 M. Die Gewährung von 60 000 M Grundgehalt würde eine Jahresausgabe von 1 475 560 M bedeuten, oder eine monatliche von rund ^{1 483,20} 123 000 M. Der von der Kommission beantragte Satz würde also ein Mehr von 1 019 020 M im Jahre ausmachen oder rund ^{46 397,50} 84 000 M im Monat. Diese Mehrausgabe erscheint uns so ungeheuerlich, daß wir das nicht mitmachen wollen. Wenn Sie das bewilligen wollen, dann brauchte ich meinen Antrag nicht zu stellen, denn das Einzelgehalt

stimmt

stimmt mit dem Endgehalt der Stufe 13 überein. Mein Antrag soll bezwecken, daß die Stadt nicht so stark belastet wird, wie es durch die von der Kommission vorgeschlagenen neue Eingruppierung der Fall sein wird.

Stadt v. S t e g m a n n : Auch ich möchte die Worte des Herrn Marth zurückweisen. Wenn Herr Marth sagte, daß schon seit 1920 an dieser Vorlage gearbeitet worden ist und nun wollten wir mit unserm Antrage die Sache wieder verschlechtern, so ist schon durch Herrn Gräf ganz richtig gesagt worden, daß morgen am Tage die Kommissionssitzungen wieder aufgenommen werden können, und wenn es nötig ist, kann in der nächsten Woche wieder eine Stadtverordnetenversammlung stattfinden, in der die Sache erledigt wird. Den Vorwurf, der in den Worten liegt, warum wir nicht früher den Mund aufgetan haben, muß ich ebenfalls zurückweisen. Am Montag hat der Finanzausschuß getagt und von dem Ergebnis der Verhandlung des Unterausschusses haben wir nichts erfahren. Um 8 Uhr mußten meine Freunde aus der Sitzung des Finanzausschusses weg, nur 3 Herren ^{überhaupt} blieben anwesend. Wir konnten noch nicht wissen, daß die Stadträte von Gruppe 12 über 13 hinaus auf die Einzelgehälter gesetzt werden sollten, das erfuhren wir erst am Montag abend nach der Sitzung, und

und infolgedessen hatten wir keine Gelegenheit, uns vorher dagegen zu verwahren. Wenn sich die Stadt, wie wir von Herrn Oberbürgermeister gehört haben, in einer grenzenlosen schwierigen finanziellen Lage befindet, so muß allerdings gespart werden, und so soll denn auch ein Teil der Stadträte auf Erfüllung des letzten Vorschlages in dieser Sache verzichten haben, weil sie sich sagen, ~~weil~~ daß das angesichts der Notlage der Stadt nicht verantwortet werden kann. In Rücksicht auf diese Lage der Stadtfinanzen kann es nicht als Ungerechtigkeit von den Stadträten empfunden werden, wenn sie, wie bisher, in der höchsten Stufe der Gruppe 12 bleiben. Ich bitte Sie, diesen Vorschlag anzunehmen. Es kann in dieser Sache schnell gearbeitet werden und die Umgruppierung rasch vor sich gehen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Meine Herrschaften! Ich glaube, Sie nehmen es mir nicht übel, wenn ich erkläre, daß für meine Kollegen diese Debatte geradezu peinlich ist. Ich will deshalb Veranlassung nehmen, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß der Rat der Stadt diesen Antrag auf ^{Bemessung}~~Bemessung~~ von Einzelgehältern nicht gestellt hat; wir haben beantragt, die Stadträte in Gruppe 13 einzurangieren. Ich erkenne an, daß das, was Herr Gräf über die prozentualen Zuschläge gesagt hat, augenblicklich zutreffend ist. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Höchstgehälter im ganzen Deutschen Reiche zu hoch geschoben sind (sehr richtig!), und das kommt zumeist zum Durchbruch durch die gleichmäßige Erhöhung der ^{Zusätze}~~Grundgehälter~~ ⁱⁿter; man hätte für die Zuschläge nach oben hin einen geringeren ~~prozentualen~~ Prozentsatz nehmen müssen. (Sehr richtig!) [Weshalb hat nun der Rat seinerseits den Vorschlag gemacht, für die Stadträte die Gruppe 13 festzusetzen, während es früher hieß: die höchste

Stufe


Stufe von Gruppe 13? Wir waren der Überzeugung, daß eine derartige Bestimmung wie die frühere, obgleich sie vielleicht ganz praktisch sein möchte, vom Reichsminister beanstandet werden würde, weil es, selbst wenn die städtischen Behörden und das hiesige Ministerium diese Eingruppierung für richtig gehalten würde, nach dem Reichssperrgesetz nicht angängig ist, gleich die höchste Stufe einer bestimmten Gruppe zu nehmen. Deshalb haben wir Gruppe 13 vorgeschlagen, wo dann ein Aufrücken erfolgen sollte. Nun hat die Kommission - ich habe an der Beratung des Unterausschusses nicht mit teilgenommen - Bedenken gegen die Ungleichmäßigkeit in der Besoldung der Mitglieder des Rats, und wie Sie sich da stellen wollen, muß ich der geehrten Versammlung überlassen. Gern hätte ich aber gesehen, wenn Sie diese Sache nicht in unserer Abwesenheit verhandelt hätten, doch glaube ich, es hätte keinen Zweck, der Anregung des Herrn Gräf Folge zu geben und die Beratung heute abubrechen, sondern die

Versammlung

Versammlung muß heute sagen; So und so wollen wir es machen. Ich fürchte, daß bei einer nochmaligen Kommissionsberatung nichts anderes herauskommen wird, sondern die Erledigung nur verzögert wird. Es müßte vorweg ein Antrag gestellt und beraten werden, in welche Gruppe die besoldeten Stadträte eingereiht werden sollen. Es muß zunächst an dieser Stelle angefaßt werden, weil unter Umständen dadurch eine Umgruppierung notwendig werden würde.

Stadtv. M a r t h : Herrn Stegmann möchte ich erwidern, daß er wie auch Herr Dietermann in der Ausschußsitzung, in der über die Ratsmitglieder gesprochen worden ist, zugegen gewesen ist und daß er verpflichtet gewesen wäre, von den Beschlüssen in der Kommission seiner Fraktion Kenntnis zu geben. Ich kann nicht umhin, zu sagen, daß sie dann noch Stellung hätten nehmen müssen und nicht erst heute mit einem solchen Antrage kommen.

Herr Gräf meinte, wenn wir bei dieser edngültigen Regelung der Besoldungsordnung die Stadträte, die in der höchsten Gruppe der 12. Stufe gruppiert waren, in der untersten Stufe von der 13. Gruppe anfangen lassen, dann sind wir auch verpflichtet, alle übrigen Beamten umzugruppieren. Das müßte dann geschehen bis zu dem untersten Beamten - man muß doch die Sache logisch aufziehen: wenn ich den einen ^{herz} ~~run-~~ter setze, muß ich auch den anderen ^{herz} ~~run-~~ter setzen. Als wir die provisorische Besoldungsordnung aufstellten, haben wir sie Absicht gehabt: wenn sich Härten

 ein-

eingeschlichen haben, sollen sie bei der endgültigen Besoldungsordnung ausgemerzt werden. Ich stehe nicht an, dieses Versprechen, was auch ich damals gegeben habe, heute einzulösen. Wir haben erklärt: Wir werden die Regelung in Reich und Staat abwarten und wollen dann unsere Beamten nach dem Verhältnisse im Staat und Reich eingruppieren. Das haben wir zu machen versucht, und glauben es im ~~ganze~~ großen und ganzen erreicht zu haben, trotzdem noch eine ganze Reihe von Härten in der Besoldungsordnung sind, die wir leider nicht herausbringen können, weil uns das Sperrgesetz des Reiches entgegensteht. Wenn das nicht wäre, hätten wir noch eine ganze Anzahl Unterbeamten heraufgehoben. Es ist doch klar, daß die untersten 2 Grzppen überhaupt nicht lebensfähig sind (Sehr richtig!) Es geht nicht an, daß wir den Abbau in der Weise stattfinden lassen, daß nur ein Teil ^{der} Beamten ^{hier} untergesetzt werden, ohne daß man den anderen Beamten hilft. Wir haben das möglichste getan, soweit es in unserer Macht stand, und deshalb -

 bitte

bitte ich Sie, stimmen Sie dem, was wir in der Kommission beschlossen haben zu, vielleicht auch mit der Abänderung, daß wir für die Stadträte Gehaltsgruppe 13 nehmen, wie es der Rat vorgeschlagen hat. Ich habe Ihnen gesagt, welche Gründe uns bewogen haben, daß Einzelgehalt der 1. Stufe zu nehmen. Die Summe bleibt bei beiden Bestimmungen gleich. Meine Freunde sind damit einverstanden, daß die Vorlage so angenommen wird, wie sie in den Kommissionsbeschlüssen aufgeführt ist.

A handwritten signature, possibly 'A. H.', written in dark ink.

Stadt. D i e t e r m a n n : ~~Es~~ Ich muß den Vorwurf des Herrn Marth zurückweisen. Es war mir als Kommissionsmitglied nicht möglich, meiner Fraktion Mitteilung von den Beschlüssen zu machen, die am Sonnabend in der Kommissionssitzung gefaßt sind. Um 1/2 6 Uhr sind wir weggegangen und der andere Tag war ein Sonntag. Am Montag war ~~die der~~ Finanzausschuß-sitzung und erst nach dieser war es mir möglich, meiner Fraktion Mitteilung von dem zu machen, was geschehen war. Ich muß also den Vorwurf, der uns gemacht wurde, zurückweisen.

Stadto G r ä f : Meine Damen und Herren! Herr Marth sagte, daß wir jetzt, wenn wir die Stadträte in Gruppe 13 einreihen wollten, die Anfangsvergütung nehmen müßten. Das trifft nicht zu. Wenn wir diese Beamten in Gruppe 13 übernehmen, so geben wir ihnen natürlich das Gehalt, das sie schon vorher in Gruppe 12 bezogen haben. Sie haben dort das ^{Arbeitsgruppen Gehalt} Endgehalt bezogen und treten nun in Gruppe 13 in die 2. Stufe ein, beziehungsweise in die 3. Stufe, ~~jetzt~~ nachdem es die Versammlung bestimmt. 60 000 M ist die 2. Stufe, 67 000 M die dritte, 74 000 M die folgende und 80 000 M die letzte Stufe von Gruppe 13. Wir meinen, 60 000 M sei hoch genug. Überlegen wir doch einmal, was ein Pförtner in der 2. Gruppe bekommt: 16 000 M ist das Höchstgehalt, dazu 4 000 M Ortszuschlag, dann 437 % Ausgleichszuschlag und noch einmal ^{55 492%} 100 % von den ersten 10 000 M. Das gibt ungefähr 115 400 M, oder im Monat 9 616 M, und bei

einer

einer 8 stündigen Arbeitszeit pro Stunde 37 M. Die Reinemachefrauen im Rathause bekommen dagegen 38 - 42 M für die Stunde, und das soll jetzt wieder steigen. Wir sind unbedingt dafür, daß die unteren Beamten bedeutend aufge bessert werden, leider aber können wir nichts dazu tun, weil das Sperrgesetz dagegen ist. Wir wollen von der 9. Gruppe abwärts keine Herunterdrückung der Bezüge, sondern wollen nur erreichen, daß die Stadträte in Gruppe 13 ^{ein}gereiht werden, aber nicht in das Höchstgehalt dieser Stufe, sondern daß sie bei 60 000 M Grundgehalt stehen bleiben, dann haben sie immerhin noch ein Gehalt von 300 000 M jährlich; und ^{demnächst} erfolgt wieder eine Änderung der Ausgleichsprozente, ^{die auf Stufe} ~~dann bekommen~~ ^{angegabem können behaupten} sie wieder mehr. Würden wir das Höchstgehalt der Gruppe 13 nehmen, das höchste was überhaupt nach diesen Gruppen in ganz Deutschland bezahlt wird, dann bekämen sie demnächst ein Gehalt von über 600 000 M. Überlegen Sie sich einmal, wohin das führen würde.

V o r s i t z e n d e r : Herr Gräf hat den Antrag gestellt, die ganze Beratung abubrechen und die Vorlage an den Finanzausschuß zurückzuverweisen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Stadtv. G r ä f stellt folgenden Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die Stadträte nicht in Stufe 1 der Einzelsätze der Besoldungsordnung der Stadt Braunschweig einzugruppieren, sondern in Gruppe 13, aber mit einem Grundgehalt von 60 000 M, also mit dem, was sie in Gruppe 12 schon bekommen haben.“

V p r s i t z e n d e r : Sie wollen also, die Stadträte sollen eine Gruppe tiefer eingereiht werden. Wollen Sie bitte diesen Antrag stellen wenn wir bei Gruppe 13 sind.

Stadtv. *M a r t h* (zur Geschäftsordnung):

Ich bitte, zuerst Gruppe 13, die Gehälter der Stadträte, zu behandeln, weil das entscheidend ist für die vorhergehenden Gruppen,



Stadt v. S a n e r b i e t : Wenn Herr Gräf den Antrag stellt, jetzt darüber abzustimmen, daß die Stadträte in Gruppe 13 eingereiht werden, dann stelle ich den Antrag, daß der Abstimmung die Höhe des Gehalts für die Stadträte zu Grunde gelegt ~~wird~~, die der Finanzausschuß vorschlägt. Der Endbetrag in Gruppe 13 ist genau so hoch wie das vom Finanzausschuß vorgeschlagene Einzelgehalt, aber gegen die Einreihung in Gruppe 13 auf eine bestimmte Stufe hat der Finanz^{minister}~~ausschuß~~ ein Einspruchrecht. Aus dem Grunde ist vom Finanzausschuß den Stadträten das Einzelgehalt gewährt, und ferner ist für ihn der folgende Grundsatz maßgebend gewesen: Sollte in den nächsten 10 Jahren eine Änderung in dem Bestande der Ratsmitglieder eintreten, dann kann man ^{mit} diesem festen Gehalt viel eher einen Anwärter für einen Stadtratposten in Braunschweig bekommen.

In der Abstimmung über den Antrag Gräf, die Stadträte in Gruppe 12 mit dem Grundgehalt von 60 000 M einzurangieren, melden sich 7 Stadtverordnete dafür. Der Antrag ist damit abgelehnt.

V o r s i t z e n d e r : Daß wir nun noch fortfahren, die Gehaltsordnung rückwärts zu behandeln, hat keinen Zweck mehr.

Stadtv. M u n t e: In Gruppe 10 sind aufgenommen: Stadtbürodirektor, Stadtkämmerer, Kreisbranddirektor, Stadt - Tierärzte, Stadtbaumeister.

Ohne Meldungen zum Wort.

Stadtv. M u n t e: Zu ~~Punkt~~ ^{Gruppe} 11 sollen gehören: Schlachthaus-Direktor, Rauräte, Vermessungsdirektor, Direktor des Städtischen Statistischen Amts.

Der Schlachthaus-Direktor hatte eine Eingabe gemacht, daß er sich den Titel Stadt-Ober-Veterinär-Rat beilegen dürfe. Im Finanzausschuß ist hierfür aber keine Stimmung gewesen. Man hat die hier in Braunschweig sehr gut bekannte Bezeichnung Schlachthausdirektor für gut befunden.

Weiter hat der Direktor des Statistischen Amts gebeten, ihn in Gruppe 12 einzureihen, auch diese Bitte wollte der Finanzausschuß nicht erfüllen, weil er der Meinung war, daß das gegenwärtige Statistische Amt, so

be-

bedeutend sei, daß diese Ausgabe gerechtfertigt sei. *hier nicht*

Ohne weitere Besprechung.

Stadtv. M u n t e: In Gruppe 12 bleiben die Leiter der Städtischen Bauämter und des Städtischen Betriebsamts, hinein kommen noch der Direktor des Städtischen Museums und der Direktor des Städtischen Archivs und der Bibliothek. Man glaubt, diesen beiden letzteren Beamten die *Versetzung* in Gruppe 12 angedeihen lassen zu sollen, weil von ihnen, wenn auch nicht nach außen hin erkennbare schwere Arbeit, aber doch wissenschaftliche Arbeit geleistet wird, weil sie schon lange Jahre in städtischen Diensten stehen und um sie mit den gleichartig ^{= 2. n} übrigen Beamten im Lande gleichzustellen.

Ohne weitere Besprechung.

Stadtv. M u n t e: Für die Einzelgehälter werden aufgeführt
in Gruppe 1: Bürgermeister, Stadträte, Stadtbaurat
und Stadtrat,
in Gruppe 2: Oberbürgermeister.

Ohne weitere Besprechung.

Stadtv. M u n t e: Ich weise hier noch auf die Beschlüsse des Finanzausschusses hin, die er als Richtlinien dem Rat der Stadt für die Aufstellung des Stellenplans mit auf den Weg gegeben hat, und von denen der Ausschuß wünscht, daß sie nach Möglichkeit beachtet werden.

Weiter hat der Finanzausschuß noch folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Rat der Stadt wird ersucht, nach Genehmigung dieser Satzung umgehend die Aufstellung eines Stellenplans, aus dem Namen, Dienstbezeichnung und Gruppierung

rung

rung der Beamten ersichtlich ist, mit dem Ausschuß der Städtischen Beamten vorzubereiten und den städtischen Behörden zur Genehmigung vorzulegen."

Ferner hat sich der Finanzausschuß dahin schlüssig gemacht, daß alle Gesuche auf Gehaltserhöhung, Dienstbezeichnung, höhere Gruppierung usw. mit der Annahme dieser Besoldungssatzung ihre Erledigung finden.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis
der Versammlung mit diesen Anträgen des Finanzaus-
schusses an.

Stadtv. M u n t e: Über die zweite Abteilung Unterrichtswesen ist man nicht in eine große Beratung eingetreten, sondern hat angenommen, daß es so verbleiben soll, wie es vom Rat der Stadt vorgeschlagen ist. Es ist hier nur zu bemerken, daß unter der Gruppe 8 hinter das erste Wort „Lehrer“ aus Versehen ein Sternchen hingekommen ist, und in betreff der am Schlusse stehenden „Bemerkungen“ ist zu erwähnen, daß unter 2a statt „40 v. H.“ „50 v. H.“ gesagt werden soll. Schließlich soll noch die Bemerkung 3 ganz ^{sich} ~~eben~~ fortfallen.

Es war noch eine Eingabe an uns eingegangen, in der gewünscht wurde, das Wort „höchstens“ in der ersten Reihe der Bemerkung 2 zu streichen, der Finanzausschuß hat sich aber nicht dazu bereit finden lassen. Das Wort soll also stehen bleiben, um dadurch eine Sicherung zu schaffen.

*gute Nacht
Muntz*

Vorsitzender: Ich stelle nunmehr die ganze Satzung zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen die Hand zu erheben, die zu der beratenen Besoldungsordnung, einschließlich der kleinen Änderungen, die von dem gedruckten Text abweichen und mitgeteilt worden sind, ihr Einverständnis erklären wollen. (Geschieht)
Die Annahme ist erfolgt.

7. Antrag und Anfrage Gräf, betreffend die Bezahlung
der beim Rat beschäftigten Angestellten.

Wortlaut des Antrags: Die Stadtverordneten-
versammlung ~~wolle~~ beschließen, den Rat zu ersuchen,
unvorzüglich eine Vorlage auszuarbeiten, die die Be-
zahlung der beim Rat der Stadt beschäftigten Ange-
stellten ~~vorsteht~~ *versieht*

Stadtv. G r ä f (Zur Begründung) Ich möchte die
Anfrage an den Rat stellen, ob eine Vorlage, die die
Neuregelung der Bezahlung der Angestellten vorsteht,
in der nächsten Zeit zu erwarten ist. Bislang ist uns
darüber vom Ausschuß und Unterausschuß nichts zu
Ohren gekommen, sodaß wir uns gezwungen sehen, so-
fortige *Inangriffnahme* dieser Sache zu verlangen. Sie
wissen, daß beim Reich und Staat ein Tarifvertrag
besteht, und dieser könnte ohne weiteres auch von
der Stadt übernommen werden. Die Angestelltenverbän-
de wären selbstverständlich bei dieser Sache zu hö-

ren

ren und werden zu Verhandlungen herangezogen werden müssen. Gleichzeitig möchte ich anheimgen, einen paritätischen Ausschuß einzusetzen, wie das auch beim Reiche geschehen ist, und zwar könnte er zusammengesetzt werden aus Beamten des Rats der Stadt, Vertretern der Gewerkschaft und Angestelltenvertreter, ^{in der Person} also dem Betriebsrat, wenn ein solcher beim Rat der Stadt besteht. Dieser Ausschuß setzt fest, wenn Einsprüche gegen die Eingruppierung erfolgen, in welche Gruppe die Betreffenden hineinkommen. Ich bitte, ~~daß der Rat diese Anfrage gleich beantwortet; ich habe dann noch eine Anfrage vorzubringen.~~

many large trunks, etc.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Zu dieser Anfrage kann ich erklären, daß die Gehaltsdeputation sich mit dieser Frage befaßt und beschlossen hat, von jetzt an die sämtlichen städtischen Angestellten nach dem Reichstribunal zu besolden. Es ist bereits mit dem Ausschusse verhandelt, und es müssen nur noch die Unterlagen beschafft werden. Wir sind zu diesem Vorgehen gekommen, weil das Reich in Aussicht gestellt hat, den Städten Zuschüsse zu der Besoldung der Beamten und Angestellten zu bewilligen. Dazu müssen wir Unterlagen haben, die Auskunft darüber geben, in welche Gruppe der Betreffende gehört, wenn er von Anfang an nach diesem Tarif besoldet wäre.

- 133 -

Stadtv. G r ä f: Die Anfrage ist nach/dem,
was der Herr Oberbürgermeister gesagt hat, erledigt.

8. Erhöhung des Schulgelds an verschiedenen städtischen Schulen.

Stadtv. H e r b s t: Meine Damen und Herren!
Der Rat der Stadt hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen wegen Erhöhung des Schulgeldes für die höheren städtischen Lehranstalten, die Städtische Mittelschule, die Handwerker- und Kunstgewerbeschule und die Tagesschule der Fortbildungsschule. ^{Wie} ~~Wer~~ der Versammlung bekannt ist, ist vom Rat der Stadt bereits bei Beratung des Haushalts-Etats darauf hingewiesen worden, daß eine Erhöhung des Schulgeldes für diese Schulen stattfinden muß, und von den Stadtverordneten ist auch eine um eine Million Mark erhöhte Einnahme in den Haushaltsplan eingestellt worden. Der in der Gegenwart so stark gesunkene Geldwert und die erhöhten Ausgaben für die Schulen rechtfertigen eine solche Erhöhung. Es wird von Seiten des Rats besonders hervorgehoben, daß die Zuschüsse der Kämmereikasse für 1922/23 ^{anz} vorschlags-

mäßig

mäßig für einen Schüler beziehungsweise eine Schülerin betragen:

bei der Johann Albrecht Oberrealschule	3025 M,
bei der Gausschule	2743 M,
bei dem Lyzeum	2283 M,
bei der Knaben-Mittelschule	1713 M,
bei der Handwerker- und Kunstgewerbeschule	1678 M,
bei der Mädchen-Fortbildungsschule (Tagesschule)	1619 M.

Tatsächlich werden die Zuschüsse um ein Beträchtliches noch über diese Sätze des Voranschlages hinaussteigen. Sodann wird noch darauf hingewiesen, daß in den meisten Großstädten Deutschlands ein weit höheres Schulgeld als bei uns erhoben wird.

Der Schulausschuß hat sich in der vorigen Sitzung über diese Frage gründlich ausgesprochen, und es sind dort natürlich, wie zu erwarten war, Bedenken dagegen ^{geäußert} ~~ausgesprochen~~, ob man überhaupt dazu übergehen soll, das Schulgeld zu erhöhen. Es ist darauf

hin-

hingewiesen worden, daß ~~noch~~ in den Schulen eine ganze Reihe von Schülern und Schülerinnen vorhanden sind, deren Eltern unter den heutigen Verhältnissen schwer zu kämpfen haben; aber schließlich ~~ist man sich doch dahin einig geworden~~, die Erhöhung des Schulgeldes in der vom Rat vorgeschlagenen Weise der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme zu empfehlen. Es handelt sich dabei um folgende Sätze:

Für ortsangehörige Schüler und Schülerinnen der städtischen Oberrealschulen, des Lyzeums, des Oberlyzeums und der Studienanstalt wurde~~n~~ bisher 300 M Schulgeld bezahlt, es soll jetzt erhöht werden auf 1000 M.

Für ortsfremde Schüler und Schülerinnen dieser Anstalten, mit Ausnahme derjenigen, die das Oberlyzeum besuchen soll~~e~~n, das Schulgeld von 500 M auf 1500 M erhöht wird.

Für

Für Ausländer, das heißt, solche Schüler und Schülerinnen, die die deutsche Staats- und Reichsangehörigkeit nicht besitzen, soll~~te~~ das Schulgeld von 1000 M auf 3000 M erhöht werden.

Ich möchte nun erst einmal fragen, ob wir über die Schulen im Einzelnen abstimmen oder eine gemeinsame Abstimmung vornehmen wollen.

Stadtv. S t e g m a n n: Ich möchte bitten,
erst eine allgemeine Debatte über diese Sache statt-
finden zu lassen.

Der Vorsitzende eröffnet die allgemeine
Aussprache.

Stadtv. S t e g m a n n: Meine Damen und Herren! Meine Fraktion kann mit der Vorlage des Rats sich nicht einverstanden erklären. Es ist Ihnen bekannt, daß wir auf dem grundsätzlichen Standpunkt stehen, daß Schulgeldfreiheit für alle Schulen gelten und es nicht so wie bisher bleiben soll, wo der Geldbeutel des Vaters ~~maßgebend ist~~ ^{soll für alle Schulen verwirklicht werden}. freie Bahn ~~für den Tüchtigen eröffnet~~. Für die Bürgerschulen ist ja die Schulgeldfreiheit vor 1 1/2 Jahren eingeführt. Wenn man nun sagen wollte, bei den höheren Schulen sei das etwas anderes, so können wir doch von unseren prinzipiellen Standpunkt nicht abgehen. Wir wünschen, daß Schulgeldfreiheit vom Kindergarten bis zur Hochschule eingeführt wird. Selbstverständlich müßten dann, da vielen Eltern es nicht möglich wäre, die Kosten für ^{die Unterhaltung} ~~den Schulbesuch~~ ihrer Kinder aufzubringen, ^{wirtschaftliche} ~~für begabte Kinder~~ Beihilfen gegeben werden. Es steht fest: Wenn ein höheres Schulgeld erhoben wird, dann wird es noch weniger den ärmeren Volksschichten möglich sein, ihre Kinder eine bessere

Schul-

Schulbildung zukommen zu lassen. Außerdem kommt für uns heute noch in Betracht, daß der Staat von Erhebung eines höheren Schulgeldes absieht, ~~was dadurch~~ liegt erst recht ein Grund für die Stadt vor, gleichfalls nicht mit einer Schulgelderhöhung vorzugehen, sonst würden die Staatsschulen stark bevölkert werden, unsere Schulen aber entvölkert, und der Zweck der Schulgelderhöhung, mehr Geld für die Stadt hereinzubekommen, würde nicht erreicht. Es handelt sich bei der heutigen Vorlage ~~zuch~~ um eine Erhöhung des Schulgeldes für die Mittelschulen und für diese trifft das, was ich eben gesagt habe, erst recht zu. Im Schulausschuß ~~soll~~ ^{ist} dafür eingetreten und vom Herrn Stadtrat Schaper versprochen worden ~~sein~~, daß mehr Freistellen in den Mittelschulen eingerichtet werden und es leichter gemacht werden soll, sie zu besetzen. Aber dieses Freistellensystem ist, von unserem Standpunkte aus betrachtet, nicht das Rechte, es haftet den Kindern dieser Freistellen immer eine Erniedrigung an, der Charakter des Almosens hängt

an den Freistellen und die Freistelleneinhaber werden von den andern Schülern und Schülerinnen nicht für voll angesehen. Das Freistellensystem ist also nur ein Notbehelf. Jedenfalls ist der Grundgedanke richtig, daß Schulgeldfreiheit eingeführt werden muß, damit diejenigen, welche Talent und Fähigkeit besitzen, alle Schulen besuchen können, die auf der Grundschule aufgebaut sind, und auch die höheren Fachschulen. Alle Kinder, die befähigt sind, sollen ihren Anlagen entsprechende Schulen frei besuchen. Eine gute Schulbildung ist das beste Gut, das wir unsern Kindern mitgeben können, und wer wie ^{nur} wir die Volksschule besucht hat, der weiß das erst recht zu schätzen. Früher ist vielfach gesagt worden, wer seinen Kindern eine bessere Schulbildung mit auf den Weg geben will, der mag das bezahlen, und nur die Bessergestellten konnten sich das leisten. Das ist falsch, ~~und~~ die Arbeiterkreise, die Beamten, die Angestellten, die Gewerbetreibenden kommen immer mehr dahin, ~~daß~~

sie

~~sie~~ ihren Kindern eine bessere Schulbildung geben lassen möchten. Aus diesem Grunde können wir dem Ratsantrage nicht zustimmen. Wir würden Schulgeldfreiheit für alle diese Schulen, ~~nicht~~ die in der Vorlage genannt sind, beantragen müssen, aber weil die Durchführung eines solchen Antrages bei der finanziellen Notlage der Stadt nicht möglich ist, so sind wir dafür, daß das Schulgeld wenigstens nicht erhöht wird.

Im Schulausschuß waren die Meinungen über die Erhöhung des Schulgelds geteilt, und auch von der rechten Seite wurde unser Grundsatz als ein richtiger betrachtet, aber aus finanziellen Gründen will man doch in den saueren Apfel beißen und der Erhöhung zustimmen. Es ist dabei darauf hingewiesen worden, daß die Ausgaben für die Lernmittel noch viel schwerer wiegen als das Schulgeld selbst. Herr Kollege Sievers machte die Mitteilung, daß in

einer

einer Oberrealschule in Berlin die Ausgabe für
die Lernmittel pro Jahr bis ^{jetzt} ~~jetzt~~ ^{über} 2000 M betragen
haben, bei den ^{fortgesetzt steigenden} ~~jetztigen~~ Preisen wird es dahin
kommen, daß diese Summe sich verdoppelt, und dann
kann man sagen: 1000 Mark als Schulgeld ist ^{im Verhältnis dankbar} ~~wenig~~.
Aber dann ist es den kleinen Leuten erst recht
nicht mehr möglich, ihren Kindern eine bessere
Schulbildung zukommen zu lassen, und das gilt
gleichfalls auch für die Mittelschulen. Es ist
angeregt worden, zu versuchen, ob die Lernmittel-
freiheit nicht durchgeführt werden könnte, und
darauf hingewiesen, daß es möglich gemacht werden
müßte, die Lernmittel ^{wenigstens} zu verbilligen. Der Ver-
schwendung in den Schulen sollte energisch entge-
gen getreten werden. Einstimmig war ^{der Schulausschuß} ~~man~~ der Mei-
nung, daß in der bisherigen Weise nicht weiter ge-
wirtschaftet werden könnte, wo jetzt der Preis für

ein

ein Heft auf 25 bis 32 Mark gestiegen ist. Bei solchen Preisen ist es den Eltern, wenn sie nicht Schieber, Wucherer oder Großkapitalisten sind, nicht möglich, die Hefte für ihre Kinder zu beschaffen, und das trifft auch für die Bürgerschulen zu. Man sieht nicht, daß in den Schulen der heutigen Zeit entsprechend gespart wird. Gewiß, es gibt Lehrer, die tatsächlich sparen, die mit minderwertigen Heften zufrieden sind, im allgemeinen ist das aber in den höheren Schulen nicht der Fall. Wenn eine Arbeit 2/3 Seiten umfaßt, wird das letzte Drittel ^{leer} ~~leer~~ gelassen und für die neue Arbeit eine neue Seite angefangen. Es ist Herrn Stadtrat Schaper ans Herz gelegt, dafür einzutreten, daß der Verschwendungssucht entgegen getreten wird. Ich möchte ^{auch} ~~noch~~ den Vorschlag machen, den Rat dringend zu ersuchen, die Frage zu erwägen, ob es bei dem ungeheueren Preise der Schreibhefte nicht möglich ist, daß auf dem Wege der Selbsther-
stellung

stellung durch die Stadt Hefte beschafft werden.

Vielleicht ist es praktisch, wenn in dieser Sache die ~~(den Landesschulämtern bezu. muß)~~ Stadt sich mit dem Staat in Verbindung setzt, mit ~~den Landesschulämtern~~, sodaß für den ganzen Freistaat Hefte in großen Massen hergestellt werden und dadurch billiger abgegeben werden können.

Wir sind dagegen, daß das Schulgeld erhöht wird, und auch im Finanzausschuß ~~findet~~ ^{land} sich nur deshalb eine Mehrheit für den Ratsantrag, weil man sich mit bemühen wollte, daß ^{große} ~~ganze~~ Loch im Stadtsäckel zu stopfen. Ich hoffe, daß hier unser Antrag angenommen wird. Sollte das aber nicht der Fall sein, dann stelle ich den ^e ~~eventuellen~~-Antrag, daß nur eine 100%ige Erhöhung des Schulgeldes eintritt auf alle die bisherigen Sätze, wie sie in der Vorlage genannt sind.

Stadtrat S c h a p e r: Meine Damen und Herren! Es gehört nicht zu den angenehmsten Aufgaben des Rats, den Herrschaften hier eine Vorlage über Erhöhung des Schulgelds zu unterbreiten, denn es ist vorauszusehen, daß er dabei auf Widerstand stoßen wird. Das Ideal, wie es Herr² Stegmann in Bezug auf Schulbesuch und Schulgeld vorschwebt, hat allerdings einen entschieden verlockenden Klang^{klarin}, aber ich bitte Sie, auch ~~a~~n die Finanznot der Stadt zu denken. Als der jetzt laufende Haushaltsplan aufgerechnet wurde, stellte sich ein erschreckender Fehlbetrag heraus, und der Rat hatte die Pflicht, neue Einnahmequellen für die Stadt zu suchen, und so erschien uns auch die Erhöhung des Schulgeldes als wohl angemessen. Deshalb haben wir ja auch in Kap. XXIV eine Mehreinnahme für erhöhtes² Schulgeld von 1 Million Mark eingestellt. Ich darf darauf hinweisen, daß die geehrten Herrschaften durch Annahme des Etats^{sith} mit der Erhöhung des Schulgelds für die ⁴mittleren und ⁶höheren Schulen schon grundsätz²lich einverstanden erklärt haben. Nun lassen Sie mich einmal diese Erhöhung der Schulgeld,

sätze

Vergleichen

sätze, wie wir sie fordern, mit der Erhöhung, die die anderen Sachen im Laufe der letzten Zeit erfahren ^{haben} ~~hat~~. Das Schulgeld betrug vor dem Kriege in den höheren Schulen 150 M, es soll jetzt auf 1000 M steigen, also auf das 6 bis 7 fache. Vergleichen Sie einmal damit, wie die Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens leider im Preise gestiegen sind! Vergleichen Sie weiter unsere Schulgeldsätze mit denen anderer Städte in Deutschland. In Preußen werden schon seit langer Zeit ~~diese~~ 1000 M als Schulgeld gezahlt, also schon zu einer Zeit, wo die Mark mehr wert war, als sie heute gilt.

Es ist von Herrn Stegmann darauf hingewiesen, daß es möglich sein sollte, auch die begabten Kinder minderbemittelter Eltern die höheren Schulen besuchen zu lassen, und das ist ein Grundsatz, dem ich durchaus zustimme. Aber diese Möglichkeit ist bereits dadurch gegeben, daß wir alle Jahre einen großen Prozentsatz von Erlassen bewilligen. Wenn also begab-

te

Kindern
te die höheren Schulen besuchen sollen und ihre Eltern können das Schulgeld nicht bezahlen, dann ist es durchaus möglich, daß für ~~die~~ ^{die} das Schulgeld erlassen wird. Auf der Mittelschule sind ~~besondere~~ ^{Besondere} Freistellen für sie, und solchen Kindern werden dann auch noch die Lernmittel unentgeltlich geliefert. Herr Stegmann sagte, daß den Freistellen ein übler Beigeschmack anhänge. Es mag sein, daß manche das so auffassen, aber ich selbst habe auf der Mittelschule ~~Unterricht~~ ^{el} und hatte in meiner Klasse Freischüler, die sehr gut angesehen waren, weil sie sehr begabt und fleißig ~~were~~ waren und so die anderen Schüler übertrugen. So glaube ich, daß durch gute Leistungen der Jnhaber ~~der~~ ^{Letztere} Freistellen den erwähnten Beigeschmack verlieren.

Weiter hat Herr Stegmann darauf hingewiesen, daß der Staat das Schulgeld für seine Schulen nicht erhöhen wolle. Richtig ist wohl, daß er das vorläufig nicht beabsichtigt, aber endgültig haben sich die staatlichen Stellen noch nicht festgelegt. So

dann

dann hat Herr Stegmann hervorgehoben, daß bei Erhöhung des Schulgeldes in den höheren ^(städtischen) Schulen eine Abwanderung der Schüler nach den staatlichen Schulen eintreten könne. Es mag vielleicht sein, daß der eine oder der andere Vater, der sein Kind nächste Ostern auf der Oberrealschule anmelden würde, es nach der staatlichen Schule gehen lassen wird, aber viele werden das nicht sein, und Oberrealschulen hat der Staat noch nicht, ebenso hält der Staat kein Lyzeum und keine Mittelschule. Ich kann mir also nicht denken, daß eine starke Abwanderung und dadurch eine Verminderung der zu erwartenden Schulgeldeinnahme eintreten wird. Ganz besonders hervorheben möchte ich, daß wir für die Pflichtfortbildungsschule überhaupt kein Schulgeld erheben. Wenn hier Erhöhung des Schulgeldes für eine Abteilung der Fortbildungsschule gefordert wird, so ist damit die 3. Abteilung derselben gemeint, das ist die Tagesschule, mit freiwilligem Schulbesuch.

Sodann hat Herr Stegmann der Meinung Ausdruck gegeben, daß mit den Lernmitteln noch eine gewisse

Ver-

Verschwendung getrieben würde. Ich habe schon im Ausschuß zugesagt, daß ich gern bereit sei, mich in dieser Sache an die Landesschulämter, vor allem an das Landesschulamt für das höhere Schulwesen, zu wenden, und ich glaube, daß sie gern bereit sein werden, die Anweisung zu geben, daß überall im Gebrauch der Lernmittel gespart werde. Ich bin aber überzeugt, daß eine solche Sparsamkeit in den meisten Klassen schon geübt wird, doch könnte es sein, daß die eine oder andere Lehrkraft noch nicht genügend auf Sparsamkeit hält, und darum ^{win} könnte es gut sein, wenn noch einmal darauf hingewiesen wird.

Ob der Staat oder die Stadt Braunschweig an die Herstellung von Lernmitteln selber herangehen wird, kann ich nicht ohne weiteres sagen, ich bin aber bereit, mich mit dem Staat dieserhalb in Verbindung zu setzen.

Ich möchte Sie bitten, die Ratsvorlage in allen ihren Teilen anzunehmen. Man kann heute leider nicht nur Kulturpolitiker sein, man muß dabei auch

Finanz-

Finanzpolitiker sein. Wer von Tag zu Tag mit den städtischen Finanzen zu tun hat, der wird zu der Überzeugung kommen, daß wir mit aller Kraft für die Stadt neue Einnahmequellen schaffen müssen und daß zu diesem Zwecke auch eine Erhöhung des Schulgelds vorgenommen werden muß. Ich bitte Sie also, die Ratsvorlage unverkürzt anzunehmen.

Stadtv. S i e v e r s : Die Vorlage des Rates wird begründet mit der Finanznot der Stadt. Diese ungünstige Finanzlage der Stadt ist uns durchaus bekannt, und wir wundern uns nicht darüber. Es wird gesagt: Es müssen neue Einnahmequellen erschlossen werden. Nun bin ich allerdings der Auffassung: Wenn die Stadt leben will, muß sie selbstverständlich dafür sorgen, die zum Leben notwendigen Gelder zu haben. Ob aber nun gerade die Kultureinrichtungen der Stadt das Objekt sein sollen, an dem man Geld sparen will, das scheint mir denn doch fraglich zu sein. Die Durchführung der Vorlage soll eine alljährliche Mehreinnahme von 1 700 000 M bringen. Diese 1 700 000 M hätte die Stadt sehr leicht haben können, wenn die Vorlage, die vorhin verabschiedet ist, anders ausgefallen wäre, nämlich wenn denjenigen Beamten, die in den Gruppen von 11 an sich befinden, Abzüge gemacht wären, die durchaus tragbar gewesen wären. In der Gruppe 11 beträgt das Grundgehalt bis zu 42 000 M, in der Gruppe 12 bis zu 60 000 M. Diesen

Grup-

Gruppen und auch den Stadträten, ^{die} zum Teil ein Gesamteinkommen von 500 000 M haben, hätte man ganz gut 100 000 M abziehen können, dann hätten wir denselben Effekt gehabt, nämlich 1 700 000 M gespart, und wären dann nicht in der peinlichen Lage gewesen, auf der einen Seite unverantwortlich hohe Gehälter an einzelne städtische Beamte zu zahlen und auf der anderen Seite für die große Masse der Bevölkerung das Schulgeld zu erhöhen oder sie zu hindern, ihre Kinder in die Mittel- oder höheren Schulen zu bringen. Sparsamkeit - jawohl, aber nicht am falschen Orte. Ich nenne es keine Sparsamkeit, wenn man die Verbreitung der Bildung auf diese Weise erschwert. Diese Maßnahme wird praktisch darauf hinauslaufen, daß man verhindert, daß sich das allgemeine Kulturniveau weiter entwickelt, und dann werden wir im Laufe der Zeit eine Bevölkerung bekommen, die nicht die ausreichende Menge gut qualifizierter Führer des Volkes, Führer in der Wissenschaft, im Handel und in der Technik hervorbringen kann und so erleben, daß durch diese Maßnahme unsere ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse langsam

schlech-

schlechter werden und daß die von der Stadt ersparten Ausgaben von 1 700 000 M für die Schulen in 20 Jahren nichts weiter sind als verpaßtes Geld, weil wir haben dulden müssen, daß Kinder, die nicht befähigt sind, in den höheren Schulen sich aufhalten, nur weil ihr Vater das Vermögen hat, um das Schulgeld und die Lernmittel zu bezahlen, während es für jeden einsichtigen Menschen eine Selbstverständlichkeit sein muß, daß nicht nur die Begabten in die höheren Schulen hineingebracht werden müssen, sondern auch die gegen-
teilige Maßnahme ebenso stark in Angriff genommen werden muß: die unbegabten Kinder, die nur wegen des großen Geldbeutels des Vaters in der höheren Schule sitzen, aus ihr zu entfernen. Dieser Antrag auf Erhöhung des Schulgeldes bedeutet nichts weiter, als das man sagt: „Irgendwo müssen wir das Geld hernehmen; wo ist noch etwas zu machen? Nun, wir greifen die Kultureinrichtungen heraus und sparen da!“ Der Rat hat durch den Mund des Herrn Stadtrat

Scha-

Schaper eben sagen lassen: In vielen anderen Städten hat man auch schon dasselbe gemacht. Ich denke, wir haben den Grundsatz hochzuhalten: Wir richten uns nicht nach den schlechten Beispielen, sondern wollen es besser machen. Ich weise auf den Staat hin, der nicht darauf eingegangen ist, das Schulgeld zu erhöhen, Der ^{Rat der Stadt} ~~Landtag~~, der mehr als einmal versucht hat, den Staat dahin zu drängeln, die Schulgeldsätze zu erhöhen, hat sich bis jetzt regelmäßig einen Korb geholt, weil der Staat so viel Einsicht hat, daß er sagt: Wenn wir nicht abbauen können, dann wollen wir zum mindesten die Schulgeldsätze nicht erhöhen. Wenn der Rat glaubt, die 1 700 000 M auf keinen Fall entbehren zu können, dann möge er eine Vorlage machen, die soeben angenommene Besoldung in den oberen Beamtengruppen ab Gruppe 11 einer Revision zu unterziehen, dann wird er denselben Effekt haben können, wie mit der Erhöhung des Schulgeldes und wird nicht den Makel tragen, sich an ^{Nat-} ~~Nat~~uraufgaben versündigt zu haben.

Stadtv. S e h m e r b a c h : Meine Damen und Herren ! Im großen und ganzen kann ich wohl den Rednern von links folgen, denn die Schulgeldfreiheit ist auch für die Rechts-Sozialisten ein Prinzip, das sie unweigerlich erfüllt sehen wünschen. Aber wie die Lage nun einmal ist, haben wir uns einstweilen bescheiden müssen und dem zustimmen müssen - wie das auch von unseren Freunden von der Unabhängigen Partei ~~ge~~^{ge}~~hen~~^{hen} ist -, daß die Lerngeldfreiheit noch nicht endgültig eingeführt werden kann. Wir wissen aus dem Etat über die Schulverhältnisse, daß der einzelne Schüler oder die einzelne Schülerin in den höheren Schulen der Stadt bedeutend mehr Geld kostet als die Kinder aus den Bürgerschulen oder sogenannten Volksschulen. Diese letzteren sind aber bei der beantragten Erhöhung des Schulgeldes nicht mit einbegriffen, und so ist meine Fraktion zu der Anschauung gekommen, daß wir - erst einmal abgesehen von dem Antrage, den Herr Kollege Stegmann gestellt hat, nur eine 100prozentige Erhöhung des Schulgeldes bei den höheren und Mittel-
schu-

schulen und der 3. Abteilung der Fortbildungsschule eintreten zu lassen - dem Antrage des Rates uns anschließen müssen, also für eine 300prozentige Erhöhung dieses Schulgeldes stimmen werden.

Inbetreff der Mittelschulen sind wir ebenfalls der Ansicht, daß die Erhöhung Platz greifen soll, aber wir sind dafür, daß die Zahl der Freistellen vergrößert wird. Es ist uns im Ausschuß von Herrn Stadtrat Schaper gesagt, daß die vorhandenen Freistellen an den Mittelschulen nicht einmal ausgenutzt würden, und darauf hat Herr Kollege Sievers mit Recht geantwortet, daß das nicht an der Zahl der begabten Kinder liege, die sich sehnten von den Bürgerschulen in die Mittelschule einzurücken, sondern das Vorhandensein der Freistellen sei nicht genügend bekannt, und ich glaube, das ist wirklich der Fall.

Bezüglich der Fortbildungsschule ist es so, daß für die Erhöhung des Schulgeldes nur die Tagesschule in Betracht kommt. Aber ich glaube, auch dort sitzen Kinder aus dem Volk, und aus dem Grunde können

wir

wir uns nicht damit einverstanden erklären, daß dort eine 300prozentige Erhöhung des Schulgeldes eintreten soll. Wir haben uns deshalb entschlossen, für eine nur 100prozentige Erhöhung einzutreten, und das deckt sich mit dem Antrage des Herrn Stegmann.

Die Notwendigkeit, daß wir überhaupt einer Erhöhung des Schulgeldes zustimmen, liegt in den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen. Es hilft uns nichts, wenn wir auch noch so goldig in die Zukunft schauen wollen, wir müssen immer wieder in Betracht ziehen, wie es möglich zu machen ist, daß die Stadt über die Finanznot hinwegkommt, und infolgedessen erklärt sich meine Fraktion mit der Ratsvorlage bis auf die Punkte, die ich erwähnt habe, einverstanden.

Stadt v. B u r g d o r f f : Meine Damen und Herren!
Die heute beantragte Erhöhung des Schulgeldes für
einige Schulen gibt mir Veranlassung, noch einmal
zurückzugreifen auf die seinerzeit gemachten Darlegungen,
um das Schulgeld in den Bürgerschulen fortfallen zu
sehen. Man strich damals mit einem Male die Einnahme
von 170 000 M Schulgeld aus den Bürgerschulen, mußte
aber das Schulgeld an den höheren Schulen erhöhen.
Ich habe damals schon gesagt, daß man sich mit einer
solchen Maßregel ins eigene Fleisch schneidet, denn
ich stehe auf dem Standpunkt, daß das beste, was wir
unsern Kindern mitgeben können, in einer möglichst
guten Schulbildung liegt. Ich konnte mich schon damals
nicht dazu verstehen, solchen Maßnahmen zuzustimmen,
und bedaure auch heute, daß eine Erhöhung des Schul-
geldes für die genannten Schulen vorgenommen werden
~~werden~~ muß. Allerdings sehe ich die Notwendigkeit
der heutigen Ratsvorlage ein, kann mich ~~aber~~ ihr
gegenüber also heute nicht ablehnend verhalten. Im
übrigen ist meine Ansicht in dieser Frage die: Man
möge

nüge den tüchtigen und befähigten Köpfen die Bildungsmöglichkeit bis oben hin gewährleisten, auch durch die Schulgeldfreiheit, aber den Finanzen der Stadt muß man auch in der Frage der Erhebung des Schulgeldes Rechnung tragen, und deshalb muß ich mich für Genehmigung der Ratsvorlage aussprechen.

Stadt v. N e s s e n i u s : Seit meiner Kindheit habe ich mit dem Schicksal gehadert, wenn ich sehen müßte, daß es von dem Geldbeutel des Vaters abhängig war, ob ein Kind die höhere Schule besuchen konnte oder nicht, und wenn ich heute sehe und höre, daß um diese eine Million Mark zu retten, alle diese Schulgeldsätze erhöht werden sollen, so tut mich das unangenehm an. Wenn man nicht ^{umhin} ~~schon~~ kann, die Einnahmen der Stadt zu erhöhen, so hat die Stadt auf andere Weise Gelegenheit, Geld für ihre Schulen einzubekommen. Eingriffe in die Einkommensteuer seitens der Stadt gibt es ja jetzt nicht mehr, aber es werden jedenfalls die besser gestellten Eltern, damit ihre Kinder die höhere Schule besuchen können, gern das 10fache Schulgeld zahlen, wenn ^{sie} ~~es~~ auf irgend eine Weise erfaßt werden. Ich würde fordern: Schulgeldfreiheit für alle Minderbemittelten und ein hohes Schulgeld für die Begüterten, damit der unangenehme Beigeschmack für die ausnahmsweise ~~Schulgeld~~

freien

Kinder

freien (wegfällt). In progressiver Weise müßten je nach ihrem Einkommen die besser situierten Eltern durch Zahlung eines hohen Schulgeldes gefaßt werden, um die Ausgaben der Stadt für Erhaltung der Schulen zu decken. Ich kenne verschiedene arme Witwen, deren Mann früher eine bessere Beamtenstelle inne hatte und die sich jetzt mit Hungern das Schulgeld für ihre Kinder absparen. Ich weiß, daß es Arbeiterfamilien gibt, die unter großen Entbehrungen ihre Kinder die höhere Schule besuchen lassen. Die Stadt hat meiner Ansicht nach die Pflicht, für diese weniger Bemittelten einzutreten, Mittel und Wege zu finden, um Geld auf andere Weise zu schaffen. Es gibt dafür immer noch die Möglichkeit für die Stadt. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Schaffen Sie die absolute Schulgeldfreiheit für alle unbemittelten Kinder und lassen Sie die Zahlen, die Vermögen und Einkommen genug haben; die werden es ihrer Kinder wegen gern tun. Wenn wir diesen Weg beschreiten, dann haben die Kinder keine Beschuldi-

gung wegen ihrer Schulgeldfreiheit mehr zu ertragen und niemand kann sagen, daß die Schulgeldfreiheit eine Armenhaussache ist.

Stadtrat S e h a p e r : Der Vorschlag des Herrn Nessenius ging darauf hinaus, daß Schulgeld zu staffeln, und darüber haben wir uns schon bei der letzten Erhöhung des Schulgeldes unterhalten. Ich habe damals darauf hingewiesen, daß die Schulgeldstaffelung auf eine verschleierte Einkommensteuer hinausläuft, die gegen das Landessteuergesetz verstößt. Mir ist nicht bekannt, daß irgendwo im Reiche gestaffelte Schulgeldsätze genehmigt worden sind. Einige Städte sollen die Schulgeldstaffelung eingeführt haben, aber ohne die Genehmigung abzuwarten; ob sie jetzt noch gestaffeltes Schulgeld erheben, kann ich nicht sagen, aber ich weiß, daß der Reichs-^{finanzminister} ~~rat~~ Einsprache dagegen erhoben hat. Im übrigen kann man sagen, daß auch ein gestaffeltes Schulgeld manches gegen sich hat. Wer würde denn dabei am meisten bezahlen müssen? Das sind die Festbesoldeten, von denen man das Einkommen genau kennt. - Ich glaube nicht, daß irgendwelche Aussicht besteht,

die

die Vorschläge des Herrn Nessenius gegenwärtig zu verwirklichen.

Ich habe schon vorhin darauf hingewiesen, daß auch ich der Meinung bin, daß mit Recht verlangt wird, allen begabten ^{und begünstigten} Kindern solle das Schulgeld erlassen werden. Aber die Ausgabe an Schulgeld ist doch nicht die größte Ausgabe, die den Eltern für ihre die höheren Schulen besuchenden Kindern erwächst, es kommt ^{zu} doch noch Kleidung, Schulbücher usw. in Betracht, und wenn die Kinder längere Jahre die Schule besuchen auch noch ~~die~~ der entgangene Arbeitsverdienst. Da muß man leider sagen: Was sind neben diesen Kosten 1 000 ^{Schulgelde} M? Ich bitte Sie nochmals, unsere Vorlage anzunehmen.

Stadt v. H e r b s t : Der Rat beantragt, für die höheren Schulen bei einheimischen Kindern das Schulgeld von 3000 M auf 1 000 M zu erhöhen, für die auswärtigen Kinder von 500 M auf 1 500 M und für Ausländer, dasß heißt für solche Kinder, die die deutsche Reichsangehörigkeit nicht besitzen, von 1 000 M auf 3 000 M.

V o r s i t z e n d e r (zu Herrn Stadtverordneten Stegmann): Der Antrag, den Sie gestellt haben, kommt dadurch zum Zuge, daß entweder angenommen oder abgelehnt wird, was vom Rat oder von der Kommission beantragt ist. (Zwischenruf des Stadtverordneten Stegmann.) Sie machen auf Ihren Eventualantrag aufmerksam und wünschen, daß darüber zuerst abgestimmt wird?

Stadtv. S t e g m a n n : Der Herr Vorsitzende hat mich nicht recht verstanden. Ich habe zunächst beantragt: Ablehnung der Ratsvorlage im allgemeinen. Dieser Antrag ist der am weitesten gehende und darüber müßte zuerst abgestimmt werden.

Dann kommt mein Eventualantrag, um 100 % zu erhöh\en, und dieser Antrag trifft alle Positionen. Wird dieser Antrag abgelehnt, dann würde der Ratsantrag zur Abstimmung kommen.

V o r s i t z e n d e r : Wer ist dafür, daß
~~gegen~~/die ganze Ratsvorlage abgelehnt wird?

Es melden sich 13 Stadtverordnete, in der Ge-
genprobe 14 Stadtverordnete.

V o r s i t z e n d e r : Die Mehrheit ist für
die Ratsvorlage, vorbehaltlich der Einzelheiten.

Stadt v. L e h n e r t : Nach dem sich die Mehrheit in dieser Weise entschieden hatte, würde nun zuerst der Antrag des Herrn Stegmann zur Abstimmung zu stellen sein: Um 100 % zu erhöhen.

Vorsitzender

~~Stadtv. P. 1932~~ : Die Ratsvorlage ist noch nicht in allen ihren Einzelheiten angenommen, und es liegt noch vor der Eventualantrag des Herrn Stegmann, sowie der Antrag des Herrn Schmerbach. Der letztere will für die Fortbildungsschule nur eine 100prozentige Erhöhung, Herr Stegmann für sämtliche Punkte eine 100prozentige Erhöhung.

Wer ist nun dafür, daß bei sämtlichen Positionen nur eine 100prozentige Erhöhung oder eine Erhöhung , auf das doppelte Schulgeld vorgenommen wird. (Es melden sich 19 Stadtverordnete.) Das ist die Mehrheit. - Damit ist die Sache erledigt.

9. Verkauf eines städtischen Grundstücks an der
Wolfenbüttelerstraße an den Fabrikanten Winkelmann.

Stadt v. M a r t h : Es ist an den Rat ein Antrag des Fabrikanten Winkelmann eingegangen, ihm eine an der Wolfenbüttelerstraße gegenüber dem Park Richmond gelegene Baustelle, welche der Stadt gehört und eine Größe von 29,83 a besitzt zu verkaufen. Herr Winkelmann möchte auf diesem Grundstück sofort, so- daß der Rohbau noch in diesem Herbst vollendet wird, ein Wohnhaus mit einer Kutscher- und Gärtnerwohnung errichten, um sich dort anzusiedeln. Die Stadt hat ihm für das Quadratmeter 60 M abgefordert, während dieses Stückchen Land der Stadt sonst nicht so viel einbringt. Da es sich darum handelt, die Maß Wohn- räume geschaffen werden, ohne daß die Stadt einen Zuschuß leistet, so ist in Rücksicht auf die Woh- nungsnot der Rat mit der Abgabe des Landes einver- standen und bittet die Stadtverordneten, dem über den Verkauf abgeschlossenen Antrage, der nach dem



von

von den städtischen Behörden festgesetzten üblichen Vertragmuster aufgestellt ist, die Zustimmung zu geben. Der Bauausschuß hat sich mit der Sache befaßt und bittet um Annahme des Ratsantrages.



Stadtv. S a u e r b i e r : Es ist jedenfalls mit großer Freude zu begrüßen, wenn einzelne Bewohner Braunschweigs ein Grundstück erwerben ^{wollen} ~~will~~ und sich bereit erklären, es sofort zu bebauen. Wenn hier aber ein der Stadt gehöriges ~~arm~~ Stückchen Land, das unbedingt als der schönste Bauplatz in der Stadt Braunschweig anzusehen ist - es liegt dem Schloß Richmond gegenüber - für den geringen Preis von 60 M pro qm verkauft werden soll an einen Herrn, der in den letzten Jahren mit der reichste Mann in Braunschweig geworden ist, da er seine Klaviere zu Dollarpreisen nach Amerika verkauft, dann kann ich nicht einsehen, daß wir dem Kaufvertrage zustimmen sollen. Wenn es sein soll, daß das Land verkauft werden soll, dann mag es ausgeschrieben werden, damit sich noch andere Bewerber melden können, und man mag sehen, ob nicht noch andere kommen, die ^{für}

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ich glaube nicht, daß es richtig ist, in dieser Weise über einen Bürger zu sprechen, der weiter nichts getan hat, als auf die Forderung des Rats für ein Stück Bauland einzugehen. Was kann denn Herr Winkelmann dafür, daß der Rat nicht mehr gefordert hat, und was haben wir denn selbst für das Grundstück ^{gegeben} ~~gegeben~~? Ich mag es gar nicht sagen, damit man nicht sagen kann:

^{Altruismus wird} Dieser Wucher, der im Rathause seine Geschäfte ~~de-~~ ~~reibt~~, geht denn doch zu weit! Ist es denn wahr, daß dieses Grundstück der schönste Bauplatz in der ganzen Stadt ^{ist?} Ich würde mich dafür bedanken, hier ein Haus aufzubauen, denn nirgend in der Stadt ist die Staubplage so groß wie gerade dort, und sprengen können wir da draußen nicht, so daß es wirklich kein Vergnügen ist, an dieser Stelle zu wohnen. Wir hielten im Rat den Preis von 60 M für ^{zu} ~~zu~~ hoch. Aber da sich Herr Winkelmann bereit ~~erklärt~~ hat, diesen Preis zu zahlen, so hatten wir keine Bedenken, den Verkauf zu empfehlen.

Stadtv. S a u e r b i e r: Ich hatte nicht die Absicht, dem Rat vorzuwerfen, daß er mit diesem Grundstück Wucher treibt, und bin auch garnicht der Ansicht, daß eine solche Forderung, wie sie der Rat stellt, Wucher genannt werden kann, denn 70 Mark für das Quadratmeter Bauplatz ist der ortsübliche Preis. Ich kenne einen Mann, der diesen Preis zahlen würde, und vielleicht zahlt er noch mehr, wenn er hört, daß wir das Grundstück weggeben wollen. -- Ich möchte den Antrag stellen, diesen Punkt zur nochmaligen Vorberatung an den Bauausschuß zurück zu verweisen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Wenn wir der Wohnungsnot steuern wollen, so dient dieser Antrag nicht dazu. Herr Winkelmann legt Wert darauf, mit dem Bau schleunigst anfangen zu können, damit ^{er} in sein neues Haus einziehen kann. ~~Wir können ihn doch nicht erst noch von einer Wohnung in die die andere ziehen lassen.~~

Stadtv. S a u e r b i e r : Ich habe allerdings schon zweimal zu dieser Sache gesprochen, da aber durch das Eingreifen des Herrn Oberbürgermeisters die Debatte wieder eröffnet ist, möchte ich noch ein paar Worte sagen. Ich habe heute Abend erfahren, daß man Herrn Winkelmann den Platz angeboten hat, in Wirklichkeit aber ist es umgekehrt, nämlich Herr Winkelmann hat sich darum bemüht, den Platz zu bekommen. Der Herr Oberbürgermeister meinte, unser Streben solle darauf gehen, Wohnraum zu beschaffen, mein Antrag aber diene nicht dazu. Das gebe ich in gewissem Sinne wohl zu, aber ich weiß auch, daß von anderer Seite auf jeden Fall für diesen Platz mehr bezahlt werden würde, und vielleicht dient diese Mitteilung dazu, daß man auf diese Weise versucht, von Herrn Winkelmann mehr herauszuschlagen. Was die Staubplage betrifft, so fahren allerdings viele Autos an der demnächstigen Wohnung vorbei, aber es ist auch ein Steinpflaster dort vorhanden und die Staubplage kann auch deswegen nicht so groß werden, weil

gegen-

gegenüber auf der anderen Straßenseite Bäume stehen und der Westwind den Staub nicht so stark hinüberbringen kann. Jedenfalls ist die Lage gegenüber dem Parkeingang eine ganz vorzügliche und der Preis, wie er gezahlt werden soll, nicht hoch genug bemessen. Einen solchen Preis, wie ich ihn wünsche, kann man nicht mit dem Namen Wucherpreis bezeichnen. Wir können den Grund und Boden, den wir im Besitz der Stadt haben, wenn es sich um den Bau von Villen handelt, wie jeder Privatmann solange behalten, bis sich ein Käufer findet, der den dafür gehörigen Preis bezahlt. Auf solche Weise sind auch andere Städte, wie Hannover und Kiel vorgegangen, ohne daß man von Wucher sprechen kann. Lassen Sie uns die Sache noch einmal genügend beraten, vielleicht wird dabei doch etwas herauskommen, was zum allgemeinen Wohl Braunschweigs dient.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ich habe nicht behauptet, daß der Rat den Bauplatz Herrn Winkelmann angeboten habe, sondern Herr Winkelmann ist, wie Herr Sauerbier sagte, zu uns gekommen, hat den Platz haben wollen, und dann haben wir die Forderung von 60 Mark gestellt.

Es gibt für die Stadt einen Punkt, da hört das Geldmachen auf, und besonders dann, wenn ein Bürger der Stadt kommt und von ihr einen Bauplatz ^{haben (will)} haben (will). Wenn dann der Rat ihm den Platz zu einem gewissen Preise anbietet, ein Vertrag abgeschlossen wird und hinterher kommt ein anderer, der mehr für den Platz bietet, dann ist in der Sache nichts mehr zu machen. Anders ist es; wenn der Platz versteigert wird.

Übrigens haben wir schönere Bauplätze in der Stadt als diesen hier. In unmittelbarer Nähe dieses Bauplatzes liegen zum Beispiel Bauplätze, die entschieden besser sind, und zu welchem Preise haben wir sie fortgegeben ? Für 10 bis 15 Mark das

Qua-

Quadratmeter, und hier sollen wir 60 Mark haben. --
Wenn man die Errichtung von Bauten schnell in Gang
bringen will, dann muß auch Gelegenheit gegeben
werden, Bauplätze zu erwerben.

Für den Antrag S a u e r b i e r auf Rückverweisung an die Baukommission meldet sich nur eine geringe Minderheit. -- Darauf wird dem Kommissionsantrag gemäß dem Abschluß des Kaufvertrages zugestimmt.

Punkt 9

10. Zahlung des Staatzuschusses an das
Landesjuglingsheim.

Stadt. Frau G ü t t e: Es wird der geehrten
Versammlung erklärlich sein, daß wir vor einiger Zeit
dem Landesjuglingsheim die Zusicherung gemacht ha-
ben, ihm einen Zuschuß von im ganzen 200 000 Mark, ^{zu geben}
daß aber die Bedingung daran geknüpft wurde, daß das
Staatsministerium einen doppelt so hohen Zuschuß
geben würde. Nun kommt der Vorstand des Landesjug-
lingsheims mit der Bitte, die fälligen 100 000 Mark
für die beiden verfloßenen Vierteljahre vom 1.
April bis zum 30. September 1922 ihm anzuzahlen,
obwohl das Staatsministerium sich noch nicht bereit
erklärt hat, den gewünschten Zuschuß zu den ganzen
Kosten zu geben. Die Anstalt befindet sich in großer
Not, und hat die Absicht, weitere Schritte zu unter-
nehmen, falls in der Tat der Staat sich weigern
würde, den ganzen von ihm erbetenen Zuschuß zu zah-
len. Bis jetzt hat er erklärt, statt der 400 000 Mark
einstweilen 250 000 Mark zu geben. Wie uns zu Ohren

gekommen ist, will ~~444~~ der Vorstand des Landes-
süuglingsheims nötigenfalls einen Beschluß des
Landtages herbeiführen.

Der Antrag des Rates geht dahin, sich einver-
standen zu erklären, daß er den in Aussicht gestell-
ten Städtzuschuß für die beiden genannten Viertel-
jahre alsbald fortlaufend auszahlt, obgleich der
Staatszuschuß in der doppelten Höhe noch nicht zu-
gestanden ist.

Die Finanzkommission bittet die Versammlung,
diesen Antrage zuzustimmen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Ich bitte Sie, dem Vorschlage des Finanzausschusses Folge zu geben, obgleich dem Rat inzwischen bekannt geworden ist, daß das Staatsministerium an seinen Bedenken, über die bisher angewiesene Summe hinauszugehen, festhält. Es wird dem Vorstande der bedrängten Anstalt kaum etwas anderes übrig bleiben, als den Weg zu betreten, den Frau Professor Götze angedeutet hat, nämlich an den Landtag zu appellieren.

Der Ratsantrag wird entsprechend der Befürwortung durch den Finanzausschuß angenommen.

(Punkte 10)

11. Erhöhung der den Schulpflegerinnen und
Säuglingsfürsorgeschwestern bewilligten Mittel
zur Gewährung von Einzelbeihilfen an Bedürf-
tige.

Stadtv. Frau Götze: Die Schulpflegerinnen haben bisher von der Ammendirektion bei der Ausübung ihres Berufes jährlich 200 M bekommen, um kleine Mißstände in irringenden Fällen an Ort und Stelle beheben zu können. Natürlich entspricht diese Summe den heutigen Tenungsverhältnissen in keiner Weise, und darum hat Herr Oberschulrat Dr. Appuhn gebeten, diese Summe von 200 M auf 600 M zu erhöhen. Es kommen in ganzen 7 Schulpflegerinnen in Betracht, zu denen am 1. Oktober noch eine weitere angestellt wird, so daß sich die Kosten, soweit die Schulpflegerinnen in Betracht kommen, auf 4800 M belaufen.

Es haben nun aber auch drei Säuglingsfürsorgeschwestern, die bisher eine solche Summe nicht zur

Ver-

Verfügung hatten, um eine gleiche Bewilligung gebeten, weil sie in ihrem Beruf häufig in die Lage kommen, kleine Notstände beheben zu können. Das würde also noch eine Summe von 1 800 Mark jährlich ausmachen, sodaß im ganzen 6 600 Mark verlangt werden.

Der Finanzausschuß hat der Bewilligung zugestimmt und bittet die Versammlung, das gleiche zu tun.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der
Versammlung mit der Bewilligung an.

(f. m. 10)

12. Herrichtung einer Beleuchtungsanlage im
Physiksaale der Städtischen Fortbildungsschule
und Beschaffung einer Experimentiertafel.

Stadtv. Frau G ö t z e : Im alten Zeichensaale des Waisenhauses, der Ostern 1922 zu einem Vortragssaale für den technologischen Unterricht, für Physik und Chemie eingerichtet worden ist, befindet sich keine künstliche Beleuchtung. Es liegt allerdings eine tote Gasleitung in dem Raume, die aber nach dem Urteil des Sachverständigen nur mit großen Kosten wieder herzustellen sein würde, während Kosten einer elektrischen Beleuchtungsanlage mit 2 Brennstellen sich auf 6200 M belaufen würden. Außerdem würde die Anlage einer Stechdose, sowie die Aufstellung einer Experimentiertafel notwendig werden, die vom Betriebsamte zu 12 000 M veranschlagt sind. Es haben sich aber zwei Gewerbelehrer bereit gefunden, die Arbeiten zur Herrichtung der Experimentiertafel unentgeltlich

aus=

auszuführen, wodurch sich die Kosten auf ungefähr 6000 M verringern. Es handelt sich demnach um Bewilligung von 6200 und 6000 M = 12 200 M.

Im Finanzausschuss waren wir der Ansicht, daß man sich dem nicht verschließen könnte, daß eine Beleuchtung dieses Raumes, der ohne Lichtleitung in den Abendstunden unbenutzbar ist, als notwendig angesehen werden muß, und daß diese genannten Kosten wohl bewilligt werden müssen.

Die Versammlung bewilligt die 12 200 M.

(König 12)

13. Antrag Röpcke auf Einberufung einer Stadtverordnetenversammlung zur Beratung von Maßnahmen gegen die für den Winter drohende Not.

V o r s i t z e n d e r: Es sind verschiedene Stadtverordnete fortgegangen, und Sie haben gesehen, daß die Tagesordnung deshalb verändert werden mußte. Es ist nun ein Dringlichkeitsantrag eingegangen, dessen Mitteilung ich nicht bis an den Schluß der Sitzung verschieben will. Er ist eingereicht von den Stadtverordneten Dr. Röpcke, Sauerbier, Munte, Fräulein Wolters, Nöll, Marth, Schmerbach, Frau Schulze, Effner und Nessenius, und lautet folgendermaßen :

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen

I. spätestens am Donnerstag, den 28. September, findet wieder eine Stadtverordnetenversammlung statt.

II. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung werden als
erster

erster, notfalls einziger Punkt gesetzt folgende
Anfrage und folgende Anträge :

a) Anfrage: Welche Maßnahmen hat der Rat der Stadt
getroffen oder erwogen, um den furchtbaren
wirtschaftlichen Nöten entgegenzutreten, von
denen im nächsten Winter infolge der maßlosen
und immer mehr wachsenden Teuerung weiteste
Kreise der Bevölkerung unserer Stadt bedroht
sind ?

b) Anträge:

1. Die Stadtverordnetenversammlung wolle be-
schließen, an den Reichstag und die Landes-
regierung das dringende Ersuchen zu richten,
daß von einer Erhöhung des gesetzlich fest-
gelegten Preises für das erste Getreide-
umlagedrittel unter allen Umständen abgese-
hen und daß für den nächsten Winter notfalls
unter Bereitstellung von Reichsmitteln für
weiteste Kreise der Bevölkerung in den
Städten ein gleichbleibender erträglicher

Marken-

Markenbrotpreis geschaffen wird.

2. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, für schleunige Wiedereinführung der Zucker-Zwangswirtschaft Sorge zu tragen."

Wir müssen wohl sofort zu diesem Antrage Stellung nehmen.

Wer ist als Hauptunterzeichner anzusehen ?
(Zuruf : Dr. Röpcke.)

Stadtv. Sauerbier erklärt sich bereit, die Begründung vorzutragen.

Stadtv. S a u e r b i e r (zur Begründung) :
Meine Damen und Herren! Wir können uns nicht ver-
hehlen, daß wir wenn die Verhältnisse sich weiter
so gestalten wie bisher, einem Winter entgegen-
gehen, der jeden einzelnen mit der größten Sorge
erfüllen muß. Bei der gegenwärtigen Sachlage
könnte man sich eigentlich eine Begründung des
Antrages fast ganz sparen, oder man könnte sie
ganz kurz fassen, indem man sagt : Die große Not,
die die ganze Bevölkerung betroffen hat, kennt
jeder einzelne schon, es weiß jeder, wie schwer
sie den Familienvater drückt. Ganz besonders
schwer aber drückt der Gedanke an den steigenden
Brotpreis. Wir wissen, daß der Umlagepreis für
das erste Drittel des Umlagegetreides erhöht wer-
den soll, und die Folge davon wird sein, daß sich
auch der Preis für das Brot erhöht. Ob so etwas
die Bevölkerung bei dem Stande der ganzen Ver-
hältnisse noch ertragen kann, ist schwer zu sagen.
Dazu kommt die große Not an Feuerung; sie ist
schwer

schwer zu haben und nur für teures Geld. Das alles geht jetzt noch einigermaßen, solange Verdienstmöglichkeit für die arbeitende Bevölkerung vorhanden ist, wenn aber Arbeitslosigkeit in größerem Maße eintreten sollte, dann würden Verhältnisse eintreten, die nicht zu beschreiben sind. Deshalb ist es der Wunsch unserer Partei, beizeiten dafür zu sorgen, daß Mittel und Wege ersonnen werden, um der großen Not, der wir unbedingt entgegengehen werden, zu steuern. Aus diesem Grunde sind von uns die Anfrage und die beiden Anträge gestellt, die ich in der nächsten Sitzung näher vertreten werde. Wir möchten dadurch erreichen, daß in der nächsten Woche wieder eine Stadtverordnetensitzung stattfindet, in der die einzelnen Parteien und die ganze Versammlung Stellung zu den angeschnittenen Fragen nehmen. Es ist wohl anzunehmen, daß es einzelnen Stadtverordneten schwer fallen wird, die Zeit für eine besondere Sitzung schon in der näch-

sten

sten Woche wieder zu finden, aber die Zeit drängt ungemein. Wenn wir mit den Vorbereitungen, die der Not begegnen sollen, noch weiter warten, so wird es vielleicht zu spät, daß noch wirksame Maßnahmen in Angriff genommen werden können. Es ist die größte Eile nötig, und darum möchte ich bitten, diesen Antrag auf Anberaumung einer Sitzung in der nächsten Woche anzunehmen.

Ganz besonders wird nötig sein, sich mit der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft in Zucker zu beschäftigen. Wie die Verhältnisse im Zuckerhandel eben sind, wird alles, was davon zu haben ist, als Auslandszucker bezeichnet, es wird ein gewaltiger Schleichhandel betrieben und Wuchergeschäfte mit Zucker gemacht, wie sie noch nicht dagewesen sind. Bei einem Zuckerpreise von 18 M für das Pfund verdienen die Zuckerfabriken sehr gut, heute aber sind Zuckerpreise von 60 - 80 M gang und gäbe. Das sind Verhältnisse, die dahin

drängen

drängen, zu verlangen, daß die Zwangsbewirtschaftung in Zucker wieder eingeführt werde. Das ist umsomehr um deswillen nötig, weil Brotaufstrichmittel für die Minderbemittelten kaum vorhanden sind und nun durch Marmelade ersetzt werden müssen. Das wird im einzelnen am nächsten Donnerstag begründet werden können, wenn Sie bereit sind, dann eine Stadtverordnetensitzung stattfinden zu lassen.

Das ist wohl im großen und ganzen die hauptsächlichliche Begründung des Antrages, soweit Herr Dr. Röpcke, weil ich gerade neben ihm sitze, mich informiert hat. Ich glaube, wenn Sie diese Gründe näher betrachten, werden Sie sich bereit erklären, zuzustimmen, daß am nächsten Donnerstag eine besondere Sitzung stattfindet.

V o r s i t z e n d e r : Es handelt sich um eine Anfrage an den Rat, welche Maßnahmen in dieser Sache getroffen sind oder getroffen werden sollen, und dann um 2 Anträge, in denen der Rat ersucht wird, an die Reichsregierung Eingaben zu richten in betreff des Preises für das erste Drittel der Getreideumlage und wegen Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Zucker.

Ich sehe nicht ein, warum die Anträge nicht heute erledigt werden können, wenn der Rat erklärt, wir sind einverstanden, und die Anfrage kann der Rat auch heute beantworten. Zweifellos ist die Sache dringlich und es brauchen zu ihrer Erledigung nicht noch 8 Tage zu verstreichen. Es wird besser sein, andere Sachen, die nicht so wichtig sind, zurückzustellen und die Anfrage sowie die beiden Anträge heute noch zu erledigen. Wenn die Herrschaften sich für dringliche Behandlung der Sache aussprechen, dann ist Raum gegeben für eine Besprechung, in der die Herrschaften ihre Wünsche äußern können.

Stadtv. S a u e r b i e r : Ich glaube, der Herr Vorsitzende hat unsern Antrag falsch verstanden. Der Dringlichkeitsantrag ging dahin, für den nächsten Donnerstag eine Versammlung einzuberufen. Was noch unter diesem Antrage steht, sind die Anträge und die Anfrage, die wir als Tagesordnung für diese Sitzung vorgesehen wissen wollen.

V o r s i t z e n d e r : Wenn die Dringlichkeit anerkannt wird, kann das alles auch heute erledigt werden.

Stadtv. Frau S c h u l z e : Es ist nötig, daß sich die Versammlung darüber schlüssig macht, was getan werden muß, um die in diesem Winter hervortretenden Notstände zu lindern. Auch dem Staate müssen Richtlinien gegeben werden. Bei der großen Teuerung wissen viele Familien nicht aus noch ein. Es wird nötig werden, daß von seiten der Gemeinden Volksküchen und Wärmehallen eingerichtet werden, sonst werden wir viele Krankheitsfälle erleben und manche Familie wird des Hungers sterben müssen.

Stadt v. M a a ß : Meine Damen und Herren!

Zur gleichen Zeit, wo wir über diese Angelegenheit sprechen, tagt eine Sitzung in der Handelskammer, die von dem Staatsministerium einberufen ist und zu der die Landwirtschaft und sämtliche Korporationen, wie auch Vertreter der Gemeinden und Kommunen eingeladen worden sind; auch der Rat der Stadt war dort vertreten. Es ist in dieser Versammlung angeführt, daß Herr Minister Rönneburg plant, das in die Wege zu leiten, was von den Antragstellern in ihren Anträgen dargelegt worden ist. Eine solche Sitzung von seiten der Stadtverordneten aus würde sich also erübrigen. Es ist ~~dort~~ über die Anträge, die für diese Stadtverordnetensitzung gestellt worden sind, bereits dort genügend debattiert. Es ist über die Brot-, Kartoffel-, und Zuckerfrage gesprochen, über Einrichtung von Wärmhallen, über die Schanksteuer, Schlemmersteuer und noch mehreres. Leider haben wir nicht den Verhandlungen der ganzen

Sit-

Sitzung folgen können, weil wir unserer Pflicht zur Teilnahme an der Stadtverordnetenversammlung folgen mußten. Es kann leider niemand bestreiten, daß die Not eine große ist und sehr weite Kreise der Bevölkerung erfaßt hat. Es sind deshalb auch schon vom Herrn Minister Rönneburg Vorschläge über das vorgetragen, was gemacht werden kann, um der Not zu steuern. So wurde die Hinlegung von Notreserven an Kartoffeln vorgeschlagen, leider aber wurde erklärt, daß es an Räumen mangelt, um sie aufzubewahren, damit sie zur richtigen Zeit an den Markt gebracht werden können. Es wurde mit aller Deutlichkeit von verschiedenen Vertretern darüber Mitteilung gemacht, daß die aufs neue verteuerten Brotpreise wohl jetzt noch nicht in Kraft treten würden, daß sie aber eintreten würden infolge des Preises für das erste Drittel des Umlagegetreides. Man muß darüber stehen, was für Ausführungen von den Vertre-

tre-

tretern der Städte gekommen sind; vor allen Dingen hat mich eigentümlich berührt, daß der Bürgermeister von Wolfenbüttel sich warm ins Zeug gelegt hat für Beschaffung sämtlicher notwendigen Bedarfsgegenstände, Kartoffeln und Feuerung; er ist dabei mit der Landwirtschaft scharf zu Gericht gegangen. Es hat in Wolfenbüttel eine Sitzung stattgefunden, und ein Teil der Landwirte hat sich bereit erklärt, - allerdings Herr Behr und Herr Diekmann aus Heimburg haben sich dagegen erklärt - daß ein Zehntel der geernteten Kartoffeln für die Minderbemittelten abgeliefert werden soll zu einem Preise, der sich um 150 Mark herum bewegte. Das ist allerdings immer noch ein sehr hoher Preis für die armen Leute, aber es ist doch schon ein anderer Preis als der, der vom Gewerkschaftskartell gefordert wurde: 398 K bei einem Auftrage von 300 000 Zentnern, die die Herren Burgdorff, Megerhoff und Probst als Kartoffelhändler besorgen wollen. Es sind noch Anregungen von

einzelnen

einzelnen Bürgermeistern gegeben worden, vor allen Dingen von Herrn Bürgermeister Zerbst - Blankenburg, der verlangte, daß das Staatsministerium den Gemeinden mehr an die Hand gehen solle mit Bewilligung von Zuschüssen, damit die Städte in die Lage versetzt werden, Hilfsaktionen zur Durchführung zu bringen. Heute hätten die Städte - besonders Blankenburg klage darüber - nicht mehr so viel Geld in ihren Kassen, daß sie das Gehalt und die Löhne an ihre Angestellten und Arbeiter auszahlen könnten.

Man hat heute viel gesprochen, aber zu einem Beschluß darüber, was zu tun und zu lassen ist, ist es nicht gekommen. Man sprach sich aus, und dabei bleibt es, wenn nicht zu energischen Maßnahmen gegriffen wird. Und das kann nur geschehen, wenn von oben herab Gesetze gegeben werden und die Kreise, die die Ernährung in der Hand haben, verpflichtet werden, sie zu sichern. Ich glaube kaum, daß die Versammlung in der nächsten Woche hier ein anderes

Re-

Resultat haben wird als die in der Handelskammer.
Sie tagen dort allerdings noch, aber vorläufig ist
dabei nichts herausgekommen.

Stadt v. S t e g m a n n : Ich habe nicht die Absicht, den Ausführungen des Herrn Sauerbier zur Begründung des Antrages noch etwas hinzuzufügen. Wie der Winter aussehen wird, ^{schon jetzt schon} ~~das ist~~ einfach fürchterlich. Den Ausführungen des Herrn Maaß, daß das Vorgehen der Stadt sich erübrigen wird, kann ich nicht zustimmen, sondern bin im Gegenteil der Meinung, daß der Antrag des Herrn Sauerbier angenommen werden muß. Da die Großstadt Braunschweig bei den Maßnahmen der Regierung ausgeschlossen ist, so muß sie die Sache in einem Ausschuß selbst vorbereiten und in einer Sitzung der Stadtverordneten muß dann das Weitere beschlossen werden. Herr Maaß sagte ja selbst, daß bei der Sitzung in der Handels-^{saal} kammer nichts Rechtes hergekommen sei, also auf diese Verhandlungen können wir uns nicht verlassen. Ich möchte bitten, den Antrag des Herrn Sauerbier anzunehmen, und möchte den weiteren Antrag stellen, daß die Sitzung nicht auf acht Tage verschoben wird.

Sie

Sie wissen, daß von dem Getreideausschuß der Preis für das Umlagegetreide auf das ~~4fache~~ ^{werden soll} erhöht ~~ist~~, und daß der Reichstag dazu nachträglich seine Genehmigung erteilen ~~will~~ ^{soll}. Deshalb möchte ich bitten, daß der Antrag, der eingebracht ist, so ausgeführt wird, daß der Rat noch heute ein Telegramm an die Reichsregierung richtet mit der Aufforderung, von dieser gewaltigen Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide Abstand zu nehmen.

Während der Ausführungen des nächsten Redners
übernimmt Herr Stegmann den Vorsitz.

Stadtv. N e s s e n i u s : Herr Stegmann scheint den ganzen Zweck der Versammlung in der Handelskammer verkehrt aufgefaßt zu haben. Praktische Auswirkungen dieser Versammlung können nur wir vornehmen, nur wir können die Errichtung von Wärmehallen hier in der Stadt ausführen und andere Einrichtungen treffen; die Versammlung in der Handelskammer soll ~~den~~ nur Richtlinien für Hilfsmaßnahmen bekanntgeben, die in Aussicht genommen werden.

Was die Zuckerbewirtschaftung anbetrifft, so sitzt die Gefahr darin, daß 30 Millionen Zentner Zucker in die Binsen gehen, die der Volksernährung verloren gehen. Ein solcher Antrag wie der, der den Zucker betrifft, braucht nicht erst in der nächsten Sitzung erledigt zu werden, das kann schon heute geschehen. Ebenso muß auch der Antrag an die Reichsregierung, dem nicht zuzustimmen, daß der Preis für das erste Drittel des Umlagegetreides erhöht wird, gleich abgesandt werden. Ferner muß

eine

eine Einwirkung auf die Zuckerfabrikation versucht werden, damit dort der Preis ein mäßiger bleibt, und das können wir gleich heute hier beschließen. Später wird dann Herr Stadtbaurat Gebensleben mit dem positiven Ergebnis der Sitzung in der Handelskammer kommen und uns mitteilen, was die Stadt an Hand dieser Verhandlungen an praktischen Aufgaben zu leisten hat, und darum müssen wir in nächster Woche eine Sitzung haben, um zu praktischen Ergebnissen der theoretischen Ermittlungen zu kommen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ich glaube, im Namen des Rates erklären zu können, daß wir morgen im Tage dieses an die Reichsregierung abzusendende Gesuch, betreffend Ablehnung der nachträglichen Erhöhung des Preises für das erste Drittel des Umlagegetreides, ^{abzuweisen} ~~annehmen~~ werden. Ich weiß gar nicht, wie man sich die Ausführung des Beschlusses, diesen Preis zu erhöhen, gedacht hat. Wer soll denn das bezahlen? Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt des Herrn Maaß, und zwar deshalb: Wir können - und da hat Herr Hessenius recht - alles mögliche beschließen, aber es kommt bei uns wesentlich darauf hinaus, gewaltige Geldmittel in die Hand zu nehmen, um der Not zu steuern, und das ist für uns der schwierige Punkt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es gelingen muß, die Mithilfe der Landwirtschaft zu bekommen, um die Preise zu ermäßigen. Solange uns das nicht gelingt, helfen alle unsere Mittel nichts. Nun lassen Sie uns erst ein-
mal

Beschluß in der Handelskammer

mal abwarten, was bei der heutigen ~~Versammlung~~ herausgekommen ist! Herr Stadtbaurat Gebensleben ist noch nicht hier; ich weiß nicht, ob sie dort noch tagen. Dann könnte die Sache so gemacht werden, daß der Rat sich mit dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung ins Einvernehmen setzt, und wenn der Rat und der Vorsitzende der Meinung sind, daß es angemessen ist, die ganze Sache am nächsten Donnerstag zu beraten, dann wird eine Sitzung anberaumt. Das ist praktischer, als gleich zu beschließen, daß am nächsten Donnerstag Sitzung sein soll.

Stadtv. G r ä f : Ich kann den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters zustimmen, nur halte ich es für richtiger, daß nicht nur mit dem Vorsitzenden verhandelt wird, sondern mit den Vorsitzenden der Fraktionen, so daß sämtliche Fraktionen einen Vertreter zu einer Besprechung mit dem Herrn Oberbürgermeister entsenden. Geschieht dieses, dann, denke ich, wird wohl keine besondere Sitzung der Stadtverordneten mehr nötig sein.

Stadtv. S a u e r b i e r erklärt sich mit dieser Regelung einverstanden.

V o r s i t z e n d e r : Nachdem das Wort nicht weiter gewünscht wird, ist die Sache für heute erledigt. Wir kommen zum folgenden Punkt der Tagesordnung.

Stadtv. J a h n s bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es ergibt sich, daß nur noch 21 oder 22 Stadtverordnete anwesend sind, und der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 7 3/4 Uhr.

B e r i c h t
über die Verhandlungen der Stadtverordneten zu
Braunschweig
in deren Sitzung am 29. September 1922.

=====

Verhandlungsgegenstände:

1. Einführung der neugewählten und ~~un~~-besoldeten Ratsmitglieder.
2. Maßnahmen gegen die Teuerung.
3. Ankauf von Tischen, Schränken und Nähmaschinen aus der früheren Causseschen Schule.
4. Neuregelung der Anstellung der Trichinenschauer des städtischen Schlachthauses.
5. Gewährung eines Zuschusses an den Verein Volkseleshalle.
6. Erhöhung der Vergütung für Reinigung der Schulgebäude.
7. Vermietung von Räumen der Schule Diesterwegstraße

Registrator.

zur

zur Einrichtung eines Kanalbauamts.

8. Anfrage G ö t z e , betreffend der Koksverteilung.

9. Anfrage G ö t z e , betreffend den Bezug von Weißbrot für Kranke, alte Leute und kleinen Kindern nach dem 1. Oktober.

In Verbindung damit:

Anfrage G a r t u n g , betreffend den gleichen Gegenstand.

10. Anfrage W o l t e r s , betreffend Wiedereinrichtung einer Milchuntersuchungsstelle.

11. Anfrage B o e h m , betreffend die Verwendung des Flugplatzlandes am Roten Kamp.

12. Antrag B o e h m , betreffend Abgabe von verbilligter Milch an Minderbemittelte.

13. Antrag B o e h m , betreffend Neuregelung des Zuckerverkaufs, insbesondere Zuckerherversorgung der Kinder bis zu 4 Jahren.

14. Zuschuß an den Sparverein für Konfirmanden.

=====

An

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister
R e t e m e y e r , Bürgermeister M e y e r ,
Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g , Stadtbau-
rat G e b e n s l e b e n , Stadtrat S c h a p e r ,
Stadtrat V o g l e r , sowie die Stadträte
B u r g o l d , P i n n o w , R a l f s , Dr.
R e i c h e , R ü t e r .

Es fehlen die Stadtverordneten E f f n e r ,
F r a y , Frau G r a f , Dr. J a s p e r , Dr.
R ö p k e , S i e v e r s .

=====

Vorsitzender F r e d e : Ich eröffne die Sitzung
Zuerst begrüße ich ^{das} ~~die~~ neu eingetretenen Mitglieder
des Stadtverordnetenkollegiums, Herrn M e l z e r .
Ich wünsche, daß er Genugtuung in seiner Tätigkeit
hier findet und daß die Stadt Vorteile von seiner
Tätigkeit als Stadtverordneter hat.

=====

1. Einführung der neugewählten unbesoldeten Ratsmit-
glieder.

Vorsitzender:

V o r s i t z e n d e r : (zu den neugewählten unbesoldeten Ratsmitgliedern gewandt) Meine Herren! In schwerer Zeit hat die Bevölkerung der Stadt Braunschweig Sie in den Rat der Stadt gewählt und damit auf eine Stelle gehoben, von der aus ein schärferer Blick möglich ist in die wirtschaftlichen Nöte der städtischen Bevölkerung. Unsere ganze Wirtschaft im Deutschen Vaterlande befindet sich in einer übeln Verfassung und die Verhältnisse werden anscheinend täglich schlimmer. Es sind außerordentliche ^{Auflagen} ~~Ände-~~ rungen und Fähigkeiten nötig, um ein weiteres Hinabgleiten unserer Wirtschaft zu verhindern. Die Bevölkerung unserer Stadt hat das Vertrauen in Sie gesetzt, daß Sie an Ihren ~~Teile~~ mit arbeiten werden, um diesem Hinabgleiten möglichst st Einhalt zu gebieten; die Stadtverordnetenversammlung bringt Ihnen ebenfalls Vertrauen entgegen - die besten Voraussetzung ~~gen~~ zu einem verständnisvollen Zusammenarbeiten. Ihrer Tätigkeit wünsche ich guten Erfolg, und

Verpflichtete

verpflichte Sie, wie das Gesetz es verlangt, durch Handschlag zu Ihrem Amt. (Geschieht.)

=====

Stadt v. H e r b s t : Meine Damen und Herren!
Nachdem anstelle des Herrn Rüdge Herr Melzer in
unser Kollegium eingetreten ist, habe ich im Namen
unserer Fraktion die Bitte auszusprechen, daß Herr
Melzer als Mitglied/ⁱⁿ die Kommissionen und Ausschüsse
eintritt, in denen bisher Herr Rechtsanwalt Rüdge
gewesen ist, mit Ausnahme des Rechtsausschusses,
für den ich im Auftrage unserer Fraktion Herrn
Professor Dr. S c h u l t z e vorschlage.

V o r s i t z e n d e r : Da die Geflogenheit besteht, daß das neue Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in die Ausschußstellen seines letzten Listenvorgängers eintritt, so nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit diesem Antrage an.

Es sind folgende Sachen eingegangen:

Ein Schreiben, unterzeichnet von einer Menge beim Rat der Stadt beschäftigten weiblichen Angestellten. Sie beklagen sich darüber, daß die ledigen weiblichen Angestellten die den andern Beamten und Angestellten gewährten Teuerungszulagen seit Monat August nicht erhalten haben, und bitten um Nachzahlung. Das Schreiben ist auch an den Rat der Stadt in gleichem Wortlaut eingegangen, und somit haben wir die Stellungnahme des Rats abzuwarten. Die Gehaltsdeputation wird sich ja in Kürze mit der Sache zu beschäftigen haben.

Sodann

Sodann ist eine Einladung des Berufs- und Fachschulvereins zu seiner Hauptversammlung im großen Saale des Schulmuseums am 4. Oktober, nachmittags 4 Uhr, *eingegangen*.

Ferner werden die Herrschaften ~~eingeladen~~ zu einer Reihe von Vorträgen in der Biologischen Woche eingeladen, über die Sie bei dem Mitgliede unserer Versammlung, Herrn Professor Dr. Schultze, nähere Erkundigungen einziehen können. Die Einladung ist allerdings nicht eine solche, daß Freikarten der Versammlung zur Verfügung gestellt sind, sondern es wird dringend auf die Bedeutung der Vorträge aufmerksam gemacht. Sie findet pünktlich 8 Uhr abends im Konzerthause statt.

Weiter ist ein Schreiben des Betriebsrats des Gaswerks an der Taubenstraße eingegangen, in dem es wörtlich heißt:

☞ An die Stadtverordnetenversammlung. Die Belegschaft des Gaswerks Taubenstraße fordert, daß die

VOM

vom 1. September festgesetzten Löhne unbedingt am Sonnabend den 30. September ausgezahlt werden. Da die wirtschaftliche Lage und die fortschreitende Teuerung dieses unbedingt notwendig machen. Sollte Zahlung nicht erfolgen, so lehnen die Unterzeichneten jede Verantwortung für das sich daraus Entspringende ab."

Ist ein solches Schreiben auch an den Rat eingegangen? Nicht - dann übergebe ich es der Finanzkommission oder Gehaltsdeputation, die nach der Stadtverordnetensitzung, also heute noch, tagt.

2. Maßnahmen gegen die Teuerung.

V o r s i t z e n d e r : Die Einberufung der heutigen außerordentlichen Stadtverordnetensitzung ist zu begründen zunächst durch den Punkt 1 und 2, ^{John} ~~sondern~~ aber auch dadurch, daß noch ein namhafter Rest von der vorigen Sitzung aufzuarbeiten ist. Die Einführung der neugewählten Ratsmitglieder [✓] mußte heute geschehen, da die Tätigkeit dieser Herrschaf-
~~ten~~ am nächsten Montag beginnt. Der zweite Punkt der heutigen Tagesordnung lautet: Maßnahmen gegen die Teuerung. Es werden bei diesem Punkt vom Rat der Stadt Erklärungen abgegeben werden, was in dieser Sache geschehen ist, was noch geschehen kann und wie sich die Versammlung an diesen Maßnahmen betätigen kann. Ein Referent aus der Versammlung ist nicht bestellt, der Rat selbst wird Auskunft darüber geben über das, was man sich als ^{spezifisch} ~~ursprünglich~~ gedacht hat. Der Punkt ist im übrigen in der Ausschusssitzung vorberaten, und Herr Stadtbaurat Gebensleben wird sich zu dieser umfangreichen Sache äußern.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine verehrten Damen und Herren! Es ist leicht erklärlich, daß eine derartige Anfrage an den Rat der Stadt und Anträge wie sie in der letzten Sitzung gestellt sind, in der Stadtverordnetenversammlung vorgebracht werden. Uns allen ist bekannt, daß schon augenblicklich die Not eine außerordentlich große ist, und es ist zu erwarten, daß sie im Laufe des Winters nicht geringer wird, sondern daß sie sich dann noch erheblich zuspitzen wird. Selbstverständlich hat der Rat der Stadt mit der hiesigen Landesregierung schon seit Monaten Fühlung genommen, um herauszufinden, welche Maßnahmen getroffen werden können, um ^{der} ~~die~~ Not zu steuern. Während ~~der~~ letzten Stadtverordnetensitzung tagte, fand - wie Sie schon wissen, in der Handelskammer eine Sitzung statt, die vom Staatsministerium einberufen war und zu der viele Körperschaften herangezogen waren. Es war uns eine Liste überreicht, aus der hervorging, daß nicht weniger als 25 verschiedene Verbände, Vereinigungen und

Körper-

Versammlungen zu der Besprechung eingeladen waren. Jetzt
in den von Herrn Minister Rönneburg geleiteten eingehenden
Verhandlungen wurde ~~eingehend~~ besprochen, was die
Landesregierung in dieser Sache bisher getan hat und
was sie weiter noch zu tun beabsichtigt. Ich will gleich
von vornherein betonen, daß die von der Landesregierung
gepflogenen Verhandlungen, insbesondere bezüglich der
Kartoffelversorgung immer unter Hinzuziehung und im Ein-
vernehmen mit der Stadt Braunschweig stattgefunden haben.
Ich war also schon früher genau ~~davon~~ unterrichtet
über das, was die Regierung ^{in der Kartoffelversorgung} vor hatte und was noch ge-
schehen soll; ich habe Ihnen ja auch schon in einer
früheren Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, als
eine ähnliche Anfrage wie die jetzige an den Rat der
Stadt gerichtet war, in großen Zügen Aufklärung darüber
gegeben, was zur Versorgung der minderbemittelten Bevöl-
kerung mit Kartoffeln unternommen ist.

Über die Sitzung in der Handelskammer hat nun
bereits ein eingehendes Referat des staatlichen Presse-

und
Sitzungen

amts

amts gestanden; und so nehme ich an, daß es nicht nötig sein wird, Ihnen das hier vorzutragen, was in dieser Sache dort gesprochen ist, aber ich will doch einige Punkte hervorheben, die mir ganz besonders wichtig erscheinen.

Was zunächst die Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide anlangt, so wissen wir alle, daß die von der Reichsregierung in dieser Sache unternommene Aktion darin besteht, daß man ein Umlageverfahren eingeführt hat, ~~die~~ das zum Ziel hat, die Bevölkerung mit einer ausreichenden Menge von Brotgetreide zu versorgen, dann aber auch bezweckt, diese Versorgung zu einem ^{erzwingung} ~~ursprünglichen~~ Preise in die Wege zu leiten. Es ist von verschiedenen Seiten, insbesondere von landwirtschaftlichen Kreisen aus erklärlichen Gründen an die Reichsregierung das Ersuchen gerichtet, dieses Umlageverfahren nicht wieder, auch nicht für das laufende Jahr, zur Einführung zu bringen, weil sie sich aus dem unbeschränkten freien Handel größere

Vorteile

Vorteile für die Allgemeinheit versprochen (Zuruf: Für sich auch!); aber die Reichsregierung ist auf dieses Ersuchen nicht eingegangen, und auch wir haben wiederholt der Regierung gegenüber erklärt, daß an dem Umlageverfahren unter allen ^{Umständen} festgehalten werden müßte. Es ist glücklicher Weise dabei geblieben; es hat sich früher bewährt und bewährt sich auch heute. Sie wissen, daß die Landwirtschaft mit dem Umlagepreise nicht einverstanden ist; es sind fortwährend Bewegungen im Gange, die darauf abzielen, den Preis für das Umlagegetreide nicht unwesentlich in die Höhe zu schrauben. Sie wissen auch, daß ^{Maßnahmen} augenblicklich in Berlin nach dieser Richtung hin im Gange sind; wir wollen wünschen, daß die Reichsregierung fest bleibt und der Landwirtschaft nicht allzu weit in dieser Beziehung entgegenkommt. Meinem Empfinden nach muß allerdings dabei besonders betont werden, daß zu der Aufbringung des Umlagegetreides auch die kleineren Landwirte mit beitragen

müßten:

müßten; es geht nicht an, das Umlageverfahren auf diejenigen Landwirte zu beschränken, die mehr als 40 Morgen unter dem Pfluge haben, sondern aus Billigkeitsgründen dürfte es angemessen sein, die Grenze weiter nach unten zu ziehen. Die Landesregierung ist letzthin wieder bei der Reichsregierung vorstellig geworden, daß der Umlagepreis ⁱⁿ ~~unter~~ ^{Falle} keinem/in die Höhe geschraubt werden möchte; und Sie selbst haben in der Stadtverordnetenversammlung an den Rat der Stadt das dringende Ersuchen gerichtet, sofort telegraphisch bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß insbesondere ^{bei} dem Preise für das erste Drittel des abzuliefernden Brotgetreides keinesfalls eine Erhöhung Platz greifen möchte. Dieses telegraphische dringende Ersuchen ist inzwischen nach Berlin abgegangen, und der Landesregierung ist davon Abschrift zugegangen.

Es muß nun aber auch dafür gesorgt werden, daß das Brotgeteide nicht unnütz verfran wird, und

Ins-

insbesondere hat die Landesregierung ihr Augenmerk darauf gerichtet, zu erreichen, daß die Verarbeitung von Brotgetreide zu alkoholischen Getränken unterbleibt, für die Erzeugung von Starkbier und Schnaps. Bei der Besprechung in der Handwerkskammer ist auch ~~dadur~~ die Rede davon gewesen, daß ^{ab} die Menge des Brotgetreides, daß für die Ernährung zur Verfügung steht, dadurch vermehrt werden könnte, daß eine stärkere Ausmahlung vorgenommen wird, doch waren die Meinungen nicht darüber einig, ob eine derartige Maßnahme wünschenswert ist. Insbesondere wurde aus den Kreisen der Bäcker, des Allgemeinen Konsumvereins und der Mühlenarbeiter darauf hingewiesen, daß eine stärkere Ausmahlung, vollends in diesem Jahre, wo das Getreide verhältnismäßig feucht eingeerntet ist, technisch kaum möglich ist, und aus den Kreisen des Konsumvereins ~~und~~ wurde darauf aufmerksam gemacht, daß für Futterzwecke schließlich doch auch Kleie notwendig ist; sonst würde man beim Fehlen von Kleie bezüglich der ^{Fut-}Futtererzeugung auf Schwierigkeiten

stoßen. Seitens der landwirtschaftlichen Kreise wurde gewünscht, daß man bei der Reichsregierung vorstellig würde, den Kunstdünger für die Landwirtschaft zu einem ^{erforderlichen} ~~ursprünglichen~~ Preise zu beschaffen; bei dem wahnstinnigen hohen Preise für Kunstdünger sei die Landwirtschaft kaum in der Lage, die Millionen für Kunstdünger für das nächste Jahr aufzubringen, wie sie schon für mittlere oder größere Güter erforderlich wären. Von der ~~Landwirtschaft~~ ^{Landesregierung} wurde darauf hingewiesen, daß schon eine Aktion im Gange sei, um unter gewissen Bedingungen eine Verbilligung des Kunstdüngers herbeizuführen.

Meine Herrschaften, Sie sehen, daß bezüglich des Brotgetreides die Verhältnisse noch einigermaßen einfach sind, nämlich insofern, als wenigstens eine gewisse Menge von Getreide unbedingt herangeschafft wird, und als man auch bezüglich der Festsetzung des Preises Handhaben zur Verfügung hat, um die Bäume nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Viel schlechter aber ist die Versorgung der Bevölkerung mit

Kar-

Kartoffeln. Es hat zwar unsere Landesregierung sich mit der Bitte an die Reichsregierung gewandt, es möge ähnlich wie bei dem Brotgetreide ein Umlageverfahren bei den Kartoffeln ~~Platzgfeifen~~ Platzgreifen. Ich bin selbst ~~dabei~~ dabei gewesen, als vor einigen Monaten Herr Minister Rönneburg erklärte, daß er eine solche Eingabe an die Reichsregierung veranlaßt hätte, und hat ~~hat~~ zustimmend erklärt, daß ein derartiges Umlageverfahren, wie es sich beim Brotgetreide bestens bewährt hat, auch bezüglich der Kartoffeln unbedingt zweckmäßig wäre. Leider ist die Reichsregierung auf diesen Vorschlag nicht eingegangen, und so bleibt uns nichts anders übrig, als im Wege der freiwilligen Aufbringung die Kartoffeln heranzuschaffen, die für die Ernährung unserer Bevölkerung unbedingt erforderlich sind, und dabei muß in erster Linie für die minderbemittelte Bevölkerung Vorsorge getroffen werden. Ich habe neulich schon ausgeführt, welche Wege dafür eingeschlagen sind. Wir sind sei-

tens

tens des Rats der Stadt bei der Regierung vorstellig geworden, daß ein ähnliches Verfahren wie im vergangenen Jahre Platz greifen möchte. Die Regierung hat darauf die verschiedenen Kreise der Landwirtschaft, die Landwirtschaftskammer, den Landbund, den Verband der Pächter und Kleinbauern, auch die Ländliche Handelsgesellschaft einberufen, und wir haben eingehend über die Frage beraten, wie die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Erfolg vor sich gehen könnte. Im vergangenen Jahre hatten sich die landwirtschaftlichen Kreise bereit erklärt, eine gewisse Menge von Kartoffeln für die ärmste Bevölkerung aufzubringen, und auf diesem Wege ist es uns möglich gewesen, wenigstens die Ärmsten und Arbeitslosen für einen längeren Zeitraum mit einer genügenden Menge Kartoffeln zu versorgen. Etwas derartiges soll auch in diesem Jahre wieder vor sich gehen, und die landwirtschaftlichen Kreise haben sich bereit erklärt, auch in diesem Jahre dafür zu sorgen, daß wir eine größere Menge Kartoffeln

zu

zu dem genannten Zwecke bekommen. Sie wissen, daß wir inzwischen Fragebogen ausgegeben haben, auf denen die betreffenden Minderbemittelten ihre Angaben zu machen haben. Um mit den Erzeugerkreisen und Verbraucherkreisen Fühlung herzustellen, hat der Rat der Stadt wie im vorigen Jahre wieder eine Kommission eingesetzt, dessen^{neu} Vorsitzender ich bin. Diese Kommission hat wiederholt getagt, und wir sind dabei auch zu einem befriedigenden Ergebnisse gekommen, aber ich muß dabei allerdings noch erwähnen, daß die Kommission lediglich die Verteilung der Kartoffeln vorzunehmen hat, die natürlich nur vor sich gehen kann, wenn Kartoffeln geliefert werden. Leider aber sind - es liegt das selbstverständlich an dem ungünstigen Wetter - größere Mengen von Kartoffeln noch nicht eingelaufen, doch ist damit zu rechnen, daß das noch geschieht. Bei der Besprechung in der Handelskammer habe ich den Vertreter des Landbundes ersucht, mir anzugeben, wie das Ergebnis dieser Verhandlungen mit den Erzeugerkreisen ausgefallen sei und auf eine

†

wie große Menge Kartoffeln die Stadt rechnen könne. Leider hat mir der Vertreter des Landbundes noch keine Auskunft geben können. Ich nehme an, daß die Umfragen die die Landwirtschaftskammer, der Landbund und der Verband der Pächter und Kleinbauern veranstaltet, noch nicht beendet sind, und so das Ergebnis noch nicht vorliegt.

Eins aber habe ich bei der Besprechung in der Handelskammer noch stark betont, nämlich daß die Verteilung der Kartoffeln auf die einzelnen Kreise und Städte unter keinen Umständen den einzelnen Kreisen überlassen werden dürfen, sondern daß sie auf jeden auf Falle von der ~~Zentralen~~^Z Verwaltung aus erfolgen müßte; sonst ist Gefahr vorhanden, daß die Kartoffeln, die in den einzelnen Kreisen aufgebracht werden, lediglich zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung innerhalb dieses Kreises verbraucht würden, und dann würden nicht viele für uns abfallen. Ich lege also höchsten Wert darauf, daß die Kartoffeln von

einer

einer zentralen Stelle verteilt werden, und erwarte^{te} daß anerkannt wird, daß die Stadt Braunschweig in dieser Kartoffelversorgung viel, viel notleidender ist als die übrigen Kreise und die kleineren Städte. Der Ausschuß ist der Ansicht, daß mindestens die Hälfte der insgesamt aufgebrauchten Kartoffeln der Stadt zufließen müsse, und ich hoffe, daß die geehrten Herrschaften mit dieser Forderung durchaus einverstanden sind.

Es sind dann noch weitere Aktionen in betreff der Kartoffelversorgung in Gang gebracht, so habe ich bei der Besprechung in der Handelskammer gehört, daß seitens der einzelnen Kreisdirektionen noch dafür gesorgt werden soll, daß für weitere Kreise der Bevölkerung Kartoffeln herangeschafft werden. Die einzelnen Kreisdirektionen haben mit der Kartoffeln erzeugenden Bevölkerung in einer Aussprache Fühlung genommen — besonders in Wolfenbüttel —, und die Produzenten haben sich bereit erklärt, auf den Morgen

Anbau-

Anbaufläche jede 7 - 10 Zentner Kartoffeln zu einem ^{erhoffung =} ursprünglichen Preise, vielleicht 150 M, aufzubringen. Auch da habe ich die Befürchtung, daß die einzelnen Kreise nur für sich sorgen, ~~wunde~~ doch betont, daß die Stadt Braunschweig sich an den Landkreis Braunschweig wenden könnte. Ich wundere mich nur, daß man nicht gesagt hat: An den Stadtkreis Braunschweig. Wir müssen erwarten, daß, wenn derartige Hilfsaktionen auf besonderer Grundlage in die Wege geleitet werden, die ~~lediglich~~ ländlichen Kreise, und zwar sämtliche für die Stadt Braunschweig mit sorgen. Wenn der Kreis Wolfenbüttel lediglich für die Stadt Wolfenbüttel und die kleinen Städte und die Gemeinden seines Kreises oder der Kreis Helmstedt, der sehr viele Kartoffeln erzeugt, lediglich für sich sorgen wollte, dann würden wir bei der gesamten Aktion recht mager abkommen. Ich habe die Forderung gestellt, daß es Pflicht für die sämtlichen ländlichen Kreise sein müsse, auch für uns tüchtig einzutreten.

Eine

Eine Verbilligungsaktion hat dankenswerter Weise auch ~~die~~ ^{Handel und} Industrie in die Wege geleitet. Der Vertreter ~~der~~ ^{von Handel und} Industrie ist wiederholt - zuletzt heute morgen - bei mir gewesen und hat erklärt, daß ~~die~~ ^{er} ~~Industrie~~ ^{Industrie} an der Hilfsaktion kräftig mitarbeiten will. Ich bin auch der Ansicht, daß es nicht nur Aufgabe der guten Geschäftsmachenden Landwirtschaft ist, uns verbilligte Kartoffeln zu liefern, ~~ohne~~ ^{sondern} daß es auch Aufgabe ~~der~~ ^{von Handel und} Industrie ist, da sie zum großen Teile glänzende Geschäfte macht, uns verbilligte Kartoffeln zu beschaffen oder die Verteilung solcher Kartoffeln an diejenigen vorzunehmen, die wir ihr namhaft machen; und zu meiner großen Freude hat sich ~~die~~ ^{Handel und} Industrie bereit erklärt, an der Verbilligungsaktion tatkräftig mit ~~zu~~ arbeiten.

Bei der Besprechung wurde schließlich noch darauf aufmerksam gemacht, daß es für die größeren Gemeinden dringend wünschenswert sei, sich eine Notreserve zulegen. Wir haben das im vorigen Jahre in einem

gewissen

gewissen Umfange für die minderbemittelte Bevölkerung getan, und es wird angebracht sein, für den kommenden Winter die Notreserve, soweit es in unseren Kräften steht, zu vergrößern. Wie das zu geschehen hat, darauf werde ich später noch zu sprechen kommen.

Besonderer Wert muß darauf gelegt werden, daß die Kartoffelpreise nicht unvernünftig hoch werden (Zuruf: Sind sie schon!) Es wurde angenommen, daß bei der Hilfsaktion für die Minderbemittelten Kartoffeln zu 150 M der Zentner geliefert werden würden. (Zuruf: Gibt es gar nicht!) Es wurde dieser Annahme in jener Versammlung auch sofort widersprochen —, Herr Maaß wird es gehört haben. Es wurde behauptet, daß sie absolut nicht zugesagt. (Zuruf: Es war der Landwirt Behr von Groß Denkte!) Namen möchte ich hier nicht nennen, aber es schien so, als ob die allgemeine Ansicht die war, daß die Landwirtschaft sich sehr wohl mit einem Erzeugerpreis von 200 — 220 M zufrieden stellen könnte. Die Notreserve, von der ich eben sprach, würde natür-

lich

lich durch den freien Handel zu beschaffen sein, denn irgendwelche Zwangsmaßnahmen können wir nicht anwenden. Man muß in erster Linie an die verschiedenen Domänen appellieren, und einige davon haben sich inzwischen schon bereit erklärt, daß sie uns Kartoffeln liefern wollen, allerdings zu dem Marktpreise. Nun, wir werden dann darauf drücken müssen, daß die Kartoffeln zu einem durchaus ^{angemessenen} ursprünglichen Preise an uns geliefert werden.

Dann wurde in der Besprechung in der Handelskammer von dem Herrn Wirtschaftsminister Rönneburg noch betont, daß der Wucher in diesem Winter mehr als je bekämpft werden müßte. Sie haben inzwischen gelesen, daß der Hauptausschuß der Landesversammlung ersucht ist, die Niedererrichtung eines Landespolizeiamts gegen den Wucher und die Preistreiberei zu genehmigen. Auch die Prüfungsstellen sind ersucht worden, schärfer als bisher zuzufassen. Es hat sich bei dieser Besprechung ergeben, daß hier und da die Preis-

prüfungs-

prüfungsstellen überhaupt nicht mehr existieren.
Hier ⁱⁿ ~~ist~~ Braunschweig haben wir noch eine solche, und
es ist seitens des Rats Vorsorge getroffen, daß sie
ihre Tätigkeit wieder in vollem Umfange aufnimmt.

Ferner wurde bei dieser Besprechung darauf hin-
gewiesen, daß bei der Konzessionierung von Dielen,
Bars und Brantweinschänkstätten sehr vorsichtig vor-
gegangen werden müsse, ^{es müsse} und der Grundsatz aufgestellt,
daß unter keinen Umständen derartige Konzessionen
mehr erteilt werden dürften. Bezüglich der Herab-
setzung der Polizeistunde war man geteilter Ansicht,
deshalb soll es den einzelnen örtlichen Organen
überlassen bleiben, je nach den örtlichen Verhältni-
sen Einschränkungen festzusetzen.

Was die Verbilligung der Milch anlangt, so ist
Ihnen, das Nähere schon bekannt, sodaß ich darauf
nur kurz hinzuweisen brauche. Auch da ist eine
Hilfsaktion in Gang gebracht. Einmal haben die

Reichs-

Reichs- und die Landesregierung Mittel zur Verfügung gestellt, ebenso auch die Stadt, und sodann haben sich neuerdings auch die Erzeugerkreise bereit erklärt, an dieser Verbilligungsaktion mitzuhelfen. Es ist zu hoffen, daß die Milchpreise nicht noch weiter in die Höhe schnellen, sonst würde der Erfolg der Verbilligungsaktion - ich glaube, es handelt sich da um 8 M für das Liter - relativ gering sein.

Ganz besonders wurde bei dieser Besprechung darauf hingewiesen, und auch der Antrag Röpcke zielt darauf hin -, daß dafür gesorgt werden muß, daß die Zucker-Zwangsbewirtschaftung wieder eingeführt wird. Es wurde geklagt, daß in dieser Sache ganz besondere Mißstände vorhanden seien; beispielsweise seien bei einer Hamburger Firma mehrere Millionen Pfund Zucker gefunden, die für Schokolade-, Liköre- usw. Fabrikation Verwendung finden sollten; Hier muß unter allen Umständen eingeschritten werden. Herr Minister Rönneburg hat erklärt, daß er dafür eintreten werde, daß

die

die Zwangswirtschaft in Zucker wieder eingeführt werde. Er erklärte, ohne ^{Leben} Zucker sei nicht auskommen, und ich bin genau derselben Ansicht. Es ist unerträglich, daß es so weiter geht wie in den letzten Monaten: daß der Zucker einfach vom Markt verschwindet oder nur Auslandszucker, der das Ausland gar nicht gesehen hat, zu haben ist. Ich hoffe, daß die Schritte, die die Landesregierung bei der Reichsregierung unternommen hat, von Erfolg sein werden.

Schließlich wurde noch darauf hingewiesen, daß in diesem Winter wieder Massenspeisungen, wie wir sie früher gesehen haben, ins Leben gerufen werden müssen. Ob das notwendig sein wird, werden wir noch genauer zu untersuchen haben. Jedenfalls müssen wir uns darauf gefaßt machen, so daß wir unter Umständen in der Lage sind, jeden Augenblick derartige größere Speisungen vornehmen zu können. Es

wurde

wurde auch der Wunsch geäußert, Wärme Hallen einzurichten, damit diejenigen, die infolge der außerordentlichen hohen Kohlenpreise nicht in der Lage sind, sich ein geheiztes Zimmer zu leisten, sich einmal wärmen können. Auch dem wird von Seiten der Stadtverwaltung nachgesehen werden müssen.

Nun hat der Herr Vorsitzende schon erwähnt, daß ~~in dieser~~^{ganze} Angelegenheit auch schon im Finanzausschuß zur Sprache gebracht habe. Ich habe dort Namens des Rats erklärt, es wäre ihm wünschenswert, daß es dem Rat der Stadt nicht allein überlassen bliebe, in diesen Winterwochen, wo die Verhältnisse außerordentlich schwierig sein werden, allein die Verantwortung für die Hilfsaktionen auf sich zu nehmen, sondern daß auch die Stadtverordnetenversammlung in dieser Sache in ständiger Fühlungnahme mit dem Rat der Stadt sei. Es ist deshalb dringend nötig, einen Ausschuß einzusetzen, der besteht aus ~~einem~~^{den} Referenten des Rats der Stadt und einer Anzahl

von

von Stadtverordneten, sagen wir einem ~~einen~~ Ernährungsausschuß, wie wir ihn schon gehabt haben, nur nicht auf der früheren breiten Grundlage, dem auch Kaufleute der verschiedenen Branchen angehörten. Es soll diesmal lediglich bestehen aus ~~den~~ Ratsmitgliedern und Stadtverordneten. Ich stelle mir vor, daß dieser Ausschuß ~~verhält-~~regelmäßig alle Woche einmal tagen muß, um zu prüfen, welche Maßnahmen getroffen werden müssen, um der Not, die jeweilig vorhanden ist, zu steuern. Dieser Ausschuß ~~darf~~ ^{soll} aber nicht nur ~~geringe~~ Beschlüsse fassen, um sie den städtischen Behörden zu unterbreiten, sondern es ist notwendig, damit er schnell und gründlich einschreiten kann, daß er mit Vollmachten versehen ^{wird} ~~werden~~, um, wenn er es für notwendig hält, Nahrungsmittel, besondere Notreserven an Kartoffeln usw. sofort beschaffen zu können. wo es ihm möglich ist, und um andere Maßnahmen, wie Errichtung von Wärmehallen, Einrichtung von Massenspeisungen und dergleichen mehr in Gang zu bringen. So habe ich Ihnen Namens des

Pt-

Finanzausschusses den Antrag zu unterbreiten, heute einen derartigen Ausschuß einzusetzen und zu diesem Zwecke 9 Stadtverordnete aus den verschiedenen Fraktionen von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken zu wählen, damit der Ausschuß so schnell wie möglich seine Tätigkeit aufnehmen kann.

Ich hoffe, meine verehrten Damen und Herren, daß Sie mit dieser Maßnahme einverstanden sind, und ~~hoffe~~ daß wir auf diese Weise am ehesten und wirksamsten alle erforderlichen Maßnahmen treffen können.

Bürgermeister M e y e r : Meine geehrten Herrschaften! Die Ausführungen meines Vorredners will ich durch einige Bemerkungen über die Brennstoffversorgung ergänzen. Da die Brennstoffe nicht nur sehr knapp, sondern auch ungeheuer teuer geworden sind, haben wir ^{regel} ~~Maßnahmen~~ getroffen, um nach Kräften diesen beiden Unannehmlichkeiten entgegenzuarbeiten. Sie ~~erinnern~~ ^{erinnern} sich, daß wir in Rücksicht auf die zu erwartende Knappheit oder geradezu Not in der Beschaffung von Feuerung schon vor längerer Zeit beschlossen haben, ein Lager von Reservefeuerung anzuschaffen und daß sie Mittel dafür zur Verfügung gestellt haben. Diese Lager sind im Entstehen begriffen, sind aber nicht

so umfangreich geworden, wie wir wünschten,^{und} das liegt an die Knappheit selbst. Es ist uns nicht möglich gewesen, so viele Wagen für die Aufstapelung einer Reserve freizubekommen, wie wir beabsichtigt hatten, da die anderweitigen Anforderungen an Brennstoffen sehr groß waren. Um nun der minderbemittelten Bevölkerung die Beschaffung von Brennstoffen zu erleichtern, haben die Regierung und der Landtag eine größere Summe zur Verfügung gestellt und Sie wissen, daß die Stadt zu dem auf sie entfallenden Anteil einen Zuschuß geleistet hat und im ganzen 3 Millionen Mark für diesen Zweck zur Verfügung stehen. Über die Verteilung dieses Geldes ist in der letzten Sitzung des Fi-

nanz-

nanzausschusses gesprochen. Es war schon früher in Aussicht genommen, daß sie nach einem Aufruf der Bevölkerung mit der Beschränkung erfolgen soll, daß nur die Kreise mit einem bestimmten Einkommen unter Verwendung eines zur Verfügung gestellten Formulars sich melden möchten und dann je nach der Bedürftigkeit die Verteilung vorgenommen wird. Man hat bisher gemeint, daß man dem einzelnen Haushalt kaum unter 400 M geben könnte, da die Feuerungspreise so hoch sind, daß es sich nicht lohnt, weniger zu gewähren. 400, 500 oder 600 M für den einzelnen Haushalt werden wohl zu beschaffen sein, wenn die Zahl der sich meldenden nicht nachträglich noch größer wird und die Grenze des Einkommens auf 60 000 M pro Jahr festgesetzt wird. Daß die Verteilung des Geldes nicht

leicht ist, lehrt ein Blick in die eingelaufenen Fragebogen. Der Grund dafür, daß die genannte Einkommensgrenze genommen ist, liegt in folgendem: Wir kennen die Summe, die zur Verteilung steht, und nehmen an, daß wir den einzelnen Haushalte mindestens 400 - 500 M geben müssen. Wenn wir nun die Haushaltungen bis zu einem Einkommen von 60 000 M bedenken, so ist damit der zur Verfügung stehende Fonds erschöpft und es können dann 6 - 7 000 Haushaltungen dabei zum Zuge. Die Meinung des Rats und des Finanzausschusses geht dahin, daß der Ausschuß, dessen Bildung vorhin von Herrn Stadtbaurat Gebensleben vorgeschlagen wurde, auch mit bei der Verteilung der Summe

für

für die Brennstoffe beteiligt werden möchte. Ich bitte Sie also, wenn Sie die Zustimmung zur Einsetzung des Ausschusses erteilen, auch die Ermächtigung auszusprechen, daß die Verteilung der Mittel, die zur Verbilligung der Feuerungsbeschaffung für hiesige Einwohner bereitgestellt sind, mit durch diesen Ausschuß geschieht.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Was die Massenspeisungen betrifft, so bin ich in der Lage angenehmen Lage, mitteilen zu können, daß trotz der größeren Schwierigkeiten es auch im Winterhalbjahre gelingen wird, die Schulspeisungen, die ursprünglich aus der Quäkerspende hervorgegangen sind, weiter beizubehalten, allerdings werden dabei gewisse, aber mäßige Einschränkungen notwendig werden. Es ist darüber vor kurzem in Hamburg unter Mitwirkung des Herrn Schulspektors Oppermann, des Leiters der hiesigen Schulspeisungen, eingehend verhandelt worden. Die Bestände, mit denen man ins neue Vierteljahr hineingeht, wird^{en} es ermöglichen, daß die Einschränkungen sich in sehr mäßigen Zahlen bewegen, sodaß der Bestand an Schulkindern sowohl als an Wöchnerinnen und bei der Kleinkinderspeisung im großen und ganzen beibehalten werden kö^{Ranu}n~~n~~en. In gewisser Weise wird man sogar darüber hinausgehen können, in dem man - und das wird die Herrschaft^{en}, die sich in der vorigen Sitzung mit Maßnahmen

zur

zur Tuberkulosenfürsorge befaßt haben, besonders
interessieren - nach dem Vorschlage des Fürsorgeamts
der Tuberkulosenfürsorgestelle eine Anzahl von
Tuberkulose~~er~~krankten in diese~~n~~ Speisung wird mit
hineinnehmen können, eine Erweiterung, die Sie gewiß
als erwünscht finden werden.

V o r s i t z e n d e r : Vor der Wahl der Kommission, der wohl von der Versammlung grundsätzlich zugestimmt werden wird, soll noch eine allgemeine Aussprache stattfinden.

Stadtv. N e s s e n i u s: Meine Damen und Herren!
Alle diese Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um die Teuerung möglichst mäßig zu gestalten, werden wohl vor der Hand an dem scheitern, daß es keine Engel gibt, die während dieser paar Jahre Bauern oder Kaufleute werden. Der Grundsatz bei jedem dieser Leute, wenn er nicht, für verrückt erklärt werden soll (und zwar auch bei den soliden, von andern will ich gar nicht reden) geht dahin, daß er möglichst viel verdienen will. Ich habe in letzter Zeit viel Gelegenheit gehabt, weit herumzukommen, und habe erfahren, daß auch der legitime Handel schon versucht — ich kann in dieser Beziehung die Vorfelder und Fallerslebener Gegend nennen —, sich gegenseitig den Rang dadurch abzulaufen, daß er den Bauern höhere Preise bietet als sie fordern. Dadurch kommt das, was wir hier hintertreiben möchten. Wir haben eine wilde Preistreiberei, die schon die schönsten Blüten gezeitigt haben. Es sind Richtpreise für Kartoffeln festgesetzt, die sich

sich zwischen 320 - ³⁴⁰~~430~~ M bewegen; dann hört man, daß einer gekommen ist, der 370 M bietet. Aber ein Bild von der ganzen Sache können Sie sich erst machen, wenn der Waggon, der mit 370 M bezahlt wird, einläuft. Ein Haufen Dreck ist dazwischen und so ist das Gewicht nicht erreicht. ^{So}~~Man~~ braucht man sich nicht zu wundern, wenn der Kleinhandelspreis über 400 M hinausgeht. Es wäre wirklich besser, wenn in dieser Zeit Engel vom Himmel herunterkämen und das Amt dieser Leute versehen; es müßte der Grundsatz maßgebend werden, daß ganz billig verkauft wird. Aber das haben wir nun einmal nicht und müssen mit diesen Zuständen rechnen. Aber ein anderes wäre möglich. In der letzten Sitzung, die der Minister einberufen hatte, wurde erklärt, Wolfenbüttel habe guten Erfolg mit Erpachtung einer Domäne gehabt. Unser kleines Gütchen, daß wir uns auf Grund des Entwässerungsgesetzes leisten müssen, rentiert sich vorzüglich. Es ist kürzlich die Neuverpachtung einer Domäne in der Kartoffelgend aus-
geschrieben,

geschrieben, und wenn man sich dahinter setzte, würde das angebracht sein. Konkurrenz in diesem Sinne machen wäre sehr gut. Tüchtiges Wirtschaften gehört natürlich auch dazu, dann aber könnte man ein ^gregulierendes Moment in die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse hineinbringen. Man könnte dann sagen: Unser Betrieb arbeitet mit dem und jenem Nutzen und wir können diese und jene Sachen zu gewissen Preisen abgeben. Am 18. Oktober wird die erwähnte Neuverpachtung vorgenommen, und ich möchte dem Rat anheimgeben, zu überlegen, ob sich in der von mir vorgeschlagenen Weise nicht etwas zur Verbilligung der notwendigen Lebensmittel herbeiführen lässe. Im übrigen sind alle die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, ein Schlag ins Wasser; billige Kartoffeln bekommen wir doch nicht. Wir haben keine Mittel diese Preise in der freien Form zu stabilisieren. Der freie Handel wird sich mehr oder weniger austoben, nur ist es traurig, daß er gerade in diesem Jahre die Probe bestehen soll. Die zu er-

wartenden

wartenden Erfolge des freien Handels waren glänzend begutachtet worden, ich bin überzeugt, daß er die Probe nicht bestehen wird, daß jedenfalls die Preise auch ohne den Winkelhandel verteuert werden in einer Weise, die für die breiten Schichten sehr unangenehm ist. Wenn wir von der Stadt diverse Maßnahmen ergreifen, dann ist auch in Betracht zu ziehen, daß wir an einige anständige Großgrundbesitzer appellieren, dann möchte es sein, daß wir Kartoffeln zu einigermaßen erschwinglichen Preisen kriegen; in genügender Menge vorhanden sind sie.

Stadto. S a u e r b i e r : Meine geehrten Damen und Herren! Die längeren Ausführungen des Herrn Stadtbaurat Gebensleben lassen erkennen, daß in diesem Jahre die Hilfsaktionen etwas ergiebiger und eingehender angefaßt werden und daß wir deshalb hoffentlich ^{nicht} mit einer so großen Not zu rechnen haben, wie es im vorigen Jahre der Fall war. (Zuruf: Mit einer noch viel größeren!) Auch die Mitteilungen des Herrn Bürgermeister Meyer gehen auf dasselbe hinaus, sodaß man sich mit den Ausführungen vom Rats-tische einverstanden erklären kann. Wir können jetzt, im Herbste nur beschließen, was für Mittel ergriffen werden sollen, und werden uns bemühen, alles, was an uns liegt, zu ergreifen, um Abhilfe der Not zu schaffen. Wenn dann Später aber die Pflichten, die von den Produzenten übernommen sind, nicht erfüllt werden, wenn der ^{Gezang} ~~Sprung~~ zur Erfüllung fehlt, dann wird es schwer sein, das alles zu erreichen,

das

was im September und im Herbst zur Linderung der Not geplant wird. Ich verspreche mir sehr viel davon, daß ein besonderer Ausschuß für die Hilfsmaßnahmen eingesetzt werden soll, der in beständiger Fühlung bleibt mit den bestimmenden Herrschaften, und hoffe, daß mit dessen Hilfe und durch seine Arbeit, das erreicht wird, was in Aussicht genommen wird.

Im einzelnen möchte ich ganz besonders Wert darauf legen, daß Vorbereitungen getroffen werden, um Massenspeisungen ausführen zu können, denn ohne diese werden wir in diesem Winter nicht auskommen. Ebenso werden jetzt schon Vorkehrungen zu treffen sein, um die Einfuhr von Gefrierfleisch in großen Massen vornehmen zu können. Gerade diese Konkurrenz des Gefrierfleisches wird preisdrückend auf die Fleischpreise sein und wird den Minderbemittelten die Möglichkeit geben, auch einmal Fleisch kaufen zu können. Ebenso halte ich die Förderung der Seefischversorgung für wertvoll. Es muß erreicht werden, daß

die

die ganzen Fische, die an unseren Küsten gefangen werden, zur Ernährung des deutschen Volkes verwandt werden und nicht ins Ausland wandern, und hierfür müßte das Reich Zwangsmaßnahmen ergreifen. Daß die Zuckerzwangsbewirtschaftung wieder eingeführt wird, halte ich für ein unbedingtes Bedürfnis, sonst kommen wir in die Lage, daß die weniger Bemittelten Zucker sich überhaupt nicht mehr leisten können. Und dann ist zu bedenken, daß die Herstellung von Marmelade, mit der man für den Brotaufstrich rechnen muß, nur bei Verwendung von Zucker möglich ist. Deshalb ist es nötig, daß von uns eine Entschliebung gefaßt wird, die dahinzielt, daß die Zuckerzwangswirtschaft wieder eingeführt wird.

Nun ist allerdings anzunehmen, daß alle die in Aussicht genommenen Hilfsaktionen der Stadt große Ausgaben auferlegen. Von der Kartoffelreserve sagt Herr Stadtbaurat Gebensleben, daß sie nicht anders zu erlangen wäre, als durch den Kartoffelhandel

daß

daß sie also nicht zu einem besonders billigem Preise gekauft werden können. Das kann ich nicht einsehen. Es muß versucht werden, auf diejenigen Stellen, die die Kartoffeln produzieren, einzuwirken, damit sie daran denken, was für Braunschweig auf dem Spiele steht, und es muß etwas darin ~~gemacht~~ erreicht werden. Es kann nicht angehen, daß die Stadt Braunschweig alle die Unkosten aufbringen soll. Mir ist bekannt geworden, daß ältere Herrschaften, Väter und Mütter, deren Söhne und Töchter in Braunschweig verheiratet sind, vom Lande in die Stadt gezogen sind, um angenehmer in der Stadt Braunschweig zu leben, und auf diese Weise kommt es, daß ein großer Teil der ärmeren Bevölkerung vom Lande jetzt in der Stadt wohnt und die ~~Annehmlichkeit~~^{en} der Stadt genießt. Darauf muß unter allen Umständen der Staat aufmerksam gemacht werden und darauf hingewirkt werden, daß er für die Stadt bei Aufbringung der Kosten helfend eingreift. Die Stadt kann diese Kosten nicht alle auf-
bringen

bringen, und so möchte ich dringend bitten, daß ein Beschluß gefaßt wird, in dem zum Ausdruck kommt, daß unter allen Umständen der Staat mit zu den Kosten herangezogen wird, daß an ihn herangetreten wird mit dem Ersuchen, der Hauptstadt Braunschweig finanziell zu helfen. Sollte der Staat um Geld in Verlegenheit sein, dann kann ich ein vorzügliches Mittel angeben, wodurch er recht schnell zu vielem Gelde kommt. (Zuruf: Nanu! Heraus damit!) Es ist allerdings ein Wagnis, das zu sagen. Wir haben in unserem Museum ungeheuerer Werte; ich denke zum Beispiel an den Rembrandt, für den schon 2 Millionen^{arden}~~ionen~~ Mark geboten sein sollen. Zur Not könnte ein solches Stück verkauft werden. (Oho!) Ich bin mir wohl bewußt, daß ich mit einer solchen Ansicht auf ganz gewaltigen Widerstand stoßen würde, aber ehe wir zugrunde gehen, sind auch diese Mittel anzuwenden. Ich habe ausdrücklich gesagt, damit ich nicht falsch verstanden werde: Wenn der Staat keine Mittel hat, dann könnte ich ein Mittel sagen, und

dann

dann habe ich darauf hingewiesen, welche Mittel herauskommen würden, wenn ein solches Stück an einen Ausländer verkauft wird. Vor allen Dingen wollte ich darauf hinwirken, daß wir uns dahin schlüssig machen, daß der Staat unter allen Umständen der Stadt für diese Hilfsaktionen Geld zur Verfügung stellen muß, denn die Stadt allein kann nicht die ganzen Mittel dafür aufbringen.

Stadtv. S t e g m a n n? Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, über diese Sache eine lange Rede zu halten, denn die Teuerungsverhältnisse kennt jeder, an seinem eigenen ^{Leibe} ~~Leben~~ hat er sie erfahren und stundenlang könnte man darüber reden. Die Hauptsache an der ganzen Hilfsaktion ist, daß dem Ausschuß gegenüber Vollmachten gegeben werden müssen; das ist mehr wert, als wenn ich hier noch lange darüber reden würde, aber auf einiges muß ich doch eingehen.

Vor allen Dingen möchte ich bitten nicht ein zu großes Vertrauen zu setzen auf die Versprechungen, die von Seiten der Landwirtschaft gegeben werden. Ich brauche in der Hinsicht nur an die Getreideumlage zu erinnern, gegen die sich diese Herrschaften mit ~~Händen~~ und Zähnen ^h ~~w~~eren. Haben sie doch mit einem Lieferstreik gedroht und ihn auch zum Teil durchgeführt trotz der herrschenden fürchterlichen Not. Ich erinnere daran, daß in der Sitzung am vorigen Donnerstag in der Handelskammer, als die Preise für

die

die Kartoffeln, die an die Minderbemittelten abgegeben werden sollten, zur Sprache kamen, und dabei 150 Mark genannt wurden, von jenen Kreisen zurückgehakt wurde. Man ^{zu} sollte sich eine Hintertür offen halten, damit man auch dafür so noch wie möglich fordern kann. Wenn gesagt worden ist, daß der Kunstdünger so fürchterlich teuer ist, so ist das gewiß wahr, aber die Landwirtschaft nimmt ^(das halbe) ~~zweimal~~ mehr ^{an} als das, was sie für Kunstdünger mehr bezahlen müssen. Sie haben ~~keine~~ angeblich kein Geld, um Kunstdünger zu kaufen, aber sie haben ^A Geld zu kostbaren Wohnungseinrichtungen und zur Anschaffung von teuren Klavieren, nur um ~~ihre~~ ^{das} Geld unterzubringen. Auf ihre Versprechungen soll man also nicht viel geben.

Was die Kartoffeln betrifft, so möchte auch ich, daß eine Notreserve angelegt wird, aber es müßte auch eine wirksame Kontrolle von uns eingesetzt werden, damit nicht alle Sorten Kartoffeln durcheinander ~~gewürfelt~~ geliefert werden, wie im letzten Jahre, damit nicht die Hausfrauen neben weichgekochten Kar-

toffeln

toffeln knüppel/harte in ihrem Topfe haben. Auch von den jetzt angelieferten Kartoffeln ist mir von einem bei den Gewerkschaftslieferungen Beteiligten gesagt worden, daß sie zu einem Fünftel schlecht seien und daß unter den Kartoffeln, die er erhalten habe, auch Viehkartoffeln waren. Diese Kartoffeln sind, soviel ich weiß, mit 398 M pro Zentner bezahlt worden; Sie sehen, daß der Preis schon an 400 M heranklettert, und doch bekommt man zum Teil Viehkartoffeln. Ich kann nur jedem den Rat geben, sich durch die Versicherungen der Lieferanten nicht einlullen zu lassen. Wer es möglich machen kann, der decke sich selbst mit Kartoffeln ein und verlasse sich nicht auf das, was von jener Seite versprochen wird. Damit will ich aber nicht sagen, daß von uns nicht alles ^{sehr} ~~eingesetzt~~ werden soll, um den Kartoffelbezug durch die Stadt zu forcieren, aber das ist ja selbstverständlich.

Zu dem was Herr Stadtbauarat Gebensleben über die Hilffaktion inbezug auf die Milch anführte,

muß

muß ich sagen: Gewiß, die Stadt versucht alles mögliche, aber was nützt uns die ganze Hilfsaktion, wenn das, was die Stadt gut macht, auf der andern Seite wieder zum Teufel geht. In demselben Moment, wo die Hilfsmaßnahme der Stadt einsetzt, steigen die Preise ins ungemessene. Das wird begründet damit, daß die Butterpreise hoch sind, durch ^{duk}Produktion von Butter wird mehr Gewinn erzielt, also könne man es den Landwirten nicht verdenken, wenn sie für die Milch mehr fordern. Sind dann aber die Milchpreise höher geschoben, dann kommen wieder die Butterpreise an die Reihe, und so geht das Pendel fortwährend hin und her. Mein Milchlieferant sagt mir, es sei Allgemeingespräch, daß die Milch bis zu Weihnachten auf 50 M das Liter kommen würde. Wenn man dagegen sieht, wie sich die Stadt bemüht, alles mögliche zu tun, um den Preis für die Milch herunterzuhalten, so muß man das Treiben der Landwirte als einen Skandal bezeichnen, und deshalb bin ich dafür, daß nicht nur die Zwangswirtschaft in Zucker wieder eingeführt wird — wie es

Herr

Herr Stadtbaurat Gebensleben und Herr Sauerbier wünschen—, sondern daß sie überhaupt im ganzen wieder eingeführt wird, und bin der Meinung, daß sie hätte bestehen bleiben müssen. Aber wir standen damals allein, wir Sozialisten, ~~in Stadt und Land~~ waren ~~gegen~~ gegen Aufhebung der Zwangswirtschaft. Nicht daß wir Freunde des Zwanges wären, nein, eine solche Maßnahme ~~ist~~ ^{war} eine Notwendigkeit, um die arbeitende Bevölkerung und die breite Masse des Volkes vor Hunger zu schützen. Sie haben gesehen, daß auf allen Gebieten, wo der freie Handel Platz gegriffen hat, der Wucher eingetreten ist. Doch es nützt uns nichts, darüber zu lamentieren, der Reichstag hat nun einmal abgelehnt, die **Z**wangswirtschaft wieder einzuführen und nur das Umlageverfahren für das Getreide haben wir behalten. Ich gebe auch nichts auf die Verschärfung in der Wucherbekämpfung. Was ist nicht schon ~~geschehen~~ / gegen den Wucher geschrieben und geredet worden, der Wucher geht doch weiter, so lange nicht ernsthafte Maß-

nahmen

nahmen seitens der Reichsregierung ergriffen werden, und eine solche kann nur die Zwangsbewirtschaftung von Getreide, Butter, Fleisch, Milch usw. sein.

~~Die breiten Massen bekamen allerdings von den Sa-~~
~~chen aus der Zwangsbewirtschaftung nur je einmal~~
~~100 Gramm, jetzt aber überhaupt~~
~~nichts mehr.~~

Jch bin also der Meinung, daß der Ausschuß eingesetzt werden muß und daß ihm große Vollmachten gegeben werden, damit er je nach Lage der Sache sofort eintreten kann, wenn etwas getan werden muß. Wir waren auch der Meinung, daß das Wohlfahrtsamt seine verschiedenen Aktionen nicht selbständig ausführen soll, sondern daß zum Beispiel bei Verteilung von Kartoffeln an die ganz arme Bevölkerung dieser Ausschuß zur Kontrolle des Wohlfahrtsamts mitwirken soll. Es ist das Gerücht in der Stadt verbreitet, daß verbilligte Kartoffeln an die Herrschaften im Rathause verteilt werden. Jch glaube

Ja

ja diesem Gerüchte nicht, aber schon die ^{Tat =} ~~Arbeits~~
sache, daß so etwas verbreitet wird, gibt zu den-
ken. Sie wissen, welche Erfahrungen wir bisher ge-
sammelt haben, nämlich daß das Wohlfahrtsamt nicht
in der Weise gearbeitet hat, wie es mußte, und so
kann es dem Wohlfahrtsamt nur ~~richtig~~ ^{ausreichend} sein, wenn
der Ausschuß die Kontrolle mit übernimmt.

Stadtv. M a a ß: Verehrte Damen und Herren!
Wenn der Ausschuß wirklich etwas ²Ersprießliches leisten soll, so müssen ihm Gesetze und Verordnungen zur Seite stehen, wonach er arbeiten kann; ich bin kein ^{der}gegner Wahl eines solchen Ausschusses, sondern befürworte, daß er mitzuwirken hat, damit die Not gelindert wird. Es berührt eigentümlich, daß die Parteien, die heute die Zwangswirtschaft befürworten, die größten Schreier für Aufhebung der Zwangswirtschaft gewesen sind. Man hat damals bei den Verhandlungen über die Aufhebung der Zwangswirtschaft in allen Parlamenten gehört, wie sie sagten, nach einer größeren ^{auf-}Pro~~sen~~tion würden die Preise sinken—das Gegenteil davon ist eingetreten. Ich war als Vertreter des Braunschw. Gewerkschaftskartells (nicht einer Organisation, wie die Presse geschrieben hat) in der Versammlung in der Handelskammer und hatte die Arbeiterschaft zu vertreten ~~gehabt~~. Es sind dort viele Versprechungen gemacht worden, und wir wollen sehen, wie sie erfüllt werden. Mit Freuden habe ich es begrüßt, daß der Herr

Mi-

Minister Rönneburg den Ausspruch tat, daß es eine Bevölkerungsschicht im Lande Braunschweig gebe, die bisher keine Not gelitten habe, nämlich die Landwirtschaft, und das wurde durch die Anwesenden ^{h. 2.} bestätigt. Es wurde über allerhand Maßnahmen gesprochen, und genau dieselben vielen Worte, die bei der im vorigen Jahre herrschenden Not gesprochen worden sind, haben sich wieder breit gemacht. Es hat das im vorigen Jahre nicht viel genützt und ob es in diesem Jahre mehr nützen wird, dahinter wird ein Fragezeichen zu setzen sein, wenn nicht schärfere Maßnahmen von der Regierung kommen. Ich weiß nicht, wie man darauf herumreiten kann, den Ausmahlsatz zu erhöhen. Im übrigen hat der Ausschuß keinen Einfluß auf diese Sätze; es kann allerdings darauf gedrungen werden, daß der Ausmahlsatz erhöht oder heruntergesetzt wird, aber in diesem Jahre ist es unbedingt notwendig, daß der Ausmahlsatz von 84 nicht bestehen bleiben kann. Das Getreide war früher

her

her besser, ^{das} als Mehl bis zu 95% ausgemahlen ^h wurde ~~wird~~. Ich bin Kenner dieser Verhältnisse und habe in der Neustadtmühle mir das diesjährige Mehl angesehen. Der Zentner Korn hat schon 6 Pfund durch das Eintrocknen verloren, dann kommt noch die Verstaubung durch die Reinigung, und dadurch gehen wieder 2 - 3 Pfund ab. Was das für ^{ein} Mehl wird, wenn bis zu 85 Pfund ausgemahlen werden soll, das können Sie sich denken; dann bekommen wir ein Brot, das für die Bevölkerung unbrauchbar ist. Ein solches Mehl bietet viel Gelegenheit, fremde Teile zuzumischen, wie ~~dann~~ auch ein Herr Regierungsrat Wessel gekennzeichnet hat in der Fachzeitschrift „Die Mühle“, was alles, ohne daß es zu erkennen gewesen ist, zwischen das graue Mehl ~~zwischen~~ gemischt gewesen ist: Fruchtkapseln von Besenheide, Lindenholz, Steinnußmehl, Träber und anderes hat man bei diesem hochprozentigen Ausmahlsatz im Mehl gefunden. In diesem Jahre möchte ich ohne weiteres davon abraten, die Anregung an die betref-
fenden

fenden Stellen zu geben, wie es Herr Minister Rönneburg getan hat, den Ausmahlsatz noch zu erhöhen, denn für das diesjährige Getreide muß unbedingt ein niedriger Ausmahlsatz innegehalten werden.

Die Frage der Kartoffelbeschaffung ist augenblicklich wohl die brennendste und schwierigste, und zwar deshalb, weil mit einem Mal große Wintervorräte beschafft werden müssen und bedeutende Summen dafür notwendig sind. Wie Herr Stadtbaurat Gebensleben schon sagte, ist in der Versammlung in der Handelskammer die Rede davon gewesen, daß die Landwirte die Kartoffeln für die Minderbemittelten zu einem Preise von 150 M für den Zentner abzugeben gewillt seien, aber es waren die beiden bekannten Landwirte aus dem Freistaate Braunschweig—und ich nenne hier die Namen, um sie damit an den Pranger zu stellen: Dekmann und Heimbürg und Behr aus Groß Denkte—, die sich dagegen sträubten, daß ein derartiges Versprechen von den Landwirten gemacht worden sei, sie sahen das gewissermaßen als Verbrechen an. Es sind dem

Leiter

Leiter der Stadt Wolfenbüttel und auch Herrn Kreis-
direktor Floto Vorwürfe gemacht worden, daß er da-
gegen nicht etwas gesagt hat. Es ist festgestellt
worden, daß wir im Freistaat eine Anbaufläche für
Kartoffeln annehmen können von—die Zahl ist mir
nicht genau mehr bekannt geblieben, waren es nun
65000 oder 72000 Morgen. (Zuruf: 72 000 Morgen.) Rech-
nen wir mit einem ^{niedrigen} ~~andern~~ Durchschnitt der Ernte von
einem Morgen 90 Zentnern (^{Zuruf:} Oho! 120 Zentner ! 160
Zentner!)—Ich habe einen Durchschnitt gegriffen,
der nicht als zu hoch angesehen werden kann, sondern
einen solchen, der jedenfalls zu niedrig ist, wie
mir eben schon bestätigt worden ist. Es kommt somit
eine Kartoffelernte von 5 850 000 oder 6 480 000
Zentner heraus. Das ist für den Freistaat Braun-
schweig eine ansehnliche Summe und man könnte von
allen Kreisen aus darauf dringen, daß die Großstadt
Braunschweig ausreichend, billig und gut beliefert
wird. Aber wenn eine solche Kartoffelbelieferung statt
findet

findet, wie an das Gewerkschaftskartell geliefert worden ^{ist} ~~sind~~, so muß man sagen, daß man sein teures Geld für solche Kartoffeln tatsächlich verwirft. Wer Glück hat, der bekommt ein paar Ladungen, die gut sind, und der kann zufrieden sein; aber es sind auch Ladungen dabei, wo die Hälfte der Kartoffeln krank oder klein sind, es ist auch Dreck mit dabei, und ^{alles} ~~solches~~ wird mit verworfen. So ist mir gestern Abend mitgeteilt, und zwar von einem, der selbst Kartoffelhändler ist, daß beim Gewerkschaftskartell ^{Proben} ~~von~~ solchen schlechten Kartoffeln, die durch ^{dasselbe} ~~denselben~~ geliefert sind, gezeigt worden sind. Es wurde ihm gesagt, er habe wohl nur 2 bis 3 Kartoffeln aus der ganzen Ladung herausgegriffen, er müsse mehr davon bringen. Der Herr hat sich erboten, einen ganzen Zentner solcher Kartoffeln zu bringen, die er nicht gebrauchen kann, er hat also seine 398 M dafür weggeschmissen. Wenn derartige Kartoffeln uns von der Landwirtschaft zugeschickt werden,

werden, dann kann man sich nicht wundern, daß die Gegensätze zwischen Stadt und Land nicht überbrückt werden, wie wir es tatsächlich wünschen.

Nun ist zu verschiedenen Palliativmitteln gegriffen worden, zum Beispiel zur Einschränkung der Verwendung des Getreides zur Biererzeugung. Aber dabei ist nicht daran gedacht worden, daß dadurch so und so viele Arbeiter stellungslos werden, nicht allein in den Brauereien, sondern auch in den Gastwirtschaften und Hotels. Wenn sie nicht anderwärts unterzubringen sind, dann fallen sie der Allgemeinheit als Arbeitslose zur Last. Wenn vorauszusetzen wäre, daß die Arbeiterschaft aus diesen Betrieben anderweitig unterkommen kann und die Betriebe selbst für eine andere, der Volkswirtschaft nützliche Arbeit sich einstellen lassen, dann könnte man gegen eine solche Einschränkung der Biererzeugung nicht sein, und diese Meinung habe ich auch in der Versammlung am vorigen Donnerstag zum Ausdruck gebracht.

Jch

Ich glaube aber, daß diese Maßnahme für die nächste Zeit kaum für die Volksernährung etwas nützen wird, denn die Brauereien haben sich schon im vorigen Jahre und auch in diesem Jahre so reichlich eingedeckt, daß die Maßnahme für die nächste Zeit nicht zur Auswirkung kommen ~~best~~ kann.

Was die Zuckerversorgung betrifft, so ist in dieser Sache tatsächlich stark gesündigt worden. Man kriegt noch nicht einmal ein Pfund Zucker, auch wenn man 45 - 50 Mark dafür geben will. Woher soll für die Verwendung der Obsternte der Zucker hergenommen werden? Die Konservenfabriken und die Allgemeinheit, insbesondere die kleinen Leute, können ja in diesem Jahre nichts einmachen. Das Obst würde besser ausgenützt und verwertet werden können, wenn Zucker zu haben wäre, aber so läuft man Gefahr, daß ein großer Teil des Obst^{es} dem Genuß durch die Bevölkerung entzogen wird und in einer anderen Art

ver-

verwendet wird, daß am Ende gar die Gänse und Schweine damit gefüttert werden. Wir ~~l~~^echzen nach Zucker, aber bekommen können wir keinen, auch selbst die nicht, die hohe Preise bezahlen könnten. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Es berührt mich eigentümlich, daß die Partei, die für Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft gewesen ist, jetzt diese Zwangswirtschaft wieder einführen will. Aber eine teilweise Wiedereinführung der Zwangswirtschaft hat keinen Zweck, wir stehen auf dem Standpunkt, daß für sämtliche Artikel die Zwangswirtschaft wieder eingeführt werden muß.

Nun die Brennstoff^{versorgung.} ~~versorgung.~~ Es ~~schweben~~^{schwirren} allerlei Gerüchte herum, ~~daß~~^{daß} unsere Ortskohlenstelle, die Hand dazu bietet, die Preise für Feuerung immer höher zu schrauben. Man bekommt keine Kohlen mehr, und es wird bei der Preisfestsetzung nicht Bedacht darauf genommen, ob die Händler

noch

noch höher~~er~~ Haufen auf dem Hofe liegen haben. Dann sagen sich die Kohlenhändler: Vielleicht werden die Preise innerhalb der nächsten vierzehn Tage noch höher, laß dein Häuflein nur noch liegen. Nun ist es soweit gekommen, daß Kohlen heute nur zu unerschwinglichen Preisen zu haben sind. Da wir eben bei den Kohlen sind, so denke ich daran, daß die staatlichen und kommunalen Behörden, wenn sie das Personal in eins 8 Stunden durch/~~a~~rbeiten lassen, an Feuerung sparen würden. Um 3 Uhr könnte dann schon das Feuer ausgehen. Ich erinnere zum Beispiel an die Markthalle und ihre Bürostuben, an das Standesamt und die Erw~~r~~bslosenfürsorge. Da stehen allein 20 Öfen, und wenn die des Mittags ausgehen, müssen ~~die~~ wieder angeheizt werden, und so geht bei jedem Ofen vielleicht 1/4 Zentner Kohlen jeden Tag verloren. Es soll das eine Anregung sein, sich die Sache durch den Kopf gehen zu lassen.

lassen, ob da nicht zu sparen wäre. Ich habe mir berechnet, daß man nach der Zahl der vorhandenen Öfen jeden Tag 15 - 20 Zentner Kohlen sparen könnte. Rechnen Sie den zukünftigen Preis für den Zentner zu 500 - 600 M, dann können Sie sich das Ergebnis vor Augen halten und bedenken, was hier gespart und den Minderbemittelten zugewandt werden könnte, damit sie sich eine warme Stube machen können.

Gulmeyer

O. Haag

Stadt v. R e g e n s: Meine Damen und Herren!
Der Unterton in der ganzen Besprechung in der Handelskammer ist wohl mit der Behauptung des Herrn Ministers Rönneburg gekennzeichnet, daß Reich und Staat nicht in der Lage sind, wirksame Abhilfe der Not zu schaffen. Wir behaupten, daß diese Auffassung des Ministers irrig ist, und sind der Meinung, daß das Reich unter allen Umständen in der Lage ist, Abhilfe zu schaffen. Es ist schon durch meine Freunde betont worden, daß es verfehlt war, die Zwangswirtschaft zu beseitigen. Damals ist uns ja von den Herren von der gegenüberliegenden Seite in hohen Tönen der Segen vor Augen geführt worden, den die Aufhebung der Zwangswirtschaft auslösen würde. Wir haben jetzt die Bescherung! Wir sehen, daß die Reichsregierung zu schwach ist, um diesem Treiben der deutschen Kapitalistenkreise und der Agrarierkreise ein Paroli zu bieten. Die Auffassung, die sonst Geltung hatte, daß die Politik nicht in die kommunalen

Par-

Parlamente hineingehöre, ist durchaus irrig.

Verehrte Anwesende ! Wenn wir von seiten der Stadt nach dem Kriege immer wieder die deutsche Reichsregierung so angepöbelt hätten, wie die Agrarier und die Kapitalisten es getan haben, dann stände es bei weitem besser mit den Gemeinden. Diese haben sich gegenüber der Regierung nicht genügend gerührt, und die Regierung ist den Agrariern und den Kapitalisten gegenüber zu nachgiebig gewesen, und jetzt stehen wir vor der Aussicht, daß wir, wenn das fortgesetzt werden sollte, wenn die Dämonen des Elends entfesselt sind, den Bürgerkrieg in Deutschland bekommen. Wohin sollen wir kommen, wenn die Preise für Brennstoffe und Kartoffeln ins Unendliche steigen und auf der anderen Seite Elend und Arbeitslosigkeit der Bevölkerung winken. Wir haben Beispiele erlebt, wie der ernste Wille der Regierung wirkt. Ich erinnere an das Zugreifen gegenüber dem Zellstoffsyndikat, wo auf Anforderung des Deutschen

Ze-

Zeitungs-Verlegerverbandes die Regierung an der Quelle des Übels zufaßte und sagte: Hier wird offenbar Wucher getrieben! Das hat zur Folge gehabt, daß die Papierpreise um 21 Mark pro Kilo herabgesetzt wurden. Ich brauche ferner nur an das Zugreifen der Regierung bei der Nähfadenfabrikation zu erinnern, wo auf die Drohung der Regierung hin sich der Preis um 40% reduziert hat. Darum müssen wir klar und deutlich aussprechen: Zurück zur Zwangswirtschaft! Eine derartige Saumwirtschaft kann nicht bestehen bleiben, die auf der einen Seite Milliarden züchtet, während auf der anderen Seite Menschen an Hungertypus zugrunde gehen; tatsächlich verhungern arme Leute in Deutschland. Wenn man dazu sieht, wie die Damen der Gesellschaft sich mit Lappen behängen, die Zehntausende, Hunderttausende kosten, dann kann man verstehen, wie aufgebracht die Bevölkerung ist. Es wird gesagt: Wir wollen einen Ausschuß bilden, aber ernstlich zu helfen sind wir nicht in der Lage.

Es

Es ist unmöglich für eine Stadt, durchgreifend zu helfen, ebenso für das Land, aber wir sind der Ansicht, daß es für das Reich möglich wäre. Der Krieg hat uns in das Elend hineingebracht, und die Regierung hat dafür zu sorgen, daß die Kaufkraft des Volkes entsprechend der Währung gehoben wird, damit die Leute nicht an Hungertyphus zugrunde gehen. Gedankenlos wird den Kapitalisten und Agrariern gefolgt, die, um den Verdacht des Wuchers von sich abzulenken, fortwährend schreien: „Versailles ! Versailles!“ Das wird nachgeplappert, aber die Entente sieht ganz genau, daß Deutschland in der Lage wäre, die verlangten Summen zu zahlen. Dann aber müßte das Steuersystem geändert werden; jetzt, wo die Arbeiterschaft die Summen aufbringen soll, geht es nicht. Wenn die fremden Mächte sehen, wie bei Burckhardt geschwelgt wird, wenn sie die luxuriösen Geschäfte sehen und die Automobile durch die Straßen wichen, dann sehen sie auch, daß Deutschland in der Lage wäre, zu bezahlen,

zahlen,

zahlen, und die Druckmittel werden angewandt, weil sie diese Meinung haben müssen, daß Deutschland bezahlen könnte, wenn es nur den guten Willen dazu hätte. Natürlich, die breite Masse des deutschen Volkes kann nicht mehr ausgepumpt werden, das sehen die Herrschaften ebenso, wie wir es einsehen. Aber wir müssen uns rühren von seiten der Städte, wir müssen der Regierung immer wieder sagen, daß wir eine derartige Geschichte nicht weiter verantworten können und eine Nachgiebigkeit nach der Seite hin aufhören muß. Vor acht Tagen sind die Bauern da und erzählen: „Für 150 Mark wollen wir den Kram liefern.“ Herr Stegmann meint, mit 200 - 220 Mark seien die Kartoffeln massenhaft bezahlt, und ich glaube, wenn wir den Herrn Oberbürgermeister nach seinen Erfahrungen auf dem Rieselgute fragen, wird er uns noch ganz andere Zahlen zu sagen in der Lage sein. Wenn man dann sieht, daß es nicht möglich war, für einen Preis von 220 Mark, der als genügend erklärt ist, auch nur einen Zentner Kartoffeln heranzubringen, daß

daß die Händler ^{dem} ~~im~~ Kartell sagen: „Wir müssen unter allen Umständen 398 Mark haben,“ und nachdem acht Tage verflossen sind sagen sie wieder: „Wir können sie für diesen Preis nicht kriegen, wir müssen 430 Mark haben“, was nützen uns denn die Verbilligungsaktionen? Wenn übermorgen die Tarifierhöhung in der Verfrachtung eintritt, dann haben wir einen Preis von 500 Mark. Nun stellen Sie sich einen Familienvater vor, der 3 Kinder hat und gezwungen ist, sie zumeist mit Kartoffeln zu ernähren. Wenn er 30 Zentner Kartoffeln braucht, muß er 15 000 Mark dafür in die Hand nehmen; und dann bekommt er diesen Dreck den ihm die unverschämten Agrarier auf den Hals schicken, geradezu eine Art angefaulten Mist, sodaß die ~~die~~ Kartoffelkommission des Gewerkschaftskartells schon in die Lage versetzt wurde, sie waggonweise zurückgehen zu lassen. Wenn ich mir vergegenwärtige, wie diese Nachgiebigkeit gegenüber der Landwirtschaft verhängnisvoll werden wird, wenn ich

nir

nir den Beschluß vor Augen halte, den der volkswirtschaftliche Ausschuß in Berlin gefaßt hat, zuzugeben, daß das erste Drittel des Umlagegetreides eine 4fache Erhöhung des Preises erfährt, dann weiß ich nicht, wie in diesem Winter die Leute mit wenig Einkommen, insbesondere die kleinen Rentner und unsere *Armen*. Unterstützungsempfänger noch vegetieren sollen. Wenn dann ein Markenbrot schon 150 - 160 Mark kosten wird, dann können Sie sich vorstellen, wie die Gesellschaft auslaufen wird. Herr Stadtbaurat Gebensleben sagte, daß die Regierung in bezug auf die Getreideversorgung schon ganz -- nun sagen wir einmal: rechtlich verfahren wäre, als sie durchgesetzt hätte, daß durch das Umlageverfahren ein Teil der Volksernährung gesichert sei. Das ist in Wirklichkeit aber nicht so, denn die Regierung gibt amtlich bekannt, daß die deutsche Landwirtschaft diese Umlage sabotiert, und zwar dergestalt sabotiert, daß in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres schon 400 000 Tonnen Getreide geliefert waren und jetzt noch keine 100 000 Tonnen abgeliefert

geliefert worden sind. Das kann die Landwirtschaft tun im Hinblick darauf, daß in der Zwangsabgabe die Regierung dem Drängen der Landwirtschaft immer nachgibt und die Preise erhöht, obwohl die Preise für das erste Drittel gesetzlich festgelegt worden sind.

Nun sind von dem Herrn Stadtbaurat Gebensleben eine ganze Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, denen wir ohne weiteres zustimmen können und müssen. Aber wenn wir uns vergegenwärtigen, daß durch die ewigen Preistreibereien die Reichs-, Landes- und Kommune-Verwaltungen in die Lage kommen, die Löhne und Gehälter immerwährend zu steigern, dann müssen wir uns sagen, daß die Mittel für die Gemeinden immer knapper werden, und wenn wir auf der anderen Seite sehen, daß für die Armenpflege, Wohlfahrtspflege usw. eine ungeheuerere Belastung entsteht, was durch diese hohen Preise für alles Notwendige veranlaßt wird, dann weiß ich nicht, wohin die Reise gehen soll, wenn wir länger untätig ~~hinter~~ der Geschichte zusehen und
nicht

nicht energisch als Stadt selbst beim Lande und beim Reiche eintreten und den Leuten sagen: Wir sinken in die Kniee, wenn die Geschichte so weiter geht. Es ist keinem Menschen geholfen, wenn ein großes Wettrennen stattfindet zwischen Einkommen und Preisen. Die Spannung wird immer größer werden, und schließlich können Arbeiterschaft und Beamte die Preise nicht mehr bezahlen, obwohl in unverschämter Weise Löhne und Gehälter gesteigert werden müssen. Der Abbau muß kommen, und das kann nur dadurch erreicht werden, daß man wiederum die Zwungswirtschaft einführt. Das mag manchem nicht gut klingen, aber es ist eine absolute Notwendigkeit. Wenn wir bedenken, daß Deutschland die größte Zuckerproduktion der ganzen Welt besitzt und wir doch erklären müssen, daß wir für Kranke und Kinder kein Krümchen Zucker haben, dann muß ein Wirtschaftssystem, bei dem so etwas vorkommen kann, unter allen Umständen geändert werden. Wenn wir noch bedenken, daß in der

Brenn-

Brennstoffversorgung sich uns die trübste Perspektive eröffnet, daß durch den Vertrag Stinnes - Lubersack die ganzen ~~Privatkohlen~~ ^{Privatkohlen} einem deutschen Kapitalisten in die Hand getrieben werden, nämlich Stinnes, daß dieser darüber verfügen kann, wer überhaupt Kohlen beziehen soll, dann können wir uns vorstellen, welcher trostlosen Zeit wir entgegengehen.

Ich kann erklären, daß wir mit den Maßnahmen des Rates einverstanden sind, daß wir auch in der Kommission unseren Mann stellen werden, aber wir müssen verlangen, daß unter allen Umständen wir von den Städten die Regierung scharf machen, daß den Agrariern sowohl als auch den Kapitalisten gegenüber nicht eine Handbreit mehr nachgegeben wird.

Stadt v. L e h n e r t : Meine Damen und Herren!
Bis zum Jahre 1870 hatte man in Deutschland die Gewißheit, daß vermöge ~~ihres~~ zahlenmäßigen Übergewichts in der Bewohnerzahl die Landwirtschaft Trumpf war. Nachdem aber hat sich die Industrie immer mehr entwickelt, Deutschland wurde nach 1870 zum Industriestaat und das geschah namentlich in den letzten Jahren vor dem Weltkriege. Nach Beendigung des Krieges sehen wir, daß nicht mehr die Industrie dominierend ist, sie kann nicht mehr behaupten: Von uns hängt das Wohl und Wehe der Einwohnerschaft des Deutschen Reiches ab. Wir erleben jetzt, daß die Bauern und Landwirte diejenigen sind, die die Städter — je größer die Stadt ist, je mehr Kopfschmerzen hat sie — am Zügel haben. Fort und fort müssen wir vor den Bauern mehr Bücklinge machen, als wir bisher schon gemacht haben. Meine Freunde haben schon darauf hingewiesen, daß wir gegen die Aufhebung der

Zwangs-

Zwangswirtschaft gewesen sind; ^{wir} ~~und~~ ^{auch} haben bei der Beratung über die Aufhebung der Bezirkseinteilung für die Milchlieferungen erklärt, dieses würde dazu beitragen, daß mehr und mehr der ärmeren Bevölkerung die Milch entzogen würde. Es ist vom Rat der Stadt festgestellt, daß die Stadt Braunschweig noch nie in den letzten Jahren so ^{vll} ~~wenig~~ Milch bekommen hat wie gerade jetzt, und wir haben feststellen können, daß noch nie so viele Kinder an Unterernährung gestorben sind, wie jetzt. Etwas Ähnliches werden wir erleben, wenn es dazu kommt, daß die Ausmahlung des Kornes vergrößert wird; die Bäckermeister haben frei und offen erklärt: Bekommen wir jetzt wieder das Mehl, wie in der Kriegszeit, dann ist es unmöglich, daß der Gesundheitszustand der Bevölkerung sich auf der jetzigen Höhe halten kann. Dann wird die ärmere Bevölkerung, und dazu gehören auch die kleinen Rentner und die Pensionäre, zur Ernährung durch

durch Kartoffeln greifen müssen. Aber die Kartoffeln sind eigentlich kein Nahrungsmittel, sondern nur ein Mittel, das den Magen vollstopft. Zur Erhaltung des Körpers gehören ebenso Eiweiß und Fett, wenn wir diese beiden Nährstoffe nicht zu uns nehmen, sind wir nicht widerstandsfähig. Die Kartoffeln sind wohl dazu gut, um Schnaps aus ihnen zu brennen, aber nicht können wir mit Kartoffel-nahrung erreichen, einen stabilen Menschen zu schaffen, sondern dazu gehört in erster Linie Brot aus einem guten Getreidemehl. Wenn wir zu einer 95prozentigen Ausmahlung des Getreides übergehen — auch Herr Maaß hat schon über diesen Prozentsatz gesprochen —, dann weiß ich schon, was geschehen wird. Das in dieser Weise ausgemahlene Getreide wird ~~wird~~ bedeutend mehr Wasser annehmen, als das zu 75 oder 80% ausgemahlene, und dann werden wir erleben, daß ein großer Teil der Bevölkerung nicht

mehr

mehr widerstandsfähig ist und Krankheit und Siechtum wird in den Städten eintreten. Die Bauern werden sich aber noch darüber freuen, daß sie so die Städter noch mehr im Sacke haben. Man hat uns früher in der Schule gelehrt: „Not lehrt beten“, aber ein anderes Wort heißt auch: „Not lehrt stehlen“, und weiter heißt es: „Not kennt kein Gebot.“ Dann werden die Hungrigen hingreifen, wo sie noch etwas bekommen können, und dann wird es sich herausstellen, ob nicht noch etwas geschieht, wofür meine Freunde in letzter Linie zu haben sind. Aber dann werden wir die Masse des Volkes nicht im Zügel halten können, wie wir es bisher durch unsere gute Disziplin getan haben. Dann wird die Masse alles über den Haufen werfen und auf unsere Mahnungen nicht hören. Wenn wir schon jetzt die traurige Aussicht vor Augen haben, daß im nächsten Winter das Volk hungern soll,

und

und kommt die andere Art des Elends auch noch hinzu, daß es auch noch frieren soll, dann wird sich zutragen, was ich zitiert habe: „Not lehrt stehlen“, und es wird niemand mehr Rücksicht nehmen auf irgend etwas. (Zuruf.) Auch jetzt schon, Herr Rasche, leider ! Aber das haben nicht wir verschuldet, sondern der leidige Krieg ist derjenige gewesen, der die Menschen inwendig und auswendig ver-
ludert hat; man hat im Kriege die größten Lumpen, die gemordet und gestohlen haben, mit Orden und Ehrenzeichen dekoriert.

Wenn wir jetzt dazu übergehen wollen, um der Not zu steuern Wärmehallen und Massenspeisungen einzurichten, dann müßten wir auch unbedingt dazu greifen, daß den Stadtverwaltungen einschneidende Rechte zugestanden werden. Wir werden in dieser Kommission mit arbeiten, aber auch darnach trachten, daß das herausgeholt werden kann, was herausgeholt

werden

werden muß.

Herr Nessenius meinte, es müßten Engel vom Himmel kommen und den Bauern etwas Mores beibringen. Ach, Herr Nessenius, den Engeln wollen wir man da oben das Feld lassen und wollen selber darnach trachten, daß die Menschen auf Erden ein menschenwürdiges Dasein führen können, und das ist den meisten unter den heutigen Zuständen nicht möglich. Eins ist sicher: Es ist den Bauern ein Dorn im Auge, daß die Stadtverwaltung den Bauern sagen kann, was aus den Ländereien herausgeholt werden kann; sie möchten am liebsten das Rieselgut der Stadt Braunschweig dorthin wünschen, wo der Pfeffer wächst. Selbst wenn es die intimsten Parteifreunde des Herrn Oberbürgermeisters sind, dann schimpfen sie hinter ihm her, daß er das Rieselgut so gut ausgebaut hat. Wir müssen unbedingt, ob wir wollen oder nicht, an die Reichsregierung her-

an-

antreten und müssen auch die Landesregierung auf-
fordern, unbedingt Schritte gegen die Erhöhung des
Umlagepreises einzuleiten. Denken Sie : Mit 11
gegen ³ 1 Stimme ist beschlossen worden, nachdem sich
der Vertreter der Arbeiter dagegen erklärt hatte,
daß der Preis für das Umlagegetreide vervierfacht
werden soll. Nicht allein diejenigen, die gegen
Lohn und Gehalt arbeiten, leiden darunter, sondern
am meisten werden die dadurch gedrückt, die in
Armenpflege stehen, und die kleinen Rentner. Wenn
wir sehen, daß die Sätze für die ebengenannten immer
wieder erhöht werden müssen, so müssen wir auch
bedenken, daß das meiste davon doch den Bauern zu-
geschustert wird, denn ihnen fällt es durch die
hohen Preise der landwirtschaftlichen Produkte
doch zu. Ich habe dieser Tage davon gehört, daß
jemand mit einem Bauern gesprochen hat, der sich
darüber wunderte, daß die Städter keine Birnen mehr
kaufen

kaufen wollen, und als ihm geantwortet wurde, die Bauern sollten sie nur billiger abgeben, da sagte der Bauer: „Ne, de Händler seggt, se steiht up seß Mark. Leiber futtere ick de Swine damit, as dat ick de den Städtern billiger gewe.“ So raffiniert und so raffgierig ist diese Gesellschaft! Not lehrt stehlen! Vielleicht kommt es noch dazu, daß einem Teile dieser Unersättlichen der rote Hahn aufs Dach gesetzt wird, dann wird sich zeigen, wohin sie ihre Reichtümer geschafft haben. Uns und unseren Kindern haben sie das bißchen Milch genommen. Was bedeutet es denn, wenn die Milch bis zu 41 oder 50 Mark kosten soll. Ist eine arme Mutter oder auch die Armenverwaltung in der Lage, für Kinder unter 5 Jahren 1/2 Liter Milch für diesen Preis anzuschaffen? Das ist unmöglich! Die Etats der Armenverwaltung werden eine Höhe annehmen, wie es nie zuvor dagewesen ist, und das haben wir denen

zu

zu verdanken, die fort und fort gesagt haben: „Wir sind die Stützen des Vaterlandes ! Wir sind die Patrioten ! Wir halten das Vaterland hoch !“ Nein, nicht die Stützen des Vaterlandes sind sie, sondern die Totengräber des Vaterlandes ! Die Stützen sind nur diejenigen, die momentan arbeiten und zwar in der Form, daß ihnen als Lohnempfänger an jedem Tage ihre Steuern abgezogen ^{en} ~~wird~~, während der Bauer wenig oder nichts an Steuern eingeliefert hat. Die Bauern sind die Maulwürfe in Deutschland, ^{die es zu Grunde richten} sie sind noch schlimmer als der Friede von Versailles. Der hätte uns nicht zugrunde gerichtet, aber die deutschen Bauern werden das fertig bringen, werden das deutsche Volk in den Abgrund bringen, woraus es nicht wieder herauszuholen ist.

Stadt. B u r g d o r f f : Meine Damen und Herren! Es ist über die Kartoffelversorgung schon manches Urteil gefällt, aber das ist, soweit ich unterrichtet bin, dann meistens von solchen geschehen die sich um die Kartoffelversorgung noch nicht gekümmert haben.

Es ist gesagt worden: Wenn in diesem Jahre keine behördlichen Eingriffe stattfinden und keine Raubzüge unternommen werden, dann wird der hiesige Kartoffelhandel dafür eintreten, daß zur rechten Zeit für die Stadt genügend Kartoffeln vorhanden sind. Bisher hat der Handel diese Probe bestanden, und ^{hat} die nötigen Kartoffeln geliefert. (Zuruf: Aber was für welche!) Auch mit dem Gewerkschaftskartell ist ein Liefervertrag auf 32 000 Zentner Kartoffeln abgeschlossen worden. Die Kartoffelkommission des Gewerkschaftskartells, bestehend aus Angehörigen der sozialdemokratischen Partei, der unabhängig-sozialdemokratischen Partei und der kommunistischen Partei, ist in langen Stunden

Stunden tätig gewesen, daß diese Lieferungs-
möglichkeit überhaupt zustande kam. Wenn Klagen laut ge-
worden sein sollten über die Qualität der gelieferten
Kartoffeln, so sind sie nicht begründet, und wenn
Herr Regener sogar sagte, daß die Kartoffelkommission
einige Waggonn habe zurücksenden müssen (Zuruf:
Einen!), so erkläre ich, daß das nicht wahr ist.
(Zuruf des Herrn Maaf: Diese Mitteilung habe ich
von einem Kommissionsmitgliede) Sie stimmt aber nicht,
und deshalb stelle ich sie richtig. Wenn von ande-
rer Seite gesagt wird, die gelieferten Kartoffeln
wären schlecht, dann möchte ich auf den Ausspruch
eines Schrebergartenbesitzers hinweisen, der Ange-
höriger der Kartoffelkommission ist, also auch zur
sozialdemokratischen Partei gehört. Er sagte: „Wenn
wir in der Lage wären, für besseres Wetter zu sorgen
so daß wir nicht die Feuchtigkeit in der Erde hätten,
wie in diesem Jahre, dann würden wir auch bessere
Kartoffeln schaffen können. Aber das ist uns un-
möglich.“

lich, und wenn die Kartoffeln in diesem Jahre bis zu Weihnachten stehen bleiben könnten, so würden sie doch nicht ausreifen." Das liegt eben an der Witterung und die kann kein Mensch ändern.

Außerdem wurde vorher von einem Herrn erzählt, der nach der Kartellsitzung gekommen ist, bei der auch ein Kartoffelhändler zugegen gewesen ist -- und das war ich. Der Herr ist gekommen und hat eine Hand voll abgeschälte und auseinander geschnittene Kartoffeln vorgezeigt, die mehrere faule Flecke aufwiesen. Darauf ist der Herr gefragt, ob das die ganzen fehlerhaften Kartoffeln seien, die er vorzeigen könnte, worauf er geantwortet hat: Nein, mehrere Zentner. Nun ist der Herrn gesagt, er solle seine Kartoffeln wieder zurückbringen, oder alle die er im Besitz habe, dann solle er sein Geld zurückerhalten. Das hat der Herr nicht tun wollen.

Ich bin bei der Ausgabe der Kartoffeln an die Bezieher oft zugegen gewesen und habe mich darnach erkundigt, wie den Empfängern die Kartoffeln gefielen.

Gut

„Gut“, wurde mir geantwortet. — „Sind Sie zufrieden?“ — „Ja wohl.“ Daß die Kartoffeln schweinend-
gig wären oder dergleichen, das trifft nicht zu.
Natürlich sind die Kartoffeln nicht so sorgfältig
sortiert, wie das vor dem Kriege die Braunschweiger
gewohnt waren, wo noch besondere Salat-Kartoffeln
da sein mußten und jede Kartoffel aussehen mußte
wie ein Ei. Ja, das sind die Folgen der Kriegswirt-
schaft und der Zwangswirtschaft. Da ist die Land-
wirtschaft mit Dreck und Speck nach den Kommunen
gefahren und ist diese Kartoffeln leicht los gewor-
den. Ich möchte Herrn Stadtbaurat Gebensleben zum
Zeugen aufrufen, ob damals nicht unter den Kartof-
feln viele kranke gewesen sind, die die an-
deren angesteckt haben. Dazu kommt es leicht, wenn
über große Mengen Kartoffeln von einer Stelle aus
disponiert werden soll. Man kann das schäferige Ge-
biet der Kartoffelversorgung nicht mit der Versorgung
in Zucker oder einem anderen leicht zu behandelnden

Ar-

Artikel vergleichen. Die Kartoffelversorgung kann nur bis zum Eintritt des Frostes stattfinden, denn während des Frostes können Sie keine Kartoffeln befördern. Soudas viele andere Materialien können Sie zu jeder Jahreszeit verschicken, können sie einlagern — auch das Getreide, können es aufhäufen, können es umschütten, damit es nicht sticht. Rühren , Sie die Kartoffeln zuviel an, so faulen sie, und während Sie in dem einzelnen Haushalt in der Lage sind, die Kartoffeln zeitweise zu prüfen und die faulen — die sich in jedem Jahre unter den Kartoffeln finden — auszulesen, so ist das bei großen Mengen Kartoffeln nicht möglich. Wenn nicht vorsichtig mit diesem Gute verfahren wird, dann würden wir wieder den Erfolg zeitigen, daß man beim Betreten des Kartoffellagers erst hohe Lederstiefel anziehen müßte, um durchwaten zu können, und daß man sich kaum der Menge des Ungeziefers erwehren kann. Das wäre die Folge, wenn Sie große Kartoffelmengen unter der-
gleichen

gleichen Formen in Aufbewahrung nehmen wollten wie andere Artikel der Zwangswirtschaft. Wenn die Herrschaften, die gegen die Kartoffelversorgung gewettert haben, sich einmal die Mühe gemacht hätten (wie ich es im vergangenen Jahre getan habe und wie es auch seitens der sozialdemokratischen Partei mitgemacht ist) mit aufs Land zu fahren, dann würden Sie wissen, unter welchen Mühen die Kartoffeln herangeschafft werden, um sie mit 398 Mark verteilen zu können, und würden über die Versorgung nicht geklagt haben. Auch ich stehe auf dem Standpunkt: Wenn es dem Handel möglich wäre, die Kartoffeln billiger einzukaufen, dann würden wir selber herzlich froh sein, denn es geht dem gesamten Handel so, daß niemand in der Lage ist, den großen Kapitalbedarf sicherzustellen. Auch die Banken können es nicht mehr; Sie wissen alle, daß nicht einmal die Lohnzahlungen mehr richtig vor sich gehen können, es fehlt eben an Geld. (Zuruf: Das liegt bei den Bauern in der Milchkanne!). Wenn wir das Land

Braun-

Braunschweig mit einer chinesischen Mauer zu umgeben
instande wären, so wäre alles, was Sie sagen, gut
und schön. Aber ich kann Ihnen ein Beispiel aus der
Praxis erzählen, aus dem Sie die Verhältnisse, wie
sie liegen, erkennen können: Es werden 10 Wagen auf
einer Station mit Kartoffeln nur aus dem Lande Braun-
schweig beladen. Plötzlich erscheint jemand aus dem
Rheinland und fragt: „Was kosten die Kartoffeln?“
— „Nun, 310 Mark.“ Der Rheinländer sagt: „Ich muß
diesen Wagen Kartoffeln haben, ich gebe 320 Mark.“ —
Der Braunschweiger Händler hat den Preis nicht geben
wollen, der Bauer verkauft den Wagen Kartoffeln an
den Fremden, und in denselben Augenblicke tritt der
höhere Preis auch für die übrigen Wagen auf der Sta-
tion automatisch in Kraft. Selbst, wenn der braun-
schweigische Händler sagt: „Wir zahlen den höheren
Preis nicht, wir haben die Kartoffeln fest gekauft“,
dann ist die Folge, daß ihr gerufen wird: „Schön,
dann bekommt ihr diesen Wagen Kartoffeln, aber in übr-

gen

gen kein Pfund mehr." So sieht die Sache in der Praxis aus. Ich gebe zu, daß mitunter auch unter den Händlern rüddige Schöffe sein mögen, aber den legitimen Handel muß ich in Schutz nehmen. Die Organisation der Händler hat ihren Mitgliedern Hölle und Feuer angedroht, wenn sie sich nicht in erster Linie auf die Versorgung der Stadt Braunschweig mit Kartoffeln einstellen. Wir haben darauf hingewiesen, daß das Staatsministerium in der Lage ist, die erteilte Ankaufserlaubnis jeden Augenblick aus Gründen des volkswirtschaftlichen Bedürfnisses zu entziehen. Wir vertreten den Standpunkt: Wer sich nicht in erster Linie darauf einstellt, die Bevölkerung der Stadt Braunschweig und der übrigen braunschweigischen Städte mit den notwendigen Kartoffeln zu versorgen, der ist volkswirtschaftlich nicht möglich.

Es kommt noch etwas anderes in Betracht: Die Kartoffelbau treibenden Kreise unseres Landes liegen an der Peripherie unseres Freistaates, eine Viertel-
stunde

stunde davon entfernt ist preussisches Gebiet. In Preußen haben die Industrie-Kartoffeln 410 - 420 M gekostet, während in braunschweigischen Lande für dieselben Kartoffeln 340 oder 350 M bezahlt sind. Diese Preisdifferenz tritt schon allein bei der geringen Entfernung auf. Nun frage ich Sie: Verfügen Sie es dahin zu bringen, daß die preussischen Händler nicht in die braunschweigischen Kreise gehen? Das ist bei dem Kartoffelhandel zu berücksichtigen.

Im allgemeinen muß ich sagen, daß die Kartoffelversorgung, wie sie für die Gewerkschaften eingeleitet ist, nicht versagt hat, und die Herren, die etwas dagegen einzubringen haben, die bitte ich, sich mit dem Kartoffelausschuß ~~sich~~ in Verbindung zu setzen und sich Informationen zu holen. Es ist sehr leicht, wenn sich einmal schlechte Kartoffeln in der Lieferung befinden, loszusatteln, aber daß einmal schlechte Kartoffeln sich in einer Lieferung befinden, das

ist

ist nicht zu vermeiden. Würde aber die Lieferung im allgemeinen schlecht sein, so würde sie doch sofort beanstandet werden.

Es ist von gewissen Seiten erklärt worden, man solle es nur den Betreiberäten überlassen, die Abfuhr würden schon Kartoffeln selber holen. Dazu ist zu sagen: Dann bekommen aber nur diejenigen Kartoffeln, die einen solchen Zug mitmachen können, jedoch die Kranken — wenn es auch vorher gesunde Leute gewesen sind — würden nichts bekommen und die Familien auch nicht. Darüber müssen wir uns klar sein: Es muß die Kartoffelversorgung in geregelten Bahnen vor sich gehen, für die eine feste Richtschnur vorliegt. Was sollte sonst im anderen Jahre daraus werden, wenn man den Bauern die Saatkartoffeln angreift, wie man das im vergangenen Jahre getan hat! Wir glaubten sicher zu gehen, wenn wir den Gewerkschaftskartell die Sache bis ins kleinste vorlegten — und nicht die Schlechtesten von Ihnen sind dazu gekommen —, wenn

Wir

wir die Unkosten mit ihm durchsprachen und übereinkamen, daß die Kartoffeln zu 398 M ausgegeben werden. Dabei ist ausbedungen worden: Wenn die Erzeugerpreise in die Höhe oder in die Tiefe gehen sollten, so würde sich das entsprechend ausgleichen lassen. Wenn wir trotz der guten Ernte die Preisbewegung nach oben haben, so können wir nicht verhindern, daß wir in gewissen Grenzen diese Preisbewegung mitmachen müssen; der Händler muß eben kaufen, um überhaupt Kartoffeln zu haben. In der Zeit der Zwangswirtschaft ist es so gewesen, daß wir Graupen und sonstige Sachen bekommen haben, wenn es keine Kartoffeln gegeben hat, heute aber müssen tatsächlich Kartoffeln da sein, und daß sie zur Lieferung kommen, ist unser schnelles Eingreifen zu verdanken. Wären wir nicht gleich losgefahren, dann wäre der größte Teil der hiesigen Kartoffeln nach ^{dem} Industriegebiete verkauft. Gegen die Versorgung des Industriegebietes können wir nichts haben, selbstverständlich müssen auch die er-

folgen, aber wir wollten es nicht mitmachen, daß, wie damals, jetzt wieder die hiesigen Kartoffeln nach Westfalen gehen und für die Braunschweiger Kartoffeln von Pommern bezogen werden; die braunschweigischen Kartoffeln sind diesmal wirklich zum Teil im Lande geblieben. An der Preisbildung war von uns aus nichts zu machen, und wenn sich die Preise verschieben, dann wird diese Preisaktion im Ausschuß durchgesprochen. Ich glaube, daß dieser Weg, wie wir ihn gewählt haben, der einwandfreiste ist, den man überhaupt gehen kann, und deshalb sollte man nicht ohne weiteres in öffentlichen Versammlungen Anklagen erheben, die man zu beweisen nicht in der Lage ist.

Wenn hier nun im allgemeinen zu der Frage „Preisgestaltung“ Stellung genommen worden ist, so hat man dabei bisher eins vergessen, nämlich die Wertung unserer Mark in der großen Welt; und daran können wir hier in Stadtparlamente nichts bessern; auch die braunschweigische Landesregierung kann es nicht und

selbst

selbst die Reichsregierung ist in dieser Frage bis zu einer gewissen Grenze machtlos. Wir könnten uns hier die Lunge aus dem Halse reden, dennoch würden diejenigen, die wir unsere Feinde nennen müßten, nur darüber lachen und würden einfach sagen: Wir haben zu bestimmen und wünschen es so/und/so. Von uns ist die Preisbewegung nach oben nicht aufzugeben möglich, und auch nicht die damalige Aufhebung der Bezirkseinteilung ist schuld an dem hohen Preise der Milch. Wir wären nicht auch dann in der Lage gewesen, die Preisbildung nach oben einzuschränken, wenn wir für die Milchabgabe die Bezirkseinteilung beibehalten hätten. Das ist noch heute meine Meinung, gerade so wie damals.

Wenn Herr Nessenius auch dem realen Handel etwas an Zeugnissen geflickt hat, dann möchte ich sagen: Ich wäre heute lieber Werkmeister als selbständiger Gewerbetreibender, dann bräuhete ich mir nicht solche opfeschmerzen zu machen, wie ich das Geld für die

Lohn-

Lohnzahlungen zur Stelle bekommen. Wir müssen 74,40 M für die Stundenarbeit bezahlen und jede Ladung erfordert eine gewisse Ausladezeit. Diese Unkosten sind doch auch zu berücksichtigen. Ich habe seinerzeit in der Lohndeputation gesagt: Wenn die Teuerung fortschreitet, müssen wir den Beamten und Arbeitern geben, was sie haben müssen, und dürfen uns nicht daran klammern, daß wir mit dem nun einmal aufgestellten städtischen Etat nicht auskommen. Aber Sie dürfen das, was den Arbeitern gezahlt werden muß, auch nicht außer acht lassen, wenn Sie höhere Preise für Kartoffeln geben müssen.

Auch das Vermiegen muß richtig vorgenommen werden — auch darüber soll bei der Kartoffelversorgung Klage geführt sein. Dazu muß ich bemerken: Ich glaube alle Sicherungen getroffen zu haben, daß uns deswegen kein Vorwürf gemacht werden können. Ich kann jeden unserer Arbeiter aufrufen, damit er bezeugt, daß das Gewicht richtig gemessen ist. Ehe solche Vorwürfe
gemacht

gemacht werden, wende man sich lieber erst an den Kartoffelausschuß, der wird dann schon die nötigen Aufklärungen geben.

Herr Regener hat bemerkt: Wenn die Frachterhöhung am 1. Oktober komme, dann würde der Preis für die Kartoffeln auf 500 M steigen. Darauf kann ich Herrn Regener erklären, daß die Fracht für Kartoffeln in dieser Zeit nicht erhöht wird, sondern dieselbe bleibt wie vorher, und an den Preisen der Kartoffeln auf dem Lande können Sie nichts ändern, und wenn Sie anderer Meinung sind, dann möchte ich Sie bitten mit aufs Land zu fahren und einzukaufen, vielleicht werden Sie Ihr Urteil dann noch revidieren.

Ich glaube nach all diesem berechtigt zu sein, die Bemerkungen über die Lieferungen für das Gewerkschaftskartell dahin richtigstellen zu dürfen, daß berechnigte Klagen nicht vorliegen, und betreffend des Einzelfalles, wo 2 Kartoffeln faulige Flecke gehabt haben, habe ich schon erwähnt, daß die 6 Zentne.

zurückgenommen und das Geld dafür zurückgegeben werden sollte. Mehr kann doch niemand tun -- wir sitzen doch nicht in jeder einzelnen Kartoffel. Aber so, wie es hier dargestellt wurde, sind die Lieferungen nicht. Sorgen Sie für besseres Wetter, dann werden Sie bessere Kartoffeln bekommen! Wir wünschen, wir könnten sie bekommen, wie aus dem Ei gepellt; das ist aber leider nicht möglich.

Bürgermeister M e y e r : Meine geehrten
Herrschaften ! Herr Maaß hat am Schlusse seiner
Ausführungen Vorwürfe gegen die Ortskohlenstelle
erhoben, die ich nicht unwidersprechen lassen kann.
Die Ortskohlenstelle hat zwei Aufgaben : Die erste
ist die, die ihrer Verwaltung unterliegenden Brenn-
stoffe auf die städtische Bevölkerung zu verteilen,
und das geschieht durch Ausgabe der Kohlenkarten
und Bezugsscheine. ~~E~~ Gegen diese Tätigkeit der
Ortskohlenstelle sind Vorhaltungen nicht erhoben.
Die zweite Aufgabe der Ortskohlenstelle besteht
darin, die Höchstpreise festzusetzen, und das ist
der Punkt, den Herr Maaß vorhin zum Gegenstand
seiner

seiner Vorwürfe gemacht hat, die ich aber als un-
richtig zurückweisen muß. Die Preise für die Kohlen
werden zunächst von einer Reichszentralstelle fest-
gesetzt und als Einkaufspreise für die Kohlenhändler
den Zechen unterbreitet. Diese Verkaufspreise der
Zechen ändern sich leider sehr oft, und das liegt
an den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen.
Die Löhne steigen in kurzen Zwischenräumen, ebenso
wie den Zechen nötigen anderen Sachen, und so muß
in verhältnismäßig kurzer Zeit der Preis der Kohlen
wieder gesteigert werden. Daneben sind für die
Preisfestsetzung in Braunschweig wichtige Momente :
die Fracht, die Unkosten in Braunschweig selbst und
die

die Umsatzsteuer. Alle diese Punkte sind nicht einmal, sondern xmal in der Ortskohlenstelle erneut erörtert und die Parteigenossen des Herrn Maaß haben in eingehender Weise mitgewirkt, um die Unkosten in Braunschweig so möglichst genau festzustellen. Das ist nun aber nicht leicht, denn auch in Braunschweig ist alles im Fluß. Wenn ein Kohlenhändler für seinen Betrieb Pferde hält, mit ihnen dieses und jenes zu besorgen hat, die Kosten für Lager und Personal beachtet werden müssen, so ist es oftmals sehr schwer, die für einen Zentner Kohlen erwachsenden Betriebsunkosten festzustellen, es ist sogar denkbar, daß die Kommission und der Beirat einen fehlsamen Schluß

zieht

richt. Daß ein Irrtum in dieser Weise vorgekommen
kann, erkenne ich an, aber darüber habe ich noch
keine Vorwürfe gehört, daß der Zusatz, der zu den
Einkaufspreisen gewährt werden muß, damit die Leute
überhaupt Handel treiben können, unangemessen zu-
sammengesetzt wird. Ich würde das auch einstweilen
bestreiten und den Gegenbeweis abwarten.

Im übrigen aber liegen die Verhältnisse so,
daß wir keinen solch direkten Einfluß auf den Han-
del haben, daß wir verlangen könnten, ein Kohlen-
händler müsse die bei ihm lagernden Kohlen bis zu
einem bestimmten Tage ausverkauft haben. So etwas
wäre schlechterdings unmöglich. Die Höchstpreise

gelten

gelten von einem bestimmten Tage an, und die neue Preisfestsetzung hat fast immer ihren Grund in bestimmten äußeren Vorgängen, sei es, daß der Einkaufspreis bei den Zechen sich geändert hat, sei es, daß Lohnerhöhungen bei den Transportarbeitern vorgenommen sind oder daß sonst irgend etwas sich geändert hat. Die Frachttarifsätze der Eisenbahn werden vom 1. Oktober ab leider steigen, und dadurch wird der Zentner Kohlen um 25 - 4 30 M teurer werden. Wenn Sie Kohlenhändler wären, dann würden Sie es auch nicht ertragen, daß Sie die neu eingehenden Kohlen zu demselben Preise verkaufen sollten, wie er vorher gegolten hat. Es würde keinen

Kohlen-

Kohlenhändler geben, der dann nicht 6000 M (wenn ich 30 M für jeden Zentner annehme) aus seiner Tasche zulegte, wenn er einen Waggon Kohlen von 200 Ztr. zum alten Preise liefern würde. Der Kohlenhändler verdient erst, wenn er die gesteigerten Unkosten auf die Einkaufspreise aufgeschlagen hat. So ist es in der ganzen Welt bei jedem Handel, sonst würde er zugrunde gehen.

Nun muß ich in einem Punkt Herrn Maaß recht geben : Es kommt vor, und wohl sogar regelmäßig, daß in dem Augenblick, von dem an der höhere Preis gilt, bei den Kohlenhändlern noch gewisse Lager vorhanden sind, und es ist auch möglich, daß viel-

leicht

leicht absichtlich das Lager hochgehalten wird.

Das zu verhindern, ist leider der Ortskohlenstelle nicht möglich; sie ist nicht das richtige Organ, das hier eingreifen könnte. Der einzelne Verbraucher könnte ein solches Vorkommnis als Wucher ansehen und beim Wucheramt zur Anzeige bringen, aber die Ortskohlenstelle ist nicht der geeignete Ort dafür.

Im Ubrigen muß ich noch sagen — und das bin ich den Kohlenhändlern schuldig : Im allgemeinen ist die Steigerung der Einkaufspreise bei den Zechen, die schuld daran waren, daß die Höchstpreise

herauf=

heraufgesetzt werden mußten, so erfolgt, daß auch die Kohlenhändler rückwirkend davon betroffen wurden, besonders dann, wenn es sich um Lohnverhandlungen zwischen den Zechen und den Arbeitern handelte, was x-mal vorgekommen ist. Dann ist die Festsetzung des Lohnes für eine schon vergangene Zeit, also rückwirkend, erfolgt (wenn am 15. des betreffenden Monats der Beschluß gefaßt war, dann sollte der erhöhte Lohn schon vom 1. desselben Monats an gelten), und die Kohlenhändler sind gezwungen gewesen, die schon bei ihnen am Lager befindlichen Kohlen aus dieser Zeit noch nachträg-

lich

lich mit dem höheren Preise auszugleichen, während sie hier die Nachzahlung nicht einholen konnten. Sie würden sich als Verbraucher bedanken, wenn Sie für Kohlen, die Sie zu 100 M gekauft haben, noch einmal herangezogen würden, um 10 M nachzuzahlen, weil die Kohle bei den Zechen hinterher einen höheren Preis bekommen hat. Das würde die Ortskohlenstelle auch nirgend dulden. Energisch zurückweisen muß ich es aber, daß das Zurückbehalten einer größeren Menge von Kohlen durch einen einzelnen Kohlenhändler oder durch den gesamten Kohlenhandel, um dadurch einen höheren Preis zu bekommen, von der Ortskohlenstelle begünstigt worden wäre, im Gegen-

teil

teil, die Ortskohlenstelle kämpft dagegen an. Ich würde eine solche Meldung, wonach das Bestreben besteht, sich auf diese Weise einen unerlaubten Vorteil zu schaffen, unweigerlich an die andere Stelle weitergeben, und bitte Herrn Maaß, mir Nachricht zu geben, wenn er derartiges erfährt; einen solchen praktischen Fall werden wir verfolgen.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Herr Lehnert hat vorhin gesagt, die Kartoffel sei kein Nahrungsmittel, sie sei nur ein Mittel, um den Magen zu füllen, und sei nur gut dazu, um Schnaps daraus zu brennen. Wenn diese Meinung richtig wäre, dann brauchten wir uns nicht solange über die Kartoffeln zu unterhalten, und ich glaube, Herrn Lehnert ist das auch nur in seinem Eifer entfahren, ohne daß er es so meinte. Selbstverständlich ist die Kartoffel ein wertvolles Nahrungsmittel, das natürlich aber nicht als einzige Nahrung zu verwenden ist, es müssen die notwendigen Eiweißstoffe noch dazutreten. Diese kohlehydrathaltigen Nahrungsmittel wie die Kartoffel sind imstande, hochwertige eiweißhaltige ~~andere~~ Nahrungsmittel zu sparen. Andererseits möchte ich mich dagegen aussprechen, die Kartoffeln besonders für die Schnapsbereitung zu empfehlen. Es ist von Wichtigkeit, daß unsere Nahrungsmittel nicht durch Schnapsbereitung dem Genuß durch die Menschen entzogen werden. Es ist ent-

entschieden ein Fehler der Reichsregierung, daß sie wertvolle Nahrungsmittel, wie Kartoffeln und Gerste, wieder zur Herstellung von alkoholischen Getränken in weitgehendem Maße zur Verfügung stellt. Ich möchte daran erinnern, daß von maßgebender Seite, insbesondere von der Münchener Ärzteschaft nach dem Kriege dagegen geredet worden ist, daß die hochprozentigen Biere gebraut werden, wodurch die Alkoholkrankheiten wieder zugenommen haben. Ich möchte bitten, daß der zu wählende Ausschuß der früheren Schließung der Restaurationslokale, der möglichen Verminderung der Schnapsverkaufsstätten und der Verminderung der Herstellung hochprozentiger Biere seine Aufmerksamkeit schenkt.

Ich möchte nun noch ganz kurz hinweisen auf einen Punkt, der mit der Brennstoffversorgung im Zusammenhange steht. Es ist mehrfach durch die Zeitungen darauf hingewiesen, daß in diesem Winter wieder wegen des Kohlenmangels die Schließung der

Schulen

Schulen notwendig werden würde. Dazu möchte ich vorschlagen, daß eine andere Maßregel ergriffen wird als im letzten Winter, nämlich daß es so gemacht wird wie in anderen Städten, wo verschiedene Schulen in dieser Zeit zusammengelegt werden. Hier war es so, daß sämtliche Schulen geschlossen waren. Es ist für die Familien nicht sehr angenehm, wenn die Schulkinder in der Zeit, wo die Beschaffung des Heizmaterials schwierig ist, monatelang dem Schulbetriebe entzogen werden, und auch für die Erziehung und Ausbildung ist das nicht dienlich. Diese Unannehmlichkeiten ließen sich einschränken, wenn man Vormittags- und Nachmittagsunterricht einrichtet und die zusammengelegten Schulen abwechselnd einen Tag um den andern die Schullokale benutzen läßt. Soweit ich gehört habe, würden auch die Lehrer mit einer solchen Maßnahme einverstanden sein.

Stadtrat S e h a p e r : Herrn Stadtverordneten Dr. Schultze möchte ich kurz erwidern, daß in früheren Jahren, als auch die Schulen nur ganz wenig Kohlen hatten, immer mehrere Schulen zusammengelegt worden sind. Im vorigen Jahre hat die Unterbrechung des regelmäßigen Unterrichts nur wenige Wochen -- vierzehn Tage oder nicht einmal solange -- gedauert, und deshalb haben wir gesagt, es sollten in der Zeit, als ganz strenge Kälte herrschte, die Schulen ganz geschlossen werden, um recht viele Kohlen zu sparen. Das von Herrn Dr. Schultze vorgeschlagene Verfahren ist sonst immer üblich gewesen, wenn es an Kohlen mangelte. 4 Schulen sind zusammengenommen zur Benutzung einer Schule als Unterrichtslokal während mehrerer Stunden vormittags oder nachmittags. Der vorgebrachte Wunsch ist also ~~schon~~ ^{worden} ~~im voraus~~ immer erfüllt gewesen, nur im letzten Jahre war es anders.

Stadtv. L e h n e r t : Wenn ich vorhin gesagt habe, daß die Kartoffeln dazu gut wären, den Magen zu füllen, so meinte ich natürlich, wenn die anderen nötigen Sachen dazukommen, wie Milch und Eiweißstoffe. Wenn wir aber nur Kartoffeln bekommen, dann ist uns damit auch nicht gedient. Daß wir ohne Kartoffeln ^{bei} ~~das~~ der Ernährung des Volkes nicht auskommen, weiß ich selbstverständlich, aber die Landwirte sehen es lieber, daß die Kartoffeln zu Schnaps verbrannt werden, als daß sie zur menschlichen Nahrung abgegeben werden. So steht es mit der Sache und nicht anders.

V o r s i t z e n d e r : Ich bitte um Vorschläge aus jeder Fraktion für die Wahl des Ausschusses.

Stadtv. Herberich schlägt die Herren Burgdorf u. Dr. Karl Carl vor.

Stadtv. S t e g m a n n : Ich möchte bitten, diese Wahl zurückzustellen bis zum Schluß der Sitzung.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Ich möchte mich dagegen aussprechen, daß von unserer Seite Vorschläge gemacht werden, durch die sich unsere Partei festlegt, weil wir uns über diese Sache noch nicht entschlossen haben.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Ich bitte, die Wahl heute vorzunehmen; die Kommission muß sofort arbeiten.

Stadtv.

Stadtv. S t e g m a n n : Es ist vorgeschlagen worden, 9 Personen in die Kommission zu wählen, aber es ist nicht gesagt, wie die Mitglieder der Kommission auf die einzelnen Parteien verteilt werden sollen.

(Zuruf des Stadtv. M a r t h : Jede Fraktion 2, die kommunistische Partei 1.)

Stadtv. S t e g m a n n (fortfahrend) : Wenn die Wahl heute vorgenommen werden muß, wäre es vielleicht praktisch, eine Pause von 5 Minuten eintreten zu lassen.

Der V o r s i t z e n d e unterbricht die Verhandlungen auf 5 Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung schlägt Herr Stadtv. H e r b s t die Stadtverordneten Melzer und Dr.Kahlert vor.

Zu dem letztenen Vorschlag bemerkt der

Vor-

V o r s i t z e n d e : Herr Dr. Kahlert wird in der nächsten Sitzung hier als Stadtverordneter wieder eintreten. Er hat sich früher als Stadtverordneter bei den Volksspeisungen rühmlichst betätigt.

Stadtv. M u n t e schlägt die Stadtverordneten Fräulein Wolters und Sauerbier vor,

Stadtv. M a r t h die Stadtverordneten Schmerbach und Frau Schulze,

Stadtv. S t e g m a n n die Stadtverordneten Regener und Maaß.

Stadtv. S t e g m a n n : Außerdem möchte ich beantragen, daß, falls ein Mitglied der neuen Kommission behindert ist, ein anderes Mitglied der Fraktion den Betreffenden vertreten kann.

Als

Als der V o r s i t z e n d e Frau Stadtv. Böhm um einen Vorschlag für ihre Partei ersucht, und fragt, ob sie nicht Herrn Stadtv. Sievers vorschlagen wolle, erklärt Herr Stadtv. § D i e t e r - m a n n :

Herr Sievers gehört nicht mehr zur kommunistischen Partei.

Da Frau Stadtv. Böhm in der Stadtverordnetensitzung nur noch allein die kommunistische Partei vertritt, wird sie als von dieser Partei für die Wahl in die neue Kommission vorgeschlagen angesehen.

Der V o r s i t z e n d e nimmt das Einverständnis der Versammlung mit den gemachten Wahlvorschlägen an und ruft den folgenden Punkt der Tagesordnung auf.

Stadtv. S t e g m a n n : Noch ein Wort zu der Wahl des Ausschusses. Der Finanzausschuß hat noch den Wunsch ausgesprochen, daß der neue Ausschuß bei den Hilfsaktionen des Wohlfahrtsamts mitwirken soll. Ich möchte bitten, daß dies zum Beschluß der Versammlung erhoben wird.

V o r s i t z e n d e r : Der Ausschuß tritt zusammen und arbeitet mit den Ratsmitgliedern. Es wird dabei sich noch manche Sache ergeben, die zu regeln ist, zum Beispiel, welcher Kredit der Kommission einzuräumen ist. Wir werden uns also später noch mit diesen Sachen zu befassen haben. Lassen Sie uns heute nicht noch einmal auf den Punkt zurückgehen und damit die Geschäftsordnung durchbrechen.

3. Ankauf von Tischen, Schränken und Nähmaschinen
aus der früheren Causseschen Schule.

Stadtv. Fräulein W o l t e r s : Die Industrie- und Gewerbeschule von Fräulein Causse auf der Bertramstraße wird am 1. Oktober aufgelöst und das Inventar soll verkauft werden. Es sind verschiedene Gegenstände des Schulinventars der Stadt zum Kauf angeboten, die sehr notwendig für die städtische Fortbildungsschule gebraucht werden. Herr Fortbildungsschuldirektor Heinemann hat unter Zuziehung von Sachverständigen eine Auswahl der von der Stadt zu erwerbenden Sachen getroffen, und darnach handelt es sich um 13 Nähmaschinen, 3 Tische und 4 Schränke, für die insgesamt der Preis 39 650 M betragen soll. Wenn der Preis auch dem Werte der Sachen angemessen ist, so ist doch ein wesentlicher Vorteil für die Stadt mit dem Ankauf dieser gebrauchten Sachen verbunden, denn der Preis für Neuanschaffungen wäre beträchtlich höher. Der Rat der Stadt ist für

diesen

diesen Ankauf eingetreten und der Schulausschuß hat sich einstimmig auf denselben Standpunkt gestellt. Ich bitte die Stadtverordneten, gleichfalls für den Ankauf zu stimmen.

Der Ankauf der bezeichneten Sachen für die Stadt wird beschlossen.

(Punkt 3)

4. Neuregelung der Anstellung der Trichinenschauer des städtischen Schlachthauses.

Stadtv. S a u e r b i e r : Die Anstellung der im hiesigen Schaubezirk im Schlachthause tätigen Trichinenschauer ist bisher durch die Polizeidirektion geschehen. Es ist nun aber in Übereinstimmung mit anderen Städten auch hier die Erfahrung gemacht, daß es praktisch wäre, wenn die Anstellung der Trichinenschauer künftig durch den Rat der Stadt erfolgt. Für diese Neuregelung spricht, daß bei Anstellung der Trichinenschauer durch den Rat der Stadt im Wege des Privatvertrages die bisher übliche und in die heutigen Verhältnisse nicht mehr passende Entlohnung nach der Stückzahl der untersuchten Schweine fortfällt und an ihre Stelle eine monatliche feste Vergütung tritt. Außerdem ist es nach der Neuregelung möglich, die Trichinenschauer an Tagen, in denen nur eine geringere Anzahl von Schlachtungen stattfindet, auch im Büro des

Schlacht-

Schlachthausen nutzbringend zu verwenden, was bei der bisherigen Bestellung durch die Polizeidirektion nicht möglich war. Außerdem läßt die geschehene Einführung der Trichinoskop-Untersuchungen ein festes Arbeitsverhältnis der Trichinenschauer als wünschenswert erscheinen. Die für die Neuregelung sprechenden Zweckmäßigkeitsgründe sind von der Polizeidirektion, dem Landestierarzt und der Direktion des Schlachthausen anerkannt worden und die Trichinenschauer selbst haben bereits wegen ihrer Gehaltsregelung bei der Anstellung ihre Wünsche geäußert. Auch das Ministerium ist den Wünschen des Rates entgegengekommen und hat auf Antrag des Rates hin den § 2, Absatz 4 des Gesetzes vom 1. Mai 1905 über die Trichinenschau durch Abänderungsgesetz vom 11. August d. J. dahin ergänzt, daß in Gemeinden mit Schlachthauszwang bezüglich der Bestellung der Trichinenschauer und der Entziehung der Befugnis zur Trichinenschau nunmehr durch

Orts-

Ortssatzung besondere Bestimmungen erlassen werden können.

Der Rat der Stadt schreibt zum Schluß in seiner Vorlage : „Von der uns sonach zustehenden Befugnis haben wir Gebrauch zu machen beschlossen und ersuchen die Stadtverordneten, den in der Anlage beigefügten Entwurf der von uns beschlossenen Satzung zu genehmigen.“

Die Satzung selbst ist sehr kurz; sie lautet :

„Auf Grund des Gesetzes vom 1. Mai 1905 über die Trichinenschau sowie die zum § 2, Absatz 4 dieses Gesetzes erlassene Ergänzung vom 11. August 1922 werden
wird mit Zustimmung der Stadtverordneten folgende Bestimmungen erlassen.

§ 1.

Die Bestellung der Trichinenschauer im Schaubezirk Braunschweig geschieht im Wege des Privatdienstvertrages durch den Rat der Stadt. Der Rat der Stadt kann jederzeit die Entziehung der Befug-

nis

nis zur Trichinenschau verfügen.

§ 2.

Diese Satzung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft."

Ich habe Ihnen namens des Rechtsausschusses zu empfehlen, dem Ersuchen des Rates um Genehmigung dieser Satzung zu folgen.

Die „Satzung über die Bestellung der Trichinenschauer im städtischen Schlachthause zu Braunschweig“ wird von der Versammlung genehmigt.

5. Gewährung eines Zuschusses an den Verein
Volkslesehalle.

Stadtv. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren!
Es ist Ihnen bekannt, daß die Volkslesehalle seit
einigen Jahren sich in finanzieller Verlegenheit
befindet und wiederholt seitens der Stadt und des
Staates Unterstützungen bekommen hat. Trotz der
vorgenommenen Bewilligungen zeigt ^{ihr} letzter Kassen-
abschluß einen Fehlbetrag von 87 938,38 M, und es
handelt sich heute darum, wie dieser Fehlbetrag
gedeckt werden soll. Es haben Verhandlungen zwi-
schen dem Staat und der Stadt stattgefunden und
darnach hat sich der Staat bereit erklärt, ein
Drittel des sich ergebenden Fehlbetrages regelmäßig
zu decken, während die Stadt zwei Drittel des Fehl-
betrages zu tragen sich bereit erklären soll.
Die Regierung hat bereits ihr Drittel für das ab-
gelaufene Jahr angewiesen und für die Stadt blieben
nun noch 58 626,25 M. Zuschuß zu übernehmen. Da es

für

Es für die Volkseleshalle nicht ratsam ist, den Fehlbetrag in das neue Jahr hineinzuschleppen, was eine neue Zinsenbelastung für die Lesehalle ausmachen würde, so wird von ihr dringend gebeten, recht bald den genannten Betrag anzuweisen und damit die Sache aus der Welt zu schaffen. - Der Rat hat diesem Antrage zugestimmt, die Finanzkommission auch, und ich bitte Sie namens des Finanzausschusses, die Bewilligung auszusprechen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich darf die geehrten Herrschaften darauf hinweisen, daß die Entwicklung dieser Sache ein lehrreiches Beispiel dafür ist, daß man mit treuem Festhalten an dem ursprünglich ins Auge gefaßten Ziel auch schließlich zum Ergebnis kommt. Der Vertreter der Regierung hatte ~~wider~~ wiederholt, auch in der Sitzung der Lesehalle, den der Regierung gemachten Vorschlag für unannehmbar bezeichnet. Jetzt haben wir den Schlußstrich zu ziehen, und die Abmachung, wonach die Stadt zwei Drittel und der Staat ein Drittel des Fehlbetrages in der jährlichen Abrechnung der Lesehalle zu tragen hat und die sich auch auf das verflossene Geschäftsjahr erstreckt, wird gewiß für die Lesehalle die Grundlage für eine gedeihliche Weiterentwicklung abgeben. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrage zuzustimmen.

Die 58 626,25 M werden bewilligt.

(Kinnel 57)

6. Erhöhung der Vergütung für Reinigung der Schulgebäude.

Stadtv. S t u k e n b e r g : Meine Damen und Herren! Auf die Erhöhung des Stundenlohnes für die Reinmachefrauen im Rathause auf 26,80 M mit rückwirkender Kraft vom 1. August d.J. ab muß naturgemäß auch eine Neuregelung der Kosten für die Schulreinigung folgen. Der Rat der Stadt hat beschlossen, daß diese Vergütung an die Schuldienere so bemessen werden soll, daß sie imstande sind, den Hilfspersonen einen Stundenlohn von 24 M zu zahlen. Ferner ist geprüft worden, ob und in welchem Maße erhöhte Beträge für Beschaffung der Reinigungsmittel eingestellt werden müssen. Nach den Berechnungen des Städtischen Hochbauamts ergibt sich unter Zugrundelegung des neuen Vergütungssatzes die Jahressumme von 1 741 662,05 M. Bisher beliefen sich die Schulreinigungskosten auf jährlich 755 003 M. Der Rat der Stadt ersucht

die

die Stadtverordneten, die nach den vorgeschlagenen neuen Sätzen nötige Jahressumme für Reinigung der Schulräume zu bewilligen und die Bewilligung rückwirkend vom 1. August d.J. ab eintreten zu lassen.

Der Schulausschuß hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und bittet Sie, dem Antrage des Rates zuzustimmen.

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'W. Rautenberg', is written in a cursive style on the right side of the page.

Die neuberechneten Kosten für Schulreinigung
werden bewilligt.

7. Vermietung von Räumen der Schule Diesterweg-
straße zur Einrichtung eines Kanalbauamts.

Stadt v. G a r t u n g : Meine Damen und Herren!
Die Reichs-Wasserstraßen-Verwaltung beabsichtigt, in
nächster Zeit zur Inangriffnahme der Vorarbeiten für
den Bau des Mittellandkanals auf der Strecke Peine-
Braunschweig ein Kanalbauamt in hiesiger Stadt ein-
zurichten. Der Rat der Stadt ist vom Staatsministe-
rium ersucht worden, geeignete Räume zur Verfügung
zu stellen. Da nun ~~an~~ der Schule an der Diesterweg-
straße drei Klassenzimmer nicht benutzt sind und
auch voraussichtlich in nächster Zeit nicht benötigt
werden, hat der Rat nach Anhörung der Direktion der
Städtischen Bürgerschulen beschlossen, diese drei
Klassenzimmer, die im Erdgeschoß liegen, zur miet-
weisen Benutzung zur Verfügung zu stellen. Es ist
unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordneten
mit der Elbstromverwaltung vereinbart worden, daß sie
sämtliche

sämtliche Kosten für die nötigen baulichen Veränderungen, die im Einvernehmen mit dem städtischen Hochbauamt zu machen sind, zu tragen hat. Nach Beendigung des Kanalbaues sind die Räume in ihrem ursprünglichen Zustand wieder zurückzugeben. Der Mietpreis ist vorläufig auf jährlich 3000 Mark festgesetzt. Auch die Kosten für Beheizung der Zimmer hat die Mieterin anteilig zu tragen.

Der Bauausschuß hat in seiner Sitzung dem Vertrage zugestimmt, und ich bin beauftragt, Ihnen zu empfehlen, auch Ihrerseits die Zustimmung dazu zu geben.

Gartmann

*Die Versammlung stimmt dem Abschlusse des
bezeichneten Vertrages zu. .*

Punkt 7.

8. Anfrage G ö t z e, betreffend die Koksverteilung,

Wortlaut der Anfrage: In einem großen Teile des Publikums herrscht noch immer Unruhe und Unzufriedenheit inbezug auf die Koksverteilung. Es besteht die Befürchtung, daß Personen, welche sich kürzlich ohne Marken mit 6 Zentner Koks eingedeckt haben, nun auch noch durch günstige Lage ihrer Nummern außerdem mit 3 Zentnern jetzt versehen werden, während andere, die jene 6 Zentner nicht erhalten haben, sich überdies ausgerechnet haben, daß ihre Nummern nicht vor Februar 1923 zum Zuge kommen. Hat der Rat Mittel und Wege, dieser Unannehmlichkeit abzu-
helfen?

Stadt v. Frau Götze: Aus eigenen persönlichen Erfahrungen bin ich selbst nicht in der Lage, über diese angeregte Sache nähere Auskunft zu geben, aber aus Verbraucherkreisen ist an mich das Ersuchen gerichtet, die Verhältnisse hier bekannt zu geben. Vor einigen Monaten wurden seitens der Ortskohlen-
stelle

stelle ohne vorherige Bekanntgabe in den Tageszeitungen 6 Zentner Koks ohne Marken zur Verteilung gebracht. Der Abnehmerkreis war infolge der Nichtveröffentlichung der Verteilung ein beschränkter und bestand vermutlich nur aus Bekannten, Verwandten und Freunden derjenigen, die der Verteilungsstelle nahe stehen. Vor einigen Wochen wurde von der Kohlenverteilungsstelle in den Tageszeitungen bekanntgegeben, daß auf gewisse Nummern 3 Zentner Koks abgegeben werden. Es liegt nun die Vermutung sehr nahe, daß ein Teil derjenigen Personen, welche bei der markenfreien Verteilung berücksichtigt wurden, auch jetzt wieder bedacht werden konnten, weil vielleicht deren Kartennummern an der Reihe waren. Die Kartennummern von anderen Einwohnern aber werden, nach den Veröffentlichungen der Verteilungsstelle zu schließen, wohl erst im Februar 1923 an die Reihe kommen.

Dieses Vorgehen wird mir gegenüber als eine Ungerechtigkeit bezeichnet und es wird dabei hingewiesen, auf einige alleinstehende kränkliche Damen,

die

die selbst mit einem Handwagen zur Taubenstraße gehen, dort stundenlang in Sturm und Regen auf einen einzelnen Zentner Koks warten und dabei noch mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß die Verteilung beendet ist, bevor sie an die Reihe kommen. Es wird nun gebeten, daß die bislang noch nicht berücksichtigten Nummern zu einem bedeutend früheren Zeitpunkt als im Februar bedacht werden.

Ich habe mich für verpflichtet gefühlt, diese Ausstellungen und Wünsche hier zur Sprache zu bringen, und bitte Herrn Bürgermeister Meyer, mitzuteilen, ob eine Änderung in dieser Sache möglich ist.

Bürgermeister M e y e r: Die Ortskohlenstelle hat mit dieser ganzen Sache nichts zu tun, voraussichtlich wird aber Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r in der Lage sein, eine Antwort zu geben.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Vielleicht ist es mir durch meine Beantwortung der Anfrage möglich, Frau Professor Götze auf einen anderen Standpunkt zu bringen. Die Sache liegt so:

Im Mai dieses Jahres -- das ist Ihnen bekannt -- ~~ist infolge des Mangels~~ ^{an dem großen} an Kohlen bei der Bevölkerung das Gerücht aufgekommen, es würden auf dem Rathause Bezugscheine auf Gaskoks ausgegeben. Es fand eine förmliche Überrumpelung des Rathauses durch einen kolossalen Menschenandrang statt, bis auf den Ruhfäutchenplatz haben die Leute gestanden, und wir waren heilsfroh, daß wir einigermaßen Ordnung dadurch schaffen konnten, daß wir Anträge entgegennahmen und Geld einzahlen ließen. Diese Leute sind denn auch im Laufe der Zeit alle beliefert, jeder hat 6 Zentner bekommen. Nun haben wir bei der Beratung über die neue Verteilung, die in der Ihnen bekannten Weise vor sich geht und bei der immer 3 Zentner auf jede Nummer abgegeben werden, auch die Frage erörtert, wie wir uns denen gegenüber verhalten sollen.

sollen, die damals 6 Zentner Koks bekommen haben. Ich glaube nicht, daß wir jetzt noch in der Lage sind, nachzuforschen, wer damals beteiligt gewesen ist. Kein Kaufmann ist in der Lage, zu sagen, an dem und dem Tage habe ich dem und dem soundsoviel verkauft. Ich will mich aber erkundigen, und wenn die Möglichkeit vorliegen sollte, jetzt noch die Personen zu ermitteln, die damals 6 Zentner bekommen haben, dann wollen wir sie bei der nächsten Verteilung ausschließen; bei der jetzt stattfindenden Verteilung das noch zu berücksichtigen, ist ~~das~~ meiner Ansicht nach nicht mehr möglich, und 3 Zentner ist ja auch ziemlich wenig.

8. Anfrage Götze, betreffend den Bezug von Weißbrot
für Kranke, alte Leute und kleine Kinder nach dem
1. Oktober.

In Verbindung damit:

Anfrage Gartung, betreffend den gleichen Gegenstand.
Wortlaut der Anfrage Götze: „Wie bekannt wird, sollen
zum 1. Oktober die Vergünstigungen zum Bezuge von
Weißbrot für Kranke und alte Leute aufhören. Was ge-
denkt der Rat zu tun, um die in dieser Maßregel für
viele liegende große Härte zu mildern?“

Wortlaut der Anfrage Gartung: „Welche Maßnahmen
gedenkt der Rat zu treffen, um den Kranken, Wöchner-
innen, alten Leuten und kleinen Kindern den Bezug
von hellem Weißbrot auch nach dem 1. Oktober zu er-
möglichen?“

Stadt, Frau G ö t z e (Zur Begründung ihrer Anfrage) Es ist bekannt, daß durch die Aufhebung der bezeichneten Vergünstigung an manchen Stellen große Not entstanden ist; ich brauche das nicht weiter auszuführen. Es gibt viele, denen es nach dem 1. Oktober unmöglich sein wird, Weißbrot zu beziehen obwohl sie es zu ihrer Ernährung nötig haben, denn ein Brot aus weißem Mehl soll ja 80 M kosten. Die von den bisherigen Beziehern benutzten Marken sind bis zum 1. Oktober abgestempelt, und seit 14 Tagen gibt es kein Krankenbrot mehr. Nun ist mir aber von vielen Seiten gesagt, in den Restaurants gebe es schöne Weißbröte (aus Erfahrung kann ich nicht sprechen), von dem die Gäste ad libitum nehmen und essen könnten — natürlich müssen sie es nachher bezahlen. Da sage ich mir: Irgendwo ist doch weißes Mehl zu haben; könnte davon nicht etwas für die Kranken und für die alten Leute reserviert werden. Es ist doch für sie furchtbar schlimm, daß sie den hohen Preisen ausgeliefert werden.

Stadto. G a r t u n g (Zur Begründung seiner Anfrage): Meine Damen und Herren! Als bekannt wurde, daß die Abgabe auf Marken dieses hellen Brotes für Kranke und alte Leute, für Wöchnerinnen und Kinder aufhören sollte, ging ein Schrei der Entrüstung durch alle Schichten der Bevölkerung. Der Rat hat es verstanden — das muß man anerkennen —, ziemlich 8 Jahre lang diese Vergünstigung aufrecht zu erhalten, jetzt aber soll das verschwinden. Man mußte nicht, ob man der Meinung sein sollte, ob diese Angelegenheit mit dem Vertrage von Versailles verbunden wäre oder ob die Reichsgetreideordnung in ihren Verordnungen so streng vorgegangen wissen will, daß in Braunschweig der Selbstversorgung ein Knebel angelegt wird. Ich habe das Zutrauen zu Herrn Stadtrat von Frankenberg, der nicht umsonst den Namen Rat hat und auch sonst immer Rat weiß, daß er aus diesen unglückseligen Verhältnissen einen Ausweg finden wird. Ich möchte dazu einen Fingerzeig geben. Die

Reichs-

Reichsgetreideordnung schreibt eine 85 %ige Ausmahlung vor und für Kranken- und Kinderbrot eine 65 %ige Ausmahlung. Es wäre nun jedenfalls zu machen, daß man die 20 % als Nachmehl, als Zusatz zur Herstellung des Brotes verwendete. Das würde besonders in diesem Jahre von Vorteil sein, wo die Körnerernte miserabel schlecht eingekommen ist und unter der Ungunst der Verhältnisse das Mehl zu leiden hat, und es würde dadurch ermöglicht, ein einigermaßen bekömmliches Brot herzustellen. In ähnlicher Weise ist in Berlin Stellung genommen. Das Brot würde durch den Zusatz von Nachmehl nicht verschlechtert, sondern verbessert. Sollte das, was ich eben angab, nicht zu machen sein, so würde ein Ausweg dadurch zu finden sein, daß man das Nachmehl als freies Mehl verkaufte, und sich für den Ertrag mit freiem hellen Weizenmehl eindeckte. Die Differenz würde bei jedem Doppelzentner 2000 M ausmachen, und das müßte bei der Bewirtschaftung des Mehles wieder herauszuholen gesucht werden.

werden. Welchen Weg der Rat der Stadt einschlägt, das will ich ihm überlassen und bin der Zuversicht, daß Herr Stadtrat von Frankenberg in dieser Sache Wandel schaffen wird; er würde sich dadurch den Dank der ganzen Bevölkerung erwerben, daß er diesen Bezug für alte und kranke Leute wieder in Gang bringt. Sie kommen unter Tränen und versichern, sie könnten ohne das helle Brot nicht leben, aber die jetzigen Kosten dafür aufzubringen, sei ihnen nicht möglich. Bei den Mehlpreisen, die heute schon 10 - 11,000 M für den Doppelzentner erreichen, muß im freien Handel ein Preis von 80 bis 100 M für ein helles Brot genommen werden, während es bisher für 23 M zu haben war. Es würde gewissen Kreisen der Bevölkerung viel genommen werden, wenn es ihnen nicht mehr möglich ist, sich mit hellem Weißbrot zu ernähren. Ich möchte bitten, die Ergreifung von Maßregeln zur Ermöglichung des Weiterbezuges solchen Brotes durch die Kranken in wohlwollende Erwägung zu ziehen.

Gartung.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Im Juli ging uns vom Direktorium der Reichsgetreidestelle die Mitteilung zu, daß mit Zustimmung des Reichsministers für Landwirtschaft vom 1. Oktober ab die Herstellung von Krankennehl im Wege der Getreidegesellschaft ~~aufhören~~ ^{man} aufhören solle. Ich kann nicht leugnen, daß ich mit lebhaftem Befremden und größter Sorge diese Mitteilung entgegengenommen habe, zumal ihre Begründung mir nicht stichhaltig zu sein schien. Sie war damit begründet, daß der Preis für Auslandsmehl inzwischen ein sehr hoher geworden wäre. Ich war der Ansicht, daß ^{man} gerade deshalb, weil dieser Preis und ebenso der Preis für markenfreies Mehl ein sehr hoher geworden war, um so mehr Veranlassung gehabt hätte, festzuhalten an einer Einrichtung, die — wie Herr Gartung eben ganz richtig gesagt hat — sich ganz ausgezeichnet als Bollwerk gegen Unterernährung bei Kranken und alten Leuten bewährt hat. Ich habe deshalb im Rat der Stadt vorgetragen, daß es zweck-

nä-

mäßig sein würde, diese ^{nnz} liebsame Bestimmung wieder über den Haufen zu werfen. Wir hier allein können das nicht, obgleich wir eine Selbstverwaltung haben. Wir dürfen uns über diese Vorschriften nicht hinwegsetzen, aber ich habe sowohl in Versorgungsverbände als in Getreideausschuß diese Sache zur Sprache gebracht und mich auch sofort mit dem Vertreter der Landesgetreidestelle in Verbindung gesetzt. Von ihm habe ich die Nachricht erhalten, daß er sich mit einsetzen will, diese Bestimmung wieder zu beseitigen, und das wird das einzige Mittel sein, um gründliche Abhilfe zu bringen.

Herr Gartung hat darauf hingewiesen, daß ^{durch} die Verwendung der 20 % als Nachmehl und Mischen mit regelrecht ausgemahlenem Getreide ein Ausweg zu finden ist. Aber auch hierfür ist jetzt eine große Schwierigkeit vorhanden: Um Krankmehl herstellen zu können, müssen wir Weizen haben, und der ist nach den einstweiligen Dispositionen der Landleute schwer zu.

zu haben. Es wird nichts weiter übrig bleiben, als das Umlageverfahren in der Weise weiter auszubauen, daß es sich in bezug auf Erfassung des Weizens der früheren Handhabung nähert, daß es also nicht ins Belieben der Landleute gestellt wird, wieviel Weizen sie abliefern wollen, sondern daß der Notbedarf für Schwache, Kranke und alte Leute abgeliefert werden muß. Kehrt man anstelle des Umlageverfahrens in dieser Art zur Zwangsverwaltung zurück, so ist das kein Rückschritt, sondern für die Gesundheit der Bevölkerung ein wesentlicher Fortschritt. Ich würde mich freuen, wenn ich in dieser Beziehung das Vertrauen des Herrn Garton gerechtfertigen könnte.

10. Anfrage Wolters, betreffend Wiedereinrichtung einer Milchuntersuchungsstelle.

Wortlaut der Anfrage: „Vor dem Kriege bestand in hiesiger Stadt eine Milchuntersuchungsstelle. Allwöchentlich wurde in den Zeitungen veröffentlicht, welcher Milchhändler die beste und welcher die schlechteste Milch in der verflossenen Woche geliefert hatte. Ist der Rat der Stadt in der Lage, darauf hinzuwirken, daß eine solche Stelle wieder eingerichtet wird?

Stadts. Fräulein W o l t e r s : (zur Begründung) Meine Damen und Herren! Wir stehen heute der Tatsache gegenüber, daß die Milch nicht nur teuer, sondern auch schlecht ist; es ist niemals soviel getauft worden wie jetzt. Ich erinnere mich ganz genau, daß vor dem Kriege Milchprüfungsstellen bestanden haben und alle Woche ⁱⁿ den Zeitungen Berichte über die Milchuntersuchungen gebracht wurden. Ist es heute noch möglich, eine solche wöchentliche Untersuchung

der

der Milch stattfinden zu lassen, oder glaubt man die Milchhändler zu sehr zu kränken, wenn man die von ihnen feilgebotene Milch einer Untersuchung unterzieht? Man kann jetzt so viel Milch beziehen, wie man will, aber sie ^{ist} so schlecht, daß man sie von Magermilch kaum unterscheiden kann. Wenn es möglich ist, die Milchhändler auf die früher angewandte Weise einer öffentlichen Kritik zu unterziehen, so wird dieses **S**aufen der Milch, was Herr Lehnert früher schon erwähnt hat, entschieden nachlassen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Die Milch-
untersuchungsstelle, die Fräulein Wolters meint, ist
bei der Polizeidirektion seit langen Jahren eingerichtet.
Die Herrschaften wissen, daß wir alljährlich der
Polizeidirektion einen Zuschuß aus städtischen Mitteln
zahlen, ohne darüber unterrichtet zu sein, wo diese
und andere Untersuchungen durchgeführt werden. Ich
habe noch vor kurzer Zeit Listen der Polizeidirektion
in der Hand gehabt, aus denen hervorging, daß bei den
einzelnen Milchhändlern wochenweise festgestellt war,
wie groß der Fettgehalt der Milch war, die sie zu
Markte gebracht haben, und ich darf verraten, daß da-
bei das Rieselgut günstig~~er~~ abschnitt im Vergleich
zu zahlreichen Händlern und Molkereien, bei deren
Milch sich der Fettgehalt lange nicht so hoch stellte
wie bei der Milch vom Rieselgut, obgleich es sich bei
der von dort stammenden Milch nicht um eine Vorzug-
oder **K**indermilch handelte, sondern um einfache Voll-
milch. Es wird zweckmäßig sein, sich mit der Poli-

zeidirektion

zeidirektion in Verbindung zu setzen, um zu erreichen, daß die Milchuntersuchungen, deren erzieherischen Wert Fräulein Wolters ganz richtig einschätzt, wieder erfolgen. Ich zweifle nicht, daß die Polizeidirektion bereit sein wird, einem solchen Wunsche stattzugeben. Soviel werden wir wohl beanspruchen können, daß bei dem so sehr gestiegenen Preise der Milch die gesundheitlichen Anforderungen, die an sie gestellt werden müssen, nicht allzusehr abnehmen und sich der Wassergehalt in gewissen Grenzen hält. Ich werde dem Rat gern Vorträge darüber halten, daß bei der Polizeidirektion angeregt wird, die früheren Milchuntersuchungen wieder aufzunehmen.

11. Anfrage Boehm, betreffend die Verwendung des
Flugplatzlandes am Roten Kamp.

Wortlaut der Anfrage: „Ich möchte die Anfrage an den Rat der Stadt richten, ob es wahr ist, daß das Land auf dem Flugplatze am Roten Kamp zum Schafehüten verpachtet ist.“

Stadtv. Frau B o e h m (zur Begründung): Meine werten Anwesenden! Mir ist mitgeteilt worden, daß das Land auf dem Flugplatze am Roten Kamp zum Schafehüten verpachtet ist. Wenn diese Nachricht zutreffend ist, so könnte ich eine solche Maßnahme nicht verstehen, und zwar aus dem Grunde, weil ich weiß, daß Mangel an Land vorhanden ist und viele Leute sich vergebens bemühen, um Land zu bekommen. Daß hier Land zum Schafehüten verpachtet ist, finde ich nicht in der Ordnung und möchte den Rat um Aufklärung bitten.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Diese Anfrage kommt mir nicht unerwünscht, und zwar aus folgenden Gründe. Es trifft zu, daß das Flugplatzgelände, daß wir für die Fliegerei haben brach liegen^{lassen} müssen, von dem Reichsversorgungsamt - also nicht vom Rat der Stadt - zu Weidezwecken verpachtet ist; ich glaube das wenigstens, denn ich selbst habe dort schon Schafe weiden sehen. Es wird also richtig sein, was Frau Boehm sagte. Wir haben schon vor einiger Zeit im Rat der Stadt darüber gesprochen, ob es sich, nachdem die Fliegerei auf dem Flugplatze eingestellt ist, noch verantworten lassen, 100 - 150 Morgen Land brach liegen zu lassen; da doch außerordentlich viel Reflektanten vorhanden sind, die gern einen Schrebergarten haben möchten. Wir würden dort immerhin noch 900 Schrebergärten einrichten können, also 900 Familien mit einem solchen Fleckchen Land beglücken können, und daß wird von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein. Vor einem Jahre

hätte

hätte man mit einem solchen Gedanken nicht kommen dürfen, sonst wäre der Betreffende sofort als rückständig verschrien worden. Es würde ihm gesagt worden sein: Die Fliegerei ist von so kolossaler Bedeutung für unsere Stadt, daß alle Mittel angewandt werden müssen, um sie zu fördern. Nun aber haben wir die Erfahrung gemacht, daß wie überall, so auch hier die Fliegerei eingestellt ist. Die Deutsche Luftrederei hat uns vor längerer Zeit mitgeteilt, daß Flugzeuge über Braunschweig nicht mehr verkehren könnten, weil sie so wenig benutzt würden, daß diese Linie zu den schlechtesten von allen zu rechnen wäre. Dabei sei die Unterstützung vom Reiche so gering, daß die Luftrederei den Verkehr auf einigen Linien einstellen müsse, und dabei wäre es erklärlich, daß man zuerst den Verkehr auf denjenigen Linien einstellte, die am wenigsten benutzt würden. Die Luftrederei wäre aber gern bereit, sobald die Verhältnisse sich geändert hätten, den Verkehr auf dieser Linie wieder einzurichten. Es

würde

würde früher auf Bremen verwiesen, und gemeint, daß man da in hervorragender Weise vorgegangen wäre.

aber
Wenn ich/nicht irre, habe ich gelesen, daß auch der Flugplatz in Bremen stillgelegt worden ist, daß also auch da die Fliegerei nicht die Ausdehnung gefunden hat, die man sich versprochen hatte. Der Rat der Stadt hat nun für notwendig gehalten, die Luftverkehrsstelle zu einer Äußerung aufzufordern; wir werden also abwarten, was die schreibt, und dann wollen wir die Stadtverordnetenversammlung über diesen Fall gutaechtlich hören. Schon in der nächsten oder übernächsten Sitzung werden Sie mit der Frage sich zu beschäftigen haben, ob diese Fläche in der Erwartung, daß die Fliegerei wieder in Gang kommt, noch länger brach liegen gelassen werden soll, oder ob es zweckmäßiger ist, in Bälde dort Schre~~z~~bergärten einzurichten.

12. Antrag Boehm, betreffend Abgabe von verbilligter Milch an Minderbemittelte.

Nortlaut des Antrages: Möchte den Rat der Stadt ersuchen, für die Kinder der minderbemittelten Bevölkerung (bis zu 4 Jahren) Milch zu billigeren Preise zu verabfolgen.

Stadtv. B o e h m (zur Begründung): Meine verehrten Herrschaften! Es ist schon vorhin darüber gesprochen worden, daß die Milch verbilligt werden soll, wohl um 8 M, aber das gibt nicht die Gewähr, daß die Bevölkerung wirklich darauf Anspruch haben^A. Ich habe gestern in den Braunschweigischen Anzeigen gelesen, daß das Einkommen der Bezugberechtigten auf 24 000 M festgesetzt worden ist. Entweder ist das ein Druckfehler (was ich annehmen muß) oder ich muß fragen: Denkt denn der Rat der Stadt, daß es überhaupt in der Bevölkerung noch Leute gibt, die ein Einkommen von 24 000 M haben? Es gibt kaum noch eine Reinemacheform

die

die nur 24 000 M Einnahmen im Jahre hat. Es kommen für diesen Satz höchstens die in Frage, die Armenunterstützung haben. (Zuruf: Kleinrentner!) Die haben keine kleinen Kinder von 1 - 4 Jahren, Herr Jahns. Wenn dieses Einkommen als maßgebend festgesetzt wird, dann kommt fast niemand für den Bezug der verbilligten Milch in Frage. Wenn die Milch verbilligt werden soll, dann muß ein höheres Einkommen als Grenze festgesetzt werden, 150 000 M ist schon sehr niedrig, es sind das schon ärmsten der Armen. Mit einer Festsetzung von 24 000 M als Grenze ist nichts geholfen.

Der Antrag B o e h n wird auf Anfrage des Vorsitzenden aus der Versammlung genügend unterstützt und der Vorsitzende überweist ihn dem Finanzausschuß.

13. Antrag Boehm, betreffend Neuregelung des Zuckerverkaufs, insbesondere der Zuckerversorgung der Kinder bis zu 4 Jahren.

Wortlaut des Antrages: „Ferner möchte ich beantragen, daß eine andere Regelung des Zuckerverkaufs vorgenommen wird, daß die Kinder bis zu 4 Jahren mindestens ~~1~~ 1/2 Pfund pro Woche erhalten und zur Kontrolle die Kinderkarte gilt.

Stadtv. Frau B o e h m (Zur Begründung): Das es jetzt mit dem Bezug von Zucker sehr schlecht ~~ist~~ steht, wissen Sie alle, meine verehrten Herrschaften. Wenn nun auch ein jeder angewiesen ist, Zucker für die Ernährung zu verbrauchen, so sind doch die Leute am schlimmsten dran, die Kinder bis zu 4 Jahren haben. Es ist schon gesagt, daß manche von ihnen Milch nicht mehr kaufen können, und nun werden Zwiebäcke gekauft,

aber

aber es genügt doch nicht, sie etwas in Wasser aufzuweichen, ohne ein bißchen Zucker dazuzunehmen. Alles, was an Zucker da ist, wird als Auslandszucker verkauft. Er ist also furchtbar teuer und selbst für viel Geld ist noch nicht einmal Zucker zu haben. Da müßte eine Regelung geschaffen werden, Für die kleinen Kinder werden Kinderkarten ausgegeben und die könnten bei dem Bezug von Zucker für diese Kinder zur Kontrolle benutzt werden.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Ich würde empfehlen, diesen Antrag dem ^{neuen} ~~neuen~~ Ausschuß zu überweisen.

Vorsitzender: Das ist nicht üblich, es müßte doch einer der 4 Hauptausschüsse sein. Der Finanz-
ausschuß paßt nicht ^{nicht} und der Bauausschuß doch erst
recht nicht. - Welchem Ausschuß soll ich den Antrag
überweisen? (Sicherhafte Zukunft!)

Stadtv. Frau B o e h m: Ich möchte bitten, die Sache nicht ins Lächerliche zu ziehen. Die Not der Bevölkerung in dieser Sache ist groß, das werden Sie zugeben müssen, wenn ich Ihnen sage, daß 75% aller Kinder unterernährt sind.

Der Vorsitzende überweist den Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung.

14. Zuschuß an den Sparverein für Konfirmanden.

Bürgermeister M e y e r: Der hier in der Stadt seit langen Jahren bestehende Sparverein für Konfirmanden hat sich in einem Schreiben an den Rat der Stadt gewandt, in dem er um Unterstützung seitens der Stadt bittet, um sich am Leben erhalten zu können. Der Zweck des Vereins wird Ihnen allen bekannt sein: Es soll ^{durch} ~~an~~ den einzelnen Familien Gelegenheit gegeben werden, für ihre Kinder im verschulspflichtigen oder schulpflichtigen Alter kleine wöchentliche Spareinlagen zu machen, die dann in einer Summe beim Abgang des Kindes aus der Schule, also meistens bei der Konfirmation, ausgezahlt werden. Das Geld wird von den Eltern dann dazu angewandt, um den Kindern eine klei-

ne

ne Aussteuer zu schaffen, mit der sie dann ins Leben treten können. Das ist jedenfalls ein gemeinnütziger Zweck, und es gehören dem Verein auch fast sämtliche Kinder der städtischen Schulen an. Nun muß man allerdings zugeben, daß die ersparten Beträge im Vergleich zu dem, was heute bei dem Abgang des Kindes aus der Schule an Ausgaben erforderlich wird, als gering erscheinen, aber immerhin ist den Familien daran gelegen, eine solche Spargelegenheit zu haben, und sie freuen sich, wenn sie eine verhältnismäßig große Summe ausgezahlt bekommen. Die Verwaltung des Vereins ist bisher zu einem großen Teile ehrenamtlich ausgeführt und nur zu einem geringen Teile gegen

Ent-

Entgelt, nämlich die Zentralstelle ist in die Hand eines früheren Bankbeamten gelegt, dem eine Besoldung bekommt. Das hat in den früheren Zeiten einige tausend Mark betragen, und der Verein hat das bei seinem ganzen Aufbau erübrigen können. Durch die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse ist auch die finanzielle Lage des Sparvereins für Konfirmanden eine andere geworden. Die Einnahmen haben sich nicht wesentlich vermehrt, aber durch die höheren Gehaltsansprüche, die der Hauptkassierer an den Verein stellen müßte, haben sich die Ausgaben des Vereins ungeheuer erweitert. Während früher 4 - 5000 Mark genügten, beansprucht er jetzt ungefähr 70 000 Mark. Es ist begreiflich, daß unter diesen Umständen der

der Verein in eine ungeheuere schwierige Lage gekommen und vor die Frage gestellt worden ist, seine ganze Tätigkeit einstellen oder um eine Unterstützung von gewissen Seiten nachzusuchen, und so hat man sich mit der Bitte um einen Zuschuß an die Stadt, und an das Staatsministerium gewandt. Der Rat der Stadt und die Finanzkommission, der ich von dieser Eingabe des Sparvereins schon Mitteilung gemacht habe, sind der Ansicht, daß man eine Unterstützung des Vereins durch die Stadt wohl eintreten lassen könnte, wenn auch der Staat bereit ist, etwas für den Verein zu tun. Es handelt sich in der Hauptsache darum, dem genannten zentralen Beamten des

Ver-

Vereins eine ordnungsmäßige Besoldung geben zu können, und es ist angenommen, daß das etwa nach der 7. Gehaltsgruppe zu geschehen hätte. Wir waren der Ansicht, daß die Stadt zu diesem Gehalt wohl etwa die Hälfte zuschießen könnte, wenn der Staat aus seiner Tasche den gleichen Betrag zuschieße. Ich bitte Sie seitens des Rats und des Finanzausschusses, daß die Herrschaften diesem Beschlusse zustimmen.

Die Versammlung stimmt diesem Antrage des Rates zu.

(Punkt 14)

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

B e r i c h t
über die Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 19. Oktober 1922.

Verhandlungsgegenstände:

1. Pachterhöhungen für das Bürgerparkrestaurant, für das Stadtparkrestaurant und für den Ratskeller.
2. Anträge B ö h m , betreffend Abgabe von verbilligter Milch an Kinder Minderbemittelter und Neuregelung des Zuckerverkaufs, insbesondere Versorgung der Kinder bis zu 4 Jahren.
3. Änderung der Satzung über Erhebung einer Vergnügungssteuer.
4. Bewilligung weiterer Mittel zur Unterstützung der Kleinrentner.
5. Erhöhung der Teuerungszulagen für Ruhelohneempfänger, Witwen- und Waisengeldempfänger.

Registrator.

6. Bewilligung von Mitteln zur Erneuerung des Kühlers eines Kraftwagen der Feuerwehr (Desinfektion).
7. Erhöhung der Schlachthausgebühren.
8. Zuschuß aus der Jüdelstiftung an das Jugendheim der Frauengruppe für soziale Arbeit.
9. Erhöhung der Gebühren für Einäscherung und Hallenbeleuchtung in der Feuer^{be}stattungshalle.
Damit verbunden :
Antrag St e g m a n n , betreffend Übernahme des Friedhofes und Neuordnung des Bestattungswesens.
10. Gewährung eines Zuschusses für Mitbenutzung eines privaten Röntgenapparates.
11. Bewilligung von Mitteln zur Erneuerung des Röntgenapparates im städtischen Krankenhause.
12. Einführung einer Leihgebühr bei der Stadtbibliothek.
13. Instandsetzung der Tür und des Gittertors der Markthalle.

14. Bewilligung eines Zuschusses zur Vorführung belehrender Filme durch die Deutsche Lichtbildgesellschaft.
15. Erhöhung des Schornsteins in der Markthalle.
16. Erhöhung des dem Ausschuß für die Vermittlung von Altmobiliar gewährten Darlehns.
17. Erhöhung der Mitgliederbeiträge für drei Vereine
18. Versicherung des Gaswerks und der Neustadtmühle gegen Feuersgefahr.
19. Erhöhung der Gebühren in den städtischen Badeanstalten.
20. Antrag Dr. S c h u l t z e, betreffend die Ermöglichung des diesjährigen Eisbahnbetriebes im Bürgerparke.
21. Anfrage N e s s e n i u s , betreffend Fertigstellung stillgelegter Bauten, die Errichtung von Neubauten im kommenden Jahre und die Aufnahme von Notstandsarbeiten bei vermehrter Arbeitslosigkeit.

22. Anfrage G r ä f, betreffend die Anwendung des Teiltarifs für die städtischen Angestellten, *und die Entlassung einer Anzahl städt. Angestellten*

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister Retemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadtrat von Frankenberg, Stadtbaurat Gebensleben, Stadtrat Schaper, Stadtrat Vogler, sowie die Stadträte Bartels, Herbst und Pinnow.

Es fehlen die Stadtverordneten Jahns, Gartung, Frau Graf, Dr.Jasper, Munte.

Vorsitzender F r e d e : Ich eröffne die heutige Sitzung und heiße zunächst Herrn Dr.Kahlert als neu eingetretenes Mitglied der Versammlung willkommen.

Seitens des Deutschen Sprachvereins ist eine Einladung eingegangen zu einer allgemeinen Versammlung am nächsten Mittwoch, 8 Uhr abends. Das Thema, das dort in einem Vortrag behandelt wird, lautet : „Der Kampf gegen das Behörden-Deutsch“, ein solches
Thema

Thema interessiert uns wohl alle.

Sodann ist ein Dankschreiben des Herrn Oberst a.D. Heinrich Meyer, ^{eingegangen} das folgendermaßen lautet :

„Dem Rat der Stadt spreche ich meinen tiefgefühlten Dank dafür aus, daß Herr Stadtarchivar Prof. Dr. Mack mir den Glückwunsch des Rates der Stadt zu überbringen beauftragt worden ist. Ebenso danke ich dem Rat dafür, daß dem Herrn Archivrat Dr. Zimmermann als Redakteur des Braunschweigischen Magazins die Geldmittel bewilligt worden sind, um zu meinem 80. Geburtstage eine Sondernummer dieses Blattes drucken lassen zu können. Den Dank dafür bitte ich auch an die Herren Stadtverordneten gütigst weitergeben zu wollen.“

Weiter liegen verschiedene Anfragen und ein Antrag vor.

Ein Antrag des Herrn Stadtverordneten ^{Dr.} Schultze lautet :

„Der Rat der Stadt wird ersucht, durch geeignete Maßnahmen (Bereitstellung von Arbeitskräften) die

die Durchführung des Eisbahnbetriebes im Bürgerpark in diesem Winter zu ermöglichen."

Herr N e s s e n i u s stellt folgende Anfragen :

- 1) Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, damit schnell die stillgelegten Bauten in der Stadt fertiggestellt werden,
- 2) daß trotz der immer gespannter werdenden finanziellen Lage zur Bekämpfung der Wohnungsnot im kommenden Jahre doch Neubauten errichtet werden ?
- 3) Sind schon Vorarbeiten erledigt, um Notstandsarbeiten bei vermehrter Arbeitslosigkeit vornehmen zu können ?

Eine Anfrage des Herrn G r ä f heißt :
„Kann der Rat der Stadt darüber Auskunft geben, wie weit die Verhandlungen betr. Übernahme des Teiltarifs für Angestellte gediehen sind ?

Ich

Ich werde den Anfragern und dem Antragsteller nach Schluß der Tagesordnung Gelegenheit geben, die Anfragen und den Antrag zu begründen. Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Pachterhöhungen für das Bürgerparkrestaurant,
für das Stadtparkrestaurant und für den
Ratskeller.

Stadtv. G r ä f : Meine Damen und Herren ! Die ~~Bearbeitung~~ Beratung dieses Punktes ist schon einmal von der Tagesordnung abgesetzt worden, weil noch einige Unklarheiten vom Rat der Stadt zu berichtigen waren. Jetzt hat der Rat der Stadt eine neue Vorlage aufgestellt, die mit der ersten nicht identisch ist. Es heißt darin folgendermaßen :

„Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und die finanzielle Lage der Stadt erfordern eine Erhöhung der von den Pächtern der drei städtischen Restaurants zu zahlenden Pachten. Das Jahrespachtgeld beträgt zurzeit für das Bürgerparkrestaurant 6000 M., für das Stadtparkrestaurant 8000 M und für den Ratskeller 7000 M. Nach den mit den Pächtern gepflogenen Verhandlungen sind dieselben sämtlich zur Zahlung einer höheren Pacht bereit, und zwar haben

haben/geboten

1) der Inhaber des Bürgerparkrestaurants für das laufende Winterhalbjahr eine Pacht von 6000 M und für das Sommerhalbjahr 1923 eine Pacht von 12 000 M. Er hat gleichzeitig erklärt, daß er das Pachtverhältnis über den 30. September 1923 hinaus nicht fortsetzen möchte.

2) der Pächter des Stadtparkrestaurants für das laufende Winterhalbjahr 6000 M und für das Sommerhalbjahr 1923 12 000 M.

Unter Hinweis auf die hohen Ausgaben für Heizung und den verhältnismäßig geringen Besuch des Restaurants hat er daneben gebeten, sich damit einverstanden zu erklären, daß er in dem begonnenen Winterhalbjahre wochentags seinen Betrieb geschlossen halten dürfe.

3) Der Pächter des Ratskellers für die Zeit vom 1. Januar 1923 ab eine Jahrespacht von 30 000 M. Er hat mit diesem Angebot das Ersuchen verknüpft, den Pachtvertrag dahin zu ändern, daß die für

eine

eine Lösung des Verhältnisses festgelegte Kündigungsfrist von 3 Monaten auf 6 Monate verlängert werde."

Der Rat der Stadt hält die gemachten Gebote für angemessen und hat auch gegen die daneben gestellten Anträge keine Bedenken. Er ersucht deshalb, zuzustimmen, daß

1. die Angebote angenommen werden,
2. dem Pächter des Stadtparkrestaurants die bezeichnete Betriebs~~z~~beschränkung gestattet und
3. dem Pächter des Ratskellers die Einführung einer halbjährigen Kündigungsfrist zugestanden wird.

Diese neue Vorlage hat uns in der letzten Rechtsausschußsitzung beschäftigt. Zu der Weiterverpachtung des Bürgerparkrestaurants habe ich noch zu erwähnen, daß in der früheren Vorlage beantragt war, den Restaurateur Felten mit in das Pachtverhältnis eintreten zu lassen -- was Ihnen

wohl

~~wohl nicht bekannt ist~~ --, daß aber der Rechtsausschuß sich einstimmig dahin erklärt hat, daß er hiermit nicht einverstanden sein könne, sondern er gibt der Versammlung anheim, zuzustimmen, daß bei einem Ablauf der Pachtzeit des jetzigen Pächters des Bürgerparkrestaurants die Verpachtung neu ausgeschrieben werde.

Im großen und ganzen hat der Rechtsausschuß gegen die neue Vorlage keine Einwendungen zu erheben gehabt und bittet Sie, der Vorlage zuzustimmen.

Bürgermeister M e y e r : Meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch eine Aufklärung geben über das, was der Herr Referent zuletzt über die Verhältnisse des Bürgerparkrestaurants gesagt hat. Ich habe den Beschluß des Rechtsausschusses so verstanden, daß eine Ausschreibung und Neuverpachtung dieses Restaurants eintreten soll nach Ablauf des Pachtverhältnisses mit dem jetzigen Pächter, daß aber der Versammlung vorgeschlagen werden soll, sich einverstanden zu erklären mit einer jährlichen Pachtsumme von 8000 M für das laufende Winterhalbjahr und 12 000 M für das kommende Sommerhalbjahr.

Stadtv. G r ä f : Die Auffassung des Herrn
Bürgermeisters stimmt mit der des Rechtsausschus=
ses überein. Die Verpachtung des Bürgerpark=
restaurants läuft bis zum 30. September 1923, dann
gedenkt Herr ~~S~~ruß von der Pachtung zurückzutreten,
und vorher müßte dann natürlich die Verpachtung
ausgeschrieben werden.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung zu den
vorgetragenen Ratsanträgen.

V o r s i t z e n d e r : Herr Jahns, der
Referent für Punkt 2 : „Satzung zur Erhebung einer
Schankerlaubnisabgabe“ ist erkrankt. Es hat wohl
auch niemand den Auftrag, das Referat zu erstatten ?
(Zuruf Lehnert: Ist vertagt!)

2. Anträge B ö h m, betreffend Abgabe von
verbilligter Milch an Kinder Minderbemittelter
und Neuregelung des Zuckerverkaufs, insbesondere
Versorgung der Kinder bis zu 4 Jahren.

Stadt v. Frau G ö t z e : Es liegen zwei Anträge von Frau B ö h m zur Behandlung vor, an die sich die geehrte Versammlung wohl noch erinnern wird, ich möchte sie aber doch noch einmal verlesen. Sie lauten:

„Möchte den Rat der Stadt ersuchen, für die Kinder der minderbemittelten Bevölkerung (bis zu 4 Jahren) Milch zu billigerem Preise zu verabfolgen.

Ferner möchte ich beantragen, daß eine andere Regelung des Zuckerverkaufs vorgenommen wird, daß die Kinder bis zu 4 Jahren mindestens 1/2 Pfund Zucker pro Woche erhalten und zur Kontrolle die Kinderkarte gilt.“

Im Finanzausschuß haben wir uns eingehend mit den im Antrage bezeichneten Punkten beschäftigt und dabei zeigte sich, daß man auf allen Seiten über die jetzt so ungeheuer verteuerten Milchpreise ent-
rüstet

rüstet war. Wir sind dann zu dem Beschluß gekommen, daß in der Weise vorgegangen wird, daß dem Rate der Stadt eine Resolution der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet wird, die folgendermaßen lautet:

„ Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt aufs schärfste die nach ihrer Meinung unbegründete ungeheuerere Preissteigung der Milch und ersucht den Rat, ungesäumt bei der Reichs- und Landesregierung vorstellig zu werden, daß Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, dieser Treiberei Einhalt zu tun, nötigenfalls unter Wiedereinführung der Zwangswirtschaft.

Zwecks Verbilligung der Milch zur Ernährung der Kinder der minderbemittelten Bevölkerung wird der Rat ersucht, sich mit der Landesregierung zur Beschaffung weiterer Mittel in Verbindung zu setzen.

In ähnlicher Weise wolle der Rat in Bezug auf die Zuckerbeschaffung vorgehen.“

Wenn in dieser Weise vorgegangen wird, so wird das Übel an der Wurzel getroffen. Wenn wir dagegen
anfangen

anfangen würden, größere Summen zur besseren Versorgung der in Frage kommenden Kinder zur Verfügung zu stellen; so würde das die allgemeine Not derjenigen, die auf Milch angewiesen sind, nicht zu beheben im Stande sein. Die Finanzkommission ist einstimmig zu der Ansicht gekommen, daß das in der Beschlußfassung angegebene Vorgehen allein das Richtige ist, und so bitte ich die geehrte Versammlung namens des Ausschusses, dieser Entschliebung zuzustimmen.

Stadt v. M a r t h : Meine Damen und Herren!

Wenn man allgemein zu der Ansicht gekommen ist, daß man auf die Zwangswirtschaft in diesen Sachen zurückgreifen muß, so ist das ein Zeichen dafür, in welcher schweren Not wir augenblicklich stecken. Wenn man unser ganzes Wirtschaftsleben im Augenblick betrachtet und sieht, wie die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel, ~~die Preise für~~ Milch, Kartoffeln, Brot, Zucker sprunghaft in die Höhe gehen, sodaß ein großer Teil der Bevölkerung nicht mehr in der Lage ist, diese Lebensmittel zu bezahlen und wenn ^{wir} im kommenden Winter eine Sterblichkeitsziffer der Kinder, Greise und kranker Leute zu verzeichnen haben werden, wie sie nie dagewesen ist, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß etwas geschehen muß, um diesen Verhältnissen Einhalt zu gebieten. Man kann dazu verschiedene Wege einschlagen. Man könnte sagen: „Der Landwirt muß diese Preise haben,“ aber dann muß man auch auf irgendeine Weise dafür sorgen, daß diejenigen, die diese Nahrungsmittel haben müssen und ohne

weiteres

ch.

weiteres nicht bezahlen können, in die Lage kommen, sie kaufen zu können. Da dieser Weg der Hilfe den Gemeinden nicht möglich ist — wenn sie helfen würden, dann würden solche Kosten dabei herauskommen, daß sie die Gemeinden nicht tragen können, da sie auch so schon bis über die Ohren in Schulden stecken —, so muß man sich die Frage vorlegen: Ist es notwendig, daß diese unbedingt nötigen Nahrungsmittel so hoch im Preise stehen und daß ~~solche~~ hohen Gewinne von den Landwirten eingeheimstert werden müssen? Stellt man diese Frage, dann kommt man zu der Überzeugung: Nein, solche unsinnigen Preise sind nicht nötig. Was hat denn der Landwirt davon? Er hamstert Papierscheine ein und läßt dafür auf der anderen Seite Kinder und Greise hungern und sterben. Wenn sich der Landwirt das vor Augen stellt und wenn er sieht und hört, daß eine große Sterblichkeit der Kinder und kranken Personen einsetzt, so muß er sich als Mörder dieser Kinder und Kranken betrachten. (Sehr richtig!) Er hält die Preise hoch und hat weiter nichts davon,

als

M.

als daß er Papierlappen aufstapelt und Reichtümer erwirbt, während das Volk zu Grunde geht. Aber nicht allein der Landwirt macht sich schuldig, sondern auch die Wuchergeschäfte, das Großkapital, welches in Truste zusammengeschweißt ist und versucht, aus der Not des Volkes soviel, wie möglich, herauszuschlagen und an verfluchten Papierlappen zusammen zu holen, was es kann. Da sind die Stadtverordnetenversammlungen der Städte verpflichtet, mit Nachdruck an die Landesregierung und an die Reichsregierung heranzutreten und zu verlangen, daß von diesen die Preise durch Anwendung aller Mittel heruntergesetzt werden. Uns bleibt nichts anderes übrig als die Gesetzgebung, ^{und} die Zwangswirtschaft für alle ^{Nahrungsmittel} ~~Dinge~~, die unbedingt notwendig sind, um das Volk zu erhalten. Wir haben während des Krieges wenig Lebensmittel gehabt, heute haben wir Lebensmittel im Überfluß, aber viele sind nicht imstande, sie zu kaufen, soweit es die genannten einzelnen Gruppen von Menschen es nicht zulassen, daß die anderen Menschen ^{mittel} Nahrung zu

sich
OK

sich nehmen. Wir müssen alle Mittel anwenden, um hierin Remedur zu schaffen, und dabei möchte ich mich auch besonders an die Presse wenden. Sie hat ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit zu tun, muß diesen Notschrei der Allgemeinheit in die Öffentlichkeit hinausbringen und **keine** Rücksicht nehmen auf die Parteizugehörigkeit ihrer Leser, sondern muß zu ihrem Teil mit darauf hinwirken, daß alle diejenigen, die Wucher treiben und sich an dem Volk versündigen, gebrandmarkt werden. Ich möchte von dieser Stelle aus die Presse ersuchen, daran zu denken, wozu sie da ist. Betreffs des Kommissionsantrages aber möchte ich, daß er hier Annahme fände und besonders jener Teil, der ausspricht, daß, wenn es nicht anders geht, die Zwangswirtschaft wieder eingeführt würde, und vor allem möchte ich, daß er einstimmige Annahme in der Stadtverordnetenversammlung fände. Es wird niemand unter uns sein, der behaupten könnte, daß die Zwangswirtschaftin ^{bei} ~~diesen Sachen~~ ^{Lebensmittel & Bedarfsgegenstände} nicht notwendig wäre. Wenn seinerzeit, als die Zwangs-

wirt-

M.

wirtschaft aufgehoben werden sollte, sich Freunde für die freie Wirtschaft fanden, so ist von uns schon damals darauf hingewiesen, daß sie uns in Grund und Boden wirtschaften würde, und das ist eingetroffen. Wir stehen auf dem Standpunkt: Wenn wir nicht so bald wie möglich eine Zwangswirtschaft für die notwendigen Dinge schaffen, dann werden wir unser Volk noch vollständig zu Grunde richten.

/

Stadt L e h n e r t: Meine Damen und Herren!
Es sind hier in Saale heute über diese Angelegenheit
schon so viel Worte gefallen, daß mir aus alledem
von unseren heutigen Verhältnissen fast annehmen
könnte, wir säßen im Tollhause. Was Herr Warth darüber
angeführt hat, ist wirklich Tatsache. Ich habe Gelegen-
heit gehabt, heute das Septemberheft des Deutschen
Reichs Arbeitsblattes zu lesen, und fand dort eine
Statistik, woraus hervor-ging, daß die Lungentuberku-
lose in keinen Jahre so zugenommen hat, wie jetzt. Bis
zum Jahre 1914 hatte sie abgenommen, während und nach
dem Kriege tritt sie stärker in Erscheinung, aber
ganz besonders stark nach dem Jahre 1918, und das
ist die Folge der schlechten Wohnungs- und Ernährungs-
verhältnisse. Die Stadtverwaltung ist nicht mehr in
der Lage ihren Armen über 65 Jahren und den Kindern
über 5 Jahren täglich ein halbes Liter Milch zu
geben, und so müssen wir zu der Überzeugung kommen:
Wir sind Matthäi am letzten, wir wissen nicht, wo wir
die Mittel hernehmen sollen. Auf der anderen Seite
sehen

sehen wir Tag für Tag mehr Reichtümer aufhäufen. Man hat seinerzeit in der Presse über meinen Ausspruch, daß die Bauern sozusagen Schuld an der heutigen Sterblichkeit der Kinder sind, daß sie die Mörder der kleinen Kinder sind, glossiert und hat erklärt: Herr Lehnert hat den Bauern den Kampf bis aufs Messer angesetzt, aber noch heute stehe ich auf dem Standpunkt, daß der größte Fehler der von der Reichsregierung gemacht worden ist, in der Aufhebung der Zwangswirtschaft besteht. Man hat uns gegenüber erklärt, Angebot und Nachfrage erhalten den Preis. Ja verehrte Anwesende, das mag wohl richtig sein, soweit keine Bauern in Betracht kommen. Früher hat man gesagt: „Dem dummen Bauern kann man alles bieten“ aber durch den Krieg sind die Bauern nicht nur schlau, sondern überschlau geworden, weil sie die Einwohner der Städte vollständig in ihre Stielen gespannt haben. Wer heute zu dem Bauern hinkommt, und hat abgeschlossen, Kartoffeln für 350 Mark zu bekommen, und kommt acht Tage später wieder hin, dann kosten sie schon 500 Mark, weil der

Dollar

Dollar gestiegen ist, also die schon geernteten Kartoffeln haben die Preisschwankungen des Dollars mitgemacht. Wir werden nachher beim Antrage Nessenius zu dem auch ich Material habe, an einem ganz erschreckenden Beispiele sehen, daß man glauben muß, es geht überhaupt in Deutschland nicht mehr. Ich habe schon einmal gesagt: Die Bauern die fortwährend gesagt haben: „Wir sind die Stützen des Vaterlandes“ sind die Totengräber des Deutschen Reiches, und davon nehme ich kein Wort zurück. Wenn die Bauern nicht wären, dann würden wir die Waren, die wir nötig haben, vom Auslande billiger als jetzt von den Bauern bekommen. Es ist ein Skandal, wie momentan die armen Rentner dastehen. Leute, die vor dem Kriege mit ihren Renten im Betrage von 2400 Mark ein behagliches Leben führen konnten, stehen jetzt unter den armen Rentnempfängern, es ist nur der äußere Glanz geblieben und schuld daran ist die unersättliche Gier der Landwirte. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß selbst papierne Paragraphen den Bauern nicht zur Raison bringen werden, sondern das nur dann geschehen

hen

hen kann, wenn die gesamte Bevölkerung Ernst macht.
Ich bin der Letzte, der Gewalttätigkeit predigt,
aber den Bauern muß die heutige Lage fühlbar gekennzeichnet werden. Erst wenn das Volk dazu aufgerufen wird, Holz- und Zimmerleute zur Verfügung zu stellen, um in jedem Dorfe einen Galgen aufzustellen für die wucherischen Landwirte, erst dann werden sie Angst haben und sich ändern.

Stadtfr. Frau B ö h m : Meine Damen und Herren!
Ich habe den Antrag gestellt, weil ich wirklich gesehen habe, daß die Not der Bevölkerung sehr groß ist. Ich kann mich nun wohl damit einverstanden erklären, daß vorgeschlagen werden soll, die Zwangswirtschaft wieder einzuführen, aber für die Versorgung mit Milch genügt mir das nicht. Vor allen Dingen für die minderbemittelte Bevölkerung muß die Milch verbilligt werden. In der vorigen Stadtverordnetenversammlung habe ich mich dahin geäußert, daß ich nicht glaube, daß noch Einkommen von 24000 Mark möglich wäre, aber ich habe mich überzeugen müssen, daß bei vielen Leuten das Einkommen noch geringer ist, daß es manche gibt, deren Einkommen nur 6000 Mark beträgt. Das ist furchtbar zu bedauern. Diesen Leuten ist es nicht möglich auch nur ein halbes Viertel Milch zu kaufen, viel weniger einen halben Liter. Es ist statistisch festgestellt, daß 75% aller Kinder unterernährt sind und mit Bestimmtheit kann man voraussagen, daß mit Ende dieses Jahres sämtlich Kinder unterernährt sind. Deshalb ist es nötig an die

Reichs.

Reichsregierung zu gehen. Vor allen Dingen müssen die Landwirte und die Molkereien dazu getrieben werden, daß sie die Preise für die Milch herabsetzen. Es wurde in der Finanzkommissionssitzung gefragt, ob nicht vielleicht auch die Händler einen zu großen Profit beim Verkauf der Milch hätten. Ich habe mich darüber genau erkundigt, und habe erfahren, daß sie nur einen geringen Verdienst haben im Verhältnis zu dem, was die Bauern und die Molkereien verschlucken. Die Händler haben 12 Mark Verdienst am ganzen Liter und das ist doch wirklich bei dem Treppenlaufen rauf und runter kein zu großer Verdienst, die hohen Preise liegen lediglich an den Forderungen der Landwirte und der Molkereien. Wenn der Stadt selbst die Mittel fehlen, um den Minderbemittelten verbilligte Milch zu verschaffen -- und das kann ich wohl glauben -- so muß sie sehen, daß sie solche Mittel bekommt. Es müssen die besitzenden Klassen zu Steuern herangezogen werden, aus denen den Minderbemittelten verbilligte Milch

be-

beschafft wird. Die Luxuspfarde, die Autos, die großen Villen und solche Sachen müssen versteuert werden, und wenn gesagt wird, daß die Stadt dazu keine Macht habe, so muß der Reichsfinanzminister dafür sorgen, daß die Sache anders wird. Man soll also an den Reichsminister herangehen, damit diese Sachen besteuert werden und die gewonnenen Mittel der minderbemittelten Bevölkerung zugute kommen.

Stadt, D i e t e r m a n n : Meine Damen und Herren! Es ist hier mehrfach behauptet, daß die Bauern an dem Elend schuld seien, in dem wir heute leben. Ich war in der vorigen Woche auf dem Lande, um Kartoffeln mit aufzukaufen, und dabei sagte mir eine Gemeindevorsteherfrau etwas anderes, was an diesen Verhältnissen schuld sei, nämlich: Weil die Städter zu wenig bieten, deswegen hätten wir das Elend. Dabei genierte sie sich aber nicht, mehr für ihre Kartoffeln zu nehmen als ortsüblich war. Ich fragte sie, wie es käme, daß sie nicht genau denselben Preis nähme, wie die anderen Bauern, und da antwortete sie: Das könnte man ihr nicht verdenken; wo am meisten gezahlt würde, dahin liefere sie. Ich habe ihr darauf erwidert: „Das ist eine schöne christliche Moral, die Sie im Munde führen, aber Sie richten sich nicht darnach.“ Uns kann nur helfen, daß entweder die Reichsregierung Maßnahmen ergreift, um der Forderung Einhalt zu gebieten, oder daß das

Volk

Volk aufsteht und sich ~~etwas~~ holt, was es nötig hat, wo es zu holen ist, und dabei den Bauern zeigt, was eine Harke ist. Der größte Prozentsatz der Bevölkerung weiß nicht ein und aus, und dort lebt man in Hülle und Fülle ! Wie steht es mit der Kartoffelversorgung für die Bedürftigen. Soudso viel Tausende von Zentnern sind versprochen worden, und nur die Hälfte davon ist abgegeben worden. Trotz/den man den Preis vorher festgelegt hatte, verlangen jetzt die Bauern für diese verbilligten Kartoffeln die Hälfte des heutigen Tagespreises. Da kann nur eine starke Hand durchgreifend|wirken. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrage der Finanzkommission zuzustimmen.

V o r s i t z e n d e r : Ich glaube, die Anregung, die Frau Böhm wegen der Beschaffung der Mittel eben noch gegeben hat, ist auch in der zur Annahme empfohlenen EntschlieÙung mit berücksichtigt, indem gesagt ist, daß der Rat sich mit der Landesregierung wegen der Beschaffung weiterer Mittel ins Einvernehmen setzen soll. Ich bitte Frau Götze, die Resolution noch einmal zu verlesen. - Der Finanzausschuß hat die EntschlieÙung einstimmig genehmigt.

Nachdem Frau Stadtverordnete Götze die EntschlieÙung nochmals verlesen hat, wird sie von der Versammlung einstimmig angenommen, was der Vorsitzende ausdrücklich feststellt.

3. Änderung der Satzung über Erhebung einer
Vergnügungssteuer.

Stadtv. Dr. K a h l e r t : Meine Damen und Herren! Durch Statut vom 8. August 1922 sind die Steuersätze der städtischen Vergnügungssteuer geändert. Dieses Statut ist wohl vom Staatsministerium genehmigt, verstößt aber, wie ~~auch~~ sich herausgestellt hat, gegen die Bestimmungen des Reichsrats vom 9. Juni 1921, weil die von diesem festgesetzten Mindestsätze durch die Kartensteuer in Gruppe A unterschritten sind. Das Staatsministerium ersucht deshalb die städtischen Behörden, diese Sätze mit den Reichsgesetzlichen Bestimmungen in Übereinstimmung zu bringen. Der Rat der Stadt ersucht nun die Stadtverordneten, zuzustimmen, daß die Sätze der Kartensteuer in Gruppe A nach § 1, I der Satzung vom 8. August wie folgt geändert werden: Bei einem Preise der Einzelkarte

bis einschließlich	5 M	5 %,	
"	"	10 M	20 %, <u>bei</u>

bei mehr als 10 M 25 %.

Der Rechtsausschuß hat sich mit der Sache befaßt und ich bin beauftragt, Ihnen Zustimmung zu diesem Antrage des Rates zu empfehlen, damit den Bestimmungen des Reichsrates entsprochen wird.

V o r s i t z e n d e r : Es bleibt uns ja weiter nichts übrig, als unsere Zustimmung auszusprechen.

Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung zu dem Ratsantrage.

Künke J.

4. Bewilligung weiterer Mittel zur Unterstützung der Kleinrentner.

Stadt v. Frau G ö t z e : Das Direktorium der Braunschweigischen Staatsbank hat dem Rat der Stadt mitgeteilt, daß neben den bisher für die Kleinrentner-Nothilfe staatsseitig mit 360 000 M bewilligten Mitteln, zu denen von den städtischen Behörden ein Zuschuß in gleicher Höhe bereits früher bewilligt worden ist, für die hiesige Stadt ein fernerer Betrag von 900 000 M zu dem gleichen Zwecke unter der Bedingung bereitgestellt sei, daß aus städtischen Mitteln abermals Mittel in derselben Höhe, also 900 000 M, verfügbar gemacht würden. Der Rat schreibt dazu, daß aus den Verhandlungen des beim Städtischen Wohlfahrtsamte gebildeten Ausschusses für die Kleinrentnernothilfe zu entnehmen ist, daß die Notlage der beteiligten Kreise dringend eine baldige Hilfe erheischt. Darnach sei es erforderlich über die bisherigen Bewilligungen sehr erheblich hinauszugehen, um nachhaltige

tige Hilfe zu gewähren. Sowohl die Voraussetzungen für das Eingreifen der Nothilfe, wie auch die Sätze für die Höhe der Beihilfen sind deshalb neuerdings den Zeitverhältnissen entsprechend abgeändert. Der Rat gibt der Meinung Ausdruck, daß die Stadt nicht zurückstehen darf, um dem schwer bedrängten Stande der Kleinrentner beizustehen, und richtet an die Stadtverordneten deshalb die Bitte, sich damit einverstanden zu erklären, daß neben den bereits bewilligten 360 000 M ~~früher~~ ferner 900 000 M aus Mitteln der Stadt aufgewandt werden, um Beihilfen an notleidende Kleinrentner zu gewähren.

Dieser Antrag ist an die Stadtverordneten unter dem 21. September dieses Jahres gerichtet worden. Es ist uns in der Finanzkommissionssitzung von seiten des Rates mitgeteilt, daß die vom Staate bewilligte Summe von 900 000 M inzwischen um weitere 500 000 M erhöht worden ist, so daß im ganzen die Summe von 1 400 000 Mark in Frage kommen würde.

In

In der Finanzkommission haben wir uns des weiteren mit der Notlage der Kleinrentner, wie es schon bei Gelegenheit der Besprechung der Milchfrage geschehen ist, befaßt, und es war Einstimmigkeit unter allen Kommissionsmitgliedern darüber vorhanden, daß dem Antrage des Rates entsprochen werden müsse. Ich empfehle Ihnen deshalb im Auftrage der Finanzkommission, dem Antrage des Rates zuzustimmen.

Inzwischen ist mir ein Schreiben zugegangen, das an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet ist, allerdings zu meinen Händen. Da es sich an die Stadtverordnetenversammlung richtet, glaube ich es nicht unterschlagen zu dürfen und frage an, ob ich es verlesen soll.

V o r s i t z e n d e r : Es hätte müssen von dieser Stelle aus der Versammlung mitgeteilt werden. Es ist ungewöhnlich, wenn das Schreiben von Frau Götze verlesen wird, aber ich will nichts dagegen einwenden.

Stadtv. Frau G ö t z e : Das Schreiben lautet:
„Morgen will sich die Stadtverordnetenversammlung
mit der Notlage der Kleinrentner beschäftigen, las-
sen Sie mich, falls es sich nicht erübrigt, einige
Anregungen geben.

Wie bei der augenblicklichen Teuerung ein Mensch
mit einem Einkommen von 10 000 M sein Dasein fristen
soll, kann sich wohl niemand aus der Versammlung
vorstellen – und mit einem gewissen Schauer daran
denken – ja, bis zu 15 – 20 000 M dünkt es vielleicht
manchem noch eine Unmöglichkeit, und mit Recht. Die
Kleinrentner, soweit es ihnen möglich ist, erwerben
jetzt alle; noch mit 75 Jahren hat sich eine Frau
für die Fabrik gemeldet, aber sie schaffen es nicht.
Ihre Lage ist schwer, zum Teil entsetzlich.

Die Verwaltung der Stadt ist mit Verbilligung
der Kartoffeln, einem Zuschuß zur Kohlenversorgung
und etwas Gewährung von Vollmilch entgegengekommen.
Das ist dankenswert, aber genügt – wenn man offen

sein

sein soll - noch lange nicht, um die Not zu lindern. Ich ersuche die Stadtverordnetenversammlung, beim Rat der Stadt eine Ermäßigung der Preise für Gas und elektrisches Licht zu erwirken. Darf ich folgende Staffelung vorschlagen:

Für Rentner mit einem Einkommen von unter 10 000 M (den Nebenverdienst immer mit eingerechnet) eine Ermäßigung von 75 %,

für Rentner mit einem Einkommen unter 15 000 M eine Ermäßigung von 50 %,

für Rentner mit einem Einkommen unter 20 000 M eine Ermäßigung von 25 %.

Es bleibt dem Rat der Stadt überlassen, für Rentner, welche mit im vollen Erwerbsleben stehenden Angehörigen leben, andere Bestimmungen zu treffen.

Zugleich möchte ich in gleicher Staffelung eine Verbilligung des Brotes, selbst auf Marken, anregen. Wie manche kleine Rentnerin kann mit ihren Zinsen nicht das Brot, Feuerung und Licht erschwingen, und

was

was steht da alles noch aus (Schuhbesohlen, Seife usw, von Nahrungsmitteln ganz abgesehen)!

Sodann ersuche ich, den Gutscheinen für Vollmilch solche für auch Magermilch hinzufügen zu wollen."

(Diese letztere Anregung erscheint mir beachtenswert zu sein.)

„Der Fettgehalt der Vollmilch ist auch für alte Leute wertvoll. Die Kleinrentner in mittleren Jahren aber, welche immerfort arbeiten, aber wegen mangelnder Gesundheit, wegen ihrer Kränklichkeit, es zu keinem ausreichenden Erwerbe bringen können, benötigen so dringend auch zum Aufbau ihres Körpers des Eiweißes. Fleisch können sie nicht kaufen, auch Eier nicht, und Hülsenfrüchte nur in geringem Maße. Kartoffeln und Gemüse sind eiweiß-arm, es bleibt ihnen nur Mehl und Markenbrot. Wie gut, wenn sie ihren Kartoffel-oder Griesbrei, ihren Reis und ihre Mehlsuppe mit der eiweißhaltigen Magermilch kochen könnten.. Hochachtungsvoll

Friederike Dieckmann, Kleinrentnerin."

Ich

Ich glaube, ich brauche dem nichts hinzuzufügen, wir sind ja alle - wie die Aussprache ergeben hat - von der Not der Kleinrentner vollständig überzeugt. Ich bitte Sie, dem zuzustimmen, was der Rat der Stadt in seiner Vorlage vorschlägt. Ob diese Anregungen, die die Dame in ihrer Eingabe gibt, zu befolgen sind, das lasse ich dahingestellt.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Meine Herrschaften, es wird Ihnen ~~erklärlich~~ ^{erinnerlich} sein, daß die geehrte Versammlung schon einmal 220 000 M und das andere Mal 140 000 M als Kleinrentner-Nothilfe zur Verfügung gestellt hat, nachdem die Regierung uns mitgeteilt hat, daß Mittel in derselben Höhe, also insgesamt 360 000 M, von ihr für diesen wichtigen Zweck dienstbar gemacht wären. Bisher sind also 720 000 M von Staat und Stadt zu gleichen Teilen zur Verfügung gestellt worden, und diese Summe ist nahezu restlos ausgegeben, denn wir haben es uns im Laufe der letzten Monate angelegen sein lassen, den Anträgen der Kleinrentner nach Möglichkeit gerecht zu werden. Es ist ein besonderer Kleinrentnerausschuß gebildet worden, der in einer Reihe von Sitzungen Richtlinien für die Gewährung von Beihilfen aufgestellt hat. In den letzten Wochen haben wir den Betrag, den wir zuerst als einmalige Zahlung für genügend gehalten hatten (500 M), verdreifacht und be-

willigen

bewilligen jetzt für ein Ehepaar 1 500 M. Es ist dabei in Aussicht genommen, immer nach Ablauf eines Vierteljahrs je nach den verfügbaren Mitteln ^{eine Neufestsetzung} (vorzunehmen. Ich werde ~~aber~~ angesichts der jetzt gestiegenen Teuerung und Notlage in der nächsten Zeit eine neue Sitzung des Ausschusses stattfinden lassen, und dort ^{so} wohl zu der Frage Stellung nehmen lassen, wie wir uns gegenüber den neuen Mitteln ~~anzu~~ verhalten, und auch, was wir aus den Anregungen des Schreibens an Frau Götze gebrauchen können. Es wird notwendig sein, wegen der Milchlieferungen weitere Zugeständnisse zu machen, und wie weit die übrigen in dem Schreiben aufgeführten Wünsche erfüllbar sind, muß nachgeprüft werden. Vor allen Dingen müssen wir es mit Freuden begrüßen, daß es gelungen ist, für die Kleinrentner eine Geschäftsstelle ins Leben zu rufen, die auf dem Waisenhausgrundstücke ihnen zur Verfügung steht. Dort werden an Hand eines Vordrucks die Anträge der Kleinrentner von zuverlässigen Auskunftspersonen

personen, die nachher auch die Ermittlungen zu besorgen ha^{ben}~~n~~, entgegengenommen, sodaß wir in kürzester Zeit in der Lage sind, verfügen zu können. Wir hoffen, daß wir diesen sehr bedrängtenMitgliedern unsere ^{er}Bevölkerung auf diese Weise recht bald ~~augenblick~~ ausgiebige Hilfe zu teil werden lassen können, und begrüßen es mit Dank, daß unsere Regierung den Kleinrentnern durch Bewilligung der genannten Summen ihr Wohlwollen bewiesen haⁿ~~ben~~ und hoffen, daß sie sich weiter auf diesem Wege bewegt.

Stadt v. B u r g d o r f f : Meine Damen und Herren! Selbstverständlich bin ich für diesen Antrag des Rats, und möchte nur noch der Bitte Ausdruck geben, daß die Auszahlung mit der größten Beschleunigung stattfindet. Wir müssen bedenken, daß bei der zunehmenden Entwertung der Mark die Gelder, die zur Verfügung gestellt sind, mit der Länge der Zeit an Kräften bedeutend verlieren, sodaß eine schnelle Verteilung besonders am Platze ist.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf etwas hinweisen, was sich bei der Kartoffelversorgung der Minderbemittelten verwerten läßt. Ich bin mir klar darüber, wie schwierig es ist, die angelieferten Kartoffeln an den einzelnen dafür bestimmten Stellen und Schulen zur Ausgabe gelangen zu lassen und die Verteilung in richtiger Weise vorzunehmen. Es ist dafür die Zeit von 8 - 1 Uhr morgens angegeben. Die Kleinrentner, die für diesen Fall in Frage kommen, setzen sich zum großen Teil aus Personen zusammen,

die 70 Jahr oder noch älter sind und die auch zum Teil kränklich sind. Diese sind nicht in der Lage, die Kartoffeln selbst holen zu können und irgendwelche Kosten für Fuhrwerk müssen ihnen erspart werden. Da hat man sich so zu helfen gesucht, daß man sich den Dienst der Schüler der in der Nähe liegenden Schulen nutzbar gemacht hat, die sich bereit erklärt haben, die Kartoffeln für diese Leute mit kleinen Wagen zu holen. Weil nun aber der Schulunterricht erst um 1 Uhr beendet ist, können die Schüler nicht in der Zeit von 8 - 1 Uhr behilflich sein und es ist dem Kartoffelverteilungsausschuß anheimgegeben, dafür zu sorgen, daß es diesen Schülern ermöglicht wird, die Kartoffeln auch noch nach 1 Uhr zu holen. Es ist wegen der Kontrolle und zur Ersparung von Arbeitslohn erforderlich, daß man die Ausgabezeit zusammendrängt und auch nicht möglich, daß man den Empfängern die Kartoffeln gerade dort zuzuweisen, wo sie wohnen, und deshalb ist die Hilfe

der

der Schüler sehr angebracht, und auch für die Rentner wäre es zweckmäßig, wenn man sich der eingerichteten Geschäftsstelle des Kleinrentnerbundes bediente, um dort Kartoffeln auszugeben und Schüler heranzöge, die den Transport der Kartoffeln mit besorgten.

Stadt v. M a a ß : Daß die Not der Rentner sehr groß ist, liegt außer Zweifel, und keiner im Saale wird sich dieser Tatsache verschließen können. Aber ich möchte doch nicht verfehlen, die Bitte an die Rentner zu richten, sich mehr Zurückhaltung aufzuerlegen gegenüber dem widerstandslosen In die Arme werfen gegenüber dem Unternehmertum. Es kommt sonst leicht dazu, daß andere ihre Stellen verlieren und verdienstlos werden, weil die Arbeitskräfte der Rentner den Unternehmern billiger zu stehen kommen. Nettelbeck z.B. hat seine sämtlichen Leute aus dem Betriebe herausgeworfen, und begründet es damit, daß er mit Hilfe von Rentnern seinen Betrieb billiger fertig bekommt. Gewiß, die Not ist groß, die vom Staats und den Gemeinden bewilligten Mittel sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein, und es wäre sehr erwünscht, öfter gleiche Summen zu bewilligen. Aber ich hoffe auch, daß diese Bitte an die Rentner, die ich eben ausgesprochen habe, von Erfolg ist.

Stadt v. M a r t h : Meine Damen und Herren!


Wenn man die Not der Kleinrentner bedenkt, so muß man sagen, daß die zur Verfügung gestellte Summe allerdings nur dem Tropfen auf den heißen Stein gleich. Die Berücksichtigung der Wünsche, die die Kleinrentner in dem vorhin verlesenen Schreiben bekannt gegeben haben, wäre diesen Notleidenden wohl zu gönnen, aber die dadurch verursachten Kosten würden so groß werden, daß ich bezweifle, daß die Stadt im Stande ist, sie aufzubringen. Wenn nun die Rentner versuchen, sich auf irgendeine Weise Verdienst zu verschaffen, so kann man den Leuten wohl nachfühlen, wie sie dazu kommen. Sie wollen nicht verhungern, versuchen, auf irgend eine Weise ein Einkommen für sich zu schaffen, und das ist wohl zu verstehen. Aber es kommt dadurch leicht dazu, daß die gewerbsmäßigen Arbeiter dadurch aus ihrem Berufe herausgedrängt und durch Rentner ersetzt werden, und daß schlimmste dabei ist, daß das gerade zu einer Zeit geschieht,

geschieht, wo wir im Winter sowieso Arbeitslosigkeit bekommen werden, wo es dazu kommen wird, daß Betriebe dauernd eingestellt werden. Wenn das so weiter geht, daß die Rentner in ihrer Not gezwungen sind, sich als billige Arbeitskräfte anzubieten, dann werden wir einer sehr ernsten Zeit entgegengehen, wo die vollwerbsfähigen Arbeiter auf der Straße liegen werden und sehen müssen, auf welche Weise sie zu ihrem Recht und zu ihrem Lebensunterhalt kommen. Dann könnte die Möglichkeit eintreten, daß die Massen der Bevölkerung versuchen, sich Lebensmittel zu holen, wo sie vorhanden sind, und sei es auch mit Gewalt. Dann wird selbstverständlich von den Leuten geschrien: „Polizei und Regierung, nun helft uns! Schützt uns!“ Aber solange, wie noch oben die Not nicht herankommt, solange nicht mit Gewalt die Leute Lebensmittel holen von den Stellen, wo der Wucher getrieben wird, solange wird nichts gesagt und nichts zur Vorbeugung gegen

die

A.

die Not getan. Erst nachher heißt es: „Regierung, *hilf!*“ und dann kann sie es nicht, weil sie die Volksmassen nicht mehr bändigen kann. Ich möchte ~~sowohl~~ den Landwirten sowohl wie den Wuchertreibenden heute noch einmal zurufen: „Bessert euch frühzeitig, ehe es zu spät ist! Versucht es, der Bevölkerung durch den Winter zu helfen, helft ihnen mit Lebensmitteln ~~und~~ in schwerer Zeit aus, ehe das geschieht, was wir alle nicht wünschen!“ Aber sollte es geschehen, dann haben sie selbst es sich zuzuschreiben, dann wird das, wofür wir jahrelang gekämpft haben, die Ordnung, über den Haufen geworfen. Ich rufe nochmals den Landwirten und den Wuchern zu: Bessert euch und helft der minderbemittelten Bevölkerung, dann werden wir aus dieser schweren Zeit herauskommen.



Die angeforderten Mittel zur Unterstützung der Kleinrenter werden bewilligt.

V o r s i t z e n d e r : Ich bringe etn Schreiben zur Verlesung, das sich an den eben verhandelten Punkt gut anschließt und mir eben übergeben ist. Es lautet:

„An die Stadtverordnetenversammlung.

Die zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände der Kriegsbeschädigten, des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen, der Lungenkranken, Blindenvereinigung und Perlbund beantragen bei der Stadtverordnetenversammlung, Mittel zur Verfügung zu stellen gleich den Kleinrentnern, damit ihre Mitglieder nicht dem Hungertode preisgegeben sind.“

Eine

Eine Eingabe an den Rat in dieser Sache ist nicht gemacht. Ich überweise das Schreiben dem Rat.

Als ich vorhin Herrn Dr. Kahlert als neues Mitglied der Versammlung vorstellte hätte ich hinzufügen müssen, daß ich annehme, die Herrschaften seien damit einverstanden, daß Herr Dr. Kahlert in die Stellen als Mitglied der Kommissionen und Deputationen einrückt, welche Herr Herbst innegehabt hat. Es entspricht das unserer Gepflogenheit, und damit ich es nachher nicht ~~erst~~ vergesse zu erwähnen, bemerke ich es an dieser Stelle. (Ohne Widerspruch).

5. Erhöhung der Teuerungszulagen für Ruhelohnempfänger, Witwen- und Waisengeldempfänger.

Stadt v. S t e g m a n n : Im Juli vorigen Jahres haben die städtischen Behörden für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt Braunschweig beschäftigten ^{gewesenen} Personen zu dem gewährten Ruhelohn und der Hinterbliebenenversorgung widerruflich und rückwirkend vom 1. April 1921 erneuerte Teuerungszulagen bewilligt. Dabei wurde bestimmt daß die halbe Invaliden- und Altersrente einschließlich der darin enthaltenen besonderen Beihilfen und Teuerungszulagen angerechnet werden sollten. Die neu bewilligten städtischen Teuerungszulagen betrugen für Ruhelohnempfänger bis zu 1 400 M und für Witwen- und Waisengeldempfänger bis zum 900 M jährlich. Infolge der fürchterlichen Not in dieser Zeit hat sich ein Teil dieser Rentner an den Rat der Stadt gewandt und um Erhöhung der Teuerungszulagen gebeten. Der Rat der Stadt ist dem Nachgekommen und hat uns eine Vorlage

unter-

unterbreitet, wonach die Teuerungszuschläge für die Ruhelohnempfänger um 200 % erhöht werden sollen und ebenso der Teuerungszuschlag für die Hinterbliebenen. Die Ruhelohnsätze sind in nicht weniger als 36 Stufen gestaffelt. Der höchste Betrag des Ruhelohns ist 4 680 M einschließlich der neuen Teuerungszulage, und zwar jährlich, nicht etwa monatlich. Die Hinterbliebenenrente ist in 32 Positionen gestaffelt und beträgt im Höchstfall jährlich 3 500 M. Sie können an den aufgeführten Zahlen sehen, in welcher trostlosen Lage sich diese Leute befinden. Die Gesamtmehrausgabe für die Ruhelohnempfänger beträgt 50 436,40 M, für die Hinterbliebenen 117 879,80 M, mithin insgesamt jährlich 177 336,20 M.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage befaßt und ist der Meinung, daß es angesichts dieser wahrhaft jammervollen Entschädigung, welche diese Ärmsten bekommen, wohl angebracht sei, höhere Teue-

rungszulagen

rungszulagen zu gewähren. Leider muß davon Abstand genommen werden, und zwar aus dem Grunde, weil, wenn die Stadt mehr bewilligt, das Reich auf Grund des Invalidengesetzes das Mehr wieder wegnimmt, sodaß unsere Bewilligung keinen Zweck hätte. Deshalb ersuchen Sie der Finanzausschuß, sich dem Vorschlage des Rats anzuschließen und diese Erhöhung der Teuerungszulagen um 200 % zu bewilligen.

Persönlich möchte ich zu dieser Sache noch bemerken, daß es dringend nötig ist, sobald die reichsgesetzliche Neuregelung bezüglich der Alters- und Invalidenrente - die in Aussicht steht - geschaffen worden ist, der Rat unverzüglich ersucht wird, sofort eine weitere Erhöhung der Teuerungszulagen vorzunehmen. Sodann halte ich es für dringend nötig, den Rat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht der Grundruhe Lohn, der - wie Sie sehen - im niedrigsten Falle 480 M und im Höchstfalle 3 400 M beträgt, erhöht werden kann. Ich bin aber nicht orientiert, ob

das

das möglich ist. Ebenso steht es mit den Hinterbliebenensätzen. Sie haben bei der Bewilligung der Gelder für die Kleinrentner gehört, welches Jammer-~~Lied~~^{Lied} ~~elend~~ gesungen worden ist, aber ~~dieselbe~~^{das-} trifft für diese Leute zu. Ein Teil von ihnen sind allerdings Invaliden, die noch etwas verdienen, aber andere bekommen nur die Rente und sind in noch trostloserer Lage als die Kleinrentner; obgleich sie lange im Dienste der Stadt tätig gewesen sind, sind sie weit schlechter gestellt als die pensionierten Beamten. Es wäre dringend nötig, sobald sich die Möglichkeit dazu bietet, eine Erhöhung der Grundbeträge für Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung festzusetzen.

Die Versammlung stimmt der Ratsvorlage zu.
(Punkt 5).

V o r s i t z e n d e r : Eben ist noch eine Eingabe eingegangen. Es ist nicht angenehm, daß während der Sitzung noch Eingaben einlaufen. ^{Mögen} ~~Öhne~~ die betreffenden Antragsteller ihre Eingaben doch vorher einsenden, damit man sich mit dem Inhalt vertraut machen kann.

Es handelt sich hier um eine Eingabe der Einwohner der Eichtalstraße. Sie haben sich schon mit einem Gesuch an den Rat der Stadt gewandt gehabt und sind abschlägig beschieden worden. Jetzt wenden sie sich an die Stadtverordnetenversammlung und bitten, den Ausbau der Eichtalstraße befürworten zu wollen, wenigstens aber einen gangbaren Fußweg herrichten zu lassen.

Ich überweise das Schreiben der Baukommission.

6. Bewilligung von Mitteln zur Erneuerung des Kühler
eines Kraftwagens der Feuerwehr (Desinfektion).

Stadtv. B r e u s : Meine Damen und Herren!
Nach einem Berichte des Herrn Branddirektors Lehmanns
ist der Kühler eines Mobilien Transportkraftwagen
für das Desinfektionswesen abgängig und muß erneuert
werden. Es sind dafür 3 Kostenanschläge eingeholt;
der von der Firma Windhoff, Berlin - Schöneberg
schließt ab mit dem Betrage von 69 800 M, der von
den Benzwerken, Guggenau mit 47 000 M und schließlich
der von der hiesigen Firma Gustav Heydecke mit
35 000 M. Der Rat der Stadt ersucht, diese 35 000 M
zu bewilligen und der Firma Heydecke den Auftrag zu
erteilen.

Der Bauausschuß hat sich in seiner gestrigen
Sitzung mit dieser Sache beschäftigt, hat den Antrage
des Rats zugestimmt und ersucht Sie durch mich, die
35 000 M zur Erneuerung des Kühlers zu bewilligen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage des
Rats gemäß.

(Punkt 6).

7. Erhöhung der Schlachthausgebühren.

Stadt v. D i e t e r m a n n ! Meine Damen und Herren! Wegen der wiederum gestiegenen Unkosten des Betriebes des städtischen Schlachthauses sieht sich der Schlachthausausschuß gezwungen, zu beantragen, die Schlachthausgebühren um ein^e ~~erklärliches~~^{erhebliches} zu erhöhen. Es handelt sich diesmal um eine 400 %ige Erhöhung auf ^{Alt.} ~~Anteilung~~ I nach dem Tarif, wie er am 7. Juni dieses Jahres zu Grunde gelegt ist, während für eingebrachtes Fleisch der 7fache Betrag gezahlt, also eine Erhöhung um 600 % vorgenommen werden soll. Weiter wird vom Schlachthausausschuß der Wunsch ausgedrückt, daß das Gewicht des in die Markthalle von auswärts eingeführten Fleisches nicht mehr durch Schätzung festgestellt wird, sondern durch Wägung, wie es im Schlachthause geschieht, weil durch die Schätzung (der Stadt) nach Ansicht der hiesigen Fleischerinnung ganz bedeutende Einnahmen entgehen.

Der Finanzausschuß hat die Vorlage geprüft und empfiehlt, dem Antrage des Rats auf Erhöhung der Gebühren zuzustimmen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine Damen und Herren! Bei der letzten Erhöhung der Schlachthausgebühren wurde seitens des Rats empfohlen, man möchte den Schlachthausausschuß zusammen mit dem Finanzausschuß ermächtigen, selbständig die Festsetzung der Schlachthausgebühren vorzunehmen. Es wurde damals vom Finanzausschuß Ablehnung dieses Ratsantrages empfohlen, und die Stadtverordnetenversammlung ~~widerum=von=der=Erhöhung~~ hat sich damals dieser Ablehnung angeschlossen. Ich habe nun am vergangenen Montage, als im Finanzausschuß wiederum von der Erhöhung der Gebühren die Rede war, angeregt, diesem Vorschlage des Rats doch noch zu entsprechen, und ~~ich~~ ^{habe} dabei auf die trostlose Lage der Finanzen des Schlachthauses hingewiesen. Diese Finanzlage des Schlachthauses ist noch trostloser, als wir damals vermuten konnten. Es hat sich ergeben, daß ^{nicht} jetzt/nur die Kasse des Schlachthauses leer ist, sondern daß auch noch gewaltige Schulden - mehr als

4 Millionen Mark - vorhanden sind. Es ist heute morgen im Rat der Stadt nochmals anerkannt, daß es zweckmäßig wäre, um die Erhöhungen der Schlachthausgebühren sofort wirksam werden zu lassen, den Schlachthaus- und Finanzausschuß zu ermächtigen, Gebührenerhöhungen zu beschließen. Die heute behandelte Vorlage zum Beispiel ist bereits vor mehreren Wochen der Stadtverordnetenversammlung zugegangen, und durch die Verzögerung ihrer Erledigung - an der natürlich niemand die Schuld trägt - haben die Erhöhungen während der letzten Wochen nicht wirksam werden können, sodaß eine erhebliche Mindereinnahme für die Schlachthauskasse entstanden ist. Ich möchte im Namen des Rats nochmals zur Erwägung verstellen, ob Sie es nicht über sich gewinnen können, den Schlachthausausschuß und Finanzausschuß mit der Erhöhung der Gebühren zu betrauen. ~~Ich glaube, daß kann unsererseits ohne weiteres geschehen.~~ Ähnlich so wird die Sache gehandhabt bezüglich der Gas- und Wasserpreise, und dabei handelt es sich doch um erhebliche höhere

Beträge

Beträge als bei den Schlachthausgebühren. Sie haben zweifellos die Gewähr, daß die Gebühren nicht zu hoch ausfallen, denn im Schlachthausausschuß sitzen mehrere Vertreter der Schlachterinnung, die schon dafür zu sorgen pflegen, daß die Gebühren nicht zu hoch gesetzt werden. Bei den jetzt sprunghaft steigenden Preisen ist es durchaus geraten, die Erhöhung solcher Gebühren möglichst schnell wirksam werden zu lassen. Es wurde im Finanzausschuß davon gesprochen, daß es sich, wenn unmittelbar hinter der Sitzung der Finanzkommission die ^{geordneten} Stadtversammlung zusammen käme, höchstens um eine Verzögerung von 3 Tagen handeln könne. Das trifft nicht zu. Es soll natürlich, wenn vom Schlachthausausschuß eine Erhöhung der Gebühren empfohlen wird, unmittelbar hinterher der Finanzausschuß zusammen berufen werden und so die Erhöhung sofort in Kraft treten. Ich möchte Sie nochmals ersuchen, dem Schlachthausausschuß und dem Finanzausschuß die Ermächtigung zu erteilen, die Schlachthausgebühren selbständig festzusetzen.

Stadtv. S t e g m a n n : Zu den Ausführungen des Herrn Stadtbaurats möchte ich bemerken, daß meine Fraktion nicht der Meinung ist, daß wir diesen Weg beschreiten sollen. Wenn wir das tun sollten, so findet eine solche Art der Ermächtigung von Ausschüssen kein Ende, und schließlich kann jeder Ausschuß die wichtigsten Dinge beschließen. Jedenfalls würde durch eine solche Maßnahme, wie sie Herr Stadtbaurat Gebensleben vorschlägt, der Stadtverordnetenversammlung wichtige Beschlüßfassungen entzogen werden. Es ist richtig, die Gebühren für Gas und Wasser werden von der Deputation im Einverständnis mit der Finanzkommission beschlossen, aber dort handelt es sich um eine Regulierung, die wir schon im voraus beschlossen haben, so daß dort fast nichts neues zu beschließen ist. Die Kohlenpreise werden vorgelegt, und auf Grund derselben werden die neuen Preise ausgerechnet. Der Preiswandler ist nun einmal schon in der Stadtverordnetenversammlung be-

schlossen

geschlossen und so ist die Sache einfach. Wir sind aber auch gegen die Bestimmung gewesen, daß diese Festsetzung der Deputation und dem Finanzausschuß vorbehalten bleibt, aber wir sind in der Minorität geblieben. Daß dieser Deputation eine Vollmacht erteilt ist, kann für uns kein Grund sein, auch allen anderen Ausschüssen solche Vollmachten zu erteilen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß es so schlimm mit den Verlusten für die Schlachthauskasse bei der jetzigen Regelung nicht ist. Alle vierzehn Tage haben wir eine Stadtverordnetensitzung, und so ist es der Schlachthausdeputation wohl möglich, mit ihrem Antrage rechtzeitig zu kommen. Der Schlachthausausschuß weiß, ob er mit den Gebühren auskommen kann, ~~er muß sich das überlegen~~. ~~Wenn er nicht auskommt, dann muß er sich das überlegen~~. ~~den Rat hat in der Stadtverordnetenversammlung~~ ~~anzufragen.~~ Ich bitte, diesen Antrag des Rats aus prinzipiellen Gründen abzulehnen.

• Stadt v. H e s s e n i u s : Meine Damen und Herren! Ich empfinde nicht, daß der Stadtverordnetenversammlung ein Recht entzogen wird, wenn man diese Sache so beschließt, wie es Herr Stadtbaurat Gebensleben im Namen des Rats beantragt hat. Ich sehe in dieser Maßnahme nur eine gewisse Vollmacht, die man der Schlachthausdeputation und dem Finanzausschuß erteilt, und von den zu diesen Ausschüssen Gehör~~x~~enden befinden sich genug in der Stadtverordnetenversammlung, ~~und~~^{um} zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn Ihnen die Sache nicht behagt. Wir haben in der heutigen Zeit nicht Preissteigerungen von vierzehn Tagen zu vierzehn Tagen, sondern von Minuten zu Minute, und wenn wir dabei mitkommen wollen, ohne die Finanzen der Stadt in Unordnung kommen zu lassen, so haben wir keinen anderen Weg, als diese Ermächtigung auszusprechen, so ungesund diese Sache auch an sich allerdings ist.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Meine Herrschaften! Herr Stegmann hat bei seinen Ausführungen eins nicht bedacht. Man muß bei Abwägung der Rechte der städtischen Behörden die allgemeine Verwaltung und die Verwaltung der Werke, die die Stadt betreibt unterscheiden; die letztere steht auf einem ganz anderen Blatt als die allgemeine Verwaltung. Es ist wohl gerechtfertigt, wenn Sie sagen: „In Bezug auf die Steuerfestsetzungen wollen wir im Plenum mitwirken“, aber bei der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke, sowie des Schlachthauses haben wir uns immer mehr auf den Standpunkt gestellt: Wir dürfen diese Verwaltung nicht den schwerfälligen bürokratischen Gang laufen lassen, sondern müssen den Verwaltungsdeputationen mehr freie Hand lassen. In der Stadt Leipzig erscheint im Haushaltsplan nur die Summe des Überschusses. 13 Millionen Mark hieß es in diesem Jahre - ein schöner Posten, aber für die heutige Zeit nicht allzuviel - und im übrigen wird dort der Verwaltungs-

tungs-

tungsdeputation freie Hand gelassen. Es ist nicht zu bestreiten, daß bei dem augenblicklichen ^{springhaften} ~~Spring~~ Steigen der Preise, der Löhne^{den} usw., die Faktoren, die über die Gebührenbemessung bei unserem Schlachthause zu bestimmen ^{haben} ~~hat~~, nicht rechtzeitig entscheiden können; ~~und~~ das liegt an der Schwerfälligkeit der Verwaltung; die Stadtverordneten können nicht alle Tage beisammen sein. Wenn die Verwaltungsdeputation freie Hände hätte, dann würden solche Zustände, wie wir sie tatsächlich im Laufe dieses Jahres bekommen haben, nicht eingetreten sein. Man kann sich in dieser Zeit nicht mehr darauf beschränken, festzustellen, wie die Sache am Schlusse des Jahres ausgelaufen ist, sondern muß im Laufe des Jahres Teilbilanzen ~~festste~~ aufstellen, und das wollen wir auch bei den Gas- und Wasserwerken machen. In unseren gesamten städtischen ^{Finanzen} ~~Finanzen~~ werden wir nach einem ~~Uberschlag~~, der neuerdings gemacht ist, trotz der erheblichen Mehrüberweisungen an Reichssteuern, die

uns

man sich ⁷²erfolgreich Maßnahmen annehmen, uns schon bewilligt sind, am Schlusse des Jahres ein Defizit von 184 Millionen Mark hat^{ten}. Was daraus werden soll, das weiß ich nicht. Morgen früh ist große Konferenz im Ministeriums, wo über die Notlage der Gemeinden verhandelt werden soll. (Zuruf: Großen Geldsack mitnehmen!) Das will ich gern tun, aber ich glaube, ich bringe ihn leer wieder zurück; so schnell wird es nichts geben. Es handelt sich darum, wie das Landessteuergesetz gestaltet werden soll. So erfreulich es ist, wenn man liest, daß die Einkommensteuer das Fünffache dessen erreicht hat, was im ~~Lehr~~^{Etat} des Reiches ausgerechnet war, so fürchte ich, daß auch das nicht ausreichen wird, um den Gemeinden ein rationelles Wirtschaften zu ermöglichen. Wir werden so schnell aus der Defizitwirtschaft nicht herauskommen; ich weiß wenigstens keine Möglichkeit, wie es angestellt werden sollte. Um so mehr möchte ich bitten, zu überlegen, ob Sie nicht dieser Anregung meines Herrn Kol-

legen

legen Lebensleben einstweilen ~~er~~folgen wollen.

Es ist die Gebührenerhöhung in manchen Fällen tatsächlich nichts weiter^{=der} als Beschaffung des nötigen Betriebskapitals. Es muß augenblicklich Geld geschafft werden, damit der Betrieb fortgesetzt werden kann. Bei dem Gaswerk und dem Privateinrichtungsgeschäft liegt die Sache so, daß sie einen Vorschuß in Höhe von 20 Millionen Mark hingenommen haben. Das ist ein ungesunder Zustand, aber der Grund liegt darin, daß das Betriebskapital bei den Werken nicht groß genug ist. Das Schlachthaus hat überhaupt kein Betriebskapital; während des Krieges hatten wir ein solches, das ist jetzt aber aufgezehrt.

Wenn Sie gegen die Ermächtigung der Deputation das Bedenken des Herrn Stegmann haben sollten, dann könnten Sie vielleicht sagen: Wir wollen der Schlachthausdeputation bis zum 1. April oder 1. Januar diese Möglichkeit geben. Es kommt jetzt wieder eine große Erhöhung der Frachtkosten, die

natürlich

natürlich wieder Einfluß auf die Kohlenpreise haben, und diese spielen beim Schlachthause eine große Rolle. Eine Beschränkung in der Zeit der Ermächtigung mag meinetwegen stattfinden; damit wird der Rat sich abfinden.

Stadtv. M a r t h : Ich bin einverstanden damit, daß man den Deputationen für die verbenden Betriebe bei Festsetzung der Gebühren für Gas und Wasser freie Hand läßt, aber das Schlachthaus kann ich nicht zu den verbenden Betrieben der Stadt rechnen. Würden die Gebühren für das Schlachthaus noch weiter hinaufgesetzt, so befürchte ich, daß dadurch ~~der~~ das Fleisch zu sehr verteuert würde. Ich habe die Überzeugung, daß das Schlachthaus augenblicklich und in nächster Zeit nicht im Stande ist, sich selber zu erhalten, und zwar deshalb, weil die Schlachtungen kolossal zurückgegangen sind. Es könnte der Fall eintreten, daß die Schlachtungen noch auf die Hälfte der jetzigen Zahl zurückgehen, weil die Bevölkerung kein Fleisch mehr kaufen kann, und dann müßten die Schlachthausgebühren so hoch geschoben werden, daß sie von den Schlächtern und vom Publikum nicht mehr zu erschwingen wären. Deshalb in ich für die vorgeschlagene Maßnahme nicht zu haben. Wir dürfen in

dieser



dieser Zeit die Erhöhung der Gebühren nicht so stark eintreten lassen, daß durch die Einnahmen die Ausgaben gedeckt werden, sonst würde das zu stark auf die Preisgestaltung für das Fleisch einwirken. Ich glaube sogar, daß wir in kürzester Frist so wenig Schlachtungen haben werden, daß wir Bedacht darauf nehmen müssen, den Betrieb im Schlachthause einzuschränken oder ganz aufzuheben.

Ich bin also zunächst aus Prinzip gegen die Ermächtigung der Schlachthausdeputation und der Finanzkommission, weil das Schlachthaus kein verbender Betrieb ist, und zweitens deshalb, weil eine weitere Erhöhung der Gebühren, wie sie die Deputation vornehmen würde, um die Ausgaben zu decken, einen zu großen Einfluß auf die Gestaltung der Fleischpreise ausüben würde.

Stadtv. B u r g d e r f f : Meine Damen und Herren! Herr Hessenius hat schon dem Sinne nach gesagt: Warum soll man einer Deputation nicht das Vertrauen schenken, wenn in der Deputation dieselben Leute sitzen, die wir im Stadtparlament haben. So denke auch ich. Wer als Deputationsmitglied über irgend eine Sache entscheiden soll, der muß auch die nötige Kleinarbeit leisten, und die kann nur in der Deputation geleistet werden, nicht aber hier im Stadtparlament. Wenn man mit Interesse und nach bestem Wissen und Gewissen alles einschlägige in der Deputation erwoogen und einen Beschluß gefaßt hat, dann hat es keinen Zweck mehr, noch einmal im Plenum über die Sache lang zu verhandeln, denn dann handelt es sich um Verhältnisse, gegen die wir nicht ankommen können. Ich kenne allerdings den Schlachthausbetrieb nicht genau, aber meiner Meinung nach spielt die Erhöhung der Schlachtgebühren für den Preis des Fleisches keine so große Rolle. Schenken Sie doch den Deputation das Vertrauen. Wenn

Sie meinen, daß Sie die Verantwortung nicht übernehmen können, werden Sie schon dafür sorgen, daß solche Sachen vor das Plenum kommen. Wir wollen die Schwierigkeiten, in denen sich das Schlachthaus befindet, nicht unterschätzen und müssen darnach sehen, daß wir auch in diesem Punkte wirtschaftlich arbeiten können.

Stadt. L e h n e r t : Ich habe schon bei der letzten Beratung über die Erhöhung der Schlachthausgebühren darauf hingewiesen, daß die Schlachtungen zurückgehen werden. Wenn Sie den Rat von Herrn Dr. August Reloff gelesen haben, daß der Fleischkonsum noch weiter heruntergedrückt werden soll, dann kommen wir dazu, daß das Schlachthaus zuge macht werden kann und die Schlachtermeister nach auswärts gehen. Es ist von der Schlachterinnung bezeugt worden, daß ein großer Teil der Schlachtermeister nicht mehr in der Lage ist, die hohen Schlachthausgebühren zu bezahlen, und über kurz oder lang wird es dazu kommen, daß wir das Schlachthaus ganz schließen müssen, worauf ja Herr Marth schon hingewiesen hat. Ebenso hat er schon davon gesprochen, daß das Schlachthaus kein verbender Betrieb ist, wie die Gas- und Wasserwerke. Ich glaube bestimmt, wenn der Herr Oberbürgermeister meint, man möchte bis zum 1. April oder 1. Januar diese Fest-

setzung

setzung durch die Deputation und Finanzkommission zulassen, so wird das gar nicht dazu kommen, weil in kurzem die große Masse nicht mehr dazu in der Lage sein wird, Fleisch zu kaufen. In der Kriegszeit wurden uns ja wöchentlich 50 Gramm zugeteilt, aber heutzutage ist das noch nicht einmal möglich. Wenn es nach dem Räte des Herrn Dr. Roloff ginge, wird uns das Fleisch teelöffelweise durch das Schlüsselloch zugereicht, und jeder hat dafür einen blauen Lappen hineinzustecken. Ich bitte Sie, lehnen Sie den Antrag des Herrn Stadtbaurats ab. Die Mehrkosten, die Sie an Gebühren aufnehmen, wird die große Masse des Volkes zu tragen haben. Ob wir nun zu den unteren Zehntausenden oder zu den oberen gehören, so fällt es noch immer den unteren Zehntausenden schwerer als den oberen, höhere Preise zu bezahlen, das wollen wir doch alle bedenken.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Wenn man sich die Worte des Herrn Lehnert überlegt, so klingen sie so, als ob er es gern sehen würde, daß das Schlachthaus geschlossen wird. Ich für mein Teil möchte am liebsten diese Verantwortung der Schlachthausdeputation überlassen. Man/ wird nicht umhin können, bald das Kühlhaus zu schließen, denn das kostet eine ~~ganze~~ Menge ^{hier} und im Winter kann man es entbehren.

Nun gebe ich wohl zu, daß ein gewisser Unterschied ^{zwischen} ~~in~~ der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke und der des Schlachthauses gemacht werden muß, aber der Unterschied ist doch nicht so sehr groß. Wir alle haben uns niemals auf den Standpunkt gestellt, daß wir die großen Gas- und Wasserwerke nur deshalb ins Leben gerufen haben, um dadurch für die Stadt Geld zu verdienen, aber wir haben ~~uns~~ im Rat allerdings den Standpunkt eingenommen, es wäre angenehm, wenn man über diese Werke eine einigermaßen erträgliche Bilanz vorlegen kann,

auch eine solche mit Überschüssen. Aber sonst sind die Gas- und Wasserwerke gemeinnützige Unternehmen wie das Schlachthaus. Es sind in diesen Tagen Verhandlungen gepflogen wegen Bewilligung von besonderen Zuschüssen seitens des Reichs zu den Gehältern, die die Städte zahlen müssen, aber es wurde dabei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Gehälter, die an die Beamten solcher städtischen Werke gezahlt würden, nicht mit hinzugerechnet werden. Wenn Sie das Gesetz von 1876 über die Schlachthäuser ~~ge-~~
~~lesen haben~~, werden Sie sich überzeugen können, daß es davon ausgeht, daß die Schlachthäuser sich selbst erhalten, ohne daß dieserhalb die Einwohner mit Steuern belastet werden. Es handelt sich in diesem Falle um weiter nichts als um das Vertrauen für einen von ihnen selbst gewählten Ausschuß. Ich frage Sie, Herr Lehnert, ist es überhaupt möglich, wenn nicht alles vervielfältigt wird, daß Sie genau nachprüfen: Ist in diesem Falle die Erhöhung,

die

die vorgeschlagen wird, wirklich erforderlich? Das kann in einem großen Parlamente gar nicht durchgeführt werden, sondern man muß sich auf den Ausschuß verlassen, der die Sache gründlich vorberaten haben muß. Wenn durch die vorgeschlagenen Maßnahmen erreicht wird, daß wir mit solchen Entschlie-
gen schneller zum Ziele kommen, dann spielt die kleine Erhöhung des Fleischpreises, die durch die erhöhte Schlachthausgebühr verursacht wird, zu den enormen Erhöhungen der Preise durch andere Umstände gar keine Rolle; es handelt sich da nur um Pfennige.

Stadts. L e h n e r t: Wenn es einen fern liegt, zu wünschen, daß irgend ein städtischen Betrieb eingestellt wird oder nicht zu dem Zwecke benutzt wird, zu dem er errichtet ist, so liegt es mir fern. Würde aber die Bevölkerung nur die prozentuale Auflage an Fleisch bekommen, dann wäre es leicht um den Betrieb im Schlachthause gesehen.

Der Herr Oberbürgermeister sagte weiter, die Gas- und Wasserwerke seien nicht dazu angelegt, um den Etat in Balance zu halten. Aber so lange die Gas- und Wasserwerke existieren, sind die Überschüsse dazu verwandt worden, die Schulen zu bauen, und die Stadt war seinerzeit darüber glücklich, daß sie Überschüsse aus diesen Werken hatte und davon Schulen bauen konnte. Innerhin stehe ich auf dem Standpunkt, daß man unbedingt darnach trachten müßte, daß die Gebühren nicht mehr heraufgesetzt werden und daß die Herrschaften, die dieses Institut in Anspruch nehmen, nicht gezwungen werden, das Mehr auf ihre Waren auf-

zu-

zusehlagen. Leider trifft das zu, was Herr Marth gesagt hat, und auch in diesem Falle möchte ich das Wuchergesetz in Kraft treten sehen. Aber die Herrschaften meinen, in der Höhe sei die Luft besser als dort unten, und also geht es auch da mit den Preisen hinauf.

Entsprechend dem Antrage des Finanzausschusses wird die vom Rat empfohlene Erhöhung der Schlachthausgebühren angenommen.

Für den durch Herrn Stadtbaurat Gebensleben vortragenen Ratsantrag, die Gebührenfestsetzung für das Schlachthaus in Zukunft durch die Schlachthausdeputation und die Finanzkommission vornehmen zu lassen, stimmen 16 Stadtverordnete, dagegen 15. Der Antrag ist mithin angenommen.

8. Zuschuß aus der Jüdelstiftung an das Jugendheim
der Frauengruppe für soziale Arbeit.

Stadt v. S a u e r b i e r : Der Vorstand des Jugendheim hat den Vorstand der Jüdelstiftung die Bitte ausgesprochen, dieser Anstalt aus Abteilung III der Jüdelstiftung eine größere Summe als Beihilfe zu bewilligen, damit das Fortbestehen der Anstalt ermöglicht werde. Sie hat zwar bereits von Seiten der Stadt eine laufende jährliche Zuwendung von 30 000 M zugesichert und für dieses Jahr zum Teil schon ausgezahlt erhalten, aber bauliche Reparaturen am Hause haben im Laufe dieses Sommers große Summen verschlungen, und die täglich steigende Teuerung sowie die ständig wachsenden Gehälter und Löhne haben die Anstalt in größte Bedrängnis gebracht. Der Vorstand des Jugendheims hofft aber, mit einem Zuschuß von 40 000 Mark aus der Jüdelstiftung den Etat der Anstalt zum Ausgleich bringen zu können, so daß dadurch die Anstalt vor dem Schicksal bewahrt wird, ihre Pforten schlie-

schließen zu müssen. Der Vorstand der Jüdelstiftung hat die erbetene Summe von 40 000 Mark vorbehaltlich der Genehmigung der städtischen Behörden bewilligt und der Rat der Stadt beantragt, dieser Bewilligung zuzustimmen. Ich habe namens des Finanzausschusses zu empfehlen, die Zahlung dieses Zuschusses zu genehmigen.

- 89 -

**Die Versammlung stimmt der Bewilligung aus der
Jüdelstiftung zu.**

(Punkt 8)

9. Erhöhung der Gebühren für Einäscherung und
Hallenbeleuchtung in der Feuerbestattungshalle.

Damit verbunden:

Antrag Stegmann, betreffend Übernahme des Haupt-
friedhofes und Neuordnung des Bestattungswesens.

Stadt v. S t e i n e r t : Meine Damen und Herren !
Auch bei der Feuerbestattung decken die Einnahmen
die Ausgaben nicht und der Rat der Stadt ersucht,
die Gebühren für die Einäscherung und die Hallen-
beleuchtung zu erhöhen. Es wird in der Begründung
gesagt, daß nach Vornahme von 200 - 250 Einäscherungen
eine neue Ausmauerung des Ofens nötig wird, was zur
Zeit 15 - 1600 Mark Kosten verursacht. Weiter wird
angegeben, daß in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Oktober
d.J. 312 Einäscherungen vorgenommen seien, nämlich
233 von hiesigen Einwohnern und 79 von auswärtigen,
daß bis jetzt auch jährlich eine Zunahme der Einäse-
rungen zu verzeichnen gewesen sei, daß aber nach der
Fertigstellung des Krematoriums in Hannover die
Einäscherung freier in unserer Feuerbestattungshalle

je-

jedenfalls nachlassen werde. Eine volle Deckung der Selbstkosten werde durch die vorgeschlagenen neuen Sätze kaum erreicht werden, und das um so weniger, als vom 1. Oktober an der Preis der Kohlen nicht unwesentlich gestiegen sei. ~~den~~ Es wird beabsichtigt, den Einwohnern, die nicht in der Lage sind, für die besondere Ausschmückung der Halle Kosten aufzuwenden, in der Weise entgegenzukommen, daß mit dem Friedhofsausschuß vereinbart wird, daß gegen eine von der Stadt zu erlegende Pauschalvergütung dauernd 2 Lorbeerbäume in der Halle aufgestellt bleiben. Es ist in der Vorlage sodann eine Aufstellung des Oberingenieurs Kellner gegeben, wonach die einzelnen Ausgaben für die Einäscherung spezialisiert werden und festgestellt wird, daß bei einer Verbrennung von 6 Leichen an einem Tage die Ausgaben 5550 Mark betragen, sodaß als Gebühr von 694 M oder abgerundet 700 M von hiesigen Einwohnern und 1400 M für Auswärtige zu fordern sein würde.

Der Rat der Stadt beantragt demnach, die Einäsche-

rungs-

rungsgebühr für Einheimische von 150 Mark auf 700 Mark und für Auswärtige von 300 Mark auf 1500 Mark zu erhöhen.

Gleichzeitig soll auch, da der elektrische Strom seit der letzten Festsetzung teurer geworden ist, der Preis für kleine Deckenbeleuchtung von 25 Mark auf 75 Mark und für große Beleuchtung von 50 auf 250 Mark erhöht werden.

Im Finanzausschuß haben wir uns mit der Frage beschäftigt und konnten selbstverständlich nicht umhin, dieser Erhöhung zuzustimmen. Ich habe Sie also in Namen des Finanzausschusses zu bitten, ebenfalls Ihre Zustimmung zu dieser Vorlage zu geben.

Stadtv. S t e i n e r t : Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, noch ein Wort zur Bestattungsfrage zu sagen. Wir haben vorhin bei der Besprechung der Milchfrage von mehreren Rednern gehört, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Sterblichkeit in diesem Winter immer größer und größer werden wird, und darum möchte ich Veranlassung nehmen auf unsere alte Forderung, die wir schon so oft zum Ausdruck gebracht haben, hinzuweisen: Kommunalisierung des ganzen Bestattungswesens. Es gibt einen großen Teil Einwohner in unserer Stadt, denen es schon jetzt nicht mehr möglich ist, die Beerdigungskosten aufzubringen, und so können wir meines Erachtens nicht umhin, daß wir uns hier in unserer Versammlung den Gedanken der Kommunalisierung des Beerdigungswesens anschließen müssen. Es wird diesen Gedanken vom Rat der Stadt entgegengetreten und gesagt werden: „Woher sollen wir das Geld dazu nehmen²“, aber auch hier ließen sich Mittel und Wege finden, um die Kosten aufzubringen. Sie müssen aus den Gründen aufgebracht

Der

werden, wie sie hier schon zur Sprache gekommen sind, und weil, wie ich eben gesagt habe, es einen großen Teil unserer Einwohnerschaft geben wird, der nicht in der Lage ist, bei Beerdigungen die Kosten aufzubringen. Ein einfacher Sarg, ohne jeden Luxus, kostet heute 12 000 Mark; die Frage ist: ^{Wer} ist heute in der Lage, ~~so~~ dieses Geld aufbringen zu können? Wenn man nun denken sollte, daß die Kostenfrage für die Stadt eine Rolle spielen müßte, so haben wir schon vom Herrn Oberbürgermeister gehört, daß die Stadt pleite ist, daß sie 100 Millionen Mark Schulden hat, und so ~~darf~~ ^{wird} es ~~keine~~ Rolle spielen, wenn wir das ganze Beerdigungswesen auf das Erträgnis einer Umlage stellen. Dann könnte ohne weiteres jeder von den Einwohnern, der stirbt, von dieser Umlage beerdigt werden. Alle müßten zu dieser Umlage beitragen, und so wäre es ohne weiteres möglich, das ganze Beerdigungswesen zu kommunalisieren. Wir kommen nicht darum herum, wir müssen diesen Schritt näher treten, wenn es nicht

dazu

dazu kommen soll, daß ein großer Teil der Bevölkerung sagen muß: Hier liegt die Leiche, nun, Stadt, sieh zu, wie Du sie wegstriegst! Darum möchte ich Sie bitten, diesen Gedanken der Kommunalisierung des Begräbniswesens näher zu treten, damit auch in dieser Weise ein Schritt vorwärts getan wird.

Stadt v. S t e g m a n n : Was mein Freund Steinert ausgeführt hat, trifft zu. Im Finanzausschuß ist die ganze Frage des Beerdigungswesens aufgerollt worden, und ich kann mitteilen, daß jetzt der Stadtkirchen-
vorstand - so heißt es wohl - bereit ist, ~~und zwar~~
weil er durch die finanziellen Verhältnisse ^{dazu} gezwungen ist, an die Stadt heranzutreten, um Verhandlungen anzuknüpfen, daß die Stadt den Friedhof übernimmt. Bisher hat man sich von dieser Seite immer dagegen gesträubt, den Friedhof an die Stadt abzugeben, aber jetzt empfiehlt es auch die Mehrheit der Pastoren. Es soll bereits ein Defizit von 4 Millionen Mark vorhanden sein, so daß sie jetzt selbst an die Stadt wegen dieser Sache herantreten. Nun ist es wegen der finanziellen Not der Stadt selbst für diese Übernahme zweifellos eine ungeeignete Zeit, aber es wird nichts anderes übrig bleiben, als daß die Stadt ernst macht und das Kirchhofswesen in die Hand nimmt. Wie die Mittel dafür aufgebracht werden sollen, das weiß ich auch

auch nicht, wenn nicht anders müssen sie auf den Wege der Anleihe beschafft werden. Der Stadtkirchenvorstand will $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark haben, weil er seine Leute nicht hat bezahlen können, die Arbeiter haben ihre Nachzahlungen von August noch nicht bekommen, kurz und gut, das Messer sitzt ihnen an der Kehle. Mit ~~Allgemeinreden~~^{en Reden} kann in dieser Frage nicht gedient sein, sondern wir müssen den Rat auffordern, daß er unverzüglich diese Verhandlungen mit dem Stadtkirchenvorstand aufnimmt. Bei der furchterlichen Notlage, in der sich diejenigen befinden, die jetzt Beerdigungen durchzumachen haben, ist es notwendig, daß ihnen von der Stadt Hilfe kommt und das Beerdigungswesen von der Stadt in die Hand genommen wird. Die Verhandlungen wegen der Übernahme werden sich ohnehin noch lange hinziehen, und es muß doch so schnell wie möglich eine Änderung geschaffen werden. Bedenken Sie die Notlage, wenn eine lange Krankheit dem Tode vorhergegangen ist und die Witwe nicht weiß, wie sie den toten Mann unter die Erde bringen soll. Der billigste

Sara

Sarg kostet heute 8000 Mark und von einem Herrn aus einem Beerdigungsinstitut wurde mir gesagt, daß eine einfache Beerdigung bis zu 18 000 Mark kosten werde. Solche Kosten sind von den meisten nicht aufzubringen, da müßte die Stadt eingreifen, und deshalb möchte ich zum Antrage erheben, daß der Rat uns ohne weiteres eine Vorlage wegen Übernahme des Bestattungswesens und seiner Vereinfachung und Verbilligung macht. Es ist im Finanzausschuß vom Herrn Oberbürgermeister erklärt worden, daß man beim Krematorium nur ganz einfache Särge, roh zusammengenagelte Kasten aus 6 Brettern nimmt, die in einen Übersarg gesetzt und versenkt werden. Das würde schon eine Verbilligung ausmachen. Ich glaube aber kaum, daß die Stadt so etwas machen kann, wenn sie nicht selbst das ganze Bestattungswesen in die Hand nimmt. Wie sollen die Mittel beschafft werden? Da bin ich der Meinung, daß sie auf den Wege des Umlageverfahrens durch Erhebung einer Gebühr einzuziehen sind. Dazu wird die Genehmigung der

der Landesregierung, beziehungsweise des Reichsrats
nötig sein, aber ~~ich glaube nicht, daß diese~~ ^{nicht bringt, ob} den Ge-
meinden, auch wenn sie ^{auf} ~~nach diesen Gebiete~~ ^{die Gemeinden, mit nach} Nutzbrin-
gendes schaffen ~~völlig genügt werden wird, aber~~
~~dennoch werden~~ ^{zu} auf diesen Wege weiter kommen.
Jedenfalls kann es so nicht weitergehen; wir können
die Dinge nicht laufen lassen, ohne etwas dazu zu tun.
Wir müssen aufs ganze gehen und das ganze Bestattungs-
wesen durch Übernahme auf die Stadt einer Änderung
unterziehen. Ich unterbreite deshalb der Versammlung
folgenden Antrag und bitte ihn anzunehmen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle be-
schließen, den Rat zu ersuchen,

- 1) schleunigst Verhandlungen mit dem Stadtkirchen-
vorstande wegen Übernahme des Zentralfriedhofes
aufzunehmen,
- 2) den Stadtverordneten baldigst eine Vorlage zu unter-
breiten, betreffend Übernahme, Vereinfachung und
Verbilligung des Bestattungswesens durch die Stadt
und über die Aufbringung der hierzu erforderlichen
laufenden Mittel.“

V o r s i t z e n d e r : Es ist ein Schreiben an die Stadtverordneten von Friedhofsausschuß eingegangen, gezeichnet vom Stadtsuperintendenten Runte, in dem um die Benilligung von $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark ersucht wird. Die Herrschaften sind von diesen Schreiben schon unterrichtet, denn es ist dieses Schreiben auch sonst noch an diesen oder jenen Stadtverordneten gerichtet. Dieses hier aber ist an das Stadtverordnetenkollegium gerichtet; ich überweise es dem Finanzausschuß und frage Herrn Stegmann, ob er in Verbindung mit der Erledigung dieses Schreibens, das ja seine weitere Auswirkung zeigen wird, seinen Antrag behandelt wissen will.

Oberbürgermeister K e t t e n e y e r : Meine Herrschaften ! Ich glaube, es wäre ziemlich zwecklos, heute hier auf die ganze Sache näher einzugehen; dazu ist sie zu schwierig, und ohne Abänderung des Gesetzes wird es bei ihrer Regelung wohl kaum abgehen.

Nachdem heute Herr Dr. Kahlert in die Ämter des Herrn Stadtrat Herbst eingetreten ist, ist nunmehr der Ausschuß wieder vollzählig, den Sie vor längerer Zeit gewählt haben, um die Verhandlungen mit dem Stadtkirchenverbande wegen Übernahme des Friedhofes zu führen. Der Stadtkirchenrat ist jetzt bereit, diese Verhandlungen aufzunehmen, und gestern habe ich mit den betreffenden Herren vereinbart, daß in der nächsten Woche die Verhandlungen stattfinden sollen. Was dabei herauskommt, können wir heute noch nicht wissen, und ganz glatt wird die Abwicklung nicht vor sich gehen. Auf der einen Seite sind die Verhältnisse für die Stadt insofern günstig, als die Kirchen einsehen, sie können den Friedhof nicht mehr halten. Andererseits

aber

aber ist mit der Übernahme des Friedhofes für die Stadt leider eine ziemlich erhebliche Belastung verbunden. Die Stadt Leipzig z.B. hat, wie ich höre, die Übernahme abgelehnt, - aber das können wir noch alles in den Ausschuß besprechen.

V o r s i t z e n d e r : Ist die Wahl des Herrn Dr.Kahlert für diesen Ausschuß in der vertraulichen Sitzung vorzunehmen ?

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Der Herr Vorsitzende hat vorhin schon gefragt, ob die Versammlung einverstanden sei, daß Herr Dr.Kahlert in die Ämter eintreten soll, die Herr Stadtrat Herbst als Stadtverordneter innegehabt hat und ~~Widersprochen~~ ist nicht erhoben worden. Ich denke, damit ist die Sache erledigt.

Stadt v. Dr. S e h u l t z e : Meine Damen und Herren ! Es sind von den Vorrednern zwei Punkte erwähnt worden — Kommunalisierung des Friedhofes und Kommunalisierung des Bestattungswesens —, die nicht ~~unmittelbar~~ ^{unmittelbar} miteinander zusammen gehören. Ich glaube, daß ich für die Verwirklichung des ersten dieser beiden Punkte eintreten kann, bezüglich des zweiten kann ich das einstweilen noch nicht, weil ich mit meinen Fraktionsgenossen noch nicht darüber gesprochen habe. Persönlich aber möchte ich mich wohl dafür einsetzen, weil ich gesehen habe, daß die Kommunalisierung des Bestattungswesens ^{in süddeutschen Städten} überaus günstig gewirkt hat. Daß dort in dieser Weise kommunalisiert ist, kann man schon daran merken, daß Sarggeschäfte dort nicht mehr existieren. Bezüglich der Feuerbestattung kann man wohl annehmen, daß eine Verbilligung derselben eintreten wird, wenn sie noch mehr im Publikum gang und ^{werden} gebräuchlich wird. Das ist selbstverständlich, denn um so mehr Verbrennungen man vorzunehmen hat, umso mehr werden die Verbrennungsöfen ausgenutzt. Dabei ist es wesentlich

lich

lich, daß die Gesetzgebung inbezug auf die Zulässigkeit der Leichenverbrennung geändert wird. Es soll ja demnächst vom Reiche ein allgemeines Feuerbestattungsgesetz erlassen und darin die ganze Materie geregelt werden. Bei den Verhandlungen darüber wäre darauf hinzuweisen, daß die Erschwerung zum Wegfall kommt, wonach entweder im Testament oder auf andere Weise schriftlich der Wunsch des Toten nach Feuerbestattung nachgewiesen werden muß. Ich glaube, die kirchlichen Bedenken, die früher gegen die Feuerbestattung gehegt wurden, sind jetzt fast völlig geschwunden, und in der Hauptsache müßten bei dieser Sache die wirtschaftlichen Momente den Ausschlag geben. Insbesondere müßte es der Stadt ermöglicht werden, daß sie die Armen, auch wenn keine derartige Willensbestimmung vorliegt, ohne weiteres der Feuerbestattung übergeben könnte. Hierbei läßt sich meiner Meinung nach die Beschaffung des Sarges wesentlich verbilligen. Die Technik würde vielleicht die Möglich-

keit

keit geben, die Särge nicht aus Holz herzustellen; ich denke dabei an eine Hülle aus Papiermaché, die mit verbrannt werden könnte, und glaube, daß das eine bedeutende Verbilligung darstellen würde.

Augenblicklich ist eine solche Maßnahme nicht möglich, weil in Feuerbestattungsgesetz ein Sarg vorgeschrieben

ist und die Leichenverbrennung an die Einwilligung der Verstorbenen gebunden ist, und diese Bestimmung wird von der Polizei streng überwacht. Wenn z.B. eine

Witwe, wie mir bekannt geworden ist, in einem Brief schreibt: „Ich will ~~einmal~~ verbrannt werden und

meine Asche soll da und da aufgestellt werden,“ so

^{wegen des letzteren Zusatz} sieht ^{Erklärung} das die Polizei nicht als genügend ^{an}. Aber

^{Angelegenheit} Diese Sache ^{hier} liegt bei uns in den Händen des Herrn

Regierungsrat Kybitz, der ja ^{wie die Herren wissen} in manchen Beziehungen

^{nicht} zu formell vorgeht. Soweit es in unserer Macht steht

— vielleicht hat der eine oder andere von uns Bezie-

hungen zu Reichstagsabgeordneten —, müßten wir darauf

hinweisen, daß diese erschwerenden Momente wegfallen.

**Die erhöhten Gebühren für Feuerbestattung werden
von der Versammlung genehmigt.**

10. Gewährung eines Zuschusses für Mitbenutzung
eines privaten Röntgen-Apparates.

Stadt v. S t e i n e r t: Bei diesem Punkt der Tagesordnung handelt es sich um zweierlei. Zunächst diesen: Herr Dr. Pagenstecher hat bisher für Röntgenbestrahlung, die er in seinem Institut an Kranke aus dem städtischen Krankenhaus vornimmt, jedesmal 10 Mark erhalten. Dieser Satz reicht jetzt nicht mehr aus und soll auf 20 Mark erhöht werden.

Die zweite Angelegenheit ist folgende: Herr Dr. Pagenstecher hat für Röntgenbestrahlung von Kranken aus dem städtischen Krankenhaus Röntgenröhren aus dem städtischen Krankenhaus geliefert bekommen, aber diese haben nicht ausgereicht, und so hat er zum Teil seine eigenen Röntgenröhren benutzen müssen. Nun hat er in letzter Zeit größere Reparaturen an seinen Röntgenröhren ausführen lassen und dafür 24 000 Mark ausgegeben. Als teilweise Entschädigung für diese Ausgabe sollen ihm städtischerseits 4000 Mark bewilligt werden. Bei diesem Antrage wird noch darauf hingewiesen,
daß

daß die von Herrn Dr. Pagenstecher für das Krankenhaus ausgeführten Röntgenbestrahlungen von ihm bedeutend billiger berechnet worden sind als die Summe beträgt, die von den Krankenkassen an einzelne Röntgeninstitute ^{bezahlt werden muß.} ~~bezahlen müssen.~~

Der Finanzausschuß hat sich mit den beiden Fragen befaßt und empfiehlt, beiden Anträgen des Rates zuzustimmen.

**Die Versammlung beschließt den Ratsanträgen
gemäß.**

(Punkt 10)

11. Bewilligung von Mitteln zur Erneuerung des
Röntgenapparates im städtischen Krankenhaus.

Stadtv. S t e i n e r t : Meine Damen und Herren !
Ich habe eben schon darüber berichtet, daß die Patienten des städtischen Krankenhauses von Herrn Dr. Pagenstecher mit dem Röntgenapparat behandelt worden sind. Allerdings haben wir im städtischen Krankenhaus selbst einen Röntgenapparat, der über schon 16 Jahre alt ist, und bekanntlich hat die Röntgentechnik in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht. Darum entspricht der Röntgenapparat des Krankenhauses nicht mehr den heutigen Ansprüchen. Eigentlich müßte ohne weiteres ein neuer Apparat angeschafft werden, aber bei den heutigen kolossalen Preisen ist das ausgeschlossen, und darum soll dieser Röntgenapparat so erneuert werden, daß er wenigstens halbswegs der Neuzeit entspricht. Es soll ein Quecksilbergas-Unterbrecher eingebaut werden, und der erfordert ganz erhebliche Kosten, nämlich 90 000 Mark. Wenn wir bedenken, daß bei der Krankenbehandlung und Untersuchung durch

durch die Röntgentechnik ganz bedeutende Fortschritte gemacht sind, so werden wir nicht umhin können, die 90 000 Mark zu bewilligen. Wir haben uns im Finanzausschuß mit dieser Frage befaßt, und ich habe Sie im Namen des Finanzausschusses zu bitten, die genannte Summe zur Erneuerung des Röntgenapparates zu bewilligen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Meine Damen und Herren ! Ich möchte die eben ausgesprochene Bitte des Herrn Steinert auch meinerseits warm unterstützen. Wir freuen uns, in der Persönlichkeit des Herrn Dr. Pagenstecher einen sehr tüchtigen Röntgenarzt zu sehen, der sowohl im Krankenhaus wie in der Sprechstunde in seiner Privatwohnung uns wichtige Dienste als Armenfacharzt für Röntgenbehandlung und -untersuchung leistet. Es versteht sich von selbst, daß wir neben dieser Vorlage auch für die Tätigkeit des Herrn Dr. Pagenstecher für das städtische Krankenhaus noch eine Aufbesserung seiner Bezüge beantragen werden, was ich heute schon bemerken möchte. Es ist ein Glück, daß wir den Röntgenapparat für das städtische Krankenhaus zeitig genug angeschafft haben, so daß er uns lange Jahre gute Dienste hat leisten können. Wir hoffen, bei seiner Erneuerung mit 90 000 Mark auszukommen. Sollte aber doch eine Überschreitung nötig sein, so bitte ich die Herr-
schaf-

schaften, überzeugt zu sein, daß das nur der Not gehorchend geschehen wird.

Die 90 000 Mark werden bewilligt.

(Punkt 11)

12. Einführung einer Leihgebühr bei der Stadtbibliothek.

Stadt v. ~~Stadtv.~~ S t e g m a n n : Von der allgemeinen Notlage ist auch die Stadtbibliothek betroffen. Trotz der größten Sparsamkeit hatte sie von der ihr etatsmäßig zur Verfügung stehende Summe von 27 000 Mark bereits bis Juni d.J. 12 000 Mark verausgabt, so daß vor auszusehen ist, daß sie mit einem gewaltigen Defizit absehließen würde, wenn ihr nicht noch Hilfe gebracht wird, denn die Preise für Bücheranschaffungen und Bucheinbände sind enorm gestiegen. Die Archideputation hat nun vorgeschlagen, wie in anderen Städten für Entlehnung der Bücher eine Gebühr zu erheben, und schlägt vor: Für eine Jahreskarte 20 Mark, für eine Vierteljahrskarte 6 Mark und für einen einzelnen Band pro Monat 1 Mark. Ferner wünscht sie, daß die Einnahme aus dieser Leihgebühr der Stadtbibliothek zur Verfügung gestellt werde. Mit diesem letzteren Antrage ist der Rat einverstanden und ersucht auch

auch die Stadtverordneten, ihr Einverständnis damit zu erklären. Im übrigen aber erscheinen dem Rat die vorgeschlagenen Gebühren zu niedrig, und ^{er} wünscht daß sie auf 40 Mark, 15 Mark und 1,50 Mark festgesetzt werden. Es wurde vor etwa 4 Wochen bei der Beratung dieser Sache im ^{gegen die ~~Finanzausschuß~~ genannten Fälle} Finanzausschuß Einspruch erhoben, weil es oft nötig ist, daß Gelehrte, wenn sie ein neues Werk schreiben wollen, mehrere Bände aus der Bibliothek zu gleicher Zeit entleihen müssen, und ~~daß~~ die Entleihung ihnen dann zu teuer zu stehen käme. Es ist deswegen bei der Bibliothekverwaltung angefragt worden und festgestellt, daß in solchen Fällen 3 Bände auf einmal entleihen werden könnten, ^{für} wozu dann der genannte Betrag zu entrichten wäre.

Der Finanzausschuß ist in seinen Vorschlägen noch über die des Rates hinausgegangen und schlägt Ihnen vor:

für eine Jahreskarte 60 Mark festzusetzen,

„ „ Vierteljahrskarte 20 Mark und

falls keine Karte gelöst wird, für jeden Band 2 M.

Ich

Ich ersuche Sie, diesen Antrage zuzustimmen, und Sie werden das tun, wenn Sie bedenken, in welcher rasanten Weise die Bücherpreise und die Buchbinderarbeiten gestiegen sind. Was im vorigen Jahre 10 Mark gekostet hat, kostet in diesem Jahre das Zehnfache. Ich habe im Finanzausschuß Beispiele dafür anführen können, und die Verlagsbuchhandlungen teilen schon jetzt mit, daß bis Weihnachten die Preise auf das Doppelte und Dreifache steigen werden. So wird der geringe Betrag der Leihgebühr für die Interessenten kaum ins Gewicht fallen. Ich empfehle Ihnen den Antrag des Finanzausschusses zur Annahme.

Stadt v. Dr. S e h u l t z : Überall hört man von Not, und zu denjenigen, die auch in sehr großer Not sind, gehören die Gelehrten, Schriftsteller, Journalisten, soweit sie nicht fest angestellt sind. Das liegt darin, daß eine kolossale Unterschätzung der geistigen Arbeit gegenüber der Handarbeit stattfindet. Was für ein Widersinn ist das zum Beispiel, daß jemand, der 3 Wochen lang an einem Buche arbeitet — selbstverständlich ein wertvolles, es wird auch viel Unsinn geschrieben — ein Honorar empfängt, das so groß ist, wie die Herstellung einer Druckseite kostet. Daraus können Sie ersehen, in welcher Not diese Leute sind. Bibliotheken oder Bücher sich anzuschaffen, ist ihnen nicht mehr möglich, sie sind gezwungen, die öffentliche Bibliothek^{en} zu benutzen. Nun ist das heutzutage besonders teuer, weil die Beschaffung jedes Buches von auswärts das Doppelte des Paket-Portos, also 160 Mark, dazu noch Einschreibgebühr usw. erfordert, wie ich das selbst erlebt habe, so daß ein Buch von außerhalb zu leihen auf 200 M zu

steht

stehen kommt. Das liegt daran, weil die hiesigen Bibliotheken nicht an den allgemeinen Bibliothekerverband angeschlossen sind. Jedenfalls sind wir hier ^{verpflichtet} ~~in~~ Stande, dafür zu sorgen, daß die Bücher aus unserer Stadtbibliothek billiger zu erhalten sind. Da gerade die von mir genannten Kreise in großer Not sind, so kann ich mich mit diesen hohen Leihgebühren nicht einverstanden erklären; es würde damit eine Steuer auf den Gelehrten- und Schriftstellerstand erhoben werden. Besonders möchte ich bitten, daß die Studenten auf jeden Fall von Entrichtung einer Gebühr bei Entnahme von Büchern aus der Stadtbibliothek freigelassen werden, da diese Bücher in vielen Fällen für das Studium notwendig sind, und stelle den Antrag, einen dahingehenden Beschluß zu fassen.

Außerdem bitte ich um eine Aufklärung. Es sollen erhoben werden

für eine Jahreskarte 60 Mark,

für eine Vierteljahrskarte 20 Mark,

Leihgebühr für einen Monat 2 Mark.

Da

Da nehme ich doch am besten eine Monatskarte und zahle so weniger als 60 Mark für das ganze Jahr. Ob die letzte Bestimmung nur für ein Buch gilt und die Vierteljahrskarte für mehrere, weiss ich nicht.

Ich möchte bitten, den ursprünglichen Satz der Finanzkommission, der noch unter dem Satze des Rates der Stadt steht, anzunehmen, und zweitens, die Studenten von einer Leihgebühr vollständig frei zu lassen.

Es gibt auch zahlreiche Vereine, die der Stadtbibliothek ihre Bücher zur Verwaltung gegeben haben und für die Erhaltung der Bücher die Kosten bezahlen. Wenn nun Bücher aus diesen Bestände an Vereinsmitglieder oder an solche verliehen werden, die eine besondere Erlaubnis-Bescheinigung des Vereinsvorsitzenden bekommen haben, sollen diese dann auch diese Gebühr zahlen ? Das halte ich doch für ausgeschlossen. Es müßte aber noch besonders ausgesprochen werden, daß solche Ausleihungen von Gebühren freibleiben. Über diesen Punkte bitte ich um Aufklärung.

Stadtrat S e h a p e r : Meine Damen und Herren !
Über die Höhe der Leihgebühr, die festgesetzt werden soll, kann man zweifelhaft sein. Ich möchte empfehlen, sich nicht auf die Sätze festzulegen, die die Archideputation vorgeschlagen hat. Die Deputation hat darüber im Monat Juni beraten, in Kraft treten sollen die Gebühren aber erst am 1. Oktober. Weil nun die Preissteigerung fortgesetzt weiterging, habe ich mir gesagt: „Die Sätze, die in der Beratung der Archideputation als richtig angesehen wurden, entsprechen den heutigen Geldverhältnissen nicht mehr“, und darum hat der Rat der Stadt die Sätze von 40, 15 und 1,50 Mark vorgeschlagen. Wenn jetzt die Finanzkommission höhere Sätze in Vorschlag bringt, so ist das eine Folge der weiter fortgeschrittenen Geldentwertung. Ich persönlich muß sagen, daß ich sie nicht für zu hoch finden kann, gebe jedoch zu, daß es einigen Personen schwer fallen wird, sie zu entrichten.

Zur

Zur Erläuterung der aufgeführten Gebührensätze habe ich folgendes zu sagen: Wer eine Jahres- oder Vierteljahrskarte löst, kann auf einmal der Bibliothek 3 Bände entnehmen und kann so oft wechseln, wie ihm beliebt. Wer keine Jahres- oder Vierteljahrskarte lösen will, erhält gegen Zahlung einer Gebühr von 1,50 M oder nach dem Antrage des Finanzausschusses von 2 M nur einen Band und kann den einen Monat lang behalten. Wer also eine Jahres- oder Vierteljahrskarte löst hat dabei entschieden einen Vorteil.

Nun hat Herr Professor Schultze den Wunsch ausgesprochen oder den Antrag gestellt, daß Studenten bei Entleihung von Büchern aus der Stadtbibliothek gebührenfrei gelassen werden sollen. Ich weiß, daß zum großen Teil die Studenten in einer finanziellen Notlage sich befinden. Aber ihnen eine solche Befreiung zuzubilligen, hat für mich das Bedenken, daß gesagt werden kann: Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Es gibt vielleicht andere Stände,
die

die sich in der gleichen oder in einer größeren Notlage befinden. Ich kenne ja die Meinung des Rats in dieser Sache nicht, aber persönlich möchte ich mich gegen diesen Antrag aussprechen, da ich eine solche Bestimmung für bedenklich halte.

Was die Gebührenzahlung durch diejenigen Vereinsmitglieder betrifft, deren Bücher in der Stadtbibliothek untergebracht sind, so halte ich es für selbstverständlich, daß sie für Bände aus der eigenen Bibliothek keine Gebühr bezahlen, und ich glaube nicht, daß es notwendig ist, dafür eine besondere Bestimmung vorzusehen. Nun haben aber die Vereine gestattet, daß auch andere als ihre Mitglieder von den Büchern des Vereins Bände entleihen, und wenn das geschieht, müßte wohl eine Gebühr bezahlt werden.

Stadt v. S t e g m a n n : Zur Aufklärung der Fragen des Herrn Professors Schultz hat Herr Stadtrat Schaper schon das Nötige gesagt. Ich gebe zu, daß viele Vertreter der ^{geistlichen} ~~hiesigen~~ Berufe diese Maßnahme schwer trifft, weil sie sich in einer großen Notlage befinden, die vielfach auch größer ist als die mancher Handarbeiter. Trotzdem kann man nicht so weit gehen, wie es Herr Professor Schultz wünscht, ebenso kann den Studenten gegenüber eine Gebührenfreiheit nicht ausgesprochen werden. Es gibt arme Studenten, denen ich diese Vergünstigung ~~ich~~ gern gönnen würde, aber es gibt auch solche, die durchaus nicht notleidend sind, sondern die die größeren Restaurants bevölkern, die mit großen Kötern umherlaufen, und denen die Entleihung von Büchern aus der Stadtbibliothek frei zu lassen, kann ich nicht als richtig ansehen, und eine Differenzierung vorzunehmen, würde sehr schwer halten. Bedenken Sie doch einmal: Was bedeutet es bei den jetzigen horrenden Preisen, wenn ie-

jemand eine Karte löst für 60 Mark und er dafür das ganze Jahr lesen kann ! Davon kann man doch wirklich nichts sagen.

Stadtv. Dr. S c h u l t z: Auf die eben gehörten Worte des Herrn Stegmann habe ich folgendes zu erwidern: Es erscheint ~~mir~~ mir selbstverständlich, daß die Studenten, die die Kaffeehäuser bevölkern, keine Bücher aus der Stadtbibliothek holen. Diejenigen, die sich hier Bücher entleihen, das sind die ärmeren Studenten, die zu Hause fleißig arbeiten und sich wissenschaftlich betätigen wollen. Denen sollte man die Benutzung der Stadtbibliothek erleichtern. Es ist überall so, daß den Studenten die Benutzung von öffentlichen Bibliotheken freigestellt ist. Studenten, die aus der Stadtbibliothek Bücher holen, werden meistens die Monatsgebühr bezahlen. Aber für ihre Arbeit müssen sie viele ^{ich} eine ganze Menge Bücher ~~haben~~ haben und so oftmals 2 M bezahlen. ~~Ich~~ Ich möchte doch bitten, die Studenten von der Gebühr freizulassen.

Stadtv.Dr. R ö p k e : Meine Damen und Herren! Ich kann dem Antrage des Herrn Professors Schultz nicht zustimmen. Wenn es sich um eine höhere Gebühr handelt, dann läßt sich wohl darüber reden, aber eine Gebühr von 15 M für ein Vierteljahr, ist so gering, daß man nicht einmal eine gute Zigarre dafür bekommt, und die könnte wohl auch noch von einem Studenten aufgebracht werden. Außerdem ist zu befürchten, daß, wenn man diese Ausnahme macht, die technische Handhabung zu Schwierigkeiten führen würde, indem dann erst noch eine Legitimation ausgestellt werden müßte. Mehrere Bücher kann der Student ja bei einer Vierteljahrsvorausbezahlung erhalten, und dafür braucht er in dieser langen Zeit nur ein Glas Bier weniger zu trinken. Das läßt sich doch wohl aushalten.

Stadtv. F a y: Dem Antrage des Herrn Dr. Schultz kann ich auch nicht zustimmen, möchte vielmehr den Antrag stellen, daß den ausländischen Studenten an Gebühren in der Stadtbibliothek mehr abgenommen werden als der hiesigen Bevölkerung. Ich wünschte überhaupt, daß dieses Prinzip in Braunschweig überhaupt mehr angewandt wird. In Bayern zum Beispiel bezahlen die ausländischen Museumsbesucher das Zehnfache und noch mehr.

Der Kommissionsantrag (60, 20 und 2 Mark) wird angenommen.

Der Antrag Dr. Schultze (Studenten Gebührenfrei) wird abgelehnt, ebenso der Antrag Fay (Ausländer höhere Gebühren).

-

13. Instandsetzung der Tür und des Gittertores der Markthalle.

Stadtv. M aaß: Im Monat August hat eine Kundgebung gegen die schon damals in so hohem Maße auftretende Teuerung stattgefunden, und diese Kundgebung hat mit einigen Ausschreitungen geendet, wovon der Eingang der Markthalle betroffen worden ist. Einige unbesonnene Leute haben in die Markthalle einzudringen versucht, um gegen den infolge auftauchender Gerüchte des Verdachts des Wuchers ausgesetzten Kaufmann Bollmann aufzutreten und mit ihm zu rechten. Dabei haben die Tür und das Gittertor der Markthalle sehr gelitten. Die Reparaturen haben ziemlich erhebliche Kosten verursacht: Für Tischlerarbeiten sind ausgegeben 2074,25 M, für Schlosserarbeiten 2372,05 M und für Malerarbeiten 190,15 M, im ganzen also 4636,45 M. Ein Ersatz der Kosten durch das Reich kommt auf Grund des Reichsgesetzes nicht in Frage. Der Vorgang ist allerdings bedauerlich, aber

ver-

verständlich ist er auch. Es ist nun vom Rat der Stadt an das Staatsministerium die Bitte gerichtet worden, bei zukünftigen Anlässen alles aufzubieten, ^{öffentliche} um die ^{heid} Sicherung zu gewährleisten. Hoffentlich kommt ^{man} /dann nicht mit Maschinengewehren, denn dadurch wird die Not der Bevölkerung nicht behoben.

Der Bauausschuß hat sich mit dem Antrage des Rats auf Bewilligung der Kosten beschäftigt und hat mich beauftragt, Sie zu bitten, die Summe zu bewilligen.

Die 4636,45 M werden bewilligt (Punkt 13)

14. Bewilligung eines Zuschusses zur Vorführung belehrender Filme durch die deutsche Lichtbildergesellschaft.

Stadtv. S a u e r b i e r: Die deutsche Lichtbildgesellschaft in Berlin hat sich an den Rat der Stadt mit dem Antrage gewandt, ihr bei der Vorführung von belehrenden Filmen behilflich zu sein, in denen hauptsächlich für Frauen und jungen Mädchen die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, sowie der Kampf gegen die Tuberkulose im jugendlichen Alter dargestellt werden sollen. In einem Arbeits^{Arb.}ausschuß, den das Städtische Wohlfahrtsamt ins Leben gerufen hat und in dem sich auch Vertreter des Vereins für Gesundheitspflege, des Landesvereins für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge des Roten Kreuzes, der Ortsgruppe der Lungen- und Tuberkulosenkranken, des Gewerkschaftskartells, der Direktion der Bürgerschulen, der Landesversicherungsanstalt und anderer Stellen befinden, ist die Angelegenheit wiederholt eingehend erörtert worden. Man ^{war} ist sich dabei über die

hohe

hohe Bedeutung solcher Veranstaltungen einig und ist zu dem Ergebnis gelangt, ihre Förderung dringend zu empfehlen. Die deutsche Lichtbildgesellschaft ist bereit, diese Vorführungen unter Innehaltung möglichst niedriger Eintrittspreise und unter Gewährung besonderer Vergünstigungen für Fürsorgeschwestern, Minderbemittelte, Wohlfahrtsfürsorgerinnen und Lungenkranke ins Werk zu setzen, wenn die auf etwa 10 000 M veranschlagten Kosten für Zeitungsanzeigen und öffentliche Anschläge ihr abgenommen werden, ähnlich wie dies vor einigen Monaten bei der Vorführung des Films zur Bekämpfung der Tuberkulose und bei der Tuberkuloseausstellung geschehen ist. Der Rat der Stadt hofft, daß sich das Staatsministerium angesichts des großen Werts der Filmbelehrung für das ganze Land Braunschweig entschließen wird, die eine Hälfte der Ankündigungskosten mit 5000 M ~~stadt~~seitig zu übernehmen, während die andere Hälfte stadtseitig zu tragen sein würde.

An

An die Stadtverordnetenversammlung richtet
der Rat die Bitte:

Unter der Voraussetzung, daß der Staat die
Hälfte der Kosten übernimmt, für die Ankündigung
dieser bezeichneten Lehrfilme einen Betrag bis zu
5000 M zur Verfügung zu stellen.

Der Finanzausschuß, dem die Sache zur Beratung
überwiesen wurde, ist auf die Beteiligung der Stadt
zur Bestreitung der Kosten für Ankündigung dieser
Lehrfilme eingegangen. Er hat festgestellt, daß der
Film in der Form, wie er zu diesem Zwecke geboten
wird, so leicht von keinem anderen zu übertreffen
ist. Bei der Beratung im Finanzausschusse ist aber
noch zur Sprache gekommen, daß dem Wunsche nach ei-
ner obligatorischen Einführung eines Lehrfilms in
die jeweiligen Abwendprogramme seitens der Licht-
spieltheater in Braunschweig nicht das nötige In-
teresse entgegengebracht worden ist. Es würde nach
der Überzeugung des Finanzausschusses zum eigenen
Vorteil der Lichtspieltheater dienen, wenn sie diese

Filme

Filme in ihre abendlichen Vorführungen aufnehmen würden. Ich kann mir wenigstens vorstellen, daß ein großer Teil des Publikums nicht geneigt ist, nur die verfilmten Schauspiele, Romane und dergleichen anzusehen, dagegen aber Einfügungen über Reisen in Italien und—wie ich neulich gehört habe—über die Loseisung eines Schiffes gern sehen würde. Dadurch würde nach meiner Überzeugung und nach der Überzeugung des Finanzausschusses das Programm der Lichtspieltheater nur gewinnen. Daß so etwas nicht gemacht wird, ist unverständlich, und ebenso unbegreiflich ist es, daß unsere Lichtspieltheater auf den Wunsch, diese Lehrfilme mit zu übernehmen, nicht genügend Entgegenkommen gezeigt haben. Wie mir bekannt ist, haben die Lichtspieltheater bei dem Prüfungsausschuß für die Höhe der Vergnügungssteuer einen Antrag auf Ermäßigung der Steuer eingereicht, und ich bin überzeugt, daß der Ausschuß

auf

auf diesen Antrag nur eingehen wird, wenn die
Lichtspieltheater in der von mir eben bezeichneten
Angelegenheit ~~mit~~ Entgegenkommen zeigen.

Im übrigen habe ich namens des Finanzaus-
schusses zu empfehlen, dem Antrage des Rats in
dieser Sache zu entsprechen.

Stadtrat von Frankenberg: Den geehrten Herrschaften kann ich die erfreuliche Mitteilung machen, daß inzwischen das Ministerium geschrieben hat, es sei bereit, die Hälfte der entstehenden Bekanntmachungskosten für die Vorführung der Filme im Betrage bis zu 5000 M zu tragen, vorausgesetzt, daß die Stadt die Hälfte der Kosten tragen will, und ich darf wohl annehmen, daß die geehrte Versammlung zur Annahme des Vorschlags des Herrn Sauerbier bereit ist.

Eine andere erfreuliche Mitteilung ist die, daß sich die beiden beteiligten Lichtspielunternehmungen, sowohl die Schauburg wie die Vereinigten Lichtspieltheater, in Bezug auf die Überlassung ihrer Räumlichkeiten und die Anpassung an diese Lehrfilme neuerdings schon etwas geneigter gezeigt hat. Allerdings ist bei den Verhandlungen die Grenze, die nach der Beschlußfassung des Prüfungsausschusses in Aussicht genommen war, noch nicht erreicht. Sie haben erklärt: Wenn ~~ich~~ in den Nach-
mit-

mittagsstunden, in denen sie ihre üblichen Filme zur Aufführung bringen, die Lehrfilme gezeigt werden sollten, dann müßten sie eine besondere Entschädigung haben. Ich habe die Herren nicht im Zweifel darüber gelassen, daß nach der Ansicht des Prüfungsausschusses hiervon keine Rede sein könnte, und habe darauf hingewiesen, daß, wenn sie von uns hinsichtlich der Steuern ein Entgegenkommen wünschten, es darauf ankäme, daß sie zu geeigneter Zeit, wo Arbeiter und Arbeiterfrauen zum Besuche dieser Filmvorführungen in der Lage wären, ihre Räume uns zur Verfügung stellen müßten. Ich darf hoffen, daß sie darauf eingehen werden; es wird mit dem ^hrürigen Geschäftsführer der Lichtspielgesellschaft, Herrn Bucher, darüber verhandelt werden. Ich hoffe, daß ich den Prüfungsausschuß ~~dementsprechend~~ ^{dennächst} einberufen kann, um ihm die Mitteilung zu machen, daß sich die beiden Lichtspielunternehmungen entschlossen haben, zu kapitalisieren

Stadtv. Dr. S c h u l t z e: Soweit ich Herrn Stadtrat von Frankenberg verstanden habe, geht das Bestreben daraufhin, den Lehrfilm in den allgemeinen Spielplan der Lichtspiele einzufügen. Dagegen möchte ich mich ganz entschieden aussprechen. Wir wollen eine Aufführung haben, von der ~~Männ~~ man jedem sagen kann: „Dahin kannst du gehen“, und wollen nicht haben, daß erst ein amerikanisches Stück kommt und dann die Lehrfilme, sodaß die Leute, wenn ^{nur} sie aus unseren Bildungsvereinen ^{en} dorthin schicken, Schund und gute Sachen hintereinander ^{zu sehen} bekommen, sondern wir wollen, daß sie nur das Gute sehen und hören. Wir dringen darauf, daß die Lehrfilme nicht zwischen zwei Schauerfilme gezeigt werden, und wollen, daß der Lehrfilm zu einer Zeit aufgeführt wird, wo jeder in der Lage ist, hinzugehen, und das ist die Abendzeit. Deshalb ist mit Nachdruck darauf zu bestehen, daß die Schauburg, die schon irgend welche solche Verpflichtungen hat, uns einen Abend zur Verfügung stellt. Die Stadt hat es in der Hand - Herr Stadtrat

rat

rat von Frankenberg hat das schon angeführt-, daß der Prüfungsausschuß den Lichtspieltheatern nicht entgegenkommt, wenn sie es uns gegenüber nicht tun. Das wäre keine Erpressung, sondern ein gesundes Vorgehen, und ich möchte den Ausschuß bitten, darauf hinzuwirken, daß er für diese Lehrfilme einen Abend zur Verfügung bekommt.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Die Ausführungen des Herrn Berichterstatters Sauerbier sind von Herrn Professor Dr. Schultze nicht ganz richtig verstanden worden. Herr Sauerbier hat offenbar zweierlei im Auge. Das eine sind die gesundheitlichen Lehrfilme, die nach unserer Absicht in den Nachmittagsstunden bis in die Abendzeit hinein, bis 6 oder 1/2 7 Uhr, vorgeführt werden sollen und gedacht werden als etwas Geschlossenes, Abgerundetes. Dagegen ist es ein zweiter berechtigter Wunsch, für den Herrn Sauerbier eingetreten ist, daß z. B. naturwissenschaftliche Lehrfilme oder solche mit Reisebeschreibungen und dergleichen in das übliche Abendprogramm eingeflochten werden. Das würde zweifellos zu einer Verbesserung und Veredelung des Abendprogramms führen, und daß das mit großer Freude begrüßt wird, habe ich sowohl in Braunschweig wie in anderen Städten wahrgenommen, wenn ich eine solche Kinovorstellung mir angesehen habe. Insofern muß ich Herrn Professor

Schultze

Schultze recht geben, daß diese sehr ernsten und erschreckenden Lehrfilme, die sich mit der Bekämpfung der Lungentuberkulose und der Geschlechtskrankheiten befassen, nicht in den ~~Rahmen~~^{Rahmen} einer gewöhnlichen Abendvorstellung ~~hinein~~^{hinein}passen, während das für die übrigen Filme, die in Aussicht genommen sind, wohl der Fall ist.

Heinrich

Städtv. Lehnert: Meine Damen und

Herren! Wenn wir auch ohne Weiteres derartige Lehrfilme eine große Bedeutung beimessen können, so dürfen wir doch die Bedeutung dieser Lehrfilme für die Bekämpfung der Tuberkulose nicht überschätzen. Wir wissen, daß sie zur Bekämpfung der Tuberkulose nur einen winzigen Teil beitragen. Es muß *bedacht* werden, daß diese Krankheit hauptsächlich durch Unterernährung entsteht, hauptsächlich in den Fabriken, wo die Herde der Tuberkelbazillen sind. Der Lehrfilm kann nur eine Aufklärung für die breite Masse bieten, aber eine wirkliche Bekämpfung der Tuberkulose ~~da~~ *dürfen* ~~nüber~~ wir ~~uns~~ von derartigen Vorführungen nicht ~~versprechen~~ versprechen. Ein anderes ist es mit der Kleinkinder- und Säuglingspflege, deren richtige Ausführung durch den Lehrfilm gezeigt werden soll. Dort können die jungen und werdenden Mütter lernen, wie das Kind vom ärztlichen Standpunkt aus behandelt werden soll. Ich habe *hier* schon öfter gesagt: Wenn wir von *Stadtsei-*
ten

ten darangehen wollen, zur Bekämpfung der Tuberkulose beizutragen, so müssen wir das von einem anderen Ende aus anfassen und müssen dafür sorgen, daß die Tuberkuloseerkrankten unter einigermaßen zureichenden gesundheitlichen Verhältnissen leben können, vor allen Dingen nicht gezwungen sind, wenn sie eine Kur in Stiege durchgemacht haben, mit doppelten Kräften in den Betrieb zu arbeiten und so schnell wie möglich dort aufs Neue die Krankheit aufzunehmen. Nur so können wir die Tuberkulose bekämpfen, nicht nur ^{durch} die Lehrfilme. Wenn ich auch zugebe, daß ~~ste~~ zur Aufklärung einen großen Teil beitragen, so haben sie an der Bekämpfung der Krankheit nur einen kleinen Anteil.

Stadtv. S t e g m a n n: Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß von einer Entschädigung der Kinobesitzer bei Vorführung der Lehrfilme keine Rede sein kann, und wie mir mitgeteilt worden ist, beanspruchen sie das auch gar nicht, sondern sie wollen nur für die Aufführung der Lehrfilme Steuerfreiheit gewährt haben. Mit dieser Frage wird sich demnächst der Prüfungsausschuß zu befassen haben, wie Herr Stadtrat von Frankenberg schon mitgeteilt hat.

Im übrigen bin ich anderer Ansicht wie Herr Dr. Schultze. Man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Die große Masse der Kinobesucher würde niemals nach der Vorführung eines Lehrfilms hingehen; sie will nur den allgemeinen Kram, die dramatisierten Romane usw. sehen; je größer der Schund ist, um so lieber gehen sie hin. ~~Wenn~~ aber an den gewöhnlichen Abenden auch Lehrfilme mit geboten, so werden sie gezwungen, auch einmal etwas Besseres mit anzusehen und wenn das jeden Abend vorkommt, so wird ein großer

Teil

Teil der regelmäßigen Kinobesucher vielleicht doch Geschmack daran bekommen. Greift man nicht zu dieser Maßnahme, dann kommt nur ein kleiner Teil der Besser gebildeten und diejenigen, die sich weiter bilden wollen, zu den Lehrfilmen. Deshalb muß man versuchen, in diesem Sinne die Kinobesitzer zu veranlassen, dann und wann ihre Säle zu Lehrfilmvorführungen herzugeben, ~~am~~ und ~~eben~~ auch abends Lehrfilme einzustreuen. Es würde den Effekt allerdings vernichten, wenn zwischen zwei Schauerromane der Lehrfilm gebracht wird, es müßte das schon zu Beginn der Vorstellung geschehen.

Stadtv. S a u e r b i e r: Im großen und ganzen ist das, was ich sagen wollte, schon von Herrn Stadtrat von Frankenberg ausgeführt. Ich habe nicht sagen wollen, daß diese Lehrfilme ^{der Deutschen Lichtspielgesellschaft} zwischendurch ~~in~~ den gewöhnlichen Abendvorstellungen eingefügt werden sollen, sondern diese Vorführungen für sich sollen nach wie vor bestehen bleiben. Aber wir haben schon erlebt, daß solche Lehrfilmvorführungen nur an dem ersten Abend so gut besucht waren, wie sie es verdienten; dann ließ der Besuch nach, so daß man sich für Braunschweig schämen mußte, daß der Besuch so schlecht war. Würden aber Filme mit allgemein bildendem Inhalt jeden Abend in das ^{übliche} ~~Allgemein~~ Programm aufgenommen, so hätte jeder, der zu den Vorführungen der Schauerromane usw. geht, die Gelegenheit, auch diese besseren Sachen mit zu sehen. Die Vorführungen von Lehrfilmen solcher Art, wie ~~die~~ ^{werden} von der deutschen Lichtbildgesellschaft geboten ~~en~~, sollen aber selbstverständlich bestehen bleiben. Allerdings kostet das ein

ein Heidengeld und die Kinobesitzer können sie nicht gratis geben, so daß die Stadt entgegenkommen muß. Dagegen sollen aber die Kinobesitzer verpflichtet werden, an den gewöhnlichen Abenden einen belehrenden Film mit durchlaufen zu lassen, und solche Vorführungen ~~brauchen~~ von der Stadt nicht besonders bezahlt zu werden. Welcher Art dabei die Belehrung sein soll, das will ich dahingestellt sein lassen.

Wenn Herr Steinert meinte, man soll die Wirkung der Filme bei der Bekämpfung der Tuberkulose nicht überschätzen, so bin ich der Ansicht, daß zur Bekämpfung dieser Krankheit eine gute Prophylaxis das beste ist. Erst wenn ich das Wesen der Krankheit erkannt habe, kann ich mich in richtiger Weise vor ihr schützen. (Zuruf: Der Arbeiter aber nicht!) Wer allerdings schon an Tuberkulose leidet, wird durch Besichtigung des Lehrfilms seine Krankheit nicht los; das muß anderen Organen und Maßnahmen vorbehalten bleiben, durch die dafür gesorgt wird, daß der Kranke behandelt wird. Von großer Bedeutung für die Allgemeinheit

meinheit

meinheit ist es jedoch, wenn der Film verwandt wird, um das ganze Wesen der Krankheit zu zeigen und in belehrender Weise auf die wenigwissenden Zuhörer eingewirkt und ihnen gezeigt wird, welche verheerenden Wirkungen eine solche Krankheit ausübt. Das darf nicht unterschätzt werden, und ich bitte Sie, unter Beachtung dieses Umstandes den Beschlüssen, wie sie im Finanzausschuß gefaßt sind, zu folgen und die 5000 M zu bewilligen.

Im großen und ganzen muß ich noch bemerken, daß ich leider wohl die Beschlüsse der Finanzkommission mit meinen persönlichen Empfindungen verknüpft habe und zugestehen muß, daß der größere Teil von dem, was ich gesagt habe, meinen eigenen Empfindungen entspricht.

Stadtv.Dr. S c h u l t z e: Meine Bemerkungen von vorhin bezogen sich auf ausgesprochene Lehrfilme, wie solche sind, für die wir die 5000 M zu bewilligen im Begriffe sind. Daß andere Filme, landschaftliche, gewerbliche usw. ebenfalls in den Spielplan der Lichtspieltheater eingeführt werden müssen, halte ich für selbstverständlich. Meiner Ansicht nach, sind die Kinobesitzer jetzt wohl in der Lage, auch einmal einen Nachmittag für solche Filme herzugeben, die der Bildung und der Gesundheit dienen soll^{en}. Sie verdienen jetzt gut; der Durchschnittspreis für den Eintritt ist 50 M und Hunderte werden an der Kasse wegen mangelnden Platzes abgewiesen. Bei einem solchen guten Verdienst kann man auch einmal einen Abend für Lehrfilme freigeben.

Zu den Ausführungen des Herrn Steinert möchte ich sagen: Es wird die Bekämpfung der Tuberkulose besonders in das Kinderalter gelegt werden müssen, und jeder Film, den wir bezüglich der Säuglings- und

Klein-

Kleinkinderfürsorge zeigen, hilft mit zur Bekämpfung der Tuberkulose. Wir wissen ⁿ daß der Keim zur Schwind- sucht schon in frühen Jugendjahren gelegt wird und daß dann ^{bei} ~~durch~~ schlechten wirtschaftlichen und Arbeits- verhältnissen, ^{die Krankheit} ~~der Keim~~ zum Ausbruch kommt. Dieser Film würde also dazu dienen, anzugeben, wie man Säug- linge und kleine Kinder vor Ansteckung ^{durch} ~~der~~ Tuberku- lose behüten kann. Wenn Herr Steinert anerkennt, daß die Vorführungen der Lehrfilme für ^{das Erkennen} ~~Erkrankung~~ des Wesens der Tuberkulose wichtig sind, so erkennt er auch an, daß sie einen wichtigen Platz in der Be- kämpfung der Tuberkulose einnehmen. Also das eine und das andere!

Stadtv. L e h n e r t: Meine Damen und Herren! Den Kinobesitzern geht es ebenso, wie es den Bauern geht. Das sieht man, wenn man bedenkt, ein wie großer weil der Kinobesitzer Millionäre geworden sind. Als sie nach Braunschweig kamen, hatten sie bald keine Dachkammer zu möblieren, heute sind sie angesehen hene Mitbürger in Braunschweig. Wenn sie Mitleid hätten, dann müßten sie sagen: Diesen Tag stelle ich den Saal frei zur Verfügung für Vorführung der Lehrfilmen. Aber das fällt den Herrschaften nicht ein. Sie sehen, daß hier Sturm gelaufen wird, damit sie nur den kleinen Finger hergeben, und jetzt sagen sie: „Stadt du mußt herüberkommen, wir wollen so und soviel weniger an Steuern zahlen.“ Ja, wenn man das eine will, muß man das andere nicht tun. Hier muß wenigstens einmal gesagt werden: Wenn wir entgegenkommen und wollen den Herrschaften 5000 M bewilligen, dann sollten sie mindestens soweit Menschlichkeitsgefühl besitzen; und sagen: „Wir geben das unentgeltlich.“

Joh

Ich bin kein Kinopottbesucher, und wenn die Kinobesitzer von den Einnahmen aus meiner Tasche existieren sollten, dann wären sie schon längst auf dem Pflegehause und würden Gartenarbeiten mit verrichten müssen, könnten aber nicht mit Autos in der Stadt umherfahren. Wenn dem großen Teile der Bevölkerung, die die Kinos regelmäßig besuchen, des Abends, und zwar, wie schon von Herrn Kollegen Stegmann angeführt worden ist, am Anfang der Vorstellung, einmal einen Lehrfilm vorgeführt würde, dann bliebe doch etwas hängen. Sollte aber, während am Anfang „der geheimnisvolle Dolch“ gegeben wurde, in der Mitte der Vorstellung von Kindersterblichkeit etwas vorgeführt werden und am Ende der Vorstellung „August Müller auf Freiers Füßen“, dann frage ich, welche Wirkung von dem Lehrfilm noch übrigbleiben würde. Man erschreckt ordentlich darüber, daß es eine Masse Menschen bei uns gibt, die zum Kino gehen, um sich so etwas servieren zu lassen. Einen großen Teil der allernotwendigsten Lebensmittel

mittel, die zur Erhaltung des Lebens notwendig sind, lassen sie schwinden - das möchte ich hier aussprechen-, aber der Kinpott muß besucht werden, und wenn es 100 M kostet. Doch ein gutes Schauspiel im Theater sieht man sich nicht an, und von dieser Unwissenheit sind jene Herrschaften Millionäre geworden, haben Autos und Villen und können sich etwas Besonderes leisten, während die übrigen Sterblichen sich nur Brot und Margarine leisten können. Für diese Herrschaften bewillige ich auch nicht einen Pfennig, wenn sie nicht soviel Menschlichkeitsgefühl haben, daß sie der Menschheit entgegenkommen. Sie brauchen es nicht darauf anzusehen, ihre Lokalitäten einmal für einen Abend herzugeben. In ihnen steckt die Raubtiernatur ebenso wie in den Bauern.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Herrn Stadtverordneten Lehnert ist in der Hitze des Gefechts das Mißgeschick untergelaufen, daß er meinte, die 5000 M sollten bewilligt werden zur Entschädigung der Kinobesitzer. Das ist nicht der Fall, sondern die 5000 M sollen dazu dienen, die Kosten für die Ankündigung dieser Veranstaltung zu bestreiten. Es soll also nicht begährlichen Leuten Geld in den Hals gejagt werden, sondern die Gelder sind lediglich für Anzeigen in den Zeitungen und für Säulenschnitte in Aussicht genommen.

Herr Stegmann war erstaunt darüber -und das kann ich begreifen-, daß die Lichtspielunternehmer von der Stadt eine Entschädigung verlangt haben, wenn von ihnen solche Filme in den üblichen Spielstunden aufgeführt werden. Ich war auch erstaunt darüber, als der Geschäftsführer mit dieser Forderung kam, und habe ihn über mein Erstaunen und über die Auffassung, die im Prüfungsausschuß besteht, keinen

Augen-

Augenblick im unklaren gelassen. Es ist inzwischen ein neues Schreiben gekommen, das etwas sanftere Seiten aufzieht, das mir aber noch nicht genügt. Von beiden beteiligten Stellen, von der Schauburg und von den Vereinigten Lichtspielen wird gefordert; Wenn wir in den gewöhnlichen Spielstunden die Lehrfilme aufführen lassen sollen, dann müssen wir dafür entschädigt werden. Ich habe darauf geantwortet: Davon kann schlechterdings nicht die Rede sein, denn Sie wollen von uns eine Ermäßigung der Steuer, und darüber wird sich erst reden lassen, wenn sie diese Forderung gänzlich unter den Tisch fallen lassen.

Stadtv. L e h n e r t: Die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg bestätigen die Worte, die ich gesagt habe. Die Herrschaften wollen eine Entschädigung haben; ob sie es in bar oder in Steuererlaß bekommen, das bleibt dasselbe. Wenn ich das Geld aus der einen Westentasche herausnehme und in die andere stecke, so ist das dasselbe, was diese Herrschaften wollen.


- 161a -

Die 5000 M werden bewilligt.

(Punkt 14).

15. Erhöhung des Schornsteins in der Markthalle.

Stadtv. M a r t h: Der Schornstein in der Markthalle, der zu der Kaffeeküche und zu den Heizvorrichtungen im Geschäfts- und Aufseherzimmer gehört, ist nicht in Ordnung, so daß es die Aufseher und der Marktinspektor dort nicht vor Rauch aushalten können. Es hat sich herausgestellt, daß eine Erhöhung des Schornsteins erfolgen muß, weil dieser Schornstein den First der Markthalle nur wenig überschreitet. Für diese Instandsetzung ist ein Betrag von 13 500 M nötig. Die Summe erscheint ja ziemlich hoch, aber alle Baukosten sind in dieser Zeit außerordentlich hoch, und da es notwendig ist, eine Abänderung zu treffen, so empfiehlt der Bauausschuß, der sich mit dieser Vorlage beschäftigt hat, die vorgeschlagenen Arbeiten ausführen zu lassen und die verlangte Summe zu bewilligen.



Die 13 500 M werden verwilligt.

(Punkt 15).

16. Erhöhung des dem Ausschuss für die Vermittelung
von Altmobiliar gewährte Darlehen.

Stadtv. B u r g d o r f f: Im Juni d. Js. haben die Stadtverordneten beschlossen für die Zwecke des gemeinnützigen Ausschusses zur Vermittelung von Altmobiliar ein Darlehen von 10 000 M., verzinst zu 3%, auf zunächst 3 Jahre zu bewähren. Dieser Ausschuss hält es für notwendig, daß das Darlehen auf 25 000 M. erhöht wird, da sonst infolge der erneuten sprunghaften Geldentwertung die Lebensfähigkeit der genannten gemeinnützigen Einrichtungen in Frage gestellt sind. Von den andern Vermittlungsstellen beteiligten übrigen Körperschaften haben das Staatsministerium und die Handelskammer bereits je 25 000 M. zur Verfügung gestellt. Der Rat schlägt vor, dem Ersuchen des Ausschusses zu entsprechen und die Erhöhung des Darlehen auf 25 000 M. zu bewilligen, und namens des Finanzausschusses, der sich ebenfalls für die Bewilli-

gung

gung ausgesprochen hat, beantrage ich, die Genehmigung seitens der Versammlung hierzu zu erteilen.

Die Versammlung stimmt der Erhöhung des Darlehens
auf 25 000 M zu.

17. Erhöhung der Mitgliederbeiträge für 4 gemeinnützige Vereine.

Stadtv. S a u e r b i e r: Die Stadt zahlt an eine Anzahl gemeinnütziger Vereine Jahresbeiträge. Etliche von diesen Vereinen haben beschlossen, um ihre Aufgabe bei dem sinkenden Geldwerte weiter erfüllen zu können, ihre Mitgliederbeiträge zu erhöhen, und haben beim Rat der Stadt demgemäß den Antrag gestellt, auch die Jahresbeiträge der Stadt entsprechend zu erhöhen. Der Rat der Stadt ^{erz}kennt diese Bitte als berechtigt an, und empfiehlt, für das Rechnungsjahr 1922 - 23 zu zahlen

- 1) an den Braunschw. Berufs- u. Fachschulverein
36 M (statt 17,50 M),
- 2) an den Verein "Landaufenthalt für Stadtkinder,
"Berlin" 100 M (statt 50 M),
- 3) an den Deutschen Verein für das kaufmännische
Bildungswesen 300 M (statt 60 M),

4) an den Deutschen Verein für das Fach- und Fortbildungsschulwesen 60 M (statt 30 M).

Ich habe im Namen des Finanzausschusses Ihnen zu empfehlen, diesem Ersuchen zuzustimmen.

Die Versammlung bewilligt die erhöhten Beiträge.
(Punkt 17).

18. Versicherung des Gaswerks und der Neustadtmühle
gegen Feuersgefahr.

Stadtv. P i e p e r: Meine Damen und Herren!
Das Städtische Betriebsamt hat sich an den Rat der
Stadt gewandt, um eine Erhöhung der Versicherung
gegen Feuersgefahr für die innere Einrichtung der
städtischen Betriebswerke zu erwirken; insbesondere
betrifft dies das Gaswerk Taubenstraße und Neustadt-
mühle. Bis dato sind diese Werke mit 11 501 290 M
versichert, und das ist bei der heutigen Entwertung
der Mark soviel wie nichts. Es wird deshalb vorge-
schlagen, das Gaswerk mit 260 Millionen Mark und die
Neustadtmühle mit 50 Millionen Mark zu versichern,
und der Rat der Stadt hat schon das Betriebsamt be-
auftragt, das dazu Erforderliche zu veranlassen. Er
steht aber auf dem Standpunkte, die Sache nicht allein
auf seine Kappe zu übernehmen, denn die zu zahlenden
Prämien sind ungeheuer hoch, nämlich jährlich für
das Gaswerk 390 000 M und für die Neustadtmühle

350 000 M.

350 000 M. Darüber will der Rat die Meinung der Stadtverordneten hören.

Die Baukommission hat sich mit der Sache beschäftigt und ist zu dem Urteil gekommen, daß es ohne Frage nötig ist, die Versicherung zu erhöhen, und zwar steht die Baukommission auf dem Standpunkte, daß die Versicherung hauptsächlich für die Neustadtmühle notwendig ist, während für sie das Gaswerk nicht für so sehr erforderlich gehalten wird. Man war bezüglich des Gaswerks der Meinung, daß es besser wäre, eine Selbstversicherung vorzunehmen, daß dazu aber eine große Reserve gehört, und da eine solche nicht vorhanden ist, meint die Baukommission, daß es unter diesen Umständen doch besser ist, beide Versicherungen in der vom Rat beantragten Höhe vorzunehmen, aber die für das Gaswerk auf so kurze Zeit, wie es nur möglich ist. Dann soll später über die Versicherung des Gaswerks noch einmal geredet werden. Alles in allem bittet die Baukommission, dem Antrage des Rats zuzustimmen.

Vorsitzender: Ist die Baukommission im übrigen mit den genannten Versicherungssummen einverstanden.²

(Stadtverordneter Pieper bejaht diese Frage und gibt nochmals die beiden Summen an).

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich möchte noch auf eins hinweisen.^{a)} In dem Berichte des Betriebsamts sind auch die anderen Betriebe und die Einrichtungen in anderen städtischen Gebäuden erwähnt worden, und es ist anheimgegeben worden, man möchte auf eine Erhöhung der Versicherung ^{hier-}für verzichten. Auch über diese Sache bittet der Rat die Stadtverordneten, sich zu äußern. Wir sind der Meinung, daß wir uns in der Beziehung auf unsere Feuerwehr verlassen können. Es kommen z. B. in Betracht die Klempnerei und die Werkstätten im Bürgerpark. Dort lagern aber zumeist Metallsachen und so haben wir von einem Schadenfeuer dort nicht viel zu besorgen. Ebenso kommen die Einrichtungen des Schlachthauses in Betracht, die im Notfalle nicht zu dem Betrag, zu dem sie versichert sind, aufs Neue beschafft werden können. Eine Versicherung wäre wohl zu erwägen, aber die Sache wird schließlich zu teuer. Wie das Reich auf Feuerversicherung seiner Werte

ver-

verzichtet hat, so könnten auch wir wenigstens einen Teil unserer Werte in eigene Versicherung nehmen. Bei den beiden heute in Frage stehenden Werken ist die Sache insofern anders, als bei der Mühle mit einer Explosion ^{is Gefahr} gerechnet werden muß, gegen die auch die beste Feuerwehr machtlos ist, und ein ähnliches Unglück könnte auch auf dem Gaswerk vorkommen, obgleich dort die Gefahr geringer ist. Es kommt das auch in der geforderten Prämie zum Vorschein, die für die Mühle 7⁰/100 und für das Gaswerk 1 1/2⁰/100 betragen soll. Wir werden über die Versicherung des Gaswerks und die Höhe der Prämie mit den Versicherungsgesellschaften weiter verhandeln und müssen sehen, was dabei herauskommt. Wir sind der Ansicht, daß die Versicherungsgesellschaften in Rücksicht auf unsere Feuerwehr noch eine nicht unerhebliche Löschprämie bewilligen müssen, und etwas Ähnliches ist schon in Betracht gekommen bei der

Ver-


Versicherung der Kornvorräte in den auswärtigen Mühlen, zu denen wir im Bedarfsfalle unsere Feuerwehr entsenden, um Löscharbeiten vorzunehmen.

Stadtv, M a r t h: Wenn man sich unser heutiges Versicherungswesen im ganzen betrachtet, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß man alle Werte, die wir in der Stadt lagern haben, nicht so versichern kann, daß sie im Falle eines Schadensfeuers wieder ergänzt werden können, sonst würde man ungeheuere Prämien bezahlen müssen. Wo man größere Werte in den Gebäuden liegen hat, muß man deshalb prüfen, ob man statt der Versicherung bei einer Gesellschaft nicht eine Selbstversicherung vornimmt. Es gibt verschiedene größere ^{Wertaufbewahrung} ~~Banken~~, die ihr Inventar überhaupt nicht versichern, weil die Prämien zu hoch würden, und ebenso macht es das Reich. Auch wer einen großen Pferdebestand hat, versichert ihn nicht mehr, weil er sich sagt, daß die Entschädigung für ein verunglücktes Pferd schon durch die hohen Versicherungsprämien mehr als gedeckt sein würde. Es ist auch zu bedenken, daß die Gesellschaften die hohen Prämien nicht allein zur Entschädigung für Un-

fälle

A.

fälle verwenden, sondern daß sie sie zum großen Teile um des Gewinnes halber für sich behalten, damit sie hohe Dividenden zahlen und ihr Beamtenheer besolden können. Bei der Neustadtmühle ist allerdings eine Versicherung bei ^{einer} ~~ihrer~~ Gesellschaft angebracht. Wenn dort ein Brand entstände, wäre das Gebäude nicht zu halten, auch wenn die Feuerwehr rechtzeitig zur Stelle wäre. Anders liegt es mit dem Gaswerk. Dort kann immer nur ein Gebäude brennen, und es kommt weiter in Frage, daß wir dort einen Stamm von Arbeitern und Beamten haben, die helfend eingreifen können, bevor die Feuerwehr ankommt. Deshalb bin ich der Ansicht, daß wir auf die Versicherung des Gaswerks bei dieser hohen Prämie verzichten können. Der Ausschuß ist bei Behandlung dieser Sache zu der Frage gekommen, ob bei durch Explosion verursachten Bränden auf der Gasfabrik die volle Versicherungssumme gezahlt wird. Wenn das nicht der Fall ist, dann bin ich entschieden

 der

der Ansicht, daß man die Gasfabrik von der Versicherung bei den Gesellschaften ausschließt. Ich bitte also, dem Antrage des Rats zuzustimmen, aber in betr. der Gasfabrik sich nur zu einer vorläufigen Versicherung zu verstehen und auch prüfen zu lassen, ob auch jeder Schaden, der dort entsteht, von der Versicherungsgesellschaft gedeckt wird, im übrigen aber von der Versicherung in städtischen Gebäuden vorhandenen Inventars und Lager abzusehen, da die Summe der Prämien für solche Versicherungen eine ganz enorme sein würde. Sie würde so sehr zu Buche schlagen, daß sie unseren Etat ganz bedeutend belasten würde.

M.

Stadt v. L e h n e r t : In betreff der Versicherung der Neustadtmühle stehe ich auf dem Standpunkt, daß die ins Auge gefaßte Versicherungssumme bei der heutigen Preislage noch zu gering ist. Wenn über kurz oder lang dort eine Explosion oder ein Brand stattfindet, würden wir den Schaden nicht wieder so herstellen, wie wir es jetzt haben, und besonders die innere Einrichtung ist nicht für 50 Millionen Mark zu haben. Wissen wir doch genau, was heute ein einfacher Plansichter kostet, und dabei sind die Preise immer noch in steigender Tendenz begriffen. Anders steht es mit dem Gaswerk, wo die Versicherungssumme 260 Millionen Mark beträgt. Wenn die Brandschäden, die Herr Marth angeführt hat, nicht in die Versicherung mit einbezogen sind, dann stehe auch ich auf dem Standpunkt, daß die ungeheuerere Prämiensumme besser angewandt wird, wenn wir sie unseren Angestellten und Beamten als Gehalt zuteil werden lassen, als den Versicherungsgesellschaften

schaften

schaften eine halbe Million in ihr Geschäft hineinzu bringen. Es wird für diese hohe Summe nur eine geringe Leistung garantiert und auf der anderen Seite sind bei der Versicherungspolize so viele Hintertüren, daß sehr leicht, wenn ein gewiegter Jurist auftritt, sehr leicht der der Reingelegte ist, der den Brand erlitten hat. Die beste Versicherung ist überhaupt die Selbstversicherung, bei der wir das Geld behalten. Es wird schließlich bei der Beratung des Schadens noch immer gesagt: Die Sachen haben schon soundso viele Jahre gestanden und dafür ist soundso viel abzusetzen - Strich darunter: Für die Entschädigung bleibt so gut wie nichts übrig. Ich möchte ersuchen, die Gasfabrik nicht zu hoch zu versichern, aber für die Neustadtmühle halte ich die Versicherung mit 50 Millionen Mark für nicht hoch genug.

V o r s i t z e n d e r : Ein besonderer Antrag aus der Versammlung liegt nicht vor. - Wer für den Antrag des Rates ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag des Rates ist angenommen.

19. Erhöhung der Gebühren in den städtischen
Badeanstalten.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Meine Damen und Herren! Es liegt ein Antrag des Rates vor, betreffend die Erhöhung der Gebühren in den städtischen Volksbädern und im Stadtbade. Diese Angelegenheit hat schon die Baddeputation beschäftigt und ist dann auch im Rechtsausschuß zur Beratung gekommen. Da seit der letzten Festsetzung der Gebühren am 31. August die Preise für Materialien, wie auch die Gehälter und Löhne fortwährend gestiegen sind, so ist auch eine Neufestsetzung der Gebührensätze für die Bäder notwendig geworden. Es ist wohl selbstverständlich, daß bei der ungünstigen Finanzlage der Stadt wenigstens im Stadtbade die Betriebskosten durch die aufkommenden Gebühren einigermaßen gedeckt werden müssen, während in den Volksbadeanstalten nur eine annähernde Deckung erzielt werden kann. Die Einnahmen des Stadtbades haben betragen

in

in Juni 20 339 M, im Juli 27 171 M, im August 36 407,50 M und im September 60 558 M. Daß die Einnahmen im September bedeutend höher als vorher gewesen sind, ist in der Hauptsache auf die zu Beginn dieses Monats eingetretene Gebührenerhöhung zurückzuführen, aber in gewissem Maße wird es auch daran liegen, daß eine gesteigerte Frequenz des Bades eingetreten ist. Aber auch wenn wir weiter mit dieser Einnahme von 60 000 M rechnen könnten, würde sich doch ein erhebliches Defizit ergeben, so daß eine Erhöhung der Gebühren im Stadtbade durchaus notwendig erscheint. Es sind denn auch die neu festzusetzenden Gebühren einstimmig von der Baddeputation und dem Rat der Stadt wie folgt vorgeschlagen:

Ein Mannenbad	statt 15 M	30 M,
• aufsteigendes Vollbad	statt 18 M	35 M,
• Sitzbad	7 M	15 M,
• Dampfbad, Heißluftbad, russisch-römisches Bad mit Becke und Trockenreiben	statt 30 M	50 M,

Dasselbe mit nachfolgender 10 Minuten-Massage

statt 40 M 65 M,

ein elektrisches Kastenbad, ein elektrisches Wechselstrombad

statt 40 M 70 M,

eine elektrische Bestrahlung " 18 M, 30 M,

(bei einer Überschreitung einer Bestrahlungszeit von 5 Minuten für jede angefangenen 5 Minuten 10 M mehr.)

Ganz-Massage statt 25 M 40 M,

Teil-Massage " 10 M 20 M,

Leihgebühr für ein Bade-

laken " 10 M 20 M,

Leihgebühr für ein Handtuch " 4 M 12 M.

Auch in den Volksbädern ist eine außerordentlich starke Erhöhung der Ausgaben eingetreten und die Einnahmen sind zurückgegangen. Nach der bisherigen Einnahme ist mit einer Jahreseinnahme von 341000 M zu rechnen, während die Ausgaben im Voranschlage mit 345000 M eingestellt sind, in Wirklichkeit

aber

aber werden sie kaum hinter einem Betrage von 700 000 M zurückbleiben. Deswegen ist auch für die Volkabäder eine Erhöhung der Badegebühren notwendig geworden, und es wird vom Rat der Stadt beantragt, den Preis für ein Wannenbad von 6 M auf 10 M zu erhöhen, den Preis für ein Brausebad von 1 M auf 3 M. Bezüglich des letzten Punktes besteht ein Unterschied zwischen dem Beschluß der Baddeputation und dem des Rechtsausschusses. Die Baddeputation hat gewünscht, daß die Gebühr für das Brausebad möglichst niedrig, auf 1 M, gehalten wird, aber der Rat der Stadt ist diesem Beschlusse nicht beigetreten und auch der Rechtsausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß das Brausebad eine Erhöhung der Gebühr auf 3 M vertragen könnte. Im Namen des Rechtsausschusses habe ich die Versammlung zu bitten, den gesamten vorgetragenen Erhöhungen zuzustimmen. Es ist bei allen Gebühren eine Erhöhung eingetreten. Das Wesentlichste für das Stadtbad ist die Erhöhung des Wannenbades von 15 auf 30 M und bei den Volksbädern die Erhöhung des Wannenbades von 6 auf 10 M und des Brausebades von 1 auf 3 M.

Stadt v. M a r t h ! Meine Damen und Herren!
Diese Erhöhung der Gebühren kommt mir sehr überraschend, und auf der Tagesordnung hat sie nicht gestanden, so daß man sich nicht auf diesen Punkt vorbereiten und Stellung dazu nehmen konnte. Jetzt werden ja die Preise für die unbedingt notwendigen Bäder zur Reinigung des Körpers so hoch geschoben, daß sie nicht mehr zu erschwingen sind. Ich kann mich unter keinen Umständen heute mit der Sache abfinden und möchte beantragen, die Beratung zurückzustellen. Die Volksbäder hat man doch eingerichtet, um die Bevölkerung an Reinlichkeit zu gewöhnen, jetzt aber sollen diese Bäder in dieser Weise verteuert werden! Wenn man die Preise der Wannenbäder erhöhen muß, so habe ich nichts dagegen, und 10 M ist mir in dem Falle nicht zu hoch, aber die Preise der Brausebäder muß man unter allen Umständen so niedrig halten, daß sich jeder einmal in der Woche dort zu reinigen imstande ist. In bezug

auf

A.

auf das Stadtbad habe ich zu sagen: Daß man für manche Bäder höhere Preise nimmt, mag am Platze sein, weil die Leute zum Ersatze dieser Bäder nach den Volksbadeanstalten gehen können. Aber bei den medizinischen Bädern, die für die Gesundheit notwendig sind, dürfen die Preise nicht so hoch gesetzt werden, daß sie von der minderbemittelten Bevölkerung nicht zu bezahlen sind.

Herr Professor S e h u l t z e meinte, dass auch die Volksbäder sich in der Hauptsache selber erhalten müßten. Ich stehe auf einem anderen Standpunkt und meine, daß die Stadt ohne weiteres Mittel zur Verfügung stellen muß, um zu den Bädern Zuschüsse zu leisten. Dafür daß dieser Standpunkt bisher maßgebend gewesen ist, lieferten den Beweis die Defizitposten, die für die Bäder in den Etat übernommen sind. Daß solche Bäder sich selbst erhalten, ist vollständig ausgeschlossen, und ich werde ~~eine~~ solche Grundsätze auf keinen Fall unterstützen

 Ich

Ich bitte, die Sache zurückzuweisen und nochmals einer näheren Prüfung zu unterziehen.

Ch.

Stadt v. Dr. S c h u l t z e : Ich möchte bitten, die Vorlage nicht zurückzuverweisen. Die Preise sind in der Baddeputation sowohl wie im Rechtsausschuß besprochen worden, und so kompliziert ist die Sache nicht, daß Sie sich nicht jetzt schlüssig werden könnten. Es handelt sich doch in der Hauptsache nur darum, ob in den Volksbädern statt 6 M 10 M für die Wannenbäder und statt 1 M 3 M für die Brausebäder genommen werden sollen. Die Preise für ~~die~~ das Stadtbad spielen doch bei der heutigen Beschlußfassung keine so große Rolle. Die Stadt will die Einnahme aus der Erhöhung natürlich bald haben, und wenn eine Verschiebung stattfindet, so dauert es erst noch einen ganzen Monat, ehe es dazu kommt, daß die erhöhten Gebühren bezahlt werden.

Stadt v. S a u e r b i e r : Ich bitte den Antrag des Herrn Marth abzulehnen und heute über die Erhöhung der Badgebühren zu beschließen. Die Baddeputation hat sich eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt und hat ~~sich~~ auch Vergleichen mit den Preisen der Bäder in den Nachbarstädten vorgenommen. Ich kann versichern, daß die Sätze, die heute beschlossen werden sollen, zum Teil erheblich unter den Sätzen stehen, wie sie in Magdeburg und Hannover bezahlt werden müssen. Im Zweifel könnte man doch nur darüber sein, ob der Preis für das Brausebad von 1 M auf 3 M erhöht werden soll. Ich bitte, diesen einen Punkt nicht dafür ausschlaggebend sein zu lassen, die ganze Sache zu vertagen.

Stadt v. M a r t h : Ich komme deshalb zu meinem Antrage, weil es sich um eine wichtige Sache handelt, die die Allgemeinheit angeht und wozu wir vorher Stellung zu nehmen Gelegenheit haben müssen. Diese Sache hat nicht auf der Tagesordnung gestanden. Ich muß den Rat ersuchen, nicht solche Allgemein^esachen zwischen die Tagesordnung zu schieben. Solche Sachen müssen in den einzelnen Fraktionen besprochen werden; ich weiß nicht, wie ich mich heute stellen soll, weil uns die Möglichkeit zu einer solchen Besprechung genommen ist. Ich muß meinen Antrag auf Vertagung aufrecht halten.



Stadt v. S a u e r b i e r : Ich möchte nur noch^h kurz erwähnen, daß der Punkt wohl nicht auf der Tagesordnung steht, daß aber die Fraktionen durch die Vorverhandlungen in der Baddeputation und im Finanzausschuß gewußt haben, daß die Sache heute zur Besprechung kam. Die Vertreter der Fraktionen aus den Ausschüssen hätten ihren Fraktionsmitgliedern davon Mitteilung machen können.

Stadt v. G r ä f : Nicht sämtliche Fraktionen haben Mitglieder in der Baddeputation, und es erscheint notwendig, daß in den Fraktionen die Sache besprochen werden muß. Meiner Ansicht nach muß über den Antrag des Herrn Marth unbedingt eine Abstimmung stattfinden, und ich bitte, diesem Antrage zuzustimmen.

Die Mehrheit der Versammlung stimmt dem Antrage Marth zu.

20. Antrag Dr. Schultze, betreffend die
Ernöglichung des diesjährigen Eisbahn-
betriebes im Bürgerpark.

Fortlaut des Antrages siehe Seite 5 dieses Berichtes.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e (Zur Begründung):
Meine Damen und Herren! Es liegt die Gefahr nahe,
daß der Eisbahnbetrieb im Bürgerpark im nächsten
Winter nicht ausgeführt werden kann, und zwar liegt
das daran, daß der Eisbahnverein, der bisher die
Sache geführt hat, im vorigen Jahre ein Defizit von
75 000 M nur dadurch decken konnte, daß er eine
Baracke an den Kanuverein verkaufte, und er jetzt
keine Mittel mehr besitzt. Die großen Kosten des
Vorjahres sind veranlaßt gewesen durch die Erhöhung
der Löhne der Arbeitskräfte. Die Einrichtung der
Eisbahn ist vielleicht nur möglich, wenn die Stadt
helfend eingreift. Ich weiß sehr wohl, daß alle mög-
lichen

lichen Anforderungen an die Stadt herankommen, damit sie Hilfe bringt, und daß die Stadt ohne weiteres nicht so geneigt sein wird, hier einzugreifen. Aber es ist vielleicht nur notwendig, daß die Stadt Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, und das kann vielleicht gerade in dieser Jahreszeit, wo die Bautätigkeit brachliegt und viele Fabriken geschlossen sein werden, geschehen. Wir haben gesehen, daß im vorigen Jahre ^{durch die von der Stadt beschäftigten Arbeiter Notstands-}Arbeiten ausgeführt sind, und ich würde mir auch sehr wohl denken können, daß die städtischen Kräfte verwandt werden, um eine Eisbahn für die städtische Bevölkerung zu erhalten. Es muß bedacht werden, daß diese die einzige Eisbahn für die Stadt Braunschweig ist, abgesehen von den natürlichen Eisbahnen in Riddagshausen usw. Der Eisbahnverein würde dann unter städtischer Unterstützung auch in der Lage sein, die im vorderen Teile des Bürgerparkes gelegene Eisbahn in Ordnung zu bringen, für die kein Eintrittsgeld gefordert wird,

wird, und wird auch in Zukunft, wie das schon früher geschehen ist, die Kinder des Waisenhauses und des Kinderheims umsonst auf seiner Eisbahn laufen lassen. Es ist auch bekannt, daß die Schulen im Winter statt der Turnspiele dort auf dem Eise zusammen gewesen sind. Es würde im Interesse der Gesundheit unserer Bevölkerung liegen, wenn das Bestehen der Eisbahn ermöglicht wird, noch dazu wo andere gesundheitliche Einrichtungen, wie ein Schwimmbad, nicht in der Stadt vorhanden sind. Wenn die Erhaltung des Eisbahnbetriebes nicht mehr den Privaten möglich ist, so glaube ich, daß man seitens der Stadt helfend eingreifen muß. In welcher Weise das geschehen soll, darüber würde dann noch im Ausschuß geredet werden können.

**Der Vorsitzende überweist den Antrag dem Bau-
ausschuß zur Vorberatung.**

21. Anfrage Messenius, betreffend Fertig-
stellung stillgelegter Bauten,

Die Errichtung von Neubauten im kommenden Jah-
re,

und die Aufnahme von Notstandsarbeiten bei ver-
mehrter Arbeitslosigkeit.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 6 dieses
Berichtes.

Stadtv. M e s s e n i u s (Zur Begründung):
Die allgemein mißliche Finanzlage hat die Gesell-
schaften, die mit Baukostenzuschüssen an der Her-
stellung von Wohnungen arbeiten, in arge Bedräng-
nis gebracht, so daß viele Arbeiterentlassungen ha-
ben stattfinden müssen. Es haben Bauten stillge-
legt werden müssen, weil den Baugesellschaften die
Mittel fehlten, um die Häuser fertigzustellen. Es
kann aber nicht angehen, daß diese Häuser halbfer-
tig

tig stehenbleiben, wo die Wohnungen so notwendig gebraucht werden. Die Stillegung bedeutet nur eine noch größere Verteuerung der notwendigen Bauten. Man hat alle möglichen Mittel schon erwogen, auch die Regierung hat alles mögliche beraten und versucht, aber im großen und ganzen sind alle diese Baugesellschaften in derselben mißlichen Lage geblieben, da der Staat allein nicht helfen kann. Nun wäre vor allen Dingen eins für die Bauten in der Stadt notwendig, nämlich daß eine Erhöhung der Baukostenzuschüsse um ein ganz Erkleckliches vorgenommen würde. Wie das aber die Stadt machen soll bei ihrer für sie selbst so schlechten finanziellen Lage, ist mir nicht klar. Aber ich habe das Zutrauen, daß man in dieser schwierigen Frage, die eine Frage für das ganze Volk ist, Mittel und Wege finden wird, um nicht, hervorgerufen durch die Arbeitslosigkeit, genötigt zu sein, Gelder auszugeben, die ungenützt verwandt werden, sondern um durch sie die weitere Bautätigkeit zu ermöglichen. Es ist allerdings eine

dre-

prekäre Frage, wie die angefangenen Bauten bei der ungünstigen Witterung fertiggestellt werden sollen, und so die Bauten unter Dach und Fach kommen, damit nicht das in die halbfertigen Bauten hineingesteckte Geld als ganz und gar aus dem Fenster geworfen angesehen werden muß.

Die zweite Frage ist die: Im nächsten Jahre wird die Wohnungsnot wieder mindestens ebenso groß sein wie in diesem Jahre, ja, sie wird noch größer werden, da ~~durch~~ die geringe Bautätigkeit der Not nicht in dem Maße abzuhelpen imstande ist, wie es sein müßte. Da ist nötig, daß der Rat sich frühzeitig überlegt, was zu tun ist, damit im nächsten Jahre eine rechte Bautätigkeit stattfindet. Man hat die Bauarbeiter zu bedenken, die von dieser Bautätigkeit leben müssen, und die Wohnungsnot muß aufgehoben werden, soweit es irgend möglich ist. Die ganzen Verhältnisse, die das Bauwesen betreffen liegen

liegen gegenwärtig arg darnieder, und es ist dringend nötig, daß für die Folgezeit früh genug Vorsorge getroffen wird.

Nach sicheren Berichten aus den Industrien befürchtet man für diesen Winter Arbeitslosigkeit, weil allerwärts die Rohstoffbeschaffung eine derartig schwierige und ungenügende ist, daß die Mittel der Fabriken und Unternehmungen nicht ausreichen um Rohstoffe für die Bearbeitung zu kaufen, und man lieber zu dem Mittel greift, die Betriebe stillzulegen und Arbeitslosigkeit eintreten zu lassen, um andere Sachen mit den zur Verfügung stehenden Geldern leichter regeln zu können. Da ist wieder die Vorbeugung das beste, was der Rat tun kann, um nicht die Arbeitslosenunterstützungsgelder zahlen zu müssen, sondern das Geld für irgend welche produktiven Zwecke zu verwenden, sei es nun für Straßenbauten, die seinerzeit schon bewilligt, aber nicht angefangen waren, weil die Mittel nicht reichten, oder für andere

andere Zwecke.

Nir müssen wünschen, daß der Rat mit aller Energie sich diesen Fragen widmet. Ob er sie löst, kann ich nicht beurteilen, aber ich möchte doch, daß unser Geld statt für Arbeitslosenunterstützung lieber für produktive Zwecke benutzt wird.

Stadtbaurat Gebensleben :

Meine geehrten Herrschaften ! Zunächst hat Herr Nessenius gefragt, was der Rat der Stadt zu tun gedenkt, damit die angefangenen Bauten fertiggestellt werden. Diese Frage ist weniger eine technische als eine finanzielle Frage, nämlich : Wo sind die Mittel herzunehmen, damit die angefangenen Bauten zu Ende geführt werden können ? Denn daß Bauten zum Teil stillgelegt sind, liegt lediglich daran, daß das Geld für Fortführung der Bauten ausgegangen ist, und das wieder liegt in der jetzt herrschenden außerordentlichen Teuerung begründet. Ursprünglich hatte man ~~für das~~ ^{im} Bauprogramm angenommen, die Bauten würden um 200 000 M herum kosten, und jetzt sieht man bei der Fertigstellung solcher Bauten ein, daß sie um 1 Million herum ~~zu~~ ^{zu} stehen kommen; und wenn man heute mit dem Bau solcher Wohnungen anfangen würde, so würden sie ^{nicht} 2 Millionen Mark ^{bedeuten} kosten. Es war ursprünglich damit gerechnet, daß ^(125 000) ~~150 000~~ M

Bau=

Baukostenzuschüsse genügen würden, um den Bau einer Wohnung zu finanzieren, nachher hat man sich dazu emporgeschwungen, das Doppelte, 250 000 Mark als unverzinsliches Darlehn, in das sich Land und Stadt teilen sollten, zu gewähren. Man glaubte, damit schon Wunder was f getan zu haben, aber es stellte sich heraus, daß auch diese Mittel nicht im entferntesten genügten, um die später angefangenen Bauten fertigzustellen. Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, daß es nötig ist, diese Bauten nicht erst im Sommer anzufangen, sondern schon im Frühjahr; kurz nach Beendigung der Frostzeit hätte man mit Bauen beginnen und mit Volldampf arbeiten müssen, dann hätten sie verhältnismäßig billig fertiggestellt werden können. Das ist, aber ohne Schuld des Rates, versäumt worden; nun reichen die vorgesehenen Mittel nicht aus, und da bleibt nichts anderes übrig, als tiefer in den Beutel hineinzugreifen - wenn noch etwas darin ist.

Nun

206

Nun hat gestern vor vierzehn Tagen unter dem Vorsitz des Herrn Ministerialrat Dr. Christoph im Siedlungsamt eine Besprechung stattgefunden, in der darüber beraten wurde, wie man aus dieser Kalamität herauskommt. An dieser Besprechung konnte ich nicht teilnehmen, weil ich in einer anderen Angelegenheit in Holzminden war. Es ist mir aber berichtet, daß als Ergebnis dieser Besprechung herausgekommen ist, es sollten sich die verschiedenen Bauenden an den Rat der Stadt wenden und unter eingehender Begründung und Darlegung der Verhältnisse angeben, welche Beträge noch unbedingt erforderlich sind, um die angefangenen Bauten fertigzustellen. Dann könnte seitens der Regierung Beschluß gefaßt werden, ob und in welchem Umfange noch weitere Zuschüsse gewährt werden könnten und sollten. Soweit ich gehört habe, hat die Regierung im Hauptausschusse des Landtages schon entsprechende Anträge gestellt. Hoffentlich wird die

Sache

Sache so auslaufen, daß nicht etwa die Regierung das wahr macht, was sie ursprünglich uns angedroht hatte : wir sollten für den ganzen Riß stehen und gewaltige Beträge zu zahlen haben; sondern ich hoffe, daß die Regierung sich entschließen wird, wenigstens die Hälfte des Fehlenden als Darlehn vorzuschießen. Daß es sich auch hierbei noch um gewaltige Beträge für die Stadt handeln wird, geht aus einer Zusammenstellung hervor, die ich mir nach den bisher vorliegenden Anträgen habe machen lassen. Es ergibt sich, daß den hiesigen Baugesellschaften (Braunschweigische Siedlungsgesellschaft, Freiland und Baugenossenschaft) ^{in der} noch ungefähr 12 Millionen Mark je von der Stadt und vom Staate als Darlehn zu gewähren sein würde, im ganzen also 24 Millionen Mark. Das ist ein sehr betrübliches Bild.

Ich habe vorhin gesagt, daß das ~~Ganze~~ lediglich eine finanzielle Frage ist, und Sie wissen,

wie

wie außerordentlich schwierig es sein wird, diese Mittel heranzuschaffen. Das eine aber steht fest, nämlich, daß es unmöglich ist, die Fertigstellung der angefangenen Bauten zu unterlassen, denn dann würden sie verwittern; und ganz und gar töricht wäre es, sie abzureißen. Es bleibt nichts anderes übrig, als sie vollständig zur Ausführung zu bringen und dazu Mittel aufzubringen. Ursprünglich war vom Reiche gedacht, daß diese Mittel für Neubauten durch die Wohnungsabgabe aufgebracht werden sollten. Es ist von Reichs wegen bestimmt, daß für das verflossene Jahr von den Ländern 5 % des ~~Wertes~~ ^{Marktes} der vorhandenen Wohnungen erhoben werden sollten und ebenso von den Gemeinden. Nun aber fehlt für das laufende Jahr ^{nach der Festsetzung der Prozentsätze} und infolgedessen hat die Steuer nicht ausgeschrieben und eingezogen werden können, so daß die Mittel fehlen. Das müßte unter allen Umständen schleunigst nachgeholt werden, ~~damit man die Mittel~~

in

209

~~in die Hand bekommt.~~ Es ist Ihnen aus Zeitungs-
nachrichten bekannt, daß nicht bloß Braunschweig,
sondern auch andere Städte sich in dieser Schwie-
rigkeit befinden, und aus dem Grunde hat das Reich
den Ländern mehrere Millionen ^{an den} zur Verfügung ge-
stellt, um damit als Bankier ~~aufzutreten~~ den
Ländern und Gemeinden Barmittel zur Verfügung zu
stellen, die aber verzinst und nach gewisser Zeit
zurückgezahlt werden müssen. Augenblicklich ist
die Finanzlage der Stadt eine außerordentlich
betrübliche.


Die 10 Millionen

Die 10 Millionen Mark, welche die Staatsbank der Stadt zwecks Leistung von Baukostenzuschüssen im Anleihewege zur Verfügung gestellt hat, und ebenso alle weiteren Mittel des Fonds „zur Bekämpfung der Wohnungsnot“ sind aufgebraucht und die Stadt ist nicht in der Lage, weitere Zuschüsse zu leisten. Eine Erhöhung der schwebenden Schuld über 50 Millionen Mark hinaus hat die Staatsbank abgelehnt. Aber gleichwohl müssen Mittel und Wege gefunden werden, Geld zu schaffen, um die im Bau befindlichen Häuser fertigzustellen.

Nun fragt Herr Nessenius weiter, was der Rat zu tun gedenkt, daß trotz der immer gespannten werdenden finanziellen Lage zur Bekämpfung der Wohnungsnot im kommenden Jahre doch Neubauten zu errichten. Darauf kann ich nur erwidern, daß bei dem fortwährend ansteigenden Preise für Baustoffe und Löhne gar nicht übersehen werden kann, ob im kommenden Jahre überhaupt noch gebaut werden kann. Mir

will

will es scheinen, als ob das Bauen im K kommenden
Jahre überhaupt nicht mehr möglich ist.



Auf

Auf die letzte Frage des Herrn Nessenius habe ich zu erwidern, daß wir uns schon immer den Kopf zerbrochen haben, welche Arbeiten nun zunächst in der Stadt ausgeführt werden sollen, um dadurch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unser Teil beizutragen; und auch die Vorstände der verschiedenen Abteilungen der städtischen Verwaltung haben sich mit der Frage beschäftigt, doch haben sie uns keine Vorschläge machen können. Wir finden eigentlich nichts mehr, was in dieser Beziehung von der Stadt noch geschehen könnte. Es wurde gesagt, Straßenbauten sollten ausgeführt werden. Wenn wir aber erst neue Straßen fertigstellen sollen, an denen Wohnungsbauten ausgeführt werden können, dann wird das Bauen noch viel teurer, als es jetzt schon ist. Heute müssen wir Wohnungen bauen an Straßen, die schon fertig sind, damit die Wohnungsbauten nicht auch noch den Ballast der Straßenbaukosten auf sich zu nehmen haben. Anders geartete

Not-

Chapellenhöhe

Notstandsarbeiten haben wir auf der ~~Seeharperst-~~
~~straße~~ ausführen lassen, wo Kanalisationsarbeiten
vorgenommen worden sind. Auch ~~die~~ ^{Bau-} Straßenschn-
arbeiten kommen hier in Betracht. Ob wir dafür
aber aus dem Fonds für produktive Erwerbslosen-
fürsorge etwas bekommen werden, ist fraglich; doch
haben wir den Antrag darauf gestellt. Ich wüßte
nicht, was seitens der Stadt an Notstandsarbeiten
noch ausgeführt werden könnte. Es könntenwohl
im Zusammenhang mit den von der Eisenbahnverwaltung
vorzunehmenden Tiefbauarbeiten ^{auf der Bahndamm mit Gräfte} noch die Kanalisa-
tionsarbeiten fortgesetzt werden. Es wird bekannt-
lich von der Eisenbahnverwaltung eine neue Straße
gebaut, und die muß natürlich entwässert werden,
sodaß ein Kanal gelegt werden muß. Derartige
Arbeiten können wir wohl im kommenden Winter zur
Beschäftigung von Arbeitslosen ausführen lassen,
aber im übrigen möchte ich Sie bitten, selbst ein-
mal darüber nachzusinnen, welche Arbeiten noch

vor-

vorgenommen werden können. Wir haben noch einen Ausschuß, der sich mit dieser Materie zu beschäftigen hat, und ich könnte diesen Ausschuß einmal zu einer Sitzung einladen. Das einzige, was wir unternehmen könnten, wäre Wohnungen zu bauen, das hätte noch einen wirklichen Zweck, aber die Schwierigkeiten, die sich da ergeben, habe ich schon vorher geschildert. Ich wiederhole : Den Ausschuß will ich gern einberufen, damit er seinerseits zu der Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung nimmt.

Stadtv. **L e h n e r t** beantragt Besprechung
der Anfrage Nessenius.

Der Antrag auf Besprechung wird angenommen.

Stadtv. L e h n e r t : Meine Damen und Herren ! Herr Stadtbaurat Gebensleben hat schon darauf hingewiesen, daß es sich hier in der Hauptsache um eine Finanzfrage handelt. Wir wissen ganz genau, daß die jetzt angefangenen Bauten, wenn sie liegen bleiben und im nächsten Frühjahr fertiggestellt werden müßten, noch viel größere Kosten verursachen würden. Im Siedlungsbeirat wurde deshalb von sämtlichen Anwesenden, den Kreisdirektoren sowohl wie auch von den einheimischen Siedlungsgesellschaften, auf die Notwendigkeit hingewiesen, unbedingt Mittel und Wege zu schaffen, damit die in Angriff genommenen Bauten so weit gefördert werden, daß sie als fertig angesehen werden können. Herr Stadtbaurat Gebensleben hat darauf aufmerksam gemacht, daß das Bauprogramm zu spät aufgestellt worden ist und auch Herr Testmann hat in den ganzen Jahren, wo er Stadtverordneter war, immer wieder gefordert, daß man das Bauprogramm schon im Herbst auf-

stellt

stellt. Aber in dem Siedlungsamte hat man immer an der verkehrten Stelle angefangen, hat durchgesehen, was man machen wollte, und wenn man damit fertig war, stand der Winter vor der Tür. Werden die in Angriff genommenen Wohnungsbauten jetzt nicht fertiggestellt, dann sind die in sie hineingesteckten Millionen ohne Nutzen verpulvert, wenn im kommenden Winter Regen und Schnee auf sie einwirken, denn die Häuser sind meistens noch offen, sind aber so weit, daß sie gerichtet werden können. Was für Wohnungen das werden, wenn die Nassen des Winters sich in ihnen festsetzt, das können Sie sich ausmalen. Auf dem letzten Kongreß des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in Frankfurt a.M. -- ich weiß nicht, ob Herr Professor Dr. Schultze auch dort gewesen ist -- hat der Direktor des Statistischen Amts aus München Morgenrot ein Referat erstattet, und darnach sind diejenigen, die sich augenblicklich im Gefängnis befinden, in

einer

einer glücklicheren Lage als eine große Zahl der sonstigen Einwohner des Deutschen Reiches. Es wurde von ihm ausgeführt, daß es in Berlin 22 800 Familien gibt, denen nicht einmal je ein Raum zur Verfügung steht, der so groß ist wie eine Gefängniszelle. 800 Familien sind ~~4~~ darauf angewiesen, ihr Leben in Kellern zu fristen, ohne diejenigen zu rechnen, die aufs engste zusammengepfercht wohnen müssen. Es sind auf diesem Kongreß interessante Zahlen zutage gefördert, z.B. ist darauf hingewiesen, daß durch die Gebietsabtretungen und die Kriegsverluste das Zusammenwohnen pro Quadratmeter von 115 auf 134 Personen gestiegen ist. Wir sehen aus diesen wenigen Zahlen, wie groß die Wohnungsnot ist. Es wurde von sämtlichen Rednern, die sich an der Aussprache beteiligten, z.B. Professor Krautweg und mehreren Frauen aus Karlsruhe erklärt, daß die Verhältnisse auf dem Wohnungsgebiete er-

schreckende

schreckende Formen angenommen haben. Wenn nicht Reich und Staat alles tun, was irgendwie möglich ist, dann wird man dem, womit wir uns vorhin beschäftigt haben, nicht mehr Herr werden. Krankheiten und Seuchen werden in großem Maße auftreten und mit aller Hilfe, die von seiten der Kommunen und von Vereinigungen, die sich auf den Standpunkt gestellt haben, hier Hilfe zu leisten, aufgewendet wird, wird es dann nicht mehr möglich sein, der Not Einhalt zu gebieten. Das Reich wollte allerdings 23 Millionen Mark zur Verfügung stellen, aber diese sollen mit 7 % verzinst werden und bis zum 1. Oktober 1923 soll die Rückzahlung vollendet sein. Das ist ein Exempel, zu dessen Lösung man einmal unseren Rechen-Angust nach Berlin hinschicken müßte, damit er fragt, wie die Ansrechnung gemacht werden soll. Die Gemeinden befinden sich in übermäßigem Dalles, und doch will das Reich, daß die auf den Freistaat Braunschweig entfallenden 23 Millionen Mark bis zum

1. Oktober n.J. zurückgezahlt werden sollen. Ich bin mir nicht im entferntesten klar darüber, wie man die Einnahmequellen für solche Rückzahlungen finden soll. Herr Stadtbaurat Gebensleben hat angeführt, daß die Wohnungsabgabe erhöht werden soll, und in einer der früheren Sitzungen des Siedlungsbeirats wurde von Herrn Ministerialrat Dr. Christoph darauf hingewiesen, daß, weil die Städte und Gemeinden nicht mehr mit dem geringen Prozentsatz der Wohnungsabgabe auskommen, für 1922/23 eine 100 %ige Wohnungsabgabe von der Friedensmiete erhoben werden solle, und so ist man schon darauf gekommen, daß für die Stadt Braunschweig demnächst für die Wohnungsabgabe 350 % der Friedensmiete zur Verzinsung und Amortisation der jetzt erhobenen Anleihe gang und gäbe sein würde. Wohin das schließlich gehen soll, weiß ich nicht, die Kosten für Wohnungsbauten steigen ja ins Ungemessene. Für unsere Wohnungen, die

in

in der Kalandstraße gebaut werden, haben wir uns für den Fußboden zu billigem Preise eingedeckt, aber es kostet das doch schon genau so viel wie 17 Häuser in der Karl Schmidtstraße fix und fertig mit Grund und Boden einmal gekostet haben. Wenn man das sagt, so könnte manch einer glauben, Freund Lehnert spinnt uns etwas vor. Aber ich kann der Wirklichkeit entsprechend versichern : Auf Grund unserer Berechnung kostet der Fußboden 590 000 M , und 32 000 M Fracht kommt auf die Anlieferung des Fußbodens, während unsere Häuser in der Karl Schmidtstraße 35 - 36 000 M gekostet haben und die Achtfamilienhäuser 45 - 48 000 M. Nun sage jemand, er sei bei diesen Preisen noch imstande, zu bauen ! Man ist vor nicht zu langer Zeit mit der Ansicht gekommen, die freie Bewirtschaftung würde dazu führen, daß es ermöglicht werde, wieder bauen zu können, und von welcher Seite hat man immer noch nicht von diesem Gedanken

ge-

gelassen. Meine G Herrschaften ! Die freie Wirtschaft in der Wohnungsfrage würde genau zu demselben Dalles und Wucher führen, wie es in der Frage der Ernährung der Bevölkerung gekommen ist. Es würden ganz unerschwingliche Preise für Wohnungen gefordert werden, gerade so wie jetzt für die Nahrungsmittel. (Sehr richtig!) Wenn Sie die freie Wirtschaft in der Wohnungsfrage zugeben wollten, dann würden Sie sich nicht nur in der Weise versündigen, daß wir unsere Kinder hungern und verhungern lassen, sondern sie würden in einer Weise zusammengepfercht wohnen, die alles Sittlichkeitsgefühl vollständig bar sein würde. Für den, der das mitmachen kann, ist noch ein Strick zu schade, um daran aufgehängt zu werden. Aber die Herrschaften da oben haben gar keine Ahnung, wie es in der Wirklichkeit hergeht. In einer unserer letzten Sitzungen haben wir uns hier über die Wohnungsluxussteuer unterhalten und

haben

haben erfahren, welche wundervollen Formen man in Berlin gefunden hat, um die Wohnungsluxussteuer schmackhaft zu machen, damit sie eingeführt wird. Sie wissen, daß ich Ihnen seinerzeit als Kommissionsreferent empfohlen habe, die Einführung der Wohnungsluxussteuer bei uns abzulehnen, um nicht durch Einführung dieser Steuer, statt Einnahmen zu haben, die Stadt noch mehr zu belasten durch Ausgaben für neue Beamte, Einrichtung von Kartotheken usw. So wird dort in Berlin gearbeitet, weil die Herrschaften, die so etwas ausklügeln, keine Wohnungset kennen gelernt haben. Wenn wir in einer späteren Sitzung noch einmal über die Wohnungsfrage sprechen, dann wird Zeit und Stunde gekommen sein, wo Rat und Stadtverordnete vorgehen müssen und sagen : Bis hierher und nicht weiter ! Wir können uns das Selbstbestimmungsrecht nicht nehmen lassen. Auf der einen Seite verlangt man von uns, für die Wohnungslosen Wohnungen zu schaf-

fen

fen und auf der anderen Seite gibt man den Städten nicht die Macht, Einnahmequellen zu schaffen. Man sagt einfach : „Erhebt Wohnungsluxussteuer, und davon wollen wir soundso viel haben und das andere überlassen wir euch.“ So kann es nicht weitergehen. Die Einkommensteuer sollte dem Staate nur eine bestimmte Einnahme bringen, aber das Mehrfache davon ist dabei herausgekommen, doch das Überschießende gibt man den Städten nicht wieder. Wir haben ja vom Herrn Oberbürgermeister gehört, wie lange es gedauert hat, bis wir den prozentualen Zuschuß bekommen haben, und wir haben Pump auf Pump nehmen müssen. So kann es nicht weitergehen. Trotz dieser traurigen ~~Finanzlage~~/ finanziellen Verhältnisse der Stadt kommen wir nicht darum weg, den Rat aufzufordern, Mittel und Wege zu schaffen, damit die angefangenen Bauten fertiggestellt werden, und ich bitte Sie, sich im gleichen Sinne auszusprechen.

Herr

Herr Nessenius verlangte weiter Aufklärung darüber, ob von der Stadt Notstandsarbeiten aufgenommen werden sollen. Ich stehe auf dem Standpunkt : Wenn etwas Einsicht in Berlin geherrscht hätte, dann hätte man den Gemeinden in betreff der Erwerbslosenfürsorge gesagt : Ihr bekommt soundso viel Geld von uns, und dafür laßt produktive Arbeit leisten. Für den Handwerksmeister wie für den Arbeiter ist es nicht angenehm, daß er gezwungen ist, Mitglied des Stempelklubs zu werden. Ist es für den Familienvater nicht angenehmer, daß er zur Arbeit gehen kann und wenn die Woche zu Ende geht, in der Lage ist, darüber nachzudenken, was er mit dem verdienten Gelde anfangen will ? Es ist zu bedenken, daß nach der einen Seite hin die Erwerbslosenfürsorge das Bedenken hat, daß Leute, die ständig gezwungen sind, sie hinzunehmen, nicht zur Arbeitsfreudigkeit erzogen werden, sondern man möchte fast sagen, daß sie

durch

durch die traurigen Verhältnisse der Arbeit abgeneigt gemacht werden, und so etwas können wir, weil wir noch etwas Verständnis für das Wohl unserer Mitmenschen haben, nicht untätig ansehen. Herr Stadtbaurat Gebensleben hat aufgefordert, Vorschläge zu machen, nach denen Notstandsarbeiten stattfinden können, wie ja auch der Herr Stadtbaurat selber schon darüber nachgedacht hat. Die Anwohner der Eichthalstraße haben ja schon etwas gezeigt, was angegriffen werden könnte, und so haben wir noch mehrere Straßen, die vom Rat der Stadt wohl ganz gut unter die Lupe genommen werden können und wo gesagt werden kann : Hier muß unbedingt gearbeitet werden. Der Herr Stadtbaurat sprach auch von dem Dalles der Stadt in allen Ecken und Kanten. Ja, das trifft wohl zu, aber eine Arbeitslosigkeit dürfte doch nicht Platz greifen, und wenn nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, so will ich darauf hinweisen, daß von seiten

des

des Reiches Milliarden und aber Milliarden verpulvert werden in der Form, daß man ein Reichsheer unterhält, das ungeheure Summen verschlingt. Dieses Geld sollte lieber dazu verwandt werden, um Wohnungen zu schaffen. Man glaube doch nicht, daß man durch diese 1 1/2 Sektionen irgend etwas Wesentliches ausrichten kann !

Vor allen Dingen möchte ich bitten, unbedingt den Rat der Stadt zu ersuchen, soweit es irgend möglich ist, Mittel zu schaffen, um die jetzt angefangenen Bauten fertigzustellen, und zwar so rasch als möglich, denn die Mittel bei den sämtlichen Baugesellschaften, sowohl bei der Siedlungsgesellschaft, Freiland und bei uns, sind erschöpft. Wir können sozusagen nicht einmal die Forderungen, die von unseren Lieferanten gestellt werden, so befriedigen, wie wir es eigentlich als kulante Geschäftsleute tun müßten. Ich bitte also den Rat aufzufordern, sobald wie möglich Mittel zu schaffen, damit dieser Misere abgeholfen wird.

22. Anfrage G r ä f, betreffend die Anwendung des Teiltarifs für die städtischen Angestellten, und die Entlassung einer Anzahl städtischer Angestellten

Wortlaut der Anfrage siehe Seite..6...dieses Berichts.

Stadtv. G r ä f (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Es wird Ihnen bekannt sein, daß ich in einer der letzten Sitzungen an den Herrn Oberbürgermeister die Anfrage gestellt habe, wie weit die Verhandlungen, betreffend die Übernahme des Teiltarifs für die Angestellten auf die Stadt, gediehen sind. Ich habe damals die Antwort bekommen, daß bereits Vorverhandlungen in die Wege geleitet seien und daß das Weitere geschehen wird. Ich hätte nun erwartet, daß wir heute einen Teiltarif auf dem Tisch vor uns gesehen hätten. Aber das ist nicht der Fall und auch noch keine Deputation ^(aufgestellt) hat sich mit diesem

Teil-

Teiltarif beschäftigt, ebenso haben wir vom Rat der Stadt noch nichts Weiteres darüber gehört. Nachdem wir in einer der letzten Sitzungen die Bestimmungen über die Gehaltsreform für die Beamten angenommen haben, wäre es ohne weiteres zu erwarten gewesen, daß wir den Teiltarif, der sich an das Beamtengesetz ^{anlehnt}, auf den Tisch des Hauses bekommen hätten, und ich möchte nunmehr fragen, wie es damit steht.

Mit dieser Angelegenheit möchte ich gleich noch eine andere Frage verknüpfen. Es ist mir zu Ohren gekommen, daß 17 - 25 Angestellten des Rates der Stadt gekündigt worden ist, und zwar soll das ~~zurückzuführen sein~~ auf Aussprüche in der Stadtverordnetenversammlung, ^(Zurückzuführen sein) wonach bei der Stadtverwaltung zu viel Angestellte beschäftigt werden. Wie aus dem Kündigungsschreiben hervorgeht, sind die Angestellten in Rücksicht auf diese Äußerungen entlassen worden. Nun ist das Kündigungsschreiben aber in einer Form gehalten, worüber man sein Staunen ausdrücken muß. Es handelt sich bei diesen Kündigungen zum Teil um

Leute,.

^{angestellter}
Leute, die über 8 - 10 Jahre lang beim Rat der Stadt
beschäftigt ^{angestellter} ~~sind, und es sind~~ unter anderem unver-
heiratete Damen nicht gekündigt, ¹² wohl aber Verhei-
ratete, die nicht aus dem kaufmännischen Berufe her-
vorgegangen sind. Wenn Angestellte 8 - 10 Jahre bei
der Stadtverwaltung auf dem Kontor oder sonstwie
beschäftigt worden sind, so ist damit bewiesen, daß
die Stadt mit ihren Leistungen zufrieden gewesen
^{sein muß}
~~ist~~, und nicht gerechtfertigt ist es, daß man ihnen
ein Zeugnis ausstellt, aus dem hervorgeht, daß ihre
Leistungen der Stadtverwaltung nicht genügen. Tat-
sächlich heißt es in dem Kündigungsschreiben, „daß
zunächst diejenigen Angestellten zu kündigen seien,
deren Leistungen den Anforderungen des Bürodienstes
nicht voll genügten, und diese letzte Voraussetzung
trifft bei Ihnen zu.“ Nun frage ich: Welche Angestell-
ten können mit einem solchen Kündigungsschreiben zu
einer Firma kommen und sich um eine Stelle bewärben.
Nach einem solchen Schreiben werden sie als solche
angesehen werden müssen, die unfähig sind, eine ge-
nügende

nügende Büroarbeit zu leisten, und werden stellenlos bleiben. Deshalb möchte ich um Auskunft bitten, ob der Rat nicht dieses Kündigungsschreiben zurückziehen und erst noch Erkundigungen einziehen will, die darauf hinzielen, ob es nicht möglich ist, anstelle einiger der Gekündigten, unverheiratete junge Leute oder Damen, die nicht an der Schreibmaschine beschäftigt sind, zu entlassen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Meine Damen und Herren! Es ist richtig, daß ich in einer der früheren Sitzungen erklärt habe, es bestehe die Absicht, die Angestellten nach den Sätzen des Tarifs zu entlohnen, und die diesbezüglichen Verhandlungen sind auch sofort eingeleitet worden. Um die Entlohnung nach dem Tarif durchzuführen, mußten die Unterlagen dafür beschafft werden, indem festgestellt wurde, wo die Angestellten früher beschäftigt gewesen sind, weil darnach sich die Einstufung richtet. Es sind also die 162 Angestellten aufgefordert worden, diese Angaben zu machen. Bei dieser Gelegenheit hat sich herausgestellt, daß die Bearbeitung dieser Sache so schwierig war, daß Monate ins Land gehen würden, ehe wir zu einem Abschluß kommen könnten, weil die Bescheinigungen über die frühere Beschäftigung nicht immer beigebracht werden konnten und so erst Erkundigungen eingezogen werden mußten. Weiter kommt in Betracht: Wenn wir die Entlohnung nach dem Tarif durchgeführt hätten, dann wäre die ganze bisherige

Ent-

Entlohnung vollständig auf den Kopf gestellt worden: Leute, die ein höheres Alter haben, hätten das Höchstgehalt beziehen müssen, obwohl ~~sie~~ ^{Mr} weniger leistungsfähig sind, und andere, die ~~demgegenüber~~ leistungsfähiger sind, hätten weniger bekommen müssen. Zu alledem bestand im Kreise der Angestellten selbst keine Einhelligkeit darüber, ob es richtig wäre, nach dem Tarif zu besolden oder nach der früheren Art; wer sich bei der einen Art besser stand als bei der anderen, wollte das für ihn günstigere, und so war es schwer, es allen recht zu machen. Deshalb sind wir zu der Ansicht gekommen, daß es nicht richtig ist, die Besoldung nach dem Tarif umzuändern, sondern daß es angebracht ist, es bei dem bisherigen Verfahren zu belassen, bei dem 3 Gruppen bestehen. Ich habe diesen Vorschlag der Gehaltsdeputation vorgelegt, sie hat zugestimmt und darnach ist verfahren worden.

Was die Kündigung verschiedener Angestellten betrifft, so sind wir zu dieser Maßnahme geschritten aus Anlaß verschiedener Anregungen, die hier in der

Stadt-

Stadtverordnetenversammlung gegeben worden sind. Es ist auch tatsächlich nicht möglich, daß wir neben den Beamten, die wir dauernd halten, noch diese große Zahl Angestellten weiter beschäftigen; wir müssen auf einen Abbau Bedacht nehmen. Es ist jetzt ausgerechnet, daß die Gehälter sich jährlich auf 173 Millionen Mark belaufen und die Entlohnung der Angestellten auf 30 Millionen Mark, und das kann die Stadt auf die Dauer nicht ertragen.

Die Begründung für die Entlassung ist selbstverständlich etwas ganz anderes als die Ausstellung eines Zeugnisses — das hat Herr Gräf wohl verwechselt —, und daß die Angestellten, die wir beschäftigen, zum großen Teil den Anforderungen, die an Bürobeamte gestellt werden müssen, wenn die Verwaltung aufrecht erhalten werden soll, nicht genügen, das kann Herr Gräf fest glauben. Es ist nicht möglich, von einem Friseur, Posamentier, Bäcker usw. zu verlangen, daß er Arbeiten, für deren ordnungsgemäße Verrichtung eine Ausbildung von Jahren nötig ist,

so erledigt, daß wir jeden Augenblick nach Bedarf die einzelnen Angestellten in das Büro schicken, wo Aushilfsdienst geleistet werden soll, und außerdem müssen wir — wie gesagt — auf Entlastung der Stadt Bedacht nehmen.

Nun ist mir von anderer Seite vorgetragen, daß es wünschenswert wäre, noch einmal zu prüfen, ob nicht eine andere Auswahl getroffen und eine Entlassung in anderer Reihenfolge eintreten könnte, sodaß wir zunächst nur auf die Entlassung von Unverheirateten Bedacht nehmen und die Verheirateten bis zum 1. Januar behalten. Diese Frage soll geprüft werden, aber ich kann noch keine Auskunft geben, wie der Rat sich darüber entscheiden wird.

Stadtv. M a a ß beantragt Besprechung der
Anfrage G r ä f.

Die Versammlung beschließt die Besprechung.

Stadtv. M a a ß: Meine Damen und Herren! Daß die Angestellten nicht nur durch die Kündigung selbst, sondern auch noch durch die Form des Kündigungsschreibens benachteiligt werden sollen, ruft eine starke Empörung bei diesen hervor. Auch die Angestellten haben ein Recht zum Leben, und es ist bedauerlich, daß dieser Hinweis auf die Leistungsfähigkeit der Angestellten in dem Kündigungsschreiben enthalten ist. Ich möchte das etwas anders hinstellen, als der Herr Oberbürgermeister es aufgefaßt hat. Wenn dieser oder jener mit diesem Kündigungsschreiben sich um eine andere Stellung bewirbt, dann wird man ihm vorhalten: „Sie genügen im Rathaus nicht, aber meine Büroarbeit ist die gleiche, oder die im Rathause ist nicht einmal so schwer, also können Sie meine Arbeit nicht leisten.“ Es liegt also tatsächlich eine Beeinträchtigung derjenigen vor, die von diesem Kündigungsschreiben betroffen sind. Bedauerlich ist auch — ich schicke voraus, daß die hierfür in Frage Kommenden nicht von der

Ent-

Entlassung betroffen sind --, daß der Betriebsausschuß seine Zustimmung zu diesem Kündigungsschreiben gegeben hat. Er hat erklärt, daß er gegen die Entlassung der Betroffenen keine Bedenken zu erheben habe. Es steht ^{aber} nicht in dem Schreiben, daß die Kündigung abhängig ist von **dieser** Zustimmung des Betriebsausschusses, doch kann er seinen Rat dazu geben.

Ein anderer Satz in dem Kündigungsschreiben scheint recht rührend zu sein; er soll zeigen, wie sehr man für das Weiterkommen der zu Entlassenden besorgt ist. Am 12. Oktober schreibt man: „Wir kündigen Ihnen schon jetzt den mit Ihnen abgeschlossenen Dienstvertrag zum 1. Dezember.“ Ich möchte wohl wissen, wo da Wohlwollen gegen die Gekündigten heraus zu lesen ist, da sie nach dem **Handelsgesetzbuch** eine sechswöchige Kündigungsfrist zu beanspruchen haben. (Widerspruch) Zum 1. Dezember wird die Kündigung ausgesprochen -- das ist zu gleicher Zeit auch ein schönes Weihnachtsgeschenk. Innerhalb dieser ganzen Zeit, wo die Angestellten vom Rate beschäftigt worden

den

den sind, hat man nicht gefunden, daß sie den Anforderungen dieses Dienstes nicht genügen. Jetzt erst bemerkt man es, und begründet hier die Kündigung mit den hohen Kosten, die der Stadt aus der Beschäftigung der Angestellten erwachsen. Daß die Zahl des Personals reduziert werden soll, das hat man schon jahrelang gewußt, und man hätte früher besser Gelegenheit dazu gehabt als gerade jetzt, wo die Arbeitslosigkeit gewaltig um sich greift. Da hätte man nicht dazu greifen sollen, eine solche Maßregel vorzunehmen, durch die das Heer der Arbeitslosen vergrößert wird. Im Frühjahr ist eher eine neue Stellung zu bekommen, aber bei der Entlassung am 1. Dezember werden tatsächlich diese Leute dem Verderben preisgegeben. Ich möchte fragen, ob es nicht wünschenswert wäre, die ganze Kündigung zurückzunehmen, Rücksprache zu nehmen mit dem Prüfungsausschuß, und weiter zu prüfen, wer von den zur Entlassung in Betracht kommenden der wirtschaftlich Stärkere ist, wer die Kündigung ertragen kann und wer nicht. Da wird jedenfalls noch etwas herauszufinden sein, was für beide Teile ein befriedigendes Resultat ergibt.

Stadt v. F a y: Meine Damen und Herren! Ich werde der Letzte sein, der darauf drängen würde, daß Angestellte, die dem Dienste im Rathause nicht gerecht werden können, länger behalten werden, als es durchaus zur Erledigung der Geschäfte nötig ist. Aber wer trägt denn die Schuld daran, daß Friseure, Schneider und Schuster als Angestellte im Dienste des Rates sind? Sind es noch Hilfskräfte aus der Kriegszeit her, dann hätte diese Entscheidung unbedingt früher gefaßt werden müssen. Jedenfalls hätte ich sehr gewünscht, daß das soziale Moment mehr berücksichtigt wäre. Es ist Stadtgespräch, daß Damen in der Stadt beschäftigt werden, die nebenbei noch eine sehr hohe Pension beziehen. Das wird stark kritisiert, und dieses Moment hätte man bei Aussprache der Kündigung rechtzeitig berücksichtigen müssen. Weiter wäre festzustellen, ob nicht tatsächlich die Verheirateten eine besondere Berücksichtigung finden können, wenn sie auch nicht vollständig den Anforderungen des Dienstes entsprechen. Weiter darf ich wohl voraussetzen, daß nicht wiederum Momente in Frage kommen

wie

wie vor einigen Monaten, wo nachher Lehrer für die Steuerberechnung eingestellt werden mußten, und wo den Großindustriellen und Landwirten die Steuer gestundet werden mußte, weil die Steuerfestsetzungen nicht rechtzeitig getroffen werden konnten.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Was die Steuerfestsetzung betrifft, so haben wir im Rat beim besten Willen nicht die Möglichkeit, sie zu beschleunigen, aber es waren uns seinerzeit von einer anderen Stelle derartig zeitraubende Arbeiten aufgepackt, daß wir zeitweilig nicht wußten, wie wir sie bewältigen sollten. Gerade in diesem Umstand, daß uns in den letzten Jahren neue ^{Aufgaben zuzunehmen} ~~Sachen zu erledigen~~ ~~auf-~~
~~legt~~ wurden, liegt der Grund, daß wir die Personen, die wir während des Krieges haben aufnehmen müssen, bis jetzt immer noch bei uns beschäftigt haben. Sie sind mit einfachen mechanischen Arbeiten beschäftigt und sind nicht in der Lage, den Anforderungen des regelmäßigen Dienstes im Rathause voll zu genügen. Das erkennen sie zum großen Teile auch selber an. Nun gebe ich zu, daß allerdings verschiedene Personen darunter sind, die sich nicht bloß für den Dienst eines Angestellten, sondern für den eines Beamten eignen, und da werden wir zu prüfen haben, ob wir die nicht dauernd anstellen. Im übrigen haben wir geglaubt,
den

den Anregungen, die in der Stadtverordnetenversammlung mehrmals gegeben worden sind, insbesondere von den Parteifreunden des Herrn Maaß, folgen zu sollen, aus denen als Ansicht der Stadtverordneten hervorging, daß wir allmählich abbauen sollten. Es geschieht das nun allerdings zu einer Zeit, die sehr schwierig ist, und wenn es die Ansicht der Stadtverordneten ist, daß wir die Betreffenden noch weiter beschäftigen, obgleich sie eigentlich entlassen werden könnten, so werden wir aus dieser Sache keine Konfliktfrage machen. Woher dann aber das Geld dafür kommen soll, das weiß ich nicht.

Herr Maaß hat weiter kritisiert, daß der Ausschuß uns gegenüber dies und das erklärt habe. Sollen wir uns nicht nach dem Gesetze richten? Darnach sind wir verpflichtet, wenn es sich nicht um vertrauliche Sachen handelt, zunächst den Betriebsrat zu hören. Der Grund der Entlassung, den wir in dem Kündigungsschreiben angegeben haben, entspricht den Tatsachen. Sollen wir mogeln und einen andern Grund angeben? (Zuruf: Die Entlassung mußte früher geschehen!) Darauf

muß

muß ich folgendes erklären: Es gibt für unser Personal leider noch eine ganze Menge Arbeiten, die rein mechanischer Natur sind, zu denen wir vorgebildete Beamte nicht nötig haben, zum Beispiel das Zählen der Brotkarten, und daß diese Art Arbeit von den hier in Frage kommenden Leuten erledigt werden kann, erkenne ich an. Wir hatten gehofft, daß wir Klarheit schaffen konnten, was uns dauernd an Arbeit aufgepackt wird, aber diese Hoffnung hat sich nicht verwirklicht, es sind den Städten fortwährend neue Aufgaben auf den verschiedensten Gebieten auferlegt worden. Wir wissen auch nicht, ob wir die ganze Zahl der Beamten bei den Kassen behalten können. In dem Moment, wo uns das Reich die Einziehung der Steuern nimmt, haben wir eine Menge Personal, mit dem wir nichts anzufangen wissen. Alle das, hat dahin geführt, daß wir zu laviere[n] versuchen. Nachdem aber mehrmals in der Stadtverordnetenversammlung gesagt war, es dürfte ^{so} nicht weitergehen, daß neben 480 Beamten immer noch 120 Angestellte von der Stadt beschäftigt werden, haben wir geglaubt, wir müßten nunmehr mit ^{Änderungen} ~~Änderungen~~ beginnen, und sind so vorgegangen, daß

daß wir zunächst in längeren Verhandlungen mit den Bürovorstehern festgestellt haben, welche Personen den an sie zu stellenden Anforderungen nicht genügen. Ich weiß nicht, wie wir anders vorgehen sollten. In zweiter Linie wollen wir auf die Verhältnisse des einzelnen Rücksicht nehmen, aber ganz läßt sich das nicht durchführen, zum Beispiel für Schreibmaschinen und Rechenmaschinenarbeiten sind bekanntlich die Damen geeigneter als Männer, und so kommt es, daß von den Behörden immer noch eine größere Zahl weiblicher Kräfte beschäftigt werden.

Wenn Sie sagen, der Rat macht das schlecht, so sagen Sie auch, wie es anders gemacht werden soll. Sollen wir einen Ausschuß wählen, der diese Frage prüft? Das können wir aber auch nicht vorschlagen.

Stadt. L e h n e r t: Ich möchte mir hierzu eine Anfrage erlauben: Hat man vielleicht die Parteilzugehörigkeit der Angestellten oder ihre Zugehörigkeit zur Gewerkschaft besonders unter die Lupe genommen? (Bewegung) Ja, eine gebrannte Katze scheut das Feuer. Ich habe schon häufig die Erfahrung gemacht, daß man gesagt hat: „Dieser Lehnert ist wohl ein ganz guter Kerl, wenn er nur nicht so ein verdammter Sozialdemokrat wäre; er könnte bei uns ruhig weiter arbeiten, aber so müssen wir ihn bitten, die Tür von draußen zuzumachen.“ Ein solcher Gegner ist mir noch lieber als ein anderer, denn von dem weiß ich wenigstens: Du bist offen.

Ich habe häufig Gelegenheit, im Rathause zu sein, und dabei habe ich gesehen, daß die Damen nicht nur an der Schreibmaschine beschäftigt werden, sondern auch mechanische Arbeiten verrichten. Wenn man Familienväter auf die Straße setzt, dann glaube ich, daß die weiblichen Hilfskräfte, deren Vater bei der Finanz oder sonstwo beschäftigt ist, eher dafür

an der Reihe wären und daß bei Entlassungen zuerst bei den Ledigen angefangen werden sollte. Ich möchte also fragen, ob die Parteizugehörigkeit mit ein Grund gewesen ist, daß das Damokl~~e~~sschwert der Entlassung über dem Haupte der Betreffenden geschwebt hat.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Diese Frage will ich Herrn Lehnert nicht übelnehmen, aber eigentlich war sie überflüssig, denn ich möchte wissen, wer von uns im Rate wenigstens sich auf einen solchen Standpunkt stellt, und daß die Bürovorsteher sich von Parteirücksichten leiten lassen, das glaube ich nicht und bestreite es ganz entschieden. Jedenfalls liegen von unserer Seite keine Tatsachen vor, die das vermuten lassen.

Stadtv. G r ä f: Daß Schreibmaschinendamen entlassen werden sollen, ist garnicht unsere Ansicht, wir sind sogar dagegen, daß Herren an der Schreibmaschine ^{beschäftigt werden} arbeiten, ~~damit sie ihre Nerven behalten~~. Es werden aber im städtischen Dienste Damen mit mechanischen Arbeiten beschäftigt, und wir wünschen, daß diese zuerst entlassen werden, dagegen aber die wirtschaftlich Schwachen und die ^{längere} 40 Jahre lang von der Stadt Beschäftigten weiter beschäftigt werden. Ferner sind wir der Ansicht, daß ^{im Betracht} die Kündigung ~~nicht vor dem Weihnachtsfest~~ ^{ausgesprochen} ausgesprochen werden durfte, sonst werden die Entlassenen während des ganzen Winters auf der Straße liegen. Auch wenn sie vorher Schuster, Posamentier oder so etwas gewesen sind und nachher ^{längere} 40 Jahre lang im städtischen Dienste beschäftigt gewesen sind, so muß man annehmen, daß sie sich in ihrem Büro gut bewährt haben. Wie von verschiedenen Bürovorstehern gesagt worden ist, haben sie die Lehrlingsjahre überstanden und könnten in jedem Büro entsprechend verwertet werden. Allerdings gibt es auch hier Ausnahmen.

Wir

Wir ließen uns bei unserer Stellungnahme von dem Motiv leiten, daß verkehrt vorgegangen ist, indem Verheiratete zuerst herausgesetzt wurden, Unverheiratete behalten worden sind. Ich bin der Ansicht, daß man sich nicht allein auf die Bürovorsteher verlassen soll, ~~und~~ dem Betriebsausschuß traue ich ganz und gar nicht; er ist so ~~zusammengesetzt~~, daß er zu allem, was der Herr Oberbürgermeister sagt, sein Ja und Amen gibt. Das habe ich von solchen Gewerkschafts^{mitgliedern}~~vertretern~~ vernommen, die verschiedene^{Art} Tarife mit dem Herrn Oberbürgermeister verhandelt haben. Hier muß ein anderes System für die Entlassungen gefunden werden, vielleicht so, daß ein Ausschuß eingesetzt wird, der nachprüft, welche Dame und welcher Herr tatsächlich entlassen werden kann und welche von den Angestellten behalten werden können.

Stadt v. M e l z e r: Meine Damen und Herren!
Auch ich bedauere die Angestellten, die gekündigt
sind und auf diese Weise ihre Einnahme verlieren.
Aber wenn der Herr Oberbürgermeister sagt, der
Stadtsäckel sei nicht so groß, daß das Beamtenheer
noch weiter in dem bisherigen Umfange beschäftigt
werden könne, so müssen wir ihm darin beipflichten.
Irgendwo muß ja doch einmal ein Anfang mit den Ent-
lassungen gemacht werden. Um aber Härten zu vermei-
den, möchte ich vorschlagen, daß denjenigen Angestell-
ten, denen es nicht gelingen sollte, bis zum 1. Dezem-
ber sich anderweitig Erwerb zu verschaffen, auf drei
Monate hinaus noch die Hälfte ihres alten Monats-
gehalts von der Stadt ausbezahlt wird.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Man muß bei solchen Vorschlägen nur auch immer fragen: Woher sollen die Mittel kommen? Gutgemeint ist der Vorschlag des Herrn Melzer , aber was kostet der Stadt eine solche Maßnahme ?

Herrn Gräf, der von dem Betriebs^{nach}ausschuß sehr wenig zu halten scheint, möchte ich erwidern: Ich habe den Betriebsausschuß genau über die Sache instruiert und habe ihm gesagt, welche Angestellten infrage kommen. Darauf haben die Betreffenden geantwortet: „Herr Oberbürgermeister, das können wir so schnell nicht beurteilen; geben Sie uns bitte die Liste mit, dann wollen wir mit dem Betriebsrat verhandeln.“ Das fand ich für sachgemäß und habe auf Antwort gewartet. Sie lautete dahin, daß keine Bedenken zu erheben wären.

Ich kann im allgemeinen noch erklären, daß verschiedene von den Leuten nicht in unseren Dienst hineinpassen. Sie sind hier und da beschäftigt worden und sind dann von der einen und anderen Stelle wieder

wieder abgeschoben, in dem man erklärte: „Ich kann nichts mit dieser Person anfangen, schicken Sie uns einen anderen, damit ich meine Arbeit erledigen kann; ich gebe lieber zwei von diesen Leuten ab, wenn ich eine passende Kraft bekomme.“ Auf solche Erklärungen muß doch Rücksicht genommen werden.

Nun ist übrigens von dem Betriebsrat der Angestellten inzwischen eine neue Eingabe an uns gerichtet, in der gesagt ist: „Die ~~und~~ die Personen können auch noch sehr gut entlassen werden“, und das scheint im wesentlichen von dem Gesichtspunkt aus geprüft zu sein, daß man fragt: „Wo ist es noch nötig, Leute zu behalten und wo nicht?“ Sie sehen, daß der Betriebsrat seine Aufgabe richtig auffaßt; er ist nicht nur berufen, die Interessen der Personen, die ihn gewählt haben, zu vertreten, sondern auch die Interessen des Instituts, dem er dient. Diese Sache ist aber noch nicht erledigt, und was dabei herauskommt, kann ich nicht wissen. Ich kann nur erklären, daß ich bereit bin, dem Rat von den

ge-

geäußerten Wünschen Mitteilung zu machen und daß
ich mich bemühen will, Härten tunlichst zu vermeiden.

Stadtv. L e h n e r t : Fern von mir sei es, zu glauben, daß der Herr Oberbürgermeister oder überhaupt einer von den Ratsmitgliedern darüber Nachforschungen anstellt: Was hält der Betreffende für ein Morgen-oder Abendblatt; liest er als Zeitung die Freiheit, den Volksfreund, das Niedersächsisches Blatt oder ein anderes. Das, worauf ich fuße, ist doch etwas anderes. Wenn jemand 10 oder 8 Jahre lang hier tätig gewesen ist, so kann man doch nicht behaupten: „Du bist unfähig, hier zu arbeiten“ denn dann hätte man zu einer gegebenen Zeit mit solchem Personal aufräumen sollen. Wir haben eine Zeit gehabt, da wurden Leute genug gesucht, da war Floria, Nachfrage nach Arbeitskräften. Aber eigenartig ist es, daß man jetzt, wo überall das Gespenst der Arbeitslosigkeit anfängt umherzugehen, sehen muß, wie auch der Rat anfängt, Leute zu entlassen. Ich stehe auf dem Standpunkt: Wenn Entlassungen nötig waren, dann wären zuerst die unverheirateten jungen Damen an der Reihe gewesen, deren Vater einen ansehnlichen Erwerb hat, und wenn diese jungen Damen dann

dann hier die Einnahme nicht mehr haben, dann lassen sie es bleiben und werden doch durchkommen. Aber die Verheirateten, und besonders dann, wenn sie eine Reihe von Jahren hier tätig gewesen sind, haben das Recht, hier zu bleiben. Aber es hat vielleicht der eine oder andere von ihnen ein wenig Rückgrat gezeigt wapon Sie hier allerdings nicht im Bilde sind. Manche Leute können sich schon ärgern, wenn der Angestellte ein ironisches Lächeln zeigt, wenn es auch sonst ein guter Kerl ist.

Stadt v. D i e t e r m a n n : Meine Damen und Herren! Wenn dann schon Entlassungen nicht zu umgehen sind, so möchte ich den Antrag einbringen, die Entlassung vor Weihnachten nicht vor sich gehen zu lassen, sondern erst zum 1. April, und weiter, daß eine Kommission eingesetzt wird, die mit den Angestelltenrate zu prüfen hat, wer zur Entlassung kommen soll, damit einwandfrei feststeht, ob nicht auch noch andere Motive mit zur Entlassung geführt haben.

V o r s i t z e n d e r : Herr Dietermann hat einen Antrag gestellt, der erstens dahin geht, daß die Kündigungen zurückgenommen und die Entlassungen hinausgeschoben werden bis zum 1. April.

Der zweite Teil des Antrages wünscht: Ein Ausschuß soll eingesetzt werden, der in der Zwischenzeit im Einvernehmen mit dem Rat der Stadt zu prüfen hat, ob die Kündigungen beibehalten werden sollen und wie sie in Zukunft zu behandeln sind.

Für den ersten Teil des Antrages Dietermann melden sich 13 Stadtverordnete, dagegen 12.

V o r s i t z e n d e r : Also die Kündigungen werden zurückgenommen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ja, wenn der Rat einverstanden ist!

Seien

Seien Sie versichert, die Entente führt uns dahin-
sehen.

Für den zweiten Teil des Antrages Dietermann stim-
men 16 Stadtverordnete; er ist damit angenommen.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche
Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr.

